



(Beginn: 14.11 Uhr - Ende: 21.51 Uhr)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Guten Nachmittag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Anwesende! Ich eröffne die 26. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße zunächst unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle, die im Livestream zuschauen, und alle, die im Audio-Livestream zuhören, natürlich die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie alle Mitglieder des Rates!

Ein ereignisreiches politisches Jahr geht in die Sommerpause, und bevor wir in die Sitzung eintreten, möchte ich Ihnen noch ankündigen, dass ich, wie es Tradition bei der letzten Ratssitzung ist - das ist während Corona vielleicht etwas in Vergessenheit geraten -, Sie alle, die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, aber auch unsere Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung und der Presse, sehr herzlich einlade, nach der Sitzung in der Piazzetta im Historischen Rathaus gemeinsam auf das Erreichte anzustoßen.

(Beifall)

- Danke schön. Ich betrachte Ihren Beifall als Zusage.

(Heiterkeit - Dr. Helge Schlieben [CDU]:  
Sie müssen die Uhrzeit bedenken!)

- Auf die Uhrzeit haben Sie mehr Einfluss als ich.

Ich möchte die Gelegenheit auch nutzen, Ihnen wirklich meinen großen Dank auszusprechen. Ich glaube, jede und jeder von Ihnen weiß, wie auch ich weiß, was von Ihnen im Ehrenamt geleistet wird. Sie alle setzen sich in Ihrer sogenannten Freizeit, also zusätzlich zu Beruf und Familienarbeit, für die Kölnerinnen und Kölner ein. Das kann man nicht hoch genug einschätzen und genug wertschätzen.

Meine Damen und Herren! Allein heute fassen wir die Beschlüsse für drei neue Gesamtschulen und für zwei neue Gymnasien.

(Allgemeiner Beifall)

Ich glaube, das hat es so noch nicht gegeben, und es dokumentiert, wie ernst Sie und wie ernst wir auch als Verwaltung diesen Auftrag nehmen. Es können dadurch bei einer Klassengröße von 28 Schülerinnen und Schülern 567 zusätzliche

Schulplätze entstehen. Das zeigt eben, mit welcher Vehemenz wir die Themen unserer Stadt angehen.

Ich danke Ihnen allen für die konstruktive Zusammenarbeit und würde mich natürlich freuen, Ihnen auch bei dem Empfang noch zu begegnen und mit Ihnen ein paar Worte zu wechseln.

(Beifall von Dr. Helge Schlieben [CDU])

Zu den Formalien. Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt: Frau Pakulat, Herr Spehl, Frau Glashagen, Frau Syndicus und Frau Dickas.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Frau Scho-Antwerpes, Herrn Michel und Frau Venturini.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das ist eine hervorragende Idee!)

Zunächst müssen wir wie immer die Tagesordnung festlegen. Der Entwurf mit den heutigen nachträglichen Zu- und Absetzungen liegt Ihnen vor. Die Änderungsanträge sind bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil TOP 3.2.3, TOP 7.1.1, TOP 8.1, TOP 10.46 und 10.47, Gremienbesetzung unter TOP 17.4 bis 17.13. Unter TOP 18.1 haben wir eine Dringlichkeitsentscheidung zu genehmigen. Im nichtöffentlichen Teil: TOP 23.6, TOP 24.7 und 24.8 und TOP 25.2.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 10.23, 10.44 und 24.6.

Gibt es Wortmeldungen zu den Zu- und Absetzungen? - Ja, bitte sehr. Herr Wortmann, bitte.

**Walter Wortmann (Die FRAKTION):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich vermisste im nichtöffentlichen Bereich die Vorlage der Beschlussvorlage 0010/2023 zur Abmietung des Ostgebäudes. Ich habe mir einmal die Beschlussprotokolle der vorherigen Sitzungen Liegenschaft und Betriebsausschuss angeguckt. Da wird nur in die nächste Instanz verwiesen. Ich hätte gerne gewusst, wann die Unterlage wieder bei welchem Ausschuss auf dem Tisch liegt. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Greitemann.



**Beigeordneter Markus Greitemann:** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Wortmann, aus Respekt zum Liegenschaftsausschuss haben wir das zurückgestellt, weil der Liegenschaftsausschuss es nicht behandeln konnte und nicht behandelt hat.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Das war gestern Abend auch schon bekannt!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Büschges das Wort.

**Matthias Büschges** (AfD): Vielen Dank für das erteilte Wort. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir würden gerne bei TOP 10.47 Beratungsbedarf anmelden.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Bei welchem Punkt? Ich habe es akustisch nicht verstanden.

**Matthias Büschges** (AfD): Bei 10.47. Entschuldigung.

Außerdem sehen wir den TOP 10.1 gemäß unserer Geschäftsordnung § 14 als schon behandelt an und wollen dann über die veränderte Sachlage, die zu begründen ist, doch auch noch informiert werden.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:  
10.1, ja!)

- Genau, 10.1. Das haben wir in der letzten Ratsitzung schon beantragt. Unsere Geschäftsordnung lässt das entsprechend nicht zu, bzw. es muss dann eine veränderte Sachlage vorliegen. Ich denke, das ist nicht der Fall. Ich lasse mich aber gerne belehren. - Was war noch?

(Zuruf: Das ist eine zurückgestellte Vorlage! - Ja!)

- Genau, das ist eine Verwaltungsvorlage. Vielen Dank!

(Zuruf: Aber die ist zurückgestellt worden vom Rat! Die ist nicht erneut eingebracht!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Die Vorlage wurde vom Rat zurückgestellt. Sie ist nicht neu eingebracht, Herr Büschges.

**Matthias Büschges** (AfD): Richtig. Wir hatten einen Antrag dazu gestellt, wir als Fraktion, entsprechend. Außer bei einer veränderten Sachlage gemäß § 14 müsste es dann nicht noch einmal behandelt werden können; es hätte ja diese Drei-Monats-Sperre, außer die Sachlage hat sich geändert.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Nein!)

Genau, Sie sind Teil der Verwaltung.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich glaube, Sie unterliegen da einem Missverständnis, -

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Genau, so sieht es aus!)

- aber der Rat wird gleich darüber beschließen.

Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

**Christian Joisten** (SPD): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich nutze jetzt diesen Tagesordnungspunkt oder diese Nachfragemöglichkeit, um noch einmal darauf hinzuweisen: Wir haben unter den zugesetzten Vorlagen fünf Vorlagen, die durchaus eigentlich eine gewisse Fachlichkeit beinhalten. Diese sind aber nicht vorberaten in den jeweiligen Fachausschüssen. Wir erkennen an, dass einige dieser Vorlagen auch jetzt dringlich sind, aber bei manchen - ich verweise vor allen Dingen auf die SBK-Betrachtung, die ein festes Datum hat, was lange bekannt ist. Das Verständnis dafür, ohne Vorberatung in den Fachgremien mit solchen Vorlagen umzugehen, ist bei uns nicht nur begrenzt, sondern sozusagen sehr limitiert. Es ist die große Bitte an die Verwaltung, doch solche Vorlagen, die nicht einer objektiven Dringlichkeit unterliegen, rechtzeitig in die Gremien zu geben, dort zu beraten und dann hier in den Rat zu bringen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich kann das gut nachvollziehen, Herr Joisten. Die Frage ist natürlich: Wenn die Verwaltung hier die Dringlichkeit feststellt, wie objektiv das in Ihren Augen



ist. Ich kann das sehr gut nachvollziehen, worum es Ihnen geht, und ich finde das auch hoch ehrenhaft, wirklich, dass alle Ausschüsse darüber informiert sein wollen und Dinge vorbereiten wollen, genauso wie die Bezirksvertretung. Das ist selbstverständlich. - Okay. Aber vielen Dank, dass Sie es als Bitte artikuliert haben.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Dann lasse ich zunächst abstimmen über die Vertagung des Tagesordnungspunktes 10.47, der auch sehr kurzfristig auf die Tagesordnung gekommen ist.

Wer wünscht, dass der Tagesordnungspunkt heute nicht behandelt wird, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann bleibt das auf der Tagesordnung.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob 10.1 von der Tagesordnung abgesetzt wird. Wer wünscht die Absetzung des Tagesordnungspunktes 10.1?

(Zuruf von der AfD: Muss?)

- Was heißt „muss“? Wir sind hier in einer Demokratie. Sie lesen die Geschäftsordnung anders als fünf Personen, die stets und ständig damit beschäftigt sind, und anders als der Rat, der in seiner Weisheit auch die Geschäftsordnung, die er sich selbst gegeben hat, kennt.

(Allgemeiner Beifall)

Also noch einmal: Für die Absetzung ist? - Die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann bleibt 10.1 auf der Tagesordnung.

Ich lasse jetzt über die Dringlichkeitsanträge abstimmen. Die Fraktion DIE LINKE und Ratsmitglied Zimmermann haben heute zum Thema „Deutschlandticket für Schüler\*innen“ einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Das ist TOP 3.1.8. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit?

**Matthias Büschges** (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Selbstverständlich ist dieser Antrag wichtig, aber nicht dringlich im Sinne unserer Geschäftsordnung, und ich denke, das lesen Sie genauso wie wir. - Vielen Dank.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Zimmermann.

**Thor-Geir Zimmermann** (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleg\*innen und Besucher\*innen auf der Tribüne! Ich möchte kurz die Dringlichkeit begründen. Das Land NRW hat jüngst erst die Möglichkeit geschaffen, dass das Deutschlandticket zu einem günstigeren Preis - im Gespräch sind 29 Euro - auch für Schüler und Schülerinnen angeboten werden kann. Allerdings liegt da die Verantwortung letztlich bei der Kommune, bei der Schulträgerin, also in unserem Fall bei der Stadt Köln. Daher wollen wir mit unserem Antrag eben jetzt das Verfahren in Gang bringen, damit das sozusagen schnellstmöglich eingeführt wird. Daher ist die Dringlichkeit ganz klar gegeben, weil das Ticket erst eingeführt werden kann, wenn Beschlüsse vorliegen. Das Schuljahr beginnt ja nach den Sommerferien.

Dem Vernehmen nach erarbeitet die Verwaltung allerdings schon eine Beschlussvorlage. Wenn die Verwaltung dazu etwas sagen oder eine Stellungnahme abgeben kann, würden wir unseren Antrag gegebenenfalls zurückziehen. - Danke schön.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Voigtsberger, bitte.

**Beigeordneter Robert Voigtsberger:** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Meine Damen und Herren! Herr Zimmermann, ich kann Ihnen versichern, dass wir als Schulträgerin Stadt Köln ein großes Interesse daran haben, ein Schülerticket auf Basis des Deutschlandtickets schnellstmöglich zu entwickeln und auch anzubieten. Meine Kolleginnen des Amtes für Schulentwicklung arbeiten bereits - das haben Sie auch schon formuliert - an einer entsprechenden Konzeption. In dem Zusammenhang loten wir die Möglichkeiten aus, die uns das Deutschlandticket bieten kann.

Natürlich sind hierzu dann auch noch umfassende Abstimmungsprozesse innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung erforderlich. Aber wir planen aktuell, die politischen Gremien nach der Sommerpause mit dem Thema zu befassen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Zimmermann.



**Thor-Geir Zimmermann** (GUT Köln): Gut. Also ich verstehe das so, dass Sie eine Beschlussvorlage nach der Sommerpause einbringen werden, und würde dann in dem Fall den Antrag zurückziehen. - Danke schön.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gut, dann brauchen wir auch über die Dringlichkeit nicht mehr abstimmen zu lassen, wenn Sie den Antrag zurückziehen. - Vielen Dank dafür.

Ich komme jetzt zur Reihenfolge der Tagesordnung. Ich schlage vor, den TOP 3.2.3 zu TOP 3.1.3 zu ziehen - es handelt es sich beide Male um den Großmarkt - und beide Tagesordnungspunkte dort gemeinsam zu behandeln - „dort“ ist 3.1.3, also vorne. Ich schlage auch vor, die Tagesordnungspunkte 3.2.1 und 3.2.2 gemeinsam zu behandeln. Zudem schlage ich vor, dass wir die Tagesordnungspunkte 10.2 bis 10.17 in einer gemeinsamen Rederunde behandeln. Es handelt sich nämlich hier immer um die Errichtung bzw. Zuständigkeitserweiterung der Schulen. Da würde ich dann die Änderungsantragsteller bitten, auch ihre Änderungsanträge im Rahmen dieser Rederunde zu begründen.

Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung und zur gemeinsamen Behandlung der Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann frage ich abschließend: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Auch das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthält sich die AfD-Fraktion. Damit ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Ich rufe auf:

## 2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

Tagesordnungspunkt

### 2.1 Schenkung einer Skulpturengruppe Hl. Anna selbdritt, Köln um 1500, aus rheinischem Privatbesitz an das Museum Schnütgen 1558/2023

Uns soll eine Skulpturengruppe geschenkt werden, und zwar Die Heilige Anna selbdritt, Köln um 1500, aus rheinischem Privatbesitz. Das Geschenk soll an das Museum Schnütgen gehen.

Wer wünscht, diese Schenkung anzunehmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, Herr Zimmermann, die FDP-Fraktion, Volt, Herr Wortmann, Die FRAKTION, die AfD-Fraktion und Frau Gabriel. Habe ich jetzt alle? - Ja. Also alle. Dann gibt es keine Gegenstimmen und Enthaltungen.

Ich bedanke mich sehr bei dem Schenker und freue mich über die Vervollständigung unserer Sammlung im Museum Schnütgen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe auf:

## 3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

### 3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

#### 3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt und Die FRAKTION betreffend "Anpassung der Fraktionszuwendungen" AN/1193/2023

Ich gebe Herrn Kienitz als Erstem das Wort.

**Niklas Kienitz** (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben zu Beginn der Wahlperiode die Fraktionsfinanzen neu strukturiert und neu aufgestellt, auch im Sinne größerer Transparenz. Diese Transparenz beinhaltet auch, dass wir uns damals auf keinen Automatismus geeinigt haben, was die Personalkosten betrifft, und Sie alle konnten verfolgen, dass sich in den letzten Monaten die Inflation und die allgemeinen Preissteigerungen auch in den Tarifverhandlungen für die Angestellten, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst auf die Tarifabschlüsse übertragen haben.

Insofern vollziehen wir jetzt in der Tat - auch als Gesichtspunkt der Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit - für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Fraktionen diesen Tarifabschluss und haben insofern diesen Antrag hier fraktionsübergreifend eingebracht und bitten daher um Zustimmung. - Herzlichen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)





**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Hock das Wort.

**Michael Hock** (Die FRAKTION): Frau Reker! Meine Damen und Herren! Liebe alle! Auch wir von der Fraktion Die FRAKTION begrüßen natürlich mehr Geld. Wir haben es bisher noch nicht geschafft, alles auszugeben. Wir könnten also auch die Tarifvertragerhöhungen ohne eine Erhöhung der Fraktionszuwendungen mitmachen.

(Heiner Kockerbeck [DIE LINKE]: Sie sind doch auch Linker!)

- Na ja, ich weiß nicht. Ich glaube, das Problem ist, wenn ich hier gerade aus der linken Ecke SPD höre, dass wir unseren Geschäftsführer zum Beispiel nicht netto mit irgendwas - fünf oder so - entlohnen, sondern deutlich weniger zahlen.

Vielleicht ist das auch eine Möglichkeit, dass Sie einmal darüber nachdenken, Spitzenpersonal ungefähr in die Region zu holen, wo der normale Bürger arbeitet. Dann müssten wir jetzt auch nicht erhöhen. Aber wir machen es, wie gesagt, gerne mit. Wir finden schon etwas, wie wir das Geld ausgeben. Jetzt, wo wir im Selbstbedienungsladen drin sind, wollen wir den natürlich nicht zumachen.

Zwei, drei Wörter noch zu den zu erwartenden Äußerungen von der „NAFDP“. Ich bin sicher, dass ähnlich populistische Phrasen, wie jetzt von mir geäußert, auch da erfolgen. Aber ich erinnere daran, dass Sie es relativ schnell geschafft haben, bei der ganzen Sache mitzumachen.

An dieser Stelle auch noch einmal: Entschuldigung, dass wir einen mehrstelligen Millionenbetrag durch die durch uns veranlasste Änderung des Parteifinanzierungsgesetzes Ihnen haben leider nicht mehr zufließen lassen können. Passiert. Aber ich denke, dass Sie sicherlich auch mit dem Geld, das Sie jetzt bekommen, arbeiten können, um Ihre Peergroup oder „Kameradschaft“, wie man vielleicht in Ihren Kreisen sagt, zu unterstützen.

Letztlich noch eine kleine Anmerkung zur Finanzierung: Wir begrüßen es, dass das aus dem Teilplan 0301 finanziert wird - Schulträgeraufgaben. Wir denken, dass die Schule sowieso vor dem Hintergrund des Klimawandels überbewertet wird. Und ja: In der Politik braucht man auch keine Schulbildung. Insofern: Die Politik ist die Schule der Nation. Wir werden diesem Antrag, den wir mit gestellt hatten, natürlich 100 Prozent zustimmen. - Danke.

(Bernd Petelkau [CDU]: Wirklich?)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Büschges das Wort.

**Matthias Büschges** (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Geschätztes Publikum auf der Tribüne und im Livestream! Also, Herr Hock, wir haben sicher einiges an Verwendung dafür. Zum Beispiel haben wir ein Symposium geplant. „Sozialismus hat bisher noch keinen Tisch gedeckt“. Dazu werden wir Sie auch gerne einladen, dann können Sie auch noch etwas lernen.

(Beifall bei der AfD - Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Das ist eine kommunale Veranstaltung, das dürfen Sie doch gar nicht!)

Aber kommen wir zum Antrag - bzw. Herr Kienitz, das war auch ziemlich dünn, muss ich ehrlich sagen. Ich habe mir ein bisschen mehr erhofft von Ihnen, wie Sie das noch einmal rechtfertigen wollen.

Kommen wir zum Antrag - durchaus interessant: Sie wollen Einmalzahlungen von 3 000 Euro pro Beschäftigten. Sie wollen den Sockelbetrag der Fraktionen um 16 500 Euro pro Jahr erhöhen und im nächsten Jahr dann die Pauschalbeiträge pro Ratsmitglied nach oben korrigieren. Ganz so wie in normalen Betrieben, könnte man meinen, wenn der Betrieb laufen und die derzeitige Politik ihm das Leben nicht unnötig schwer machen würde.

Zugegeben, dass die meisten Faktoren nicht von uns hier reguliert werden können. Trotzdem haben Sie bei den Dingen, die wir regulieren könnten, eine kunterbunte Diversity-Brille auf, setzen falsche Prioritäten und belohnten im letzten Jahr erst Ihre sachkundigen Bürger und Einwohner und dieses Jahr dann sich selbst.

Ich sage Ihnen: Das Geld ist definitiv sinnvoller eingesetzt, zum Beispiel in der Kinder- und Jugendarbeit in den Bezirken.

(Beifall bei der AfD)

Ich habe aufmerksam die Debatte - also, es war eigentlich keine Debatte; es war mehr eine Stellungnahme - in den Medien verfolgt und muss Sie ernsthaft fragen, ob Sie das alles so ernst meinen. Ich finde, der Beitrag von Herrn Kienitz gerade, aber auch Herr Joisten und Herr Hammer wollten die Erhöhungen mit gestiegenen Personalkosten



durch die Anpassung des TVöD rechtfertigen. Und der *Kölner Stadt-Anzeiger*, den ich hier kurz inhaltlich zitiere, schilderte zusätzlich Probleme der Fraktionen und deren Mitarbeiter, die - jetzt halten Sie sich bitte fest - die Menschen da draußen schon seit Jahren kennen. Gestiegene Lebenshaltungskosten, Inflation, Energie- und Wirtschaftskrise treffen nämlich komischerweise erst die normalen Bürger und dann die Politik.

Im letzten Jahr habe ich Sie gefragt, was denn ein Liter Milch kostet, und der Zwischenruf, den ich aus dem Plenum bekam, erinnerte mich an eine Melange aus Abgehobenheit, Dekadenz und Unbedarftheit: Da sollen sie doch Hafermilch trinken!

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Tun wir ja!)

- Ja, offensichtlich. Das ist nur ein bisschen teurer.

Wenn Minister uns erklären, dass wir zum Waschen einen Waschlappen verwenden sollen oder dass das Duschen nicht einmal täglich sein muss, lässt das jemanden wie uns - und ich hoffe doch, auch den einen oder anderen von Ihnen - kopfschüttelnd und ehrlich ratlos zurück.

Meine Damen und Herren! Wie wollen Sie denn den hart arbeitenden Menschen, die Ihre Erhöhung mit viel Schweiß bitter erwirtschaften müssen, noch begegnen? Erwarten Sie denn wirklich Verständnis von denjenigen, die Ihre Kollegen in Düsseldorf, Berlin und Brüssel arm machen?

In meiner Familie wurde über Generationen das folgende Sprichwort weitergegeben: „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not.“ Ich denke, es sind die Qualitäten einer Fraktionsgeschäftsstelle, genau so zu leben. Das Geld brennt nicht. Es tut einem auch nicht weh, wenn man es zur Seite packt und sparsam haushaltet. Sie sollten also, statt hier so einen Antrag zu stellen und so peinlich zu begründen, Ihre Fraktionsgeschäftsstellen nicht aufblähen, sondern sich mit Sparsamkeit in Demut gegenüber denjenigen üben, die für diese Erhöhung hart arbeiten müssen.

Wir stellen deswegen fest: Es gibt keine Notwendigkeit, die Fraktionszuwendung anzupassen, und lehnen Ihren Vorschlag selbstverständlich ab.  
- Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich lasse dann darüber abstimmen. Ich rufe noch einmal 3.1.1 auf. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist die AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

(Lukas Lorenz [SPD]: Herr Zimmermann hat sich auch enthalten!)

- Das habe ich nicht gesehen. Herr Zimmermann hat sich auch enthalten und Frau Gabriel auch. Trotzdem bei drei Enthaltungen<sup>1</sup> so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### 3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Verkehrsversuche einstellen - freie Fahrt für freie Bürger" AN/1189/2023

Das Wort hat Herr Büschges.

**Matthias Büschges** (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Geschätztes Publikum vor dem Livestream und auf der Tribüne! Wir blicken mit unserem Antrag auf die vielen fehlgeleiteten und unsinnigen Verkehrsversuche zurück und wollen am liebsten gemeinsam mit Ihnen darüber resümieren. Die Deutzer Freiheit, die, so dachten wir, wie kein anderes Projekt

(Lukas Lorenz [SPD] verlässt kopfschüttelnd den Raum)

für die Autofeindlichkeit des Bündnisses steht, entfachte schnell einen Streit über die wahre Motivation. Auf der einen Seite waren die guten Menschen, die eben nicht gerne mit einem Auto fahren und ihre Einkäufe mit einem Lastenfahrrad erledigen können - hören Sie ruhig einmal zu, auch hier vorne! - und auf der anderen Seite Unternehmer wie Friseure oder Handwerker, die auf den Durchgangsverkehr angewiesen sind. Wir sind nämlich darauf angewiesen, dass Menschen vor den Läden fahren und dort dann einkaufen.

Diese unterschiedlichen Meinungen wurden aber schnell weggewischt. Es sei doch nur ein Versuch, und man könne danach diesen Versuch qualifiziert auswerten - als ob. Jetzt ist das Problem, dass die Menschen, die auf die Autos angewiesen sind, immer noch nebenbei ihr tägliches

<sup>1</sup> Frau Oberbürgermeisterin Reker hat sich ebenfalls enthalten.



Geschäft haben - Herr Joisten, hören Sie auch ruhig zu! - und sich nicht darauf konzentrieren können, sich auf Fahrradwege zu kleben oder sonst Zeit haben, ihren Protest zu verkünden. Diese Menschen finanzieren im Übrigen auch Ihre gerade beschlossene, großzügige Erhöhung.

(Starker Beifall bei der AfD)

Beigeordneter Egerer betonte stets, dass die Verkehrsversuche nicht die Idee der Verwaltung gewesen seien, sondern sie würden in der Politik geboren, und da kommt vor allem das Bündnis in die Verantwortung. Da kann man bei der CDU auch große Krokodilstränen im *Kölner Stadt-Anzeiger* weinen; Sie sind mit dafür verantwortlich, Sie tragen die Konsequenzen, und das merken immer mehr Menschen.

Der Vorschlag der SPD auch im Verkehrsausschuss war mindestens genauso aberwitzig. Sie wollen noch mehr Kommunikation mit den Bürgern, als wenn irgendwelche Stuhlkreise oder Arbeitskreise, oder wie auch immer, den Menschen vor Ort helfen würden, wenn die Lauf- und Fahrgastschaft einfach wegbricht. Was erwarten Sie denn? Dass Ihre ständige Leier von „mehr Verantwortung für das Klima“ den Menschen irgendwann einleuchtet, wenn kein Geld mehr verdient wird?

Und ich habe es im Verkehrsausschuss schon gesagt, dass Sie, geschätzte Kollegen der SPD, lieber einmal den Gedanken - -

(Jürgen Kircher [SPD]: Ich habe Ihnen schon zugehört! Sagen Sie doch einmal etwas Richtiges!)

- Das habe ich mir gedacht! Ich merke, dass Sie mir nicht zuhören, Herr Kircher. Es täte Ihnen aber ganz gut.

(Jürgen Kircher [SPD]: Sie schreien dazwischen!)

Deswegen noch einmal für Sie, Herr Kircher - ich habe es im Verkehrsausschuss schon gesagt - -

(Zurufe)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Büschges hat jetzt das Wort!

**Matthias Büschges** (AfD): Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Lassen Sie lieber einmal den Gedanken zu, dass die Menschen die Verkehrsversuche nicht ablehnen, weil es keine ausreichende Kommunikation gibt, sondern weil Verkehrsversuche in ihren Augen einfach himmelschreiender Blödsinn sind.

(Beifall bei der AfD)

Man rettet das Klima nicht, um einmal bei Ihren Vokabeln zu bleiben, wenn man Verkehrsversuche einrichtet. Man rettet das Klima, wenn man den ÖPNV ausbaut, wenn man eine attraktive Alternative zum Auto schafft - nicht aber, wenn man die Leute nur sauer macht und man ewig Straßen, wie zum Beispiel die Trankgasse, autofrei machen möchte. Ein Treppenwitz ist das; denn man steht trotzdem stundenlang im Stau, um die wichtige Straße am Dom nicht befahren zu dürfen. Also fahren die Menschen eher am Konrad-Adenauer-Ufer entlang oder die Nord-Süd-Fahrt herunter. Und fahren Sie das einmal morgens! Das ist wirklich nicht schön. Beides ist nicht sinnvoll. Zudem tun wir weder dem Klima noch den Autofahrern einen Gefallen, und die Leute sind zu Recht frustriert über diesen Irrsinn.

Meine Damen und Herren! Halten wir fest: Die Verkehrsversuche sind gescheitert. Rufen Sie sich ins Gedächtnis, dass die meisten Bürger, die unseren Wohlstand erarbeiten, meistens auch dafür ein Auto brauchen. Dazu kommt, dass diese Schikanen - und anders kann man es wirklich nicht nennen - alle Kölner und Gäste Zeit und Kraft kosten. Sie werden keinesfalls jemanden finden, der im Auto sitzt und sagt: Gott sei Dank stehe ich jetzt im Stau und kann einmal etwas fürs Klima machen! - Vielmehr sitzen die Menschen in den Autos und ärgern sich - ja, ich hätte jetzt etwas anderes gesagt - ,

(Jürgen Kircher [SPD] lacht abschätzig)

aber sie werden sich bei der nächsten Kommunalwahl genau daran erinnern.

Falls es Ihnen nicht so weh tut - jetzt hören Sie genau zu; ich baue eine goldene Brücke - -

(Zuruf bei der LINKEN: Boah!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Die Redezeit ist abgelaufen.

**Matthias Büschges** (AfD): Einen Satz noch.

(Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja eine goldene Brücke!)



Der verkehrspolitische Sprecher der FDP vertritt im Verkehrsausschuss auch diese Position. Daher bitten wir um Zustimmung für unseren Antrag.  
- Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen.  
- Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen?  
- Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkte

**3.1.3 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke., FDP und von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend "Existenz und Betriebssicherheit des Kölner Großmarktes sichern"**  
**AN/1191/2023**

**3.2.3 Änderungsantrag der FDP-Fraktion**  
**AN/1235/2023**

Hierzu hat zunächst Frau Steinmann das Wort.

(Lisa Steinmann [SPD]: Jetzt kommt frischer Wind! - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Stimmt!)

**Lisa Steinmann (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen! Liebe Gäste! Und allen voran: Liebe Händlerinnen und Händler des Kölner Großmarktes, hier zum Teil auf der Tribüne und unten am Alter Markt! Wir freuen uns sehr und ich danke Ihnen persönlich sehr, dass Sie heute zu für Sie nachtschlafender Zeit den Weg vors Rathaus gewagt haben und für Ihre Stimme und für Ihre Interessen nicht nur die Trillerpfeifen, sondern auch die Worte erhoben haben. Und danke für die Geschenke und dafür, dass Sie deutlich gemacht haben, wofür Sie uns wichtig sein müssen.

(Beifall bei der SPD und Ralph Sterck [FDP])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Die Ratsmitglieder wissen das, aber ich sage es noch einmal für die Tribüne: Beifallsbekundungen gibt es im Rat nicht.

(Christian Joisten [SPD]: Hier unten schon!)

**Lisa Steinmann (SPD):** Hier unten schon. - Sehr geehrte Damen und Herren! Seit fast 30 Jahren versuchen Politik und Verwaltung mittlerweile erfolglos, einen neuen Standort für den Kölner Großmarkt zu finden. Inzwischen muss auch die Suche nach einem Investor für den Bau eines zukunftsfähigen Frischezentrums in Marsdorf - nicht zuletzt durch den Beschluss des Bündnisses der Flächenverkleinerung auf zehn Hektar zugunsten der Umsiedlung des FC - als gescheitert betrachtet werden.

Ich zitiere an dieser Stelle, mit Gestattung der Sitzungsleitung, die Seiten der Stadt Köln, die das 1940 entstandene, mittlerweile denkmalgeschützte Gebäude weiterhin zu Recht wohlfeil auf ihren Seiten anführt:

Mit kommunalen Großmärkten werden Erzeugerinnen und Erzeuger, Großhandel und mittelständischer Lebensmitteleinzelhandel sowie die Gastronomie und die Wochenmarktbesucher zum Vorteil der Verbraucherinnen und Verbraucher regional zusammengeführt.

[...] Der Kölner Großmarkt ist eine öffentliche Einrichtung der Stadt Köln zur Versorgung der Bevölkerung mit Obst, Gemüse und sonstigen Lebensmitteln.

Meine Damen und Herren! Wir sprechen hier von Tagesaufkommen von 5 000 Kunden. Von ehemals 220 Unternehmen sind aktuell noch 160 vor Ort mit weit über 2 000 Arbeitsplätzen. Wir sprechen hier von einer Wirtschaftskraft in Höhe von 450 Millionen Euro. Allein das ist für diese Stadt unverzichtbar.

Ich gehe noch einmal in das Zitat. Ein weiterer Punkt auf der Seite der Stadt Köln - besser kann man es nicht formulieren:

Zur klassischen Kundschaft des Großmarktes gehören der Lebensmitteleinzelhandel, Wochenmarktbesucher, Kantinen, Restaurants, Hotels und sonstige Großverbraucher wie Krankenhäuser und Altenheime.

Besser kann man es nicht zusammenführen. Der Großmarkt, meine Damen und Herren, geht uns alle an: Ein leckeres Essen im Restaurant, frisches Obst und Gemüse aus dem Lebensmittel-





handel und auf dem Wochenmarkt oder ein erfrischender Cocktail mit Früchten, die bei uns so nicht wachsen. Diese Zutaten kommen allesamt über die Zwischenstation Großmarkt zu uns auf den Teller.

Der Großmarkt ist also nicht nur Absatzmarkt für regionale Erzeuger, sondern zentraler Umschlagplatz mit weltweitem Warenumsatz für frisches Obst und Gemüse und ist gemeinsam mit den Kölner Wochenmärkten unseres Erachtens ein Teil der Daseinsvorsorge.

(Beifall bei der SPD)

Um die Existenz des Großmarktes und den Betrieb am jetzigen Standort zu sichern, haben wir gemeinsam mit FDP und LINKEN und Thor Zimmermann einen Antrag auf die Tagesordnung gebracht, den ich Ihnen inbrünstiger nicht ans Herz legen kann. Wenn wir jetzt nicht handeln, ist 2025 Schluss mit der zuverlässigen Versorgung der Bevölkerung. Die Verlängerung des Großmarktbetriebes in Raderthal um weitere drei Jahre ist zwingend bis 2028, gleichwohl bis zu einem fließenden Übergang in ein zukünftiges Frischezentrum.

Die Stadtverwaltung muss jetzt endlich die Chance nutzen, ein Konzept zu entwickeln und einen sicheren Standort für ein modernes Frischezentrum zu finden, das den Bedarfen in einer Großstadt und der Region gerecht wird. Die Händler stehen vor einer ungelösten Zukunft, und das bedroht sie nicht nur existenziell. Ich zitiere die Stadt Köln auf ihrer Website:

Internationale Geschäftsbeziehungen des überwiegend zertifizierten Großhandels sorgen für eine Vielfalt und hohe Qualität der angebotenen Waren.

Wenn Sie diese wertschätzenden Worte ernst nehmen, dann müssen wir jetzt gemeinsam den Händlerinnen, den Kunden und dieser Wirtschaftskraft Gehör verschaffen und die Anliegen vor Ort ernst nehmen.

Es herrschen teils katastrophale Arbeitsbedingungen, es gibt keine Kommunikation konkret mit der Verwaltung, um Sorgen, Nöte und Anliegen konkret bei der Verwaltung zu reklamieren und Verbesserungen einzufordern. Wenn die Schrankenanlagen kaputt sind, ist keiner zuständig.

(Pia Gies zeigt der Rednerin einen Zettel auf dem steht: „Redezeit ist abgelaufen“)

- Wir haben zwei Tagesordnungspunkte; ich meine, 3.2.3 gehört dazu. Ich bin noch nicht ganz fertig, aber die drei Sätze zum Antrag gestatten Sie mir zu vollführen.

Es ist ein Zustand mit den Toilettenanlagen, mit den AWB und mit Fremdmüllveranlagung, der ist nicht nur unwürdig für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und für die Händler, sondern auch für die Kunden.

Zum Interessensausgleich hat über ein Jahr ein Gremium getagt - im Mai 2022 letztmalig. Deswegen sind wir der Meinung: Hier braucht es eine direkte, und zwar in der Sommerpause schon angeführte zentrale Anlaufstelle, eine Art Runden Tisch, der die Interessen der Händler\*innen mit einem offenen Ohr bedient und zu Lösungen führt.

Wer es mit der Versorgung der Menschen und der Existenz und der Wirtschaftskraft der Leistungsträger ernst meint, muss jetzt handeln.

Meine Anmerkung zu der Verwaltungsvorlage zu dem Hinweis aus der BV Nippes zu Punkt 3.2.3 betrifft nicht so ganz den Antrag heute, weil wir uns lediglich auf den Standort Raderberg beziehen, aber natürlich begrüßen wir das Ansinnen aus der Bezirksvertretung Nippes, dass die Stadt jetzt schnell in die Planungshoheit kommt, ein Konzept und einen schnellen Umzug für ein zukünftiges, zukunftsfähiges Frischezentrum zu ermöglichen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

**Jörg Detjen (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! Normalerweise sagen Mann und Frau: Wenn eine Planung älter ist als zehn Jahre, ist sie eigentlich überholt. Seit 30 Jahren steht fest: Der Großmarkt braucht einen neuen Standort, und es muss ein modernes Frischezentrum werden. Das sind sozusagen die zwei Ankerpunkte für dieses Projekt.

Ich glaube aber inzwischen, meine Damen und Herren, dass sich in den letzten fünf Jahren viel geändert hat. Das Thema gesunde und bezahlbare Ernährung mit regionalen Produkten als Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge steht hier im Raum, ohne dass wir es ergreifen.

(Beifall bei der LINKEN)



Kann und muss das nicht eine Perspektive für einen neuen Frischemarkt sein? Das frage ich Sie alle. Sollten wir uns nicht dieser Frage stellen und dieses Projekt unter einem neuen Vorzeichen neu anschauen?

Der Ernährungsrat der Stadt Köln und Umgebung schreibt in seiner Broschüre *Impulse für kommunale Ernährungswende* - ich zitiere -:

Der Großmarkt soll erhalten und modernisiert werden, zum Beispiel durch einen stärkeren Fokus auf regionale und nachhaltige Produkte oder klimaneutrale Logistik. Er sollte ergänzt werden durch neue, dezentrale Orte [...], die Logistik, Verarbeitung und Bildung im Ernährungsbereich bündeln.

Das ist der Ernährungsrat, mit dem wir eigentlich alle sehr gut zusammenarbeiten. Wir reden inzwischen viel von Transformationen, Wende etc. pp., und ich kann mich gut daran erinnern, wie ich im Jahre 2002 hier im Rat im Zuge der Auseinandersetzung um die GAG-Privatisierung gesagt habe: Wohnungspolitik ist Daseinsvorsorge. Die CDU ist hochgesprungen und hat widersprochen.

Und ich frage mich jetzt heute: Ist nicht das, worüber wir diskutieren - gesunde Ernährung mit regionalen Produkten - auch in der heutigen Zeit Daseinsvorsorge?

(Beifall bei der LINKEN)

Und ich frage Sie, Herr Petelkau: Wie sehen Sie das denn heute? Wie würden Sie das denn sehen? Weil in der GAG-Auseinandersetzung damals waren Sie zurück, und ich habe so den Eindruck, dass Sie in Sachen gesunde Ernährung gar nicht in der Poleposition sind, wo man eigentlich als moderne Großstadtpartei sein sollte. Haben Sie Lehren aus der ganzen Diskussion damals über die Frage der Daseinsvorsorge gezogen?

Daseinsvorsorge bei bezahlbarer Ernährung verändert sich. Ich sage ja auch gar nicht, meine Damen und Herren, wir wollen die Schlachtereier oder die Molkerei wieder städtisch haben. Das würde kein Mensch sagen.

(Lino Hammer [DIE LINKE]: Nein! - Niklas Kienitz [CDU]: Könnte man mit angeben!)

- Ja, aber das war einmal Daseinsvorsorge, und diese Zeiten sind vorbei. Es ändert sich, und wir

müssen diese Frage der Daseinsvorsorge mit gesunder Ernährung, mit einem Frischemarkt, mit unseren Großhändlern neu aufwärmen.

Eine Landwirtin - Frau Dorle Gothe, Mitglied der Regionalwert AG Rheinland - hat in der *StadtRevue* auf Folgendes hingewiesen - ich zitiere -:

Ernährungssouveränität ist kein nice-to-have. Es geht darum, die Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Lebensmitteln zu sichern. Wir sollten mehr Gemüse essen, stellen aber nur 20 Prozent unseres Gemüses selbst her.

Diese Fragestellung von Herstellung, Logistik, Verbreitung - das ist der Punkt, an dem wir arbeiten und ansetzen müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Danke, Herr Michel, dass Sie als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses diese Diskussion auch mit befeuern. Der Rat und die Stadtgesellschaft brauchen in dieser Situation, in der wir etwas verkannt sind, neue Perspektiven. Aber auch die örtlichen Markthändler dürfen unter diesem Chaos, in dem wir uns befinden, nicht leiden. Sie brauchen eine Perspektive bis 2028. Deshalb dieser Antrag.

Auf der einen Seite müssen wir Sicherheit und Planungssicherheit schaffen, wir müssen Perspektiven schaffen, und wir müssen auf die Markthändler zugehen, um mit ihnen gemeinsam dieses Problem zu wuppen und zu versuchen, das gemeinsam zu entwickeln.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist unsere Position, und ich glaube, diesen Weg sollten wir gemeinsam gehen. Der neue Gedanke „Was ist Daseinsvorsorge in der Frage der Ernährung, der regionalen Vermarktung?“ ist, glaube ich, der entscheidende Punkt, und wir müssen diese Sache auch weiter diskutieren. Wenn wir einen Frischemarkt machen, müssen wir das erweitern mit einem Bildungstool, Ernährungswissenschaften etc. pp. Das muss die Perspektive sein.

Und ich würde mir wünschen, Herr Wolfgramm, dass wir an diesem Punkt gemeinsam mit Ihnen ansetzen könnten und einen Diskussionsprozess entwickeln. Wir brauchen aber - und das ist immer wieder die Frage: wir stehen zeitlich unter Druck -, um mehr Vertrauen zu schaffen, Planungssicherheit. Meine Damen und Herren, die müssen wir schaffen. Wir müssen im Prinzip diesen Weg gehen; einen anderen Weg gibt es nicht.



Zu den aktuellen Missständen am Großmarkt: Die müssen wir abstellen. Deswegen unser Antrag, dass wir gesagt haben: Wir brauchen diesen Runden Tisch, damit wir es gemeinsam mit den Markthändlern entwickeln können, also konkrete Politik und Perspektiven entwickeln und ein neues Format schaffen, damit wir auf die aktuelle Situation vorbereitet sind.

Insofern kann ich nur sagen: Die Bezirksvertretung Nippes ist auf dem richtigen Weg. Das hier hat sie nämlich auch anerkannt und gesagt: Lasst uns diesen Weg mit dem Großmarkt gehen.

Liebe Kolleginnen von den Grünen, ich würde nur hoffen, dass von Ihnen da ein bisschen mehr Initiative entsteht. Sogar die Kölner CDU oder zumindest Teile davon sind auf dem richtigen Weg. - Danke schön.

(Hans Schwanitz [Bündnis 90/Die Grünen] und Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Deswegen haben wir einen Änderungsantrag gestellt! - Zuruf: Das ist aber ein schwacher Änderungsantrag! - Zuruf: Meine Güte! - Zuruf: Ohne Planungssicherheit für 28! Den Problemen gehen Sie aus dem Weg! - Bernd Petelkau [CDU]: Das ist gar kein Problem!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

**Volker Görzel (FDP):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Ratssaal! Liebe Zuschauerinnen an den Endgeräten und vor allem liebe Gäste hier im Ratssaal! Worum geht es bei dem Thema Großmarkt? Bei dem Thema Großmarkt geht es selbstverständlich um Daseinsvorsorge und gesunde Ernährung. Ein Thema - insbesondere das letzte -, was wir hier in vielen Anträgen auf Initiative der Grünen immer wieder beschlossen haben.

Es geht hier heute aber auch um 2 000 Arbeitsplätze, und es geht um eine Vielzahl von Unternehmen. Last but not least - und das ist eigentlich der entscheidende Knackpunkt -: Es geht hier heute auch um Vertrauen, Vertrauen in den Rat der Stadt Köln, Vertrauen in das Ratsbündnis aus Grünen, CDU und Volt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf der Bühne und auch zu Hause! Diejenigen, die regelmäßig einschalten oder hier sind, werden sich erinnern: Es sind gerade einmal 25 Monate ins Land gezogen, als hier der Rat der Stadt Köln

auf Antrag der Grünen, der CDU und Volt einen Acht-Punkte-Antrag verabschiedet hat. In diesem Antrag stand drin: Es wird ein Interessenausgleich geschaffen, um die Interessen der Markthändlerinnen und Markthändler in den Blick zu nehmen. Es wurde eine Planungssicherheit bis Ende 2025 beschlossen. Es wurde beschlossen, sofort geeignete Instandsetzungsmaßnahmen durchzuführen. Es wurde beschlossen, ein Verkehrskonzept zu entwickeln. Es wurde beschlossen, im Marktamt Personal zuzusetzen. Das alles ist Beschlusslage. - Darauf komme ich nachher noch. Allerdings merken wir, dass bis auf die Veranstaltung des Interessenausgleichs kein einziger Beschluss auch umgesetzt wurde.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Hört, hört!)

Der Interessenausgleich, der mit viel Geld, mit viel Engagement der IHK und auch der KölnBusiness aufgesetzt wurde, hätte so toll sein können. Ich erinnere mich an viele gemeinsame Sitzungen, erst online, dann in Präsenz, in denen wir die Interessen der Markthändlerinnen und Markthändler, der Gemeinschaft, der Rechtsanwälte alle einfügen wollten in ein großes Konzept. Und was ist herausgekommen? - Nichts. Marsdorf ist tot. Marsdorf wurde dem FC zugeschlagen, und ich glaube, es gehört zur Wahrheit dazu, den Händlerinnen und Händlern zu sagen: Es wird kein Frischemarkt, Großmarkt oder wie auch immer in Marsdorf entstehen, auch weil das Ratsbündnis dem 1. FC Köln eine große Fläche zugeschlagen hat, auch weil man wahrscheinlich bewusst ein Verfahren gewählt hat, das am Ende nicht zu einem Ergebnis führen konnte.

Lieber Dirk, ich muss es hier sagen: Ich weiß, du hast dir im Interessenausgleich als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses unwahrscheinlich viele Verdienste verdient. Du hast dich heute noch einmal schriftlich an die entsprechenden Händlerinnen und Händler bzw. an die Frau Oberbürgermeisterin gewandt. Aber es gehört zur Wahrheit dazu, lieber Dirk, dass es hier trotz deiner Bemühungen auch deine Fraktion ist, die eben das Gegenteil tut, und das muss ich benennen.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der SPD)

Zum Änderungsantrag von CDU und Grünen. Mir ist aufgefallen: Volt ist nicht auf dem Rubrum. Das weiß ich sehr wohl zu werten, das ist mir aufgefallen - prima. Zum Änderungsantrag von Grünen und CDU: Da wird allen Ernstes ein Konzept verlangt. Das haben wir doch schon. Da wird allen Ernstes verlangt, was wir längst schon umgesetzt haben. Wir haben diese Maßnahmen doch alle -



ich habe es doch eben aufgezählt - beschlossen mit Ihren Mehrheitsstimmen vor zwei Jahren,

(Beifall bei der FDP und der SPD)

und heute verlangen Sie allen Ernstes dasselbe. Das ist ein Griff in die Trickkiste aus Täuschen, Tarnen und Tricksen. Das kann ich nicht durchgehen lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das, was die Herrschaften auf der Bühne, was die Markthändler, was 2 000 Arbeitsplätze brauchen, ist jetzt Planungssicherheit. Planungssicherheit heißt Laufzeitverlängerung und heißt Instandsetzung. Das Thema Laufzeit wurde immer wieder diskutiert im Zusammenhang mit der Parkstadt Süd. Das sind alles keine neuen Erkenntnisse. Und deswegen, liebe Kolleginnen von den Grünen und der CDU: Das, was Sie hier mit diesem Änderungsantrag veranstalten - und ich hoffe, die Kolleginnen und Kollegen machen sich die Mühe und lesen diesen Änderungsantrag durch -, das ist, gelinde gesagt, eine Unverschämtheit und dem Ansinnen von 2 000 Arbeitnehmern nicht würdig. Sie lassen 2 000 Arbeitnehmer und die Händlerinnen vor die Pumpe fahren. - Vielen Dank.

(Beifall bei FDP und der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt spricht Herr Zimmermann.

**Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Als ich gefragt wurde, ob ich den Antrag mit stellen möchte, habe ich gern zugesagt. Ich verfolge die Geschichte des Großmarktes zwar nicht seit 30 Jahren, aber doch seit etlichen Jahren hier im Rat, und es ist ein Trauerspiel letztendlich. Um Helmut Kohl zu zitieren:

Entscheidend ist, was hinten rauskommt.

Und es ist nichts herausgekommen bei den ganzen Bemühungen, die in den vergangenen 30 Jahren unternommen wurden. Nun laufen die Fristen langsam ab für die Großhändlerinnen und Großhändler, und es droht, dass das ganze Projekt - der Großmarkt oder Frischemarkt; wie auch immer - vor die Wand gefahren wird.

Immer wieder muss man auch kurz noch einmal erklären - das wurde schon gelegentlich gemacht -: Warum eigentlich ein Großmarkt? Die Logistik und das Einkaufsverhalten mögen sich geändert

haben. Den Tante-Emma-Laden gibt es so nicht mehr, und auch die Gemüsehändler werden weniger etc. Aber es wurde hier auch schon erwähnt: Wenn man für regionale Produkte ist und wenn man auch für eine Vielfalt an Nahrungsangebot ist und nicht nur die Salatgurke im Supermarkt oder im Discounter kaufen möchte, dann brauchen wir selbstverständlich einen Großmarkt oder ein Frischezentrum. Das muss unbedingt für Köln sichergestellt werden.

Und auch wenn man vielleicht sagt, es sei nicht nötig, weil die Lebensmittelversorgung sich dann eben auf anderen, auf neuen Wegen organisieren wird - auch dem möchte ich widersprechen. Warum sollen wir nicht an diesem bewährten Modell des Großmarktes im Sinne von unseren ganzen Restaurantbesitzern und Einzelhändlern und den ganzen Läden, die es noch gibt außerhalb der Supermarktketten und Discounter, festhalten? Warum sollen wir um Himmels willen das Risiko eingehen, diesen Großmarkt vor die Wand zu fahren?

(Beifall bei Teilen der SPD)

Jetzt werden natürlich auch die Änderungsantragsteller, in diesem Fall CDU und Grüne, ihr Bekenntnis zu einem Großmarkt und einem Frischezentrum abgeben. Es wird am Ende nach dieser Debatte im Rat so sein, dass eigentlich alle einen Großmarkt wollen, und es aber irgendwie nicht passiert. Wo liegt die Verantwortung eigentlich für dieses Desaster?

Ich würde mir wünschen, dass die Verwaltung am Ende dieser Debatte mitnimmt, dass hier wirklich alle einen Erhalt des Großmarktes wünschen, und dass die Verwaltung eine Lösung findet, die nicht nur den aktuellen Händlerinnen und Händlern auf dem Großmarkt gerecht wird, sondern eben auch der - das wurde auch erwähnt - Daseinsfürsorge, dem Interesse der Kölner Einwohnerinnen und Einwohner gerecht wird, dass wir weiterhin mit frischen Lebensmitteln, mit frischen Produkten von einem Großmarkt, über einen Großmarkt versorgt werden. Das sollte das Ziel sein.

Daher bitte ich um Zustimmung zum Antrag - und ich bin fest davon überzeugt, dass er im Wesentlichen von SPD und LINKEN und der FDP formuliert wurde -, weil ich glaube, dass dies der bessere Weg ist und vor allem der Weg ist, der auch kurzfristig Sicherheit bieten kann für die Händlerinnen und Händler, zumindest für einige weitere Jahre. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)





**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Karadag das Wort.

**Derya Karadag** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Ratsmitglieder! Liebe Verwaltung! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Ich fange einmal historisch an. Köln ist eine Handelsstadt, und das soll sie auch bleiben. Der Großmarkt hat sich ursprünglich am Rhein entwickelt. Am Standort des heutigen Maritim hat sich früher der Großmarkt angesiedelt. Damals war der Rhein als Wasserweg wichtig. Dann wurde in den dreißiger Jahren ein Entschluss gefasst, dass man die Verlegung nach Raderberg in den Süden Kölns vorantreibt, ans Bonner Tor, weil damals die Schiene wichtig war. Aktuell haben wir schon länger die Überführung in ein Frischezentrum nach Marsdorf beschlossen. Hier ist uns die verkehrliche Anbindung wichtig.

Die Anforderungen an eine zeitgemäße Lebensmittellogistik sind dynamisch. Alles verändert sich heutzutage. Dem müssen sich die Unternehmerinnen und Unternehmer stellen. Dem müssen wir uns als Bürgerinnen und Bürger stellen. Dem müssen wir uns aber auch hier als Politik stellen, und wir müssen diese Dynamik aufnehmen.

Wir ändern nicht nur den Ort, wir ändern auch die Benennung. Ich konnte es historisch nicht zurückverfolgen, wann wir angefangen haben, den Großmarkt Frischezentrum zu nennen - ist aber auch egal. Aus „groß“ wurde „frisch“. Das ist eine andere Betonung. Und heute in unserem Änderungsantrag haben wir uns noch ein bisschen modernisiert und nennen es vielleicht sogar demnächst Food Hub, um das Ganze perspektivisch für die nächsten zehn Jahre weiter zu planen und modern und zeitgemäß auszugestalten.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses  
90/Die Grünen)

Die letzten Beschlüsse dazu haben wir 2021 gefasst. Wir haben bis Ende 2025 verlängert, und daran halten wir uns auch gebunden. Ob eine darüberhinausgehende Verlängerung möglich ist, hängt von ganz vielen Faktoren ab. Faktoren, die jetzt ungewiss sind, die wir nicht geprüft haben, und die Ursprungs-Antragsteller suggerieren, dass eine schlichte Verlängerung bis 28 möglich wäre. Das ist eine Aussage ins Blaue hinein, und das ist das, was die Händlerinnen und Händler hier nicht verdient haben, hier Planungsunsicherheit vorserviert zu bekommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da können wir nicht mitgehen. Planungssicherheit bedeutet, auf geprüften Grundlagen Entscheidungen zu treffen. Zur Ehrlichkeit gehört auch dazu, dass wir über 100 Betriebe sprechen mit internationalen Handelsbeziehungen, 2 000 Arbeitsplätze, die uns hier in Köln sehr am Herzen liegen, und 2 000 Arbeitsplätze, wo wir die Chance haben - ganz anders als bei Ford oder bei Galeria Kaufhof -, uns noch zu kümmern und zu sagen, dass wir sie in die Entscheidung mit einbinden, uns um eine Rettungsmaßnahme zu kümmern, die diese Arbeitsplätze in Köln behält.

Es wird auch ganz viel gearbeitet zum Thema - nicht nur am Großmarkt aktuell, sondern auch in der Verwaltung und in den politischen Betrieben. Wir haben noch die Beantwortung einer FDP-Anfrage, wo die Verwaltung heute noch zum 15.06. eingegeben hat, dass aktuell Gespräche geführt werden, Lösungsmöglichkeiten, konkrete Verbesserungsansätze erarbeitet werden. Die Verwaltung prüft zudem, ob Wirtschaftlichkeitserwägungen angepasst werden müssen, wie wir mit einem zeitlichen Ablauf eines Notifizierungsverfahrens umgehen können. Die Oberbürgermeisterin hat Gespräche mit Nachbarkommunen, deren Namen ich jetzt nicht nenne, geführt und ist auch engagiert, sich der Thematik zu stellen, Synergien zu nutzen und auch in Gespräche zu gehen, um Lösungen zu finden. Und die ehrenamtliche Politik - wir haben auch einen Beschluss der Bezirksvertretung hier - beschäftigt sich ständig und ausgiebig mit dem Thema. Konsequenter und ständig wird in Ausschüssen, in Fachgesprächen, in Bezirksvertretungen und auch hier im Rat über den Großmarkt geredet. Ich möchte mir hier nicht unterstellen lassen, dass das Thema hier unter den Tisch gekehrt wird oder nicht wichtig ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen -  
Christian Joisten [SPD]: Es passiert  
aber nichts!)

Und es sollte hier Konsens sein, dass ein verantwortungsbewusster Umgang mit der Stadt heißt, dass wir Fahrt aufnehmen müssen bei der Realisierung dieses Projekts und dass unsere Vision für eine moderne Lebensmittelversorgung auf dem Frischezentrum bedeutet, dass wir ein Update brauchen. Eine Eins-zu-eins-Verlagerung des Großmarkts, so wie wir ihn kennen, wie er sich seit dem 19. Jahrhundert entwickelt hat, ist nicht möglich. Der Anspruch muss sein, ein modernes, flächeneffizientes und multifunktionales Frischezentrum, einen Food Hub zu entwickeln. Wir wollen viel mehr als nur einen Handelsplatz



mit frischen Lebensmitteln, der ab 14.00 Uhr ungenutzt ist. Das können wir uns in dieser Stadt nicht leisten!

Man muss ein klassisches Handelszentrum mitdenken!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Man muss einen Ort für Ausbildungsbetriebe mitdenken, wo die Lebensmittelindustrie ihre Leute ausbilden kann, wo Kinder, wo Schulen Ernährungsbildung erfahren können, wo attraktive gastronomische Angebote angesiedelt werden, wo Kölnerinnen und Kölner einen Ausflugsort haben. Warum nicht den Großmarkt, ein Frischezentrum, ein Food Hub für diese Stadtgesellschaft öffnen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Joisten zu, Frau Karadag?

**Derya Karadag** (Bündnis 90/Die Grünen): Nein, am Ende. - Ratsanträge sind natürlich etwas Schönes. Am Ende beantworte ich gerne Fragen.

Wir debattieren hier Dinge, wir stellen Dinge in Aussicht, wir vereinigen uns hinter Absichten. Aber die tatsächliche Arbeit, die erfolgt in unseren Gremien - das habe ich gerade dargestellt -, und die erfolgt über mehrere Ebenen, über mehrere Ausschüsse und über mehrere Dezernate. Und da knüpft unser Änderungsantrag an, und wir möchten eine dezernatsübergreifende Projektgruppe zur Steuerung des Frischezentrums einsetzen. Wir möchten den Austausch mit den Händlerinnen und Händlern verstetigen. Und wir möchten auch, falls die Nahtlosigkeit in zweieinhalb Jahren infrage stehen sollte, Unterstützungsleistungen und Ausweichquartiere prüfen.

Meine Damen und Herren! Frischezentrum neu denken! Mit diesem FDP-Spruch bitte ich um Zustimmung für unseren Änderungsantrag. - Herzlichen Dank. - Jetzt gerne Zwischenfragen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Christian Joisten** (SPD): Frau Karadag! Herzlichen Dank für Ihre sehr engagierte Rede, die zeigt, dass Sie diesem Thema sehr zugewandt sind. Darüber freuen wir uns natürlich ausdrücklich. Meine Frage ist aber: Es ist Ihnen schon be-

wusst, dass das, was Sie jetzt hier alles aufgezählt haben, ein völlig neues Aufsetzen eines Prozesses ist, der garantiert nicht bis zum Ende 2025 abgeschlossen ist, und dass dementsprechend unser Antrag besondere Relevanz hat, nämlich den Händlerinnen und Händlern eine Perspektive jetzt zu bieten? Denn da ist von Ihnen nichts gekommen!

(Beifall bei der FDP)

Einfach die Frage: Ist Ihnen das bewusst, und wie gehen Sie damit um?

**Derya Karadag** (Bündnis 90/Die Grünen): Herzlichen Dank, Herr Joisten. - Danke für das Lob am Anfang, und auch bezogen auf mein Engagement: Ich habe gesagt, dass auf vielen Gremien dazu gearbeitet wird, und ich habe auf die Unstimmigkeiten und auch auf die Fragezeichen, die wir hinsichtlich der Verlängerung haben, hingewiesen. Und ich würde sagen: Diese Unstimmigkeiten werden in den Gremien geklärt. Wenn Sie jetzt hier heute Versprechungen an die Händlerinnen und Händler machen möchten, die nicht zu realisieren sind: Bitte schön, aber wir entscheiden uns dagegen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen -  
Jörg Detjen [DIE LINKE]: Wo sollen die denn herkommen?)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Michel das Wort.

**Dirk Michel** (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Verwaltung! Wir haben begonnen, die Parkstadt Süd, eines der größten Stadtentwicklungsprojekte der nächsten Jahre, zu entwickeln. Wir haben es geschafft, dem 1. FC Köln die Fläche für seinen Masterplan Marsdorf erst als Plan B freizuhalten und jetzt auch anzubieten. Das war sehr vorausschauend, und das können Sie uns zuschreiben.

(Zurufe)

Auch wenn uns das viel Zeit und Fläche gekostet hat: Wir wollen einen Großmarkt der Zukunft aufbauen. Großmarkt in Köln heißt aktuell - das haben die Kollegen schon ausgeführt - eine Wirtschaftskraft von 450 Millionen, 160 Händlern, 5 000 Kunden, 2 000 Arbeitsplätzen. Es lohnt sich also, diese Potenziale auf Kölner Stadtgebiet als Arbeitgeber und Steuerzahler zu halten und nicht



Märkte wie Venlo oder Essen zu stärken und nicht die Struktur der KMU im Lebensmittelbereich zu schwächen. Eine Zersiedelung von Großhandel im Frischebereich ist auch mit vielen Risiken verbunden.

Im Fachgespräch der wirtschaftspolitischen Sprecher am 2. Juni wurde uns vom Vertreter des Bundesverbands GFI Deutsche Frischemärkte e.V. an internationalen und nationalen Beispielen aufgezeigt, dass sich Umschlagplätze zu Food Hubs entwickeln. Das Nutzungskonzept des Food Hub als regionaler Handelsplatz für Erzeuger von Obst und Gemüse wäre von regional strategischer Bedeutung, da im Bergischen Kreis Ähnliches für Fleisch und Molkerei auf den Weg gebracht wird.

Handel, Logistik und Kompetenz für ein gesundes Leben in der Stadt - als Grundlage dafür kann die Ernährungsstrategie der Stadt Köln stehen. Die Versorgung von Kindergärten, Schulen, Altenheimen und Krankenhäusern. Wenn die Grundstücksverhältnisse es zulassen, müssen wir die Workshops wieder aufnehmen, das Raumprogramm angleichen, ein Business Case aufzeigen, und fertig ist die Perspektive für ein Betreibermodell.

Das wäre auch die richtige Herangehensweise vor der Ausschreibung gewesen. Aus den Erfahrungen der letzten zwei Jahre wissen wir, dass das Marktamt sehr schlecht aufgestellt ist und im Liegenschaftsbereich keine Zukunft haben dürfte. Die aktuellen Probleme auf dem Gelände sind ein Spiegel der Arbeit - also hausgemacht. Der Dezernent hat sich der Sache angenommen. Die jeweiligen Punkte 3 der Anträge gehen darauf ein - die sind eigentlich gleich -, und es gibt mittlerweile auch eine Stellungnahme der Verwaltung dazu.

Die Stimmung bei Wochenmarkt- und Großmarkthändlern ist am Tiefpunkt. Neue Großmärkte und neue Wochenmarktformate entstehen aus dialogorientierten Prozessen. Wir haben Zeit verloren. Jetzt, wo der Druck steigt, müssen wir unsere Wirtschaftsförderungs-GmbH einschalten, um unsere Händler zu begleiten und mit jedem einzelnen Unternehmer Anspruch und Wirklichkeit abzugleichen. Es ist ein Spagat zwischen Daseinsvorsorge und Markt. Zukünftige Bestandsmittel liegen bei aktuell 8 Euro im Bestand und 20 Euro im Neubau.

Eine Planungssicherheit kann nur noch individuell dargestellt werden. Im Einzelfall brauchen wir Zwischennutzungen. Eine pauschale Verlängerung kann fatale Auswirkungen haben; die Kollegin Karadag hat darauf hingewiesen. Ich bitte Sie, sich damit auseinanderzusetzen. Wir haben alle

Chancen für einen Großmarkt der Zukunft mit regionaler Bedeutung und eine Verantwortung für die Nahversorgung. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Venturini das Wort.

**Isabella Venturini (Volt):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen hier im Rat! Sehr geehrte Bürger und Bürgerinnen! Es ist eine unschöne Situation für die Menschen, die auf dem Großmarkt arbeiten. Auch wir waren 2021 mit dem Beschluss nicht zufrieden. Zur Erinnerung: Wir, die Volt-Fraktion, haben bei dem Änderungsantrag von Grünen und CDU nicht mitgemacht. Wir haben uns damals enthalten. Wieso? - Wir fanden den Prozess, der im Vorfeld gestaltet worden ist, wo viele beteiligte Akteurinnen und Akteure involviert waren, um deren Expertise und Erfahrungen in die Entscheidung mit aufzunehmen, um dann doch anders zu entscheiden, nicht fair.

Zudem galt es damals schon für recht wahrscheinlich, dass die Verkleinerung der Flächen nicht zielführend für die Umsetzung eines neuen Frischezentrums war.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Wie gesagt: Die Situation ist gerade verfahren. Aus diesem Grund haben wir Verständnis für den Antrag der SPD und der anderen. Ebenfalls verstehen wir auch den Änderungsantrag, den die Grünen und CDU stellen. Wir wollen alle ein Frischezentrum. Jedoch erachten wir beide Anträge hier als nicht sinnvoll. Die Verlängerung des Betriebs bis 2028 wird nicht möglich sein. Das Großbauvorhaben Parkstadt Süd - es wurde schon einmal erwähnt - ist der Grund, warum der Großmarkt weichen muss. Darauf sollen ganz viele Wohnungen entstehen, Schulen, Infrastruktur, die wir brauchen, und die Vollendung des Grüngürtels.

Wir wollen nicht, dass das verzögert wird. Ein Großbauprojekt in dieser Dimension ist wahnsinnig komplex und birgt sowieso unfassbar viele unerwartete Probleme, die es zu lösen gilt. Es verantworten zu wollen, dass der Großmarkt der Parkstadt im Wege steht, können wir hier nicht nachvollziehen. Vielleicht denken einige hier im Raum, dass man um den Großmarkt herum



bauen könnte und man das dann nahtlos verlagern könnte. So denken wir nicht.

Wir wollen an dieser Stelle aber auch keine falschen Hoffnungen oder Erwartungen wecken. Das tut aber aus unserer Sicht der Änderungsantrag von Grünen und CDU. Wir sind nicht überzeugt, auch wenn wir es wirklich sehr gerne wären, dass bis Ende 2023 mit allen Beteiligten ein Konzept für einen Food Hub - Fragezeichen? - erarbeitet werden kann. Dass die KölnBusiness die Händler\*innen unterstützen soll in dem Prozess, das ist natürlich supergut und, ehrlich gesagt, gehen wir davon aus, dass das passiert. Ob sich jedoch so einfach Ausweichmöglichkeiten finden lassen, die für die Händler\*innen wirklich funktionieren und leistbar sind, wagen wir auch zu bezweifeln.

Wir teilen absolut die Meinung, dass eine Perspektive hergestellt werden muss, aber die vorliegenden Anträge bieten diese nicht. Daher werden wir die vorliegenden Anträge ablehnen. - Vielen Dank.

(Lisa Steinmann [SPD]: Nicht Verantwortung übernehmen - kann man machen!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte sehr.

**Christer Cremer (AfD):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier im Saal und im Livestream! Es geht hier um Existenzen. Das muss man sich einmal vor Augen führen. Und deswegen werden wir diesem Antrag von SPD, FDP und Linkspartei auch zustimmen. So kann man nicht mit den Händlern auf dem Großmarkt umgehen.

Es war jetzt hier schon ein bisschen grotesk. Da wird dann gesagt: Dann soll dann die KölnBusiness die betreuen, also staatliche Betreuung. Also: Der Staat zerstört dir jetzt dein Geschäft, und dann soll er dich auch noch betreuen. Das ist irgendwie DDR-like. Und das von einem CDU-Vertreter. Also sorry - das geht nicht.

(Beifall bei der AfD)

Ich glaube, man muss auch in der Historie noch auf eine Sache hinweisen. Wir hätten das ganze Problem nicht, wenn wir auch mit dem FC anders umgehen würden. Ja, da gibt es dieses Gerichtsurteil, dass das mit der Planung alles nicht in Ordnung ist. Das könnte man alles hier heilen; die

Mehrheiten sind da. Dann müsste sich nur die liebe CDU einfach einmal von ihrem Koalitionspartner emanzipieren. Dann gibt es hier eine Mehrheit für den FC am aktuellen Standort mit den Plätzen, und den Großmarkt könnte man in Marsdorf wesentlich größer gestalten. Das ist gerade auch schon angesprochen worden.

Nichtsdestotrotz: Die Markthändler brauchen dort Sicherheit, Rechtssicherheit, Planungssicherheit. Es geht um mehrere Tausend Arbeitsplätze. Und wir dürfen diese Leute hier nicht als Stadtrat in den Ruin treiben. Deswegen unterstützen wir den Antrag.

(Beifall bei der AfD)

Ich sage auch an die Markthändler: Sie sind bei uns in der Fraktion auch herzlich willkommen. Wir sind gerne bereit, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen. Das hilft manchmal, mit der AfD zu reden. Das macht der Verwaltung und auch dem Ratsbündnis Beine, weil wenn Sie dann vielleicht zu lange mit uns reden, würden Sie realisieren, dass wir ganz normale Menschen sind. Deswegen: Ich kann Ihnen nur empfehlen, wenden Sie sich ruhig auch an uns. Das macht dem Rest hier immer wieder gerne Beine. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wird weiter das Wort gewünscht? - Herr Wortmann.

**Walter Wortmann (Die FRAKTION):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! Ich habe eigentlich nur eine kurze Information dazu. Also, wir werden natürlich den Antrag von SPD, LINKE, FDP und Thor Zimmermann unterstützen.

(Beifall von Lisa Steinmann [SPD])

Wir können aber Ihren Änderungsantrag leider nicht unterstützen, weil Sie sich hier einfach aus der Fristenregelung 2028 rausschleichen. Und das wollen wir nicht. Wir wollen die Planungssicherheit bis 2028 mit sicherstellen. Dann haben wir genug Zeit, mehrere Runden für ein mögliches Konzept eines Großmarktes mit Ihnen gemeinsam zu drehen. Ich weise darauf hin, dass sicherlich der Großmarkt eine gewisse Bedeutung hat. Die Frage ist, wie er sich finanziert. Aber wenn wir auch im Wirtschaftsausschuss konzentriert über Abend- und Nachtmärkte nachdenken, dann ist es





höchste Zeit, dass die Versorgung sichergestellt wird. - Danke schön.

(Beifall bei Teilen der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich frage jetzt: Frau Gabriel, wünschen Sie das Wort? - Nein. Dann spricht zum Schluss der Debatte Frau Bezirksbürgermeisterin Dr. Siebert.

**Bezirksbürgermeisterin Dr. Diana Siebert** (Nippes): Ich bin die ehrenamtliche Bezirksbürgermeisterin von Nippes. Die Bezirksvertretung Nippes hat einen Beschluss gefällt, und ich bitte darum, diesen nicht einfach nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern jetzt gleich bei den Beratungen auch zu berücksichtigen. Warum haben die Bezirksvertretungen hier überhaupt etwas zu kamellen? Das liegt daran, dass wir für Wochenmärkte zuständig sind, und die Wochenmärkte sind sehr stark von diesem Großmarkt abhängig. Deswegen berücksichtigen Sie bei ihrem oder berücksichtigen Sie bei eurem Votum jetzt gleich, dass die Bezirksvertretungen, wenn sie Wochenmärkte errichten wollen, immer auf Schwierigkeiten stoßen: Wenn wir neue Wochenmärkte errichten wollen, zum Beispiel in Bilderstöckchen. In Mauenheim gibt es auch eine Initiative. Es ist immer die Frage, ob es genug Marktbesucher gibt, die da überhaupt hingehen wollen. Es gibt umgekehrt Tendenzen, dass die Marktbesucher zu wenige sind, dass Märkte geschlossen werden oder drohen, geschlossen zu werden. Es gibt da natürlich auch heftige Auseinandersetzungen. Wir möchten, dass Sie das berücksichtigen, dass die Wochenmärkte den Großmarkt brauchen, und deswegen möchten wir, dass der Großmarkt da umzieht.

(Beifall bei Teilen der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt würde ich abstimmen lassen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag von Grünen und CDU. Gibt es dazu noch irgendwas? - Nein. Dann über den Ursprungsantrag? - Herr Joisten.

**Christian Joisten** (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es ist nicht klar erkennbar aus dem Änderungsantrag, ob der etwas ersetzen soll oder ob der etwas ergänzt, weil obendrüber „Zusatzantrag“ steht.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Der ersetzt! - Zuruf: Das steht da nicht!)

- Danke. - Ja, das steht da nicht.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich glaube jetzt, ehrlich gesagt, es steht immer Änderungs- bzw. Zusatzantrag drüber.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Es gibt formal keinen Ersetzungsantrag!)

Gut, aber es ist jetzt klargestellt.

Ich lasse jetzt also zunächst über diesen Antrag abstimmen und bitte um Handzeichen, wer dem wünscht, zuzustimmen. - Das sind die CDU-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Oberbürgermeisterin. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die Fraktion DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Herr Zimmermann, AfD, Volt, FDP, Die FRAKTION und Frau Gabriel. Ich habe, glaube ich, alle genannt. Enthaltungen dürfte es nicht mehr geben. Dann zählen wir sehr genau. 86 Personen sind anwesend, 44 sind die Mehrheit. Damit ist dieser Antrag angenommen.

(Allgemeiner Beifall)

Sodann lasse ich abstimmen über den Antrag der BV Nippes unter 3.2.3.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir nehmen das zur Kenntnis!)

- Kenntnisnahme. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist hier die Kenntnisnahme erfolgt. Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

#### **3.1.4 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Die Stadt Köln in der Coronakrise (2020-2023) I: Aufarbeitung - Rehabilitation - Wiedergutmachung" AN/1192/2023**

Ich gebe Herrn Busch das Wort.

**Philipp Busch** (AfD): Danke, Frau Oberbürgermeisterin. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der damalige Bundesgesundheitsminister Jens Spahn meinte in seiner Rede im April 2020:

Wir werden einander viel verzeihen müssen.



Meine Damen und Herren! Der Banker als Gesundheitsminister ist Geschichte, obwohl sein Nachfolger keine wirkliche Verbesserung darstellt; eher eine Verschlimmbesserung. Umso wichtiger ist der vorliegende Antrag. Zum Ersten sollten wir ein Gremium schaffen, welches die kommunalen Maßnahmen aufarbeitet und sich insbesondere mit der Verhältnismäßigkeit derer beschäftigt. Des Weiteren sollte umgehend die Vollstreckung aller offenen Ordnungs- und Zwangsgelder, die im Rahmen von übereilten und überzogenen Verordnungen erlassen wurden, suspendiert werden. Die bereits vollstreckten Gelder sind umgehend zurückzuerstatten. Es kann nicht sein, dass sich die Kommune noch an der Corona-Situation bereichert.

So schreibt der *Kölner Stadt-Anzeiger* am 12.06. diesen Jahres - eine Quelle, die ich sonst nicht empfehlen kann -

Dass es natürlich für Kommunen um zusätzliche Einlagen und Einnahmen gehe. Allein bei der Stadt Köln lägen noch nicht verschickte Bescheide im mittleren vierstelligen Bereich.

- was bei einem Verstoß gegen Ihre Maskenpflicht 150 Euro und bei einem Mittel von 5 000 Bescheiden 750 000 Euro ausmacht. Also will man noch eine dreiviertel Million einsacken, und das sind nur die noch nicht verschickten Bescheide. Aber irgendwie muss das Geld für die Fraktionserhöhung aus 3.1.1 reinkommen. Der Wähler wird es nicht vergessen.

(Beifall bei der AfD)

Darüber hinaus sollte seitens der Stadt Köln eine Stelle analog zu den Beratungsstellen für Post-Covid-Syndrom, in dem Fall für das Post-Vac-Syndrom geschaffen werden. Mir ist bewusst, dass das für Herrn Dr. Nießen eine große Aufgabe darstellen würde. Aber gerade in der letzten Sitzung haben wir noch einmal die Stellen für Corona verlängert, zur Abarbeitung der noch offenen, nicht abgeschlossenen Fälle. Vielleicht kann man hier Kapazitäten abziehen und die Verträge der Mitarbeiter dann nicht erst zwei Wochen vor deren Auslaufen verlängern. Der Dezernent ist da. Laut *Tagesschau* waren am 11.04.23 bereits 185 Klagen gegen Impfschäden anhängig. Wir sollten also vorbereitet sein.

Zum Schluss kommen wir zu denen, die während Corona wohl die am meisten benachteiligte Gruppe waren: die Kinder. Sachlich und fachlich unbegründete Kita- und Schulschließungen - dies wird heute alles zugegeben; man muss einander

bekanntlich viel verzeihen -, die sich, wie wir jetzt bei Evaluationen überraschenderweise feststellen mussten, auf die Rechen- und Lesekompetenz niedergeschlagen haben, sind dann für das einzelne Kind wahrscheinlich Lebensrisiko. Das wollen wir nicht, meine Damen und Herren.

Deshalb schlagen wir in Punkt 4 unseres Antrags vor, niedrigschwellige Nachhilfeangebote anzubieten. Nicht zu vergessen sei die psychische Gesundheit. Auch hier ist, wie in unserem Antrag beantragt, zu verfahren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich habe jetzt eine Wortmeldung von Herrn Weisenstein. Während er hier ans Rednerpult kommt, weise ich nur darauf hin, dass Sie keinen Deckungsvorschlag gemacht haben.

**Michael Weisenstein (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Die Pandemie ist zu Ende. Das Virus hat viele Opfer gefordert. Wir haben viele Tote zu beklagen. Am härtesten hat es die Menschen getroffen, denen es materiell nicht so gut geht. Viele von den Menschen leben in benachteiligten Stadtteilen, oft mit Migrationshintergrund, in kleinen Wohnungen. Sie haben keinen Garten. Sie sitzen den ganzen Tag während der Pandemie eng zusammen.

Für Kinder und Jugendliche ist das besonders schlimm, zumal Kitas, Schulen und Jugendzentren häufig geschlossen waren. Kinder aus armen Familien konnten dem digitalen Unterricht häufig nur schlechter folgen, weil sie eben nicht diese gute digitale Ausstattung haben.

Aus heutiger Sicht, meine Damen und Herren, kann man natürlich leicht die Schließungen von Schulen, Kindergärten und Jugendzentren kritisieren. Wir wissen heute Details über das Virus, die damals niemand kannte. Die Virologen mussten zum Lockdown und zu Schließungen raten, als es noch keine oder kaum geimpfte Menschen gab. Alles andere wäre zu diesem Zeitpunkt purer Leichtsinn gewesen. Es war richtig, dass Kneipen und Clubs schließen mussten, und es war auch richtig, Bußgelder zu verhängen, wenn dagegen verstoßen wurde oder wenn auf illegalen Partys gefeiert wurde.

Dass die AfD jetzt die Rückzahlung dieser Bußgelder fordert, ist plumper Populismus.



(Beifall - Zurufe von der AfD: Oh!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Populismus hat während der Pandemie zur Verschärfung der Krise beigetragen.

(Matthias Büschges [AfD]: Das erklären Sie mal!)

In Brasilien mit Bolsonaro und auch während der Trump-Zeit in den USA. Bei uns wurde in Schulen, Krankenhäusern, Altenheimen, pädagogischen Einrichtungen und Laboren sehr viel geleistet. Auch die Politik hat in den meisten Fällen umsichtig und richtig entschieden. In Köln wurde gut gearbeitet. Wir können ein bisschen stolz darauf sein, dass die Impfaktionen in den Altenheimen und in den benachteiligten Stadtteilen so gut angenommen wurden.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Die LINKE hat im Mai 2021 niedrighschwellige Impfaktionen in den benachteiligten Stadtteilen gefordert. Freiwillige und das Kölner Gesundheitsamt haben hier Großartiges geleistet. Hier nochmal ganz besonderen Dank an unser Gesundheitsamt!

(Beifall bei Teilen der SPD)

Die massenhaften Impfungen, meine Damen und Herren, haben die Pandemie besiegt. Das wissen fast alle - bis auf wenige Verschwörungstheoretiker und augenscheinlich die AfD.

(Einzelbeifall - Matthias Büschges [AfD]: Oh!)

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es findet zurzeit eine breite gesellschaftliche Diskussion um die Folgen der Pandemie statt. Kinder und Jugendliche haben mit der Folge von Einsamkeit während der Pandemie zu kämpfen. Selbstverständlich muss das pädagogische Personal in Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen gut ausgestattet sein, um diese Aufgaben zu bewältigen.

Die Einrichtungen der Jugendhilfe und des Gesundheitssystems entwickeln sich weiter. Sie werden qualifiziert und ausgebaut, um die körperlichen, geistigen, psychischen und sozialen Folgen der Pandemie bei den Jugendlichen aufzuarbeiten. Dafür müssen weiterhin ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden. Aber dafür, meine Damen und Herren, brauchen wir keinen populistischen Antrag der AfD. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Soll der Antrag aufrechterhalten bleiben?

(Zuruf von der AfD: Wir nehmen ihn zurück!)

- Gut.

Tagesordnungspunkt

### 3.1.5 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Genozid Mahnmal - Hohenzollernbrücke" AN/1190/2023

Hier hat als Erster der Antragsteller das Wort. - Herr Hock.

**Michael Hock** (Die FRAKTION): Frau Reker, vielen Dank. - Meine Damen und Herren! Liebe alle! Vorab teilte ich mit, dass wir den Antragspunkt zu 2 zurückziehen werden. Wir werden also nur noch eine Abstimmung zum Antragspunkt 1 durchführen lassen. Wir hätten sowieso gegen den zweiten Punkt gestimmt.

Ich denke, wir haben hinreichend zum Ausdruck gebracht, was wir über den Irren vom Bosphorus denken, und lokalpatriotisch und populistisch haben wir im zweiten Punkt gefordert, dass ein hässlicher Platz in Köln gefunden werden soll für die Statue. Natürlich gibt es in Köln keinen hässlichen Platz, insofern hätte das wohl nicht funktioniert. Erwarten Sie heute zu diesem Antrag von uns keine Satire! Ich bin sicher, Sie machen die später selbst. Ich weiß, Sie warten immer, dass von uns so etwas kommt wie die Comicbeilage in der Zeitung, aber ich muss Sie enttäuschen.

Heute sprechen wir über einen Tagesordnungspunkt, der uns am Herzen liegt und den wir für wichtig erachten. Worum geht es? Um den Rahmen noch einmal zu ziehen für alle, die nicht orientiert sein sollten - denkbar: Es geht um ein Denkmal, das den Genozid an den Armeniern thematisiert und das momentan immer noch an der Hohenzollernbrücke steht. Ein Mahnmal. Dieses Mahnmal thematisiert an dieser Stelle - deswegen ist es dort auch genau richtig - die Verstrickungen auch des Deutschen Kaiserreiches damals in diese Vorkommnisse, die zur Zeit des Ersten Weltkrieges schwerpunktmäßig stattgefunden ha-



ben. Historisch belegt ist auch zumindest das Unterlassen zumindest, wenn nicht sogar eine aktive Teilnahme des preußischen Militärs des Deutschen Kaiserreiches an diesen Vorkommnissen. Dort ist der richtige Platz.

Es gibt einen Grund, warum es dort steht, warum es dort stehen soll. Es gibt einen Bezug zu Deutschland, zu Köln, und natürlich ist auch ein weiterer Grund, warum es dort stehen soll, dass wir hier in Köln eine armenische Gemeinde haben, die größte in ganz Deutschland mit über 5 000 Leuten. Und wenn wir Integration ernst meinen, sollten wir auch die Anliegen dieser Personen berücksichtigen und Stellung beziehen.

Es geht hier nicht um wenig. Es geht am Ende um die freiheitlich demokratische Grundordnung, um Artikel 5, also einen Artikel, der die freiheitlich demokratische Grundordnung konstituiert: das Freiheitsrecht. Also, ich weiß nicht, warum die Diskussion hier geführt werden muss. Zur sachlichen Begründung vielleicht noch einmal kurz ein Zitat von dem Mahnmal:

Nur eine entschiedene Ächtung der Entwürdigung von Minderheiten und die Einsicht, dass es weder religiöse, nationale noch ethnische Überlegenheit zwischen Menschen gibt, kann solche Verbrechen verhindern.

Dem habe ich nichts hinzuzufügen, außer vielleicht den Hinweis darauf, dass dieses History Repeating, was vermieden werden soll, im Hinblick auf die Kurden - Karabach - gerade stattfindet, auch wenn man das natürlich nicht eins zu eins darauf beziehen kann. Aber gerade dieses Problem der Genozidleugnung führt dazu, dass es keine historischen Beispiele gibt, wo gesagt wird: Das müssen wir vermeiden.

Jetzt kurz noch zur Satire, die ich angekündigt hatte. Ich habe schon einige Arbeitsverhältnisse in meinem Leben erlebt. Unter anderem habe ich einmal in der Verwaltung gearbeitet. Ich hatte eine Chefin, die ich sehr bewundert habe und bis heute verehere. Sie hat das ganz gut hinbekommen. Am Telefon habe ich gelegentlich mitbekommen, wie sie signalisiert: Ich mache das nicht. Natürlich hat sie nicht gesagt: Ich mache das nicht, weil ich keine Lust darauf habe, sondern sie hat gesagt: Da sind mir leider die Hände gebunden. Und so kommt mir das Ganze hier heute auch vor.

Natürlich können wir das, wie wir es beantragen, abstimmen. Natürlich müssen wir keine Klage abwarten. Wir müssen nicht abwarten, wenn wir als Rat der Verwaltung sagen können, wie etwas im

Rahmen des Rechts geschehen soll, und das ist das, was wir beantragen. Hier wedelt der Schwanz mit dem Hund in zweifacher Hinsicht: zum einen, wie ich es beschrieben habe, und zum anderen: Liebe Grünen, wenn ihr an einem Kreistag genau das, was wir heute beantragen, beschließt, wundere ich mich, ob ihr in der Zwischenzeit alle 26, die ihr hier sitzt, ausgetreten seid aus eurer Partei oder einfach unterschiedlich abstimmt.

Also, noch ganz kurz, vielleicht ein Punkt noch: Wenn Sie sagen, das ist gar nicht machbar, das ist nicht möglich, das so abzustimmen, dann verweise ich darauf, dass Sie vor Kurzem etwas anderes, was auch offensichtlich unmöglich war, öffentlich propagiert haben. Da ging es um das Roger-Waters-Konzert. Natürlich: Wir sind gegen Antisemitismus. Roger Waters liegt mir jetzt nicht als Person am Herzen; seine Musik ist eine andere Geschichte. Dennoch sind Sie alle vor die Presse getreten, haben gesagt: Das muss abgesagt werden. Es war von Anfang an klar, dass das nicht abgesagt werden kann, dass dieser Vertrag stehen wird, und so ist es auch gekommen.

Hier ist es andersherum. Hier haben Sie eine Chance, dass das, was wir beantragen, durchgeht und dass es Erfolg hat. Das Risiko, dass Sie dadurch Wählerstimmen verlieren, ist relativ hoch.

Dem Änderungsantrag stimmen wir übrigens auch zu. Insofern hoffe ich auf Ihre Zustimmung für unseren Antrag. - Vielen Dank. Ciao!

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Als Nächste hat Frau von Bülow das Wort.

**Brigitta von Bülow** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Vor uns liegt der Antrag der Fraktion Die FRAKTION. Ehrlich gesagt: Als ich ihn las - und nicht nur ich -, war ich empört über die Art und Weise, wie ein so ernstes Thema wie der Völkermord an den Armeniern zynisch missbraucht und abgehandelt wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Diese Art des Umgangs mit dem Genozid ist des Rates der Stadt Köln nicht würdig und schadet uns allen. Ich bin froh, dass dies die große Mehrheit des Rates genauso sieht und den gemeinsamen Änderungsantrag gestellt hat. Mit diesem bekennt sich der Rat zur Wichtigkeit und Dringlichkeit des von der Initiative „Völkermord erinnern“ vorgebrachten Anliegens und darüber hinaus zu





der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands.

An dieser Stelle möchte ich auch sehr herzlich Vertreter\*innen der Initiative und der armenischen Gemeinde und Kirche hier im Rathaus begrüßen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,  
der SPD und der FDP)

Um den Stein ins Rollen bzw. den Prozess weiterzubringen, braucht es im Übrigen nicht den Antrag der Fraktion Die FRAKTION. Schon 2016 bekannte sich der Deutsche Bundestag dazu, den Genozid an den Armeniern als solchen und auch die Mitverantwortung des Deutschen Reiches anzuerkennen. Seit 2018 stellte die Initiative „Völkermord erinnern“ immer wieder zum 24. April, dem Jahrestag des Gedenkens an den Genozid an den Armenier\*innen, sein Mahnmal „Dieser Schmerz betrifft uns alle“ auf. Trotz vieler Rückschläge blieb die Initiative immer weiter aktiv, unterstützt von zahlreichen Akteur\*innen der Stadtgesellschaft. Zustimmung und Unterstützung bekam sie vor Kurzem auch durch die BV Innenstadt. In ihrer Sondersitzung zum Mahnmal beschloss sie, dass sie das Mahnmal befürwortet und eine dauerhafte Lösung anstrebt, und sie forderte den Rat auf, sich entsprechend in seinen Gremien mit dem Thema zu befassen. Dem hätte der Rat ohnehin entsprochen, unabhängig von der Fraktion Die FRAKTION, und ich bin der BV Innenstadt sehr dankbar dafür, dass sie sich so intensiv mit diesem Thema befasst hat und diese Sondersitzung abgehalten hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der LINKEN)

Die weiteren Ereignisse hier darzustellen, erspare ich mir, nicht aber den Hinweis darauf, dass der weitere Verlauf in vielen Medien Anlass geboten hat für unterschiedliche Spekulationen. Lassen Sie mich dazu sagen: Weder die demokratischen Mitglieder des Stadtrates noch die Oberbürgermeisterin lassen sich von politischem Gegenwind und Ideologien in ihren politischen Entscheidungen beeinflussen. Unsere Handlungen sind stets geleitet von demokratischen Prinzipien, dem Schutz der Menschenwürde und Menschenrechte und dem Wohl unserer Stadt und ihrer Bürger und Bürgerinnen. Das allein zählt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Warum ist das Mahnmal wichtig in Köln? - Jedes Mahnmal erinnert über Generationen hinweg an begangenes Unrecht oder Katastrophen. Es trägt dazu bei, den Opfern ihre Würde zurückzugeben

und uns selbst die eigene historische Verstrickung vor Augen zu führen und die daraus erwachsende Verantwortung in der Gegenwart. Folgerichtig soll das Mahnmal „Dieser Schmerz betrifft uns alle“ des Vereins „Völkermord erinnern“ nicht nur an den Genozid an den Armeniern in den Jahren 1915 bis 1918 erinnern, es soll auch die deutsche Beteiligung daran in den Blick nehmen und grundsätzlich dazu auffordern, Rassismus und Nationalismus als Ursache von Völkermord zu ächten. Entsprechend wurde das Mahnmal gegenüber dem Reiterstandbild von Kaiser Wilhelm II. errichtet, als dem Verantwortlichen für den Völkermord an den Herero und Nama 1904 und auch als Unterstützer des Genozids an den Armeniern.

Köln hat zahlreiche Mahnmale und Denkmäler. Jedes steht für eine wichtige Botschaft. Heute wollen wir mit unserem Antrag den Weg für ein dauerhaftes weiteres Mahnmal öffnen. Das Mahnmal „Dieser Schmerz trifft uns alle“ symbolisiert nicht nur das Leid derjenigen, die unter Unterdrückung, Gewalt und Unrecht leiden mussten, sondern auch die universelle Betroffenheit, die uns alle verbindet. Es erinnert uns daran, dass wir als Gemeinschaft zusammenstehen müssen, um gegen Ungerechtigkeit und Diskriminierung einzutreten. Es ist ein Mahnmal, das uns aufruft, wachsam zu sein und für unsere gemeinsamen Werte einzustehen.

Deshalb unterstützen wir zunächst, wie in Punkt 2 des Änderungsantrages enthalten, seine temporäre Aufstellung bzw. dass es temporär steht. Dem soll dann vor allem schnellstmöglich im nächsten Schritt der Weg hin zu einem dauerhaften Mahnmal in der Kölner Innenstadt folgen, das unter Beteiligung aller relevanten Akteur\*innen und Gremien in einem Dialog- und Findungsprozess konzipiert wird, begleitet von regelmäßiger Berichterstattung in den Fachausschüssen.

Bevor ich zum Ende komme, möchte ich kurz auf Punkt 2 des FRAKTIONS-Antrags eingehen - auch wenn er zurückgezogen ist, aber er ist ja in der Welt -, der die Aufstellung einer Statue von Erdoğan an einem als „hässlich“ bezeichneten Ort in Köln fordert.

Ich möchte darüber meine Besorgnis ausdrücken, denn eine solche Forderung untergräbt nicht nur die demokratischen Prinzipien, auf denen unsere Gesellschaft basiert, sondern auch grundlegende Werte wie Toleranz und Meinungsfreiheit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und der FDP)



Und zum soeben einmal leicht daher gesagten „hässlichen Ort“: Wenn es einen solchen gibt, ist sowieso unsere Aufgabe, alles dafür zu tun, ihn zu einem besseren Ort zu machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,  
der FDP und bei Teilen der SPD)

Wir möchten auch von dieser Stelle den Initiator\*innen und Unterstützer\*innen dieses Mahnmals unseren aufrichtigen Dank aussprechen. Ihr unermüdlicher und unerschrockener Einsatz hat maßgeblich dazu geführt, das Bewusstsein für den Genozid an den Armeniern zu schärfen und zur Auseinandersetzung mit der eigenen historischen Verstrickung und Verantwortung beizutragen. Sie haben den Weg bereitet für ein dauerhaftes Mahnmal. In dieser Zeit der gesellschaftlichen Herausforderung müssen wir als politische Vertreterinnen und Vertreter unserer Stadt zusammenhalten. Auch mit unserem gemeinsamen Antrag setzen wir so ein starkes Zeichen im Kampf für Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit und für die Erinnerungskultur in dieser Stadt. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,  
der FDP und der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Dr. Elster das Wort.

**Dr. Ralph Elster (CDU):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates der Stadt Köln! Meine Damen und Herren von Die FRAKTION! Wie kann man nur auf die Idee kommen, den Genozid an den Armeniern von 1915, diesen ersten völkisch motivierten Vernichtungsfeldzug im Dunstkreis Europas gegen Armenier, gegen Aramäer und viele andere Nicht-Türken; wie kann man nur dieses Verbrechen, bei dem Millionen Menschen ums Leben gekommen sind, auf diese plumpe Art und Weise mit Stammisch-Dönekes verweben, die sich - satirisch ist das ja nicht; das ist höchstens blöd - gegen Erdoğan richten sollen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist wirklich einer der Tiefpunkte in der Geschichte dieses Rates, das Schicksal, das Leid von Millionen unschuldiger Menschen auf diese Art zu verballhornen. Eigentlich ist jedes Wort, das über diesen Antrag verloren wird, zu viel, und normalerweise müsste man so einen Unsinn ohne weitere Aussprache ablehnen. Der Geschäftsführer der stärksten Fraktion würde normalerweise dann ein paar Sätze im Sinne dessen verlieren,

was ich gerade gesagt habe, und erläutert so den Beteiligten knapp das Abstimmverhalten.

Wir werden das heute, wie Frau von Bülow schon dargestellt hat, angesichts der Brisanz allerdings nicht tun. Wir haben einen Ersetzungsantrag auf die Tagesordnung gebracht, der der Angelegenheit würdig ist. Nicht zuletzt, weil sehr viele Menschen bei uns in Köln leben, die armenische oder auch türkische Wurzeln haben. Vor allem diese Mitbürgerinnen und Mitbürger haben es verdient, dass wir uns hier im Rat mit diesem Thema in angemessener Weise auseinandersetzen. Wir werden deshalb die Verwaltung gleich beauftragen, einen angemessenen Ort des Gedenkens zu ermitteln und in einem Prozess des Dialogs mit allen relevanten Gruppen eine angemessene Form des Erinnerns in der Kölner Innenstadt zu identifizieren.

Gedenkort, wie einer für den Genozid an den Armeniern heute schon auf dem armenischen Gräberfeld auf dem Friedhof Leimbacher Weg eingerichtet ist: Solche Mahnmale und Gedenkstätten sind besondere Orte. Orte, die Kraft haben, zur Aufarbeitung der Geschichte beizutragen. Orte, die am Ende Versöhnung ermöglichen, die uns heute Grundlagen schaffen für eine gemeinsame und friedliche Zukunft. Wir kennen das in Köln in einem anderen Kontext, zum Beispiel vom Lern- und Gedenkort Jawne, vom NS-Dokumentationszentrum, von den Gedenktafeln an der Messe Deutz am Deutzer Rheinufer. Alles Orte, an denen wir der Vernichtung von Millionen von Juden, von Sinti und Roma und vielen anderen Opfern des Dritten Reiches gedenken.

Das sind oft Orte, an denen die Verbrechen selbst stattgefunden haben, die aber heute eine besondere Bedeutung bei der Aufarbeitung dieser Taten bekommen. Sie entfalten ihre Wirkung selbstverständlich deswegen, weil ihnen ein gemeinsames Verständnis zugrunde liegt und es einen gesellschaftlichen Konsens darüber gibt, was damals alles geschehen ist, wer Täter war, wer Opfer war, und vor allem auch darüber, dass so etwas nie wieder passieren darf.

In der Frage des Genozids an den Armeniern rächt sich heute leider die Tatsache, dass der Westen und insbesondere auch Deutschland seit 1915 von den Deportationen und dem anschließenden Genozid, der damals vom jungen türkischen Staat verübt worden ist, weiß, aber heute wie damals, eingebunden in geopolitische Strategien und daraus resultierende Bündnisse, hat man der Türkei immer noch keine angemessene



Auseinandersetzung mit diesem Thema abverlangt. Das ist besonders tragisch, gerade heute.

Und weil das auch so ist, dass nach über 100 Jahren immer noch die Gräueltaten nicht richtig diskutiert und aufgearbeitet worden sind, gibt es auch keine echte Versöhnung zwischen Armeniern und Türken. Das macht mit Blick in das letzte noch existierende Vielvölkergebiet in der Türkei rund um Antakya/Antiochia ganz klar, was da passiert. Dort leben gerade die Menschen in Angst. Die letzten jüdischen oder aramäischen oder antiochenisch-christlichen Gemeinden fürchten sich vor dem, was der türkische Staat nun in der Folge des Erdbebens plant.

(Allgemeiner Beifall)

- Ja, das ist so. - Kern dieser Furcht ist genau, dass es keine Versöhnung gibt. Die fehlende Versöhnung, die ihrerseits natürlich zunächst einmal mit einer sorgfältigen Aufbereitung und Auseinandersetzung mit Schuld zusammenhängt. Die Furcht ist also sehr konkret. Was passiert nun mit den Minderheiten vor Ort im Erdbebengebiet? Können sie wieder zurückkehren? Behalten sie ihre bisherigen Rechte? Wir werden genau hinschauen müssen, und dieses Mal werden wir nicht schweigen, wenn wir von Unrecht erfahren. Ich bin gerade deswegen, wegen dieses Aspekts, dem Integrationsrat auch sehr, sehr dankbar für die Initiative der vom Rat beschlossenen Projektpartnerschaft. Denn das ist auch ein Instrument, das wir dafür nutzen können.

Abschließend darf ich für die CDU-Fraktion sagen, dass wir hoffen, mit dem weiteren Mahnmal, das wir hier in Köln errichten werden, auch mehr Wirkung zu entfalten, und zwar im Sinne der Herstellung eines gemeinsamen Verständnisses über das, was 1915 in der Türkei geschehen ist.

(Beifall bei Teilen der CDU, bei der SPD und der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Dr. Krupp das Wort.

**Dr. Gerrit Krupp (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist ein wichtiger, bedeutender Tagesordnungspunkt. Aber gerade, weil das so ist, kann ich es kurz machen. Die entscheidenden Gesichtspunkte, die entscheidenden Fakten und die entscheidenden Schlüsse daraus liegen nämlich auf dem Tisch.

Erst einmal zum Antrag von der Fraktion Die FRAKTION: Ihr habt euch da vergriffen. Ich will euch da nicht Vorwürfe in dem Sinne machen, wie sie gerade zu hören waren. Ich verstehe schon, was ihr wolltet; es wird deutlich. Aber es ist einfach nicht angemessen, in so einer Frage mit Ironie zu arbeiten.

(Beifall bei der SPD, FDP und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Und das sage ausgerechnet ich, der ich eigentlich auch durchaus ironisch unterwegs bin. Aber das geht bei dem Thema nicht. Das funktioniert nicht. Das wirkt nicht, und das ist einfach der Sache nicht angemessen. Das muss ich ganz klar festhalten. Also, ihr habt euch da vergriffen. Lasst das demnächst, wenn es um solche Themen geht!

Dann will ich ganz klar sagen zu dem geplanten Mahnmal: Es ist sicherlich nicht an Deutschland und an den Deutschen, beim Thema Völkermord mit dem Finger auf andere zu zeigen. Das ist auch klar. Aber gerade, weil wir eine Geschichte haben, wie wir sie haben, und gerade, weil auch in diesem speziellen Fall wiederum Deutsche auch an den Geschehnissen beteiligt waren, ist es trotzdem richtig, dass auch für Völkermorde, bei denen nicht nur Deutschland beteiligt war, auch hier ein würdiges Erinnern stattfindet. Das hat nichts damit zu tun, dass wir dann auf andere zeigen und von eigenen Verfehlungen in der Geschichte ablenken wollen. Gerade weil unsere Geschichte so ist, wie sie ist, ist es uns ein Anliegen, und die deutsche Schuld und die deutsche Verantwortung kommen da keinesfalls zu kurz.

Wir sind uns einig, glaube ich, jedenfalls in der großen Mehrheit dieses Rates, darüber, so wie es gewesen ist - temporäre Denkmäler, temporäre Mahnmale, die dann abgeräumt werden -: Das ist der Sache einfach nicht würdig. Das sind Bilder, die wollen wir nicht mehr sehen. Das tut gerade zu sehr weh bei einem solchen Thema. Deswegen ist es richtig, dass wir uns jetzt auf den Weg machen, und „auf dem Weg“ soll hier nicht wirklich eine lange Strecke bezeichnen, sondern es soll gerade heißen, dass wir das jetzt kurzfristig auch umsetzen, wirklich einen angemessenen Ort zu finden.

Bis dahin soll der temporäre Standort erhalten bleiben, damit eben solche unwürdigen Bilder auch nicht mehr entstehen. Und wenn es dann so weit ist, bin ich zuversichtlich, dass wir einen angemessenen Ort und eine angemessene Form des Erinnerns an diesen schrecklichen Völkermord in der Kölner Innenstadt finden. Das wird der Sache gerecht, und das ist der Sache würdig. Und



ich glaube, das ist ein Anliegen, was auch in dem Änderungsantrag deutlich wird. Deswegen freue ich mich, wenn sich möglichst alle demokratischen Kräfte hier im Rat hinter diesem Änderungsantrag versammeln können.

In diesem Sinne - ohne jede Ironie - ein bedeutender, ein wichtiger Tagesordnungspunkt. Ich finde es gut, wenn wir uns hier gemeinsam wirklich - und das ist auch ein gutes Zeichen nach außen - als Kölner Rat und demokratische Kräfte hinter diesem Antrag versammeln können. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD, bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

**Heiner Kockerbeck (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben schon eine Menge von dem gesagt, was ich auch nur noch bekräftigen kann. Es ist richtig gesagt worden: Es geht um einen der ersten systematisch geplanten und organisierten Genozide des 20. Jahrhunderts. Nach wissenschaftlichen Schätzungen fanden bis zu 1,5 Millionen Menschen dadurch den Tod. Die damalige Regierung des Osmanischen Reiches plante und organisierte dies. Aber - auch das ist richtig betont worden - wir gedenken hier natürlich eines Genozids, auch und in erster Linie für die Nachkommen jener Menschen armenischer Herkunft, die bei uns leben und natürlich weltweit leben.

(Allgemeiner Beifall)

Zum Zweiten aber geht es um ein Verbrechen, das mit deutscher Beihilfe, mit Deckung der damaligen deutschen Regierung unter Kaiser Wilhelm II. stattfand und dessen Offiziere in der Türkei dazu Beihilfe geleistet haben.

Köln ist die Stadt mit der größten armenischen Gemeinde in Deutschland. „Dieser Schmerz betrifft uns alle“, ist natürlich deshalb für Köln besonders wichtig als Aussage. Es ist sehr gut, dass die Bezirksvertretung Innenstadt im Grunde diesen heutigen Ratsbeschluss vorbereitet hat. Am 29.03. und am 27.04. hat sie zwei Beschlüsse gefällt, auf denen im Grunde unser heutiger Ratsantrag aufbaut. Trotzdem ist das ein sehr wichtiger Schritt vorwärts, dass wir heute diesen Antrag so beschließen.

Er hat zwei Teile. Wir als LINKE finden es sehr wichtig, dass es jetzt einen Prozess der Verwaltung - von der Verwaltung organisiert - gibt, einen Dialog- und Findungsprozess mit Anhörung von Expert\*innen unter Beteiligung der Öffentlichkeit und natürlich der Initiative „Völkermord erinnern“ und der armenischen Gemeinde, die Mitglied dieser Initiative ist, und wir dann dazu kommen, in einigen Jahren in Köln ein angemessenes, würdiges Mahnmal für diesen Völkermord zu haben.

Zugleich sollten wir aber auch sehen: Dieser Prozess dauert einige Jahre. Deshalb hat die Bezirksvertretung Innenstadt völlig zu Recht beschlossen, dass die Erinnerungsstele der Initiative und der armenischen Gemeinde mit dem Titel „Dieser Schmerz betrifft uns alle“ aufgestellt werden soll; so lange in der Nähe der Kaiser-Wilhelm-Statue an der Hohenzollernbrücke. Unser Beschluss heute sagt, sie soll temporär aufgestellt werden. Das tragen wir mit. Wir als LINKE finden aber den Vorschlag der Bezirksvertretung Innenstadt präziser, zu sagen: für mindestens ein Jahr vom 24.04., dem Gedenktag an den Völkermord, bis zum 24.04.2024, und - wir könnten uns auch vorstellen und wir bitten alle, das genau zu überlegen und sich dazu eine Meinung zu bilden - so lange, bis endgültig in Köln ein Mahnmal beschlossen und aufgestellt worden ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Also, in diesem Sinne: Ich finde, es ist heute wichtig, dass wir das alle gemeinsam beschließen. Denn was zum Antrag von Die FRAKTION gesagt wurde: Es ist auch überhaupt nicht gut, solch ein Anliegen als Partei allein zur eigenen Profilierung zu nutzen. Deshalb ist es wichtig, dass alle demokratischen Fraktionen das hier beschließen.

(Beifall bei der LINKEN, der FDP und bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

**Katja Hoyer (FDP):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Ich habe meine Rede zur Seite gelegt, weil - und das erfüllt mich wirklich mit großer Freude - ich jetzt erlebt habe, dass offensichtlich Kolleg\*innen anderer Fraktionen beim Lesen des Antrages von der FRAKTION genauso empfunden haben wie ich. Ich finde es wunderbar, dass Frau von





Bülow und Herr Dr. Elster dieses genauso ausgedrückt haben, wie ich es empfunden habe. Dafür vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich finde, das muss man sagen, auch gerade bei so einem Punkt. Das wurde auch noch einmal von Herrn Kockerbeck deutlich gemacht: So ein Thema darf nicht einer plumpen Profilierung dienen. Und genau diesen Eindruck hatte ich, als ich es gelesen habe, und wenn Herr Hock sagt, das sei die Comicbeilage zur heutigen Ratssitzung, dann muss ich sagen: Für mich ist es ein Ärgernis, das mit Empfindungen von Menschen, von Armeniern und Türken spielt.

(Beifall bei der FDP, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Deswegen will ich alles das, was so richtig gesagt worden ist, nicht wiederholen. Ich kann verstehen, dass viele Menschen der armenischen Gemeinde, die heute hier sind, diese Debatte mit großen Empfindungen verfolgen und sagen: Wie lange hat es eigentlich gedauert? Das müssen wir uns auch noch einmal sehr deutlich machen: Wie lange hat es gedauert? Wie lange hat es gedauert, dass der Deutsche Bundestag 100 Jahre später erst seine Verantwortung deutlich gemacht hat?

(Beifall bei der FDP, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der SPD)

Und wenn man auf diese Dauer des Prozesses schaut, dann habe ich wirklich die inständige Bitte: Das Mahnmal, was wir alle wollen - es muss schnell errichtet werden. Und wir haben leider Gottes auch in dieser Stadt schon Erfahrungen gemacht - ich erinnere nur an das Thema Keupstraße -, wo Menschen, die lange auf dieses Mahnmal warten, immer noch warten. Das darf nicht passieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Achtelik hat das Wort.

**Christian Achtelik (Vot):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer\*innen im Saal und auch im Stream. Dieser Schmerz betrifft uns alle.

Das Mahnmal am hier diskutierten Ort hat eine besondere Stellung. Das wurde von vielen Vorredner\*innen mehrfach angesprochen. Die Rolle des Deutschen Kaiserreichs am Genozid am armenischen Volk zu beleuchten ist ein wichtiger Schritt. Daher können wir die Notwendigkeit der Nähe zur Statue Wilhelms II. bei uns an der Hohenzollernbrücke sehr gut nachvollziehen. Uns ist die Aufarbeitung der historischen und kolonialen Vergangenheit Deutschlands und Kölns wichtig. Aber ein Ende dieses Prozesses ist noch nicht absehbar.

Im Kontext hier heißt das: Auch Kaiser Wilhelm wird hier mitsamt Denkmal zur Debatte stehen können. Ob es vor Ort bleibt und im direkten Kontext, oder ob man sich im Bürgerbeteiligungsprozess für eine Verlegung in ein Museum starkmacht, können wir noch nicht absehen. Wir wollen eine langfristige Lösung für das Erinnern an den schrecklichen Genozid an den Armeniern in der Kölner Innenstadt. Daher freuen wir uns über die breite Unterstützung des Änderungsantrages. Ganz viel ist hier schon gesagt worden. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und bei Teilen der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wird zum Tagesordnungspunkt 3.1.5 weiter das Wort gewünscht? - Herr Hock, Sie sind noch nicht dran. Ich habe jetzt erst Sie, Herr Cremer. Bitte sehr.

**Christer Cremer (AfD):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier im Saal und im Livestream! Liebe FRAKTION, mit diesem Thema macht man keinen Zynismus und zieht das Ganze nicht ins Lächerliche.

Das ist ein Völkermord und da macht man das nicht. Punkt. Wir werden diesen Antrag natürlich ablehnen. Dem Änderungsantrag werden wir zustimmen. Wir werden es auch eng begleiten. Wir sind gespannt, welche Berichte es in den Ausschüssen geben wird. Das sind wir den Opfern schuldig. Es ist ein Massenmord gewesen. Darüber gibt es nichts zu diskutieren. Ich glaube, damit ist alles gesagt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)



**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Hock, ich wollte eigentlich keine zweite Rederunde aufmachen. Aber wenn Sie sich kurzfassen, dann bitte schön.

**Michael Hock** (Die FRAKTION): Ich glaube, darüber, ob es eine zweite Rederunde gibt oder nicht, entscheiden immer noch die Redner, Frau Reker. Vielen Dank.

(Zuruf von der AfD: Das haben Sie vorhin nachgelesen!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Nein, das ist nicht so. Darüber entscheidet die Sitzungsleitung. - Aber bitte sehr, Herr Hock.

**Michael Hock** (Die FRAKTION): Ich muss doch noch einmal zwei, drei Sachen sagen. Hier wurden bewusst Sachen falsch verstanden, und ich möchte es in den richtigen Rahmen rücken.

Zunächst einmal, wenn hier Herr Elster sagt, es wäre zynisch, und dann aufzählt, wie - übrigens von seiner Partei mitverantwortlich auf Bundesebene - die Politik der Bundesrepublik im Bewusstsein dieses Umstandes keine Erklärung eingefordert hat, dann erscheint mir das sehr viel zynischer als der Antrag, den wir gestellt haben.

Wenn Frau Hoyer sagt, ich hätte gesagt, es sei eine Comicbeilage, dann hat sie mir nicht zugehört. Frau Hoyer, hören Sie mir einfach zu.

(Zuruf Katja Hoyer [FDP]: Ich höre Ihnen ja zu!)

Ich habe gesagt, dass Sie unsere Beiträge ansonsten wie die Comicbeilage in einer Zeitung wahrnehmen; und dass Sie das heute aber nicht von uns erwarten können.

Ich habe ganz klar gesagt, dass wir heute hier einen Antrag stellen, den wir ernst meinen. Das war der Antrag 1. Wenn Sie uns Profilierung unterstellen, dann muss ich Ihnen sagen: Sie glauben gar nicht, wie wenig Außenwirkung ich den Reden, die wir hier halten, zukommen lasse. Ich glaube nicht, dass es irgendjemand wahrnimmt. Wir haben diesen Antrag gestellt, weil wir etwas bewirken wollten, und das haben wir am Ende auch gemacht. Ich frage mich: Warum haben Sie es die letzten Jahre nicht hinbekommen, das zu machen, was Sie jetzt machen, nämlich eine klare Stellung zu beziehen und sich so auszusprechen, wie Sie es heute gemacht haben?

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Jetzt haben Sie Ihre eigene Fraktion! So weit haben Sie es gebracht!)

Insofern muss ich sagen, auch wenn es mir peinlich ist, hier realpolitisch gearbeitet zu haben: Das haben wir sehr gut gemacht. Und es ist gut, dass Sie Stellung bezogen haben. Am Ende kann ich nur sagen: Geben Sie uns ruhig die Schuld. Wir sind froh. Immer her damit, wenn das Ergebnis stimmt. Und das tut es ja heute. - Danke schön.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann werde ich zunächst abstimmen lassen über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der CDU-Fraktion, der SPD Fraktion, der Fraktion DIE LINKE, der FDP-Fraktion, der Volt-Fraktion und von Frau Gabriel. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Antrag so beschlossen. Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Tagesordnungspunkt

#### **3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Der Rat der Stadt Köln begrüßt die Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts" AN/1187/2023**

Das Wort hat Frau Brock-Storms.

**Claudia Brock-Storms** (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Schade, dass jetzt so viele gehen, bei diesem wichtigen Tagesordnungspunkt. Sehr geehrte Frau Reker! Als Mitglied des Integrationsrats, aber auch im Namen der SPD-Fraktion - und ich denke, im Namen der meisten Anwesenden - möchte ich Ihnen sehr dafür danken, dass Sie sowohl bei der gemeinsamen Gedenkfeier des Landes und des Integrationsrats Köln zum 30. Jahrestag der Ermordung der Familienmitglieder der Solinger Familie Genç, als auch am vergangenen Freitag zum 19. Jahrestag des Nagelbombenattentats in der Keupstraße waren. Dafür ein herzliches Danke.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Veranstaltung des Integrationsrats am vergangenen Freitag wurden die ersten Interviews mit den Opfern des Attentats, die später am Gedenkort an der Keupstraße laufen sollen, ge-



zeigt. Ein Opfer, ein älterer Herr, hat seine Empfindungen über den Anschlag so zum Ausdruck gebracht - ich zitiere aus dem Gedächtnis:

Das konnte doch nicht sein. Es ist doch mein Deutschland.

Warum zitiere ich diese Worte? - Weil es genau darum geht: Heimat und zweite Heimat. Und deshalb ist der Entwurf eines Gesetzes des Bundesinnenministeriums zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts so wichtig.

(Beifall bei Teilen der SPD - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Mhm, genau das!)

Es ist ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht, das der gelebten Vielfalt in Deutschland und in Köln gerecht wird. Um es hier auch noch einmal deutlich zu sagen: Einbürgerungen erfolgen schon lange überwiegend unter Hinnahme der Mehrstaatigkeit - nur, dass auf diskriminierende Weise nach dem Herkunftsland unterschieden wird, die langjährig hier lebende Menschen aus Drittstaaten schlechter stellt als hier lebende Bürger und Bürgerinnen aus EU-Staaten.

Ich kann mir Ihre Reaktion - und ich glaube, Frau Reker wird auch noch etwas dazu sagen - vorstellen: Was bringt jetzt die SPD-Fraktion auf die Idee, diesen Antrag in den Rat zu bringen? Wollen wir jetzt die bessere Bundesinnenpolitik machen?

(Zuruf von der AfD: Nein!)

Nein, natürlich nicht. Ja, es ist richtig, die politische Entscheidung wird im Bundestag getroffen werden. Aber leider wird die öffentliche Debatte darüber einmal wieder mit rassistischen Argumenten geführt. Von der Entwertung der deutschen Staatsangehörigkeit und dem Verramschen des Wahlrechts wird geredet. Auch wird von einer Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme geredet.

(Zuruf von der AfD: Ist ja auch richtig so!)

Fakt ist aber: Wer eingebürgert werden möchte, muss, bis auf wenige Ausnahmen, seinen Unterhalt selbst finanzieren können.

Zurück aber zur Anfangsfrage: Warum dieser Antrag? Weil die Angehörigen der Generation der sogenannten Gastarbeiter\*innen und der Vertragsarbeiter\*innen einen vereinfachten Weg zur Staatsbürgerschaft erhalten sollen. In Köln leben 29 000 Menschen mit türkischer Familiengeschichte ohne deutschen Pass. Sie machen mit

22 Prozent des sich auf gut 20 Prozent belaufenden nichtdeutschen Bevölkerungsanteils die größte Untergruppe aus.

Viele Menschen warten seit Jahren auf die geplanten Erleichterungen bei der Einbürgerung und die Zulassung der Mehrstaatigkeit. Sie befreit die Menschen mit internationaler Familiengeschichte von der Last, sich zwischen zwei Nationalitäten entscheiden zu müssen.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Die rechtliche Situation würde dann die Lebensrealität der Menschen widerspiegeln, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, aber natürlich auch eine Heimat in den Ländern, in denen ihre Großeltern, Eltern und vielleicht auch sie selbst noch geboren wurden und wohin sie weiterhin familiäre Beziehungen haben.

Die erste Generation der so genannten Gastarbeiter wurde nach Deutschland geholt, wobei das Inländerprimat - so hieß es damals - weiter bestand. Sie arbeiteten hier meist in körperlich anstrengenden Bereichen wie dem Bergbau, der Stahlindustrie oder dem Bau und unter zumeist sehr schwierigen Bedingungen. Schwierige Bedingungen meint dabei nicht nur harte körperliche Arbeit, sondern auch: kein Arbeitsschutz, keine Sprach- und Integrationskurse und schwierige Wohnsituationen. Und obwohl sie wesentlich zum frühen wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands beigetragen haben, wird ihr Anteil daran marginalisiert. Auch in Köln wurde für unseren Wohlstand malocht. Ob bei Ford am Band, bei KHD, F&G oder der Chemischen Kalk. Die Würdigung ihrer Lebensleistung ist uns wichtig und daher ein wichtiges Zeichen von Dankbarkeit und Respekt.

Wir sind überzeugt, dass insbesondere mehr türkischstämmige Menschen in Köln nach Verabschiedung des Gesetzes einen Antrag auf Einbürgerung stellen werden, da man seine Herkunft nicht mehr wie einen Mantel an der Garderobe abgeben muss. Dann muss aber auch gewährleistet sein, dass die Einbürgerungsverfahren in einem zeitlich akzeptablen Rahmen durchgeführt werden. Daher richten sich unsere Forderungen an Land und Bund, um die Kommunen dabei zu unterstützen, die kommunalen Ausländerbehörden sowohl technisch als auch personell so auszustatten, dass sie die erwartete Mehrarbeit zeitnah leisten können.

Ich sehe, meine Redezeit ist leider zu Ende. Daher kann ich nur alle Leute noch einmal dazu auffordern, sich das Lied des Liedermachers Ozan



Ata Canani einmal anzuhören. Das spiegelt nämlich genau das wider, was ich sagen wollte. Es ist jetzt leider zu spät. Also sagen wir endlich: Willkommen - hoş geldiniz - zu den Menschen mit internationaler Familiengeschichte. Sorgen wir dafür, dass es ihr Deutschland wird. - Danke.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine Damen und Herren! Vielen Dank für die Begründung Ihres Antrags, Frau Brock-Storms. Ich bin mir sicher, dass die Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts eine sinnvolle Sache ist. Ich glaube, dass sie auch größere Klarheit in vielen Fragen rund um das Thema Staatsangehörigkeit geben wird.

Ich möchte Ihnen mitteilen, dass wir die unsere Arbeit betreffenden Argumente als Stadt Köln bereits in den Gremien des Städtetages eingebracht haben. Ich erkenne die Position des Städtetages im neuen Staatsangehörigkeitsrecht in Teilen zumindest durchaus auch wieder.

Allerdings habe ich Ihnen auch noch einmal zu sagen, dass die Stadt Köln in dieser Frage nicht zuständig ist. Aber das haben Sie selbst eben gesagt. Ich fände auch, wir wären gut beraten, wenn wir uns der Arbeit widmen, für die wir einen gesetzlichen Auftrag haben.

(Allgemeiner Beifall)

Sie dürfen wirklich davon ausgehen, dass ich unsere Argumente einbringe.

Wird jetzt weiter das Wort gewünscht? - Herr Hammer. Und dann Herr Cremer.

**Lino Hammer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Redebeitrag der SPD-Fraktion, der viel Richtiges enthielt, aber leider in der Quintessenz dann doch nicht dem Antrag der SPD-Fraktion entsprach. Worum es eigentlich geht: Sollten wir als Rat uns zu etwas bekennen, das die Ampel auf Bundesebene gerade richtigerweise entsprechend verhandelt und modernisiert und das auch heiß diskutiert wird?

Ich gehe davon aus, dass die entsprechenden Fraktionen in den dazugehörigen Gremien sich dort positionieren und zustimmen werden. Ich möchte mich den Worten der Oberbürgermeisterin anschließen, dass wir uns auf das konzentrie-

ren sollten, wofür wir hier vor Ort konkret zuständig sind. Ich bin Ihnen auch für Ihr Statement sehr dankbar, dass Sie über den Städtetag, nämlich dort, wo wir als Kommunen auch tatsächlich den Einfluss, den wir haben, geltend machen können, bereits auch in diesem Sinne tätig sind. Von daher kann ich auch begründen, warum wir für unsere Fraktion diesen Antrag ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Joisten, Sie haben eine Frage an Herrn Hammer? - Bitte schön.

(Bernd Petelkau [CDU]: Was kommt denn jetzt Wichtiges? Das ist doch lächerlich!)

**Christian Joisten** (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Lieber Lino Hammer! Dir und Ihnen allen ist schon bewusst, dass wir hier regelmäßig letztendlich Postulate, politische Postulate, miteinander fassen, die aber richtig sind, in der Sache, Land, Bund und andere Strukturen zu unterstützen. Sollen wir das in Zukunft nicht mehr tun? Ist das sozusagen das Signal, das von hier ausgeht, dass wir für eine richtige Sache hier in diesem Rat keine Resolution mehr fassen? Das ist meine ernst gemeinte Frage. Wir tun heute nichts anderes, als wir beim Deutschlandticket und bei vielen anderen Dingen in den letzten Ratssitzungen getan haben. Ich bin etwas verwundert, dass hier heute eine Zuständigkeitsdebatte aufgemacht wird, in einer für viele Menschen existenziellen und wichtigen Frage. Von daher frage ich noch einmal: Wollen wir unsere Vorgehensweise, unsere Politik in Führungsstrichen, dieses Rates damit ändern? - Danke.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Hammer beantwortet.

**Lino Hammer** (Bündnis 90/Die Grünen): Lieber Christian Joisten, weil du mich direkt angesprochen und das Deutschlandticket als ein konkretes Beispiel genannt hast: Ja, auch dort waren Appelle darin. Aber auch dort gab es tatsächlich Auswirkungen unmittelbar auf uns als Kommune durch ein schon beschlossenes Gesetz seitens





der Bundesregierung, mit dem wir uns vor Ort direkt auseinandersetzen müssen.

Ich glaube, dass uns allgemeine Appelle, wie sich der Rat dieser Stadt Köln positioniert, in der einen oder anderen Debatte, wenn wir als Kommune konkret betroffen sind, durchaus guttun können.

(Christian Joisten [SPD]: Menschen in Köln!)

In diesem Fall geht es um eine Bundesgesetzgebung, von der auch natürlich Kölnerinnen und Kölner betroffen sind. Aber wenn die SPD-Fraktion in diesen Rat Anträge einbringt, die von der Landtagsfraktion in ganz vielen anderen Kommunen entsprechend auch eingebracht werden, dann sollte sich die SPD-Fraktion am Ende vielleicht auch Fragen, ob es der richtige Ort ist, hier mit diesem Thema angemessen umzugehen? - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Cremer das Wort. - Herr Weisenstein, Herr Cremer hat das Wort.

**Michael Weisenstein (DIE LINKE):** Aber unsere Kollegin ist gemeldet. Ich denke, es geht nach Fraktionsgröße. Aufgrund der Tatsache dieses Scharmützels zwischen den beiden Redner\*innen sehe ich die eigentliche Verabredung, dass wir zu diesem Punkt nach der Einbringung des Antrages nicht reden, nicht mehr gegeben. Somit würde ich darum bitten, dass die Fraktionen nach Fraktionsgröße aufgerufen werden. - Danke schön!

**Christer Cremer (AfD):** Wissen Sie was? Ich bin ein Gentleman, ich überlasse es den LINKEN.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Danke schön.

**Christer Cremer (AfD):** Ich bin mal nicht so, ich kann auch warten.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Da ich natürlich Ihre Verabredung nicht kennen kann, rufe ich jetzt auf, wen Sie gemeldet haben: Frau Niknamtavin. Danach möchte die CDU aber auch sprechen, nämlich Herr Petelkau.

(Zuruf von der AfD: Dann wollen wir aber auch! - Heiterkeit bei der AfD)

- Gut, dann sprechen alle zu dem Thema, ganz wunderbar. Sie wissen, was ich von den Resolutionen halte, aber wenn Sie so viel Zeit haben: Ich habe mir heute Abend nichts vorgenommen, außer Sie zu empfangen. - Bitte sehr.

**Sarah Niknamtavin (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es ist ganz gut, wenn man einmal noch ein Statement zu diesem Thema abgibt. Ich hätte jetzt meine Rede zurückgezogen, wenn ich nicht gesehen hätte, dass ein Mensch der AfD auch gleich noch reden will.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von der AfD: Oooh!)

Ich glaube, es ist gut, dass man noch einmal aus Perspektive der LINKEN etwas dazu sagt.

Ich werde jetzt aber nicht konkret auf den Antrag eingehen und sagen, was ich gut oder schlecht finde. Ich werde es relativ kurz halten. Und zwar: Die Ampel hat, wie bereits gesagt, einen Entwurf für eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechts vorgelegt. DIE LINKE begrüßt die Zielrichtung des Gesetzes uneingeschränkt und hält es für längst überfällig.

Kurz zum Wahlrecht: Artikel 20 des Grundgesetzes heißt „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“. Etwa 10 Millionen Menschen haben in unserer Demokratie kein Stimmrecht. Das ist eine riesige Lücke der politischen Teilhabe und Mitbestimmung. 10 Millionen Menschen ohne Stimmrecht in unserer Bevölkerung leben mindestens 20 Jahre und länger in Deutschland. In vielen Köpfen scheint immer noch die feste Überzeugung verankert zu sein: Gelungene Integration gehöre in die Hände der Dazugekommenen.

(Beifall bei Teilen der LINKEN)

Wer deutsch sein will, muss hart dafür arbeiten, gut Deutsch sprechen und sich anpassen; anpassen einem System, in dem immer wieder der Schutz jener Gruppen versagt, Rassist\*innen Morde verüben und teilweise gedeckt werden und Migrant\*innen als Opfer eines immer rechter werdenden Deutschlands sogar selbst kriminalisiert werden.

(Beifall bei Teilen der SPD)



Integration ist keine Einbahnstraße und Demokratie kein willkürlich zu vergebendes Geschenk. Was Migrant\*innen der ersten und zweiten Generation seit den Siebzigern passiert - nämlich kollektives Gaslighting, kollektive Ausgrenzung und Ausbeutung, viel zu wenig Integration, sowie dass man trotz eines Hauptwohnsitzes in Deutschland, des Lebens in diesem Land, trotz des Arbeitens und Steuerzahlens am größten politischen Ereignis dieses Landes, nämlich der Bundestagswahl, nicht teilhaben und wählen darf -, ist keine Bewusstseinsfrage, sondern politisch gewollt. Ich nenne das strukturelle Diskriminierung. Danke.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt eröffne ich die Rednerliste wieder nach Größe der Fraktionen - so, wie Herr Weisenstein es eben vorgeschlagen hat. - Bitte sehr, Herr Petelkau. - Man darf seine Meinung ändern, natürlich.

**Bernd Petelkau (CDU):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer hier im Saal und an den digitalen Endgeräten! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich glaube, wir tun uns keinen Gefallen, wenn wir eine Debatte, die in den Deutschen Bundestag gehört, wo das Thema intensiv diskutiert wird, hier führen; und dann noch in einer Form, in der wir noch nicht einmal eine richtige Resolution haben, um eine Position zu haben, sondern in der Begründung teilweise Einschränkungen sind. Es wird zum Beispiel nur eine Nationalität genannt. Ich glaube, in Köln leben über 200 Nationen.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Das muss man an der Stelle auch einmal würdigen.

Es wird auch so getan, als ob wir gar kein Integrationsrecht hätten. Die verschiedenen Parteien haben in verschiedenen Wahlperioden bereits entsprechende gesetzliche Veränderungen in Berlin beschlossen. Dort stand immer auch das Thema Integration im Vordergrund. Diesen Teil muss man, wenn man über das Staatsangehörigkeitsrecht diskutiert, ebenfalls mitdenken. Dazu sehe ich hier an der Stelle gar nichts.

Ich habe eine große Bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wenn Sie jetzt anfangen, im Vorfeld zu sagen, dass dann hier die Voraussetzungen der Kommune geschaffen werden

müssen: Das ist richtig, aber kümmern Sie sich doch bitte erst einmal darum, dass Herr Scholz das Versprechen, das wir beim Wohngeld bekommen haben, dass wir eine anständig durchfinanzierte Personalausstattung für die Auszahlung des Wohngeldes bekommen, endlich umgesetzt wird und die Kommunen das Geld bekommen, das sie benötigen, um ihren Job zu machen.

(Christian Joisten [SPD]: Hier geht es um das Staatsbürgerschaftsrecht!)

Wir haben hier wieder einmal die übliche Doppelfunktion. Einerseits ist es das Thema vorgelagerter Wahlkampf, für welche Ebene auch immer. Es ist, ich sage einmal, relativ billig, wenn aus der SPD-Zentrale der Aufruf kommt: Bitte stellt Anträge in möglichst vielen Kommunen. Das ist das eine. Andererseits ist es das Thema Populismus. Wir sind eben nicht zuständig, sondern es ist eine Debatte, die in den Deutschen Bundestag im Detail gehört. Vor dem Hintergrund kann ich nur sagen: Wir sind gut beraten, wenn wir es heute ablehnen und derartige Diskussionen hier auch zukünftig nicht führen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

**Katja Hoyer (FDP):** Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Ich mache es vom Platz aus, denn ich möchte gern zu Ihrem Empfang, und möglichst zeitnah.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Wir werden uns enthalten, weil wir natürlich für das Staatsangehörigkeitsrecht, für die Modernisierung, sind. Aber in der Tat ist das, was Herr Hammer und auch jetzt Herr Petelkau gesagt haben, ganz richtig. Wir sind hier nicht im Bundestag. Wir sind auch nicht im Wahlkampf. Wahrscheinlich hat der Antrag diesen Hintergrund, nach dem Motto: Wir werden hier versuchen, CDU und Grüne gegeneinander auszuspielen. Das ist vielleicht auch ganz nett, aber trotzdem finde ich das mit diesem Antrag nicht so ganz gelungen.

Wir könnten auch - das fände ich auch ganz toll - zum neuen Chancen-Aufenthaltsrecht eine kleine Resolution machen. Aber ich glaube, es ist der Sache nicht dienlich, auch nicht der Sache hier vor Ort. Deswegen werden wir uns enthalten. - Danke schön.



(Beifall bei Teilen der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Venturini hat das Wort.

**Isabella Venturini (Volt):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Bürgerinnen und Bürger! Man kann jetzt viel über Resolutionen streiten. Als wir in den Rat gestartet sind, haben wir eigentlich von Anfang an gesagt: Resolutionen gehören nicht hier an diese Stelle; es bringt meistens nichts. Aber wenn wir schon einmal die Chance haben, über gewisse Dinge zu diskutieren, möchten wir uns natürlich auch dazu positionieren.

Was im Antrag der SPD letztendlich aus unserer Sicht der einzige wichtige Punkt ist, ist tatsächlich Punkt 3, demzufolge der Bund wirklich zusehen muss, dass die Kommunen entsprechend ausgestattet werden.

(Beifall von Bernd Petelkau [CDU])

Wir begrüßen absolut diese Modernisierung, bzw. aus meiner Perspektive ist es eine Anpassung an die Realität. Ein Beispiel: Als ich geboren wurde, hatte ich die Staatsangehörigkeit meiner Mutter. Danach hatte ich die von meinem Vater. 2017 wurde ich dann eingebürgert, weil man die doppelte Staatsangehörigkeit haben durfte. Deswegen ist es aus meiner Sicht einfach nur eine Anpassung an die Realität. Wie gesagt, begrüßen wir ausdrücklich das Vorhaben, aber wir wissen alle, wie unsere Ausländerbehörden gerade arbeiten, nämlich am Anschlag. Wir haben unfassbar viel zu tun und gerne setzen wir Sachen um, die die Bundesregierung hier setzt. Aber wir brauchen die finanziellen und die weiteren Kapazitäten auf kommunaler Ebene. Ich bin überzeugt, dass die Oberbürgermeisterin sich dafür natürlich auch einsetzt. Das hat man, glaube ich, auf dem Städtetag auch gut sehen können, wo sie des Öfteren gesagt hat, dass wir grundsätzlich auf der kommunalen Ebene gerne sehr viele Dinge umsetzen, die zukunftsweisend sind, wir aber die Ressourcen dafür brauchen.

Von daher: Wir begrüßen sehr diesen Punkt 3. Aber, wie gesagt: Es ist nicht in unserer Macht. Ich sehe, dass die Oberbürgermeisterin das tut. Deswegen werden wir den Antrag ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall von Bernd Petelkau [CDU] und Dr. Helge Schlieben [CDU])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Cremer das Wort.

**Christer Cremer (AfD):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier im Saal und im Livestream! Liebe SPD, das ist ja ein offensichtlich ganz koordiniertes Vorgehen in mehreren Kommunen. Ich weiß, dass es heute auch in Dortmund stattfindet. Dort wird das gleiche Thema behandelt.

(Beifall bei der AfD - Jörg Detjen [DIE LINKE]: Ugh!)

Es muss wohl irgendwie in Ihrer Parteizentrale in Berlin die Angst umgehen, wenn Ihre Obergerossen Ihnen jetzt sozusagen vorschreiben: Das habt ihr jetzt zu machen, ein bisschen Vorfeldarbeit. Ich weiß nicht, ob es einer Fraktion im Kölner Stadtrat würdig ist, so zu agieren.

An die FDP: Es sind ja jetzt Landtagswahlen in Hessen und in Bayern, also in Bundesländern, in denen Sie nicht unbedingt am stärksten sind. Sie haben vielleicht noch Angst, dass die FDP jetzt auch wieder Opposition in der Koalition macht. Wir hatten es ja beim Gebäudeenergiegesetz. Und die AfD hat auch aktuell recht gute Umfragewerte.

Dann stelle ich Ihnen allerdings auch die Frage: Warum bringen Sie so einen Antrag hier ein? Wir können dann nämlich zu dem Thema hier reden, und das an vielen Orten in der Republik, und unsere Punkte werden wahrgenommen. Also das ist wirklich mehr als kontraproduktiv.

(Beifall bei der AfD)

Aber jetzt zum Antrag, meine Damen und Herren. Sie sprechen sich für die in Berlin angedachten Reformen im Staatsangehörigkeitsrechts aus, um der Vielfalt dieser Gesellschaft gerecht zu werden. Die Ampelkoalition will unter anderem die Anforderungen zum Erwerb an die deutsche Staatsangehörigkeit mit Blick auf die Sprachkenntnisse absenken. Die Möglichkeit zur sogenannten doppelten Staatsangehörigkeit soll ausgeweitet werden. Auch die Fristen zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit sollen abgesenkt werden. Jede Gesellschaft ist irgendwie vielfältig, denn jeder Bürger hat nun einmal unterschiedliche Begabungen und Interessen.

Aber Vielfalt braucht auch eine gewisse Einigkeit als Grundlage. Diese hat man nicht, wenn die Menschen auch noch eine Loyalität gegenüber einem anderen Staat haben. Jetzt stellen wir uns



doch einmal vor, dass das alles so beschlossen wird. Dann bekommen die Erdoğan-Fans in Deutschland auch alle einen deutschen Pass. Damit geht dann auch das Wahlrecht einher. Die werden dann wunderbar den Auftrag ihres Präsidenten bei den Wahlen immer wieder umsetzen. Aber die SPD hat bekanntlich eine gewisse Nähe zum Herrn Erdoğan. Ihr Parteifreund und früherer Bundeskanzler, Gerhard Schröder, hat ganz begeistert an der Amtseinführung von Herrn Erdoğan teilgenommen.

(Zuruf von der SPD: Buh!)

Die Loyalität der Eingebürgerten muss Deutschland gelten.

(Beifall bei der AfD)

Wenn daran auch nur im Ansatz Zweifel bestehen, darf es keinen Pass geben. Deshalb muss die Zeit bis zu einer Einbürgerung auch länger als fünf oder drei Jahre sein, wie im Gesetzentwurf skizziert. Auch das aktuelle Gesetz ist dort viel zu liberal. Wir sind der Meinung, dass das Staatsangehörigkeitsrecht von Helmut Kohl wieder Anwendung finden sollte. Es wurden übrigens in den Neunzigerjahren auch sehr viele Menschen eingebürgert.

Außerdem soll es jetzt auch für Aufstocker von Sozialleistungen die Möglichkeit geben, den deutschen Pass zu bekommen. Das wäre dann der ultimative Anreiz für noch mehr Einwanderung in die Sozialsysteme, denn mit deutschem Pass kann man auch nicht mehr abgeschoben werden.

Von den Menschen in Deutschland unter 18 Jahren - nur um ein paar Zahlen zu dem Themenbereich zu nennen - haben 40 Prozent derer, die von den staatlichen Unterstützungsleistungen leben, keinen deutschen Pass. In NRW ist jeder zweite Bezieher von Bürgergeld Ausländer. Deutschland zieht also in erster Linie Zuwanderer in die Sozialsysteme an. Und Sie wollen noch mehr davon - wahrscheinlich wegen ihrer Freunde in der Sozial- und Betreuungsindustrie.

Meine Damen und Herren von der SPD: Oder wollen Sie mit der Staatsangehörigkeitsreform noch etwas anderes erreichen, nämlich die eingängigen Statistiken im Sozialbereich und bei der Kriminalität manipulieren? Wenn alle in Deutschland einen deutschen Pass haben, taucht auch niemand mehr als Ausländer dort auf. Soll etwa das Scheitern der Politik der offenen Grenzen vertuscht werden? 32 Prozent aller Tatverdächtigen sind laut BKA-Statistik Ausländer. Ihr Anteil an der Bevölkerung liegt allerdings nur bei 16 Prozent.

Dabei werden die ganzen Doppelstaater, die jetzt schon einen deutschen Pass und noch einen anderen Pass haben, schon einmal nicht mitgerechnet.

Und wenn man dann - wie übrigens auch die CDU in Berlin - bei Tatverdächtigen nach den Vornamen fragt, ergibt das ein interessantes Bild. Deutschland - und das will ich auch hier an dieser Stelle sagen -, ist mit seiner Steuer- und Abgabenlast sowieso nicht für ausländische Fachkräfte interessant. Diese Last möchte die SPD bekanntermaßen auch immer wieder erhöhen, um dann die Sozialsysteme weiter auszubauen, um dann wiederum einen zusätzlichen Faktor für Einwanderung in eben diese Sozialsysteme zu schaffen. Da dreht sich das Ganze irgendwie im Kreis.

Es zeigt auch, dass wir als AfD nicht per se etwas gegen Zuwanderung haben, sondern es geht uns darum, dass die richtige Form der Zuwanderung nach Deutschland kommt.

(Beifall bei der AfD)

Wir brauchen aktuell in Deutschland eine Abschiebe- und Rückführungskultur für abgelehnte Asylbewerber und für hier von Sozialhilfe und Sozialleistungen lebende Ausländer und eine effektive Grenzsicherung. Offene Grenzen und der Sozialstaat vertragen sich einfach nicht. Deshalb darf es auch nicht das Verramschen der deutschen Staatsangehörigkeit geben. Das ist nämlich ein Ausdruck staatlicher Armseligkeit. Und glauben Sie mir, Sie werden keinen ausländischen Leistungsträger hier ermuntern können, in einen armseligen Staat einzuwandern. Deshalb: Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht einfach verschenkt werden. Wir lehnen Ihren Antrag daher ab.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat sich Herr Zimmermann gemeldet.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Endlich!)

**Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln):** Jetzt noch einmal kurz durchatmen, dann sind wir auch mit diesem Tagesordnungspunkt durch. Das fängt man sich ein, fängt man sich aber mit jedem Tagesordnungspunkt ein: Es wird leider sehr oft Mist erzählt aus der rechten Ecke.





(Allgemeiner Beifall - Zuruf von der AfD:  
Wie jetzt gerade, nicht?)

Man darf sich deswegen aber nicht abbringen lassen, solche guten Anträge und Resolutionen zu stellen. Das gehört halt leider dazu. Das muss man aushalten.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Im Gegensatz zu Ihnen, Frau Reker, bin ich ein großer Fan von Resolutionen. Ich könnte gar nicht genug davon haben, wenn sie denn möglichst progressiv sind und einen möglichst guten Inhalt haben. Das sehe ich hier bei diesem SPD-Antrag. Allen, die immer über unsere ganzen Resolutionen schimpfen - ich habe mir noch nicht die Mühe gemacht, aber es wird immer wieder erwähnt und man sollte es einmal aufschreiben - sei, auch gerade an die CDU gerichtet, gesagt: Auch ihr habt eine Resolution zu TTIP mitgetragen, wobei der Bezug zu Köln natürlich konstruierbar, es aber nicht unbedingt unsere ureigenste Sache ist, sich in die Verhandlungen von TTIP einzumischen. Also: Resolutionen sehr gerne.

Ein Argument von Frau Brock-Storms hat mich in der Sache wirklich auch überzeugt. Und das ist ihr Hinweis, dass in der nun aufkeimenden Debatte über die doppelte Staatsbürgerschaft bzw. den Gesetzesentwurf und die ganzen Beschlüsse, die kommen sollen, es natürlich scharfen Gegenwind geben wird und es ein tolles Signal wäre, wenn aus Köln jetzt eben mit der Mehrheit des Rates ein Votum in der Presse erscheinen würde: Die Stadt Köln steht dahinter.

(Beifall bei der SPD)

Es wäre in der Tat einfach. Das hätten wir nach fünf Minuten hier erledigen und uns die Debatte sparen können, wenn sich CDU und Grüne nicht dagegen gewehrt hätten.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Wenn einem an der Sache gelegen ist,  
dann stellt man nicht einfach Anträge,  
wenn man an der Meinung des Rates interessiert ist!)

- Nein, aber da hat Herr Hammer natürlich recht. Wir hatten das vorhin auch schon einmal. Solche wichtigen Anträge sollte man natürlich in der Tat immer gemeinsam stellen.

Ich möchte nur trotzdem noch einmal sagen: Was für ein Gegenwind uns bei dem Thema entgegenkommt, merken wir zum Beispiel gerade an der weiter geplanten Zerstörung des Asylrechts; an

den ganzen Debatten, die wir dabei gerade erleben müssen.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Und es wäre natürlich ein tolles Signal gewesen, wenn wir es jetzt gleich mit Mehrheit beschließen würden. Aber dem ist leider nicht so.

Einen kleinen Funfact am Rande kann ich mir auch nicht verkneifen. Meine Mutter ist 1955 von Norwegen nach Köln gezogen. Sie lebt seit 68 Jahren in Deutschland und wollte ihren Pass nie abgeben. Sie kann daher seit 68 Jahren in Deutschland nicht wählen.

(Beifall bei Teilen der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wird zu diesem Tagesordnungspunkt weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse jetzt über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Herr Zimmermann, Die FRAKTION und Frau Gabriel. Gibt es Enthaltungen? - Es enthält sich die FDP-Fraktion. Der Antrag ist abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

#### **3.1.7 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Mehr Transparenz schaffen: Keine Geschäfte mit Firmen aus Steuer-oasen"** **AN/1188/2023**

Herr Detjen hat das Wort.

**Jörg Detjen** (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! Jetzt kommt etwas ganz Konkretes, Örtliches, Kommunales.

(Manfred Richter [Bündnis 90/Die Grünen]: Juhu! - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch etwas Tolles!)

Am 7. September 2022 brachte der WDR im Format „Die Story“ einen spannenden Film über das Sanierungsdesaster der Bühnen. Frau Oberbürgermeisterin, Herr Streitberger, Herr Breite und ich äußerten uns in diesem Film. Mir wurde unter anderem die Frage gestellt, ob mir bekannt sei, dass die Eigentümer des Staatenhauses und vom



Depot ihren Firmensitz in einer Steueroase haben. Das war mir zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt.

Ich habe mich gefragt: Ein Desaster im Desaster? Ich habe mich danach mit dem Thema beschäftigt. Die in dem Film gemachten Aussagen treffen zu. Die Frage ist nur: Wie bewerten Politik und Verwaltung die Geschäfte mit Steueroasen? Rechtlich möglich, moralisch verwerflich - würde ich dazu sagen. Entscheidend ist aber, dass man über diese Probleme reden und eine Haltung entwickeln muss.

Die Verwaltung dagegen taucht ab und sagt: Wir haben von nichts gewusst. Wenn man sich aber nicht mit den Problemen und Geschäften mit den Steueroasen auseinandersetzt, wird die Verwaltung immer wieder hereingelegt. Das wollen wir als Politik verhindern, und das sollte auch die Verwaltung nicht wollen. Deshalb gibt es diesen Antrag von uns.

Ich verstehe bis heute nicht, wie der Geschäftsführer der Bühnen mit der BBau - einer der damaligen Firmen - einen Vertrag schließen konnte, in dem sogar im Briefkopf der ersten Vertragsvereinbarung Delaware als Firmensitz groß und breit angegeben war. Diese Blauäugigkeit ist schon beängstigend. Dass in der heutigen Vorlage zu den Bühnen das Thema noch nicht einmal mit einem Satz erwähnt wird - vom Problematisieren ganz zu schweigen - finde ich im Prinzip unterirdisch.

(Beifall bei der LINKEN)

In Sachen Transparenz liegen wir weit hinter der Auseinandersetzung um den damaligen Oppenheim-Esch-Fonds. Damals kannten wir die Besitzer der Fondsanteile, bekannte deutsche Kapitalistenfamilien. Sie wurden auch hier im Rat genannt, vorgelesen usw. Bei der jetzigen Fondsgesellschaft vom Depot kennen wir nur den nichts-sagenden Namen BEOS Corporate Real Estate Fund Germany II. Mir ist zumindest bekannt, dass diese Gesellschaft vier Fonds hat, aber mehr weiß man nicht. Wer die Fondseigner, die Eigentümer, sind - Autokraten, Herr Erdoğan oder wer auch immer - ist nicht bekannt. Es gibt auch keine Bestrebungen, dies aufzuklären.

Mit Weggucken lösen wir nicht die Probleme, sondern nur, wenn wir sie bei den Hörnern fassen. Beim Staatenhaus könnte man zum Beispiel sagen: 2024 ziehen wir um, dann ist das Staatenhaus frei; und dann können wir es auch an jemand anderen vermieten.

Meine Damen und Herren, wenn das so einfach wäre, wäre es schön. Leider haben wir einen Erbbaurechtsfolgevertrag. Das heißt, dieser Vertrag läuft weiter. Das heißt, wir müssen sogar mit diesem Unternehmen in der Steueroase darüber verhandeln, wie dieser Vertrag eventuell fortgesetzt werden kann und soll. Ich bin meinem Ratskollegen und Vizevorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses, Hans Schwanitz, dankbar, dass er sich auch in einem einseitigen Artikel in der *StadtRevue* zu diesem Thema geäußert hatte und die Diskussion begrüßte - ich zitiere -:

Dass es Verträge der Bühnen mit Firmen gibt, die Steuervermeidungsmodelle praktizieren, ist - vorsichtig gesagt - nicht ideal.

Und dann sagte er weiter:

Dazu zählen auch moralische Aspekte bei der Bewertung von Geschäftspartnern [...] Dass die Verwaltung ausreichend über Vertragspartner informiert ist, ist für mich Voraussetzung.

Er hat dann noch gesagt, es müssten klare Richtlinien entstehen.

Den Gedanken von Herrn Schwanitz mit den Richtlinien haben wir in Punkt 1 unseres Antrages aufgegriffen. Dass bei der Vertragsverhandlung Transparenz hergestellt werden muss, das heißt, dem entsprechenden Ausschuss oder Rat berichtet werden muss, steht in unserem Punkt 2. Und wenn die Verwaltung in die missliche Lage kommt, was theoretisch passieren kann, dass sie uns empfehlen sollte, einen Vertrag mit einem Unternehmen in der Steueroase zu schließen - das ist heute der Fall -, dann sollte die Verwaltung uns zumindest eine Alternative aufzeigen. Das sind unsere drei Anträge zur Situation, wie man es machen könnte.

Es ist keine Ideallösung. Ich habe versucht, darzustellen, dass man in gewissen Situationen steckt und nicht einfach herauskommt, wenn man nicht frühzeitig guckt: Mit wem mache ich Verträge? Das ist noch ein anderes Thema, über das wir mit Ihnen auch sehr diskutieren würden.

Sie sehen, wir sind am Anfang der Diskussion. Es muss darum gehen, mit der Verwaltung und auch in der Verwaltung ein Problembewusstsein dafür zu entwickeln, dass wir nicht hereingelegt werden. Dafür brauchen wir eine Haltung und Entwicklung, sodass die Verwaltung und auch die Politik sagen: Wir wollen nicht hereingelegt werden und müssen



einen Weg finden, wie wir mit solchen Unternehmen in Steueroasen keine Geschäfte machen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Nur noch einmal zur Klarstellung: Das Staatenhaus ist im Eigentum der Stadt Köln. Mehr möchte ich dazu gar nicht sagen. Ich finde es auch richtig, dass wir uns nicht hereinlegen lassen.

**Jörg Detjen (DIE LINKE):** Ich habe in meiner Rede von einem Erbbaurechtsfolgevertrag gesprochen. Wir haben einen Erbbaufolgevertrag mit einem Unternehmen in der Steueroase. Und dieses bekloppte Unternehmen hat das Recht, dass dieser Vertrag erfüllt wird. Wenn wir sagen würden - das habe ich zu polemisieren versucht - „nee, nee, das machen wir jetzt nicht mehr, darauf haben wir keinen Bock mehr“, werden wir schön viele Millionen Euro zahlen. Und das ist nicht das, was ich Ihnen unbedingt empfehlen würde.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich kann es jetzt nur noch einmal wiederholen, denn Sie haben auch gesagt, das Staatenhaus gehöre irgendeinem anderen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das habe ich nicht gesagt!)

- Doch, zweimal sogar. Ich habe es mitgeschrieben. Ja, was Sie sagen und was da steht, ist vielleicht etwas anderes.

Jetzt hat das Wort, wer das Wort wünscht. - Herr Hammer.

**Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Jörg Detjen, du hast es selbst gesagt: Wir sind ganz am Anfang der Debatte zu diesem Thema. Von daher beantrage ich, dass wir diesen Antrag dorthin verweisen, wo er hingehört, nämlich in den Rechnungsprüfungsausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Das war ein Antrag zur Geschäftsordnung. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthält sich DIE LINKE. Dann ist dem Antrag so stattgegeben.

Der Antrag unter TOP 3.1.8 ist zurückgezogen.

Der nächste Tagesordnungspunkt 3.2.1 wird zusammen mit 3.2.2 behandelt.

### **3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

#### **3.2.1 Anregung der Bezirksvertretung Ehrenfeld nach § 38 Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen, hier: Sondernutzungen von Bänken vor Ladenlokalen - AN/0768/2023 AN/1671/2023**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion AN/1234/2023**

#### **3.2.2 Anregung der Bezirksvertretung Rodenkirchen zu Sondernutzungen von Bänken vor Ladenlokalen AN/1709/2023**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion AN/1235/2023**

Hierzu hat zunächst Herr Sterck das Wort.

**Ralph Sterck (FDP):** Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Jetzt geht es um zwei Anregungen, die aus den Bezirksvertretungen an uns kommen.

Ich möchte es thematisch ein bisschen trennen. Einmal ist die Frage: Wie ist eigentlich das Verfahren? Wie gehen wir als Ratsebene, als Stadtverwaltung mit solchen Anregungen um? Und andererseits gibt es natürlich die inhaltliche Frage: Was wird dort gefordert?

Es gibt eine Kommission zur Stärkung der Bezirke, die seit Jahren tagt. Ulrich Breite berichtet bei uns in der Fraktion immer wieder über den aktuellen Sachstand. Es geht um das Ansinnen der Bezirke, mehr Kompetenzen zu bekommen, mehr wertgeschätzt und mehr wahrgenommen zu werden.

Nun muss man sich natürlich fragen: Wie passt es zusammen, dass wir uns Gedanken machen, wie wir die Bezirke mehr wertschätzen können, wenn



dann hier die Verwaltung Initiativen, die von dort kommen, im Grunde einfach in den Ausschuss verweist und sagt: Dann würden wir uns auch bequemen, dazu eine Stellungnahme abzugeben. Das ist der Beschlussvorschlag. Und die Alternative ist: Der Rat nimmt es zur Kenntnis und es passiert gar nichts. Ich muss Ihnen sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist zu wenig. Das ist zu wenig Wertschätzung. Das ist das, was unsere Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter sicherlich über alle Parteigrenzen hinweg beklagen. So kann man mit solchen Dingen aus meiner Sicht nicht umgehen.

(Beifall von Katja Hoyer [FDP] und Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Und das ist jetzt der Punkt, wo wir gesagt haben, nachdem wir es uns inhaltlich angeguckt haben: Wenn der Bezirk doch einen guten Vorschlag macht - in diesem Fall die Bezirke Ehrenfeld und Rodenkirchen -, machen wir es doch so; dann geben wir der Verwaltung den Auftrag. Wir brauchen keinen Ausschuss dafür. Wenn die Verwaltung auf ihr Stellungnahmerecht verzichtet - sie kann sich auch heute hier gerne noch dazu melden und etwas dazu sagen -, geben wir doch den Bezirken das, was sie haben wollen und ändern die entsprechende Verordnung hier.

Dann kommen wir zu dem Inhalt. Was wird hier gefordert? Hier geht es darum, dass Einzelhändler vor ihre Geschäfte eine Bank stellen, natürlich als Einladung für die, die dort vorbeigehen - wir hören, dass es zu wenig Möglichkeiten gerade für Leute gibt, die nicht so gut zu Fuß sind -, sich einfach einmal niederzulassen. Hier gibt es also bürgerschaftliches Engagement, das den öffentlichen Raum aufwertet und Flair schafft. Es werden in der Initiative, die in der Bezirksvertretung Ehrenfeld von der Grünen Fraktion ausgegangen ist, die Geisselstraße und Landmannstraße genannt. Wer schon einmal in der Geisselstraße, in der Landmannstraße war, wird wissen: Es ist das Flair, das man dort schätzt. Und es ist doch toll, wenn dort Einzelhändler vor ihre Tür eine Bank und auch vielleicht noch einen Pflanztopf stellen und damit den öffentlichen Raum entsprechend bereichern. Deswegen ist das Ansinnen richtig.

(Beifall von Katja Hoyer [FDP])

In Rodenkirchen hat es noch ein viel breiteres Bündnis gegeben. Dort ist die gleiche Formulierung von Grünen, CDU, SPD und FDP eingebracht worden. Es ist also ein ganz breites Bündnis, wenn wir das heute hier beschließen würden. Ich möchte dafür werben, liebe Kolleginnen und Kollegen: Seien wir froh, wenn sich Einzelhändler

und Anlieger um den öffentlichen Raum kümmern; das können wir als Stadt Köln gar nicht alles leisten. Lassen wir dieses bürgerschaftliche Engagement zu; ändern wir die entsprechende Verordnung. Stimmen Sie dem Änderungsantrag der FDP zu. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei Teilen der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wird jetzt weiter das Wort gewünscht? - Herr Petelkau und dann Herr Dr. Krupp.

**Bernd Petelkau (CDU):** Ich würde einen Antrag zur Geschäftsordnung stellen, das Ganze in den AVR zu verweisen. Die Initiative der Bezirksvertretung ist hier zu würdigen. Der Sachverhalt - ich erinnere an die Diskussion, die wir vor ein paar Jahren über die Aufsteller vor Geschäften hatten - ist es wert, das noch einmal intensiver mit der Verwaltung zu diskutieren, um dann hinterher zu einem guten Ergebnis zu kommen. - Vielen Dank.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Dr. Krupp.

**Dr. Gerrit Krupp (SPD):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! In aller Kürze: Wir werden abstimmen wie der Hauptvorschlag der Verwaltung, der die Verweisung in den AVR vorsieht.

Ich will aber den Kolleginnen und Kollegen von der FDP ausdrücklich sagen: In der Sache sind wir nicht weit weg von euch. Wir glauben nur, es ist tatsächlich gut, wenn es vorberaten wird, denn so einfach - wenn man sich die entsprechenden Paragraphen der Sondernutzungssatzung anguckt -, dass da einfach nur „Bank“ zusätzlich aufgenommen wird, ist es nicht. Es müssen bestimmte Abstände hergestellt werden. Es kann sich auf einer Bank anders darstellen, wenn jemand darauf sitzt und die Beine ausstreckt, oder was weiß ich. Ich will nicht zu technisch werden. Das alles sollten wir vorberaten. In der Sache halten wir es auch für richtig. Das wollen wir ausdrücklich an der Stelle festhalten.

Was die Sondernutzung in Köln angeht, haben wir viele Themen, auch was die Gastronomie betrifft - ich gucke Frau Steinmann an -, und darum sollten wir uns in den Ausschüssen kümmern und





dann hier auch im Rat den entsprechenden Beschluss hinterher fassen, denn es ist eine Satzung. - Danke schön.

(Beifall bei Teilen der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Da ich jetzt keine weitere Wortmeldung sehe, lasse ich nun über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen. - Das ist auch der Beschlussvorschlag. Aber jetzt ist es der Geschäftsordnungsantrag.

Jetzt möchte ich einmal etwas zu dem Verfahren sagen, lieber Herr Sterck. Werter Herr Sterck, wir haben genau dieses Verfahren in der Sitzung zur Kommission der Stärkung der Bezirke miteinander verabredet. Deswegen führe ich das durch. Wenn das nicht so sein soll, dann müssen wir es wieder verändern. Aber genau das ist verabredet, weil es den Bezirken immer zu langsam ging, dass die Verwaltung irgendeine Stellung dazu bezieht, und es direkt in den Rat gehen sollte, damit der Rat sich sofort eine Meinung dazu bilden kann.

(Ralph Sterck [FDP]: Wir sind in der Lage, uns eine eigene Meinung zu bilden!)

- Ich verstehe das gut. Ich habe schon die Satzungsänderung vorbereitet, aber wenn es nicht sein soll, ist es eben nicht so.

Es geht jetzt um den Geschäftsordnungsantrag zur Verweisung in den AVR. Wünscht jemand dagegen zu stimmen? - Die FDP und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich DIE LINKE und Frau Gabriel. Dann ist so verwiesen.

Meine Damen und Herren, gleich komme ich zu den Anfragen. Aber zunächst müssen noch über TOP 3.2.2 abstimmen.

Wird noch das Wort zu TOP 3.2.2 gewünscht? - Nein. Es ist der gleiche Geschäftsordnungsantrag.

Wer wünscht, diesem Geschäftsantrag nicht zuzustimmen? - Das sind die FDP-Fraktion und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich DIE LINKE und Frau Gabriel. Dann ist auch dieser Geschäftsordnungsantrag abgestimmt und beschlossen.

Ich rufe auf:

## 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

### 4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Mehr Öffentlichkeitsbeteiligung wagen: Begleitgremien im Bereich des Stadtentwicklungsausschusses" AN/0512/2023

### 4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Nachfragen der Fraktion DIE LINKE zu Beantwortung der Anfrage AN 0512/2023 „Mehr Öffentlichkeit wagen: Begleitgremien des Stadtentwicklungsausschusses“" AN/1177/2023

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Es wurden Nachfragen gestellt, die ich aber als neuen Antrag verstanden und deswegen auch so behandelt habe, Herr Weisenstein. Gibt es Nachfragen? - Nein. Okay. Dann hätte ich die TOPs 4.1 und 4.2 erledigt.

Tagesordnungspunkt

### 4.3 Anfrage der FDP-Fraktion "Umsetzungsstand Großmarkt" AN/0826/2023

Auch hier liegt eine Antwort der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Görzel.

**Volker Görzel (FDP):** Frau Oberbürgermeisterin! Die Antwort ist just-in-time heute eingestellt worden. Wir konnten sie noch nicht bewerten und würden bitten, das in die nächste Sitzung nach der Sommerpause noch einmal aufzunehmen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Görzel, würden Sie, wenn Sie Nachfragen haben, die vorher stellen? Dann können wir sie gleich mit bearbeiten - nur, weil es einfacher ist.

Tagesordnungspunkt

### 4.4 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Welcome Desk - Zwischenbilanz nach einem Jahr" AN/0786/2023

Auch hier liegt die Antwort vor. Gibt es Nachfragen? - Bitte sehr.



**Thor-Geir Zimmermann** (GUT Köln): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir konnten die Nachfragen schon inter pares mit der Verwaltung klären, denn die Antwort kam auch relativ kurzfristig, gestern am späten Nachmittag. Es hat sich aber alles geklärt. - Vielen Dank.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

**4.5 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Nachfrage Sachstand „Kommunikation im öffentlichen Raum““ AN/0897/2023**

Auch hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Ich rufe auf:

**6 Ortsrecht**

**6.1 Satzungen**

Tagesordnungspunkt

**6.1.1 Satzung zum Schutz des Baumbestandes innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile und des Geltungsbereichs der Bebauungspläne im Gebiet der Stadt Köln (Baumschutzsatzung) vom 01. August 2011, hier: Neufassung der Satzung 1758/2022**

Gibt es Wortmeldungen? - Ich habe Frau Frebel auf der Liste. - Bitte sehr, Frau Frebel, Sie haben das Wort.

**Polina Frebel** (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Wir wissen, dass die Baumschutzsatzung seit 2011 bis heute nicht wesentlich verändert worden ist. Wir wissen aber auch, dass die Bäume beim Klimaschutz eine zentrale Rolle spielen - und dies nicht nur beim Klimaschutz. Sie spielen auch eine ganz große Rolle für die Lebensqualität im Wohnumfeld und prägen das Stadtbild.

Um den Baumbestand zu erhalten und zu vergrößern, brauchen wir eine neue, wirklich verschärfte Baumschutzsatzung. An dieser Stelle möchte ich mich bei der Verwaltung für die Erarbeitung einer sehr guten und umfangreichen Baumschutzsatzung bedanken. Wir bedanken uns aber auch bei den Kollegen von Umwelt und Grünen, die unse-

rem Antrag die Entlastung für sozial benachteiligte Personen bei Baumfällungen betreffend zugestimmt haben. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen, und zwar wie der geänderte Beschlussvorschlag in Anlage 17 lautet. Gibt es Gegenstimmen? - Die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion und Die FRAKTION. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**6.4 Sonstige städtische Regelungen**

**6.4.1 Ergänzung der Richtlinien des Rates für die Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätzen hinsichtlich der Benennung nach Frauen 1203/2022**

Herr Richter hat das Wort.

(Jubel und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Manfred Richter** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg\*innen! Liebe Zuschauer\*innen! Wir haben heute und jetzt eine sehr, sehr schöne Vorlage, weil wir endlich - endlich - unsere Richtlinie zur Benennung von Straßen und Plätzen um einen weiteren wichtigen Punkt erweitern und weiterentwickeln, und zwar mit der Bevorzugung zukünftiger Benennungen mit Frauennamen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Endlich können wir dies hier beschließen. Ich möchte mich herzlich bedanken für den interfraktionellen, breit getragenen Antrag, den wir im AVR hatten, wo wir schon vieles besprochen haben.

Zu der Frage, warum es so wichtig ist: Ich denke, wir sind uns einig, dass die Benennung von Straßen und Plätzen im öffentlichen Raum sehr definierend ist. Wir schätzen damit wert, indem wir uns erinnern, welche Ereignisse wichtig sind und wichtig waren, in unserer langjährigen, alten, schönen Stadt. Wenn nur 10 Prozent davon Frauennamen sind, wird der Handlungsbedarf wohl klar und evident deutlich. Deswegen hier: Vielen Dank für die Umsetzung unseres interfraktionel-



len Beschlusses. Wir schaffen die Voraussetzungen. Natürlich bleibt die konkrete Benennung in der Hoheit unserer schönen Bezirksvertretungen, die es dann in den nächsten Monaten und Jahren umsetzen können.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Das war der erste Teil unseres Beschlusses. Wir haben auch Sehnsucht und Freude auf den zweiten Teil unseres damaligen Beschlusses „Die Möglichkeiten der Umbenennung der kolonialen Namen“. Dazu wird auch eine Vorlage kommen. Darauf warten wir auch, und dann freuen wir uns auch sehr. - Vielen Dank. Tschüss!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wird das Wort gewünscht? - Ich habe Frau Gabriel auf der Rednerliste. - Wer spricht? - Herr Lorenz.

**Lukas Lorenz (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Diese Beschlussvorlage der Verwaltung ist ein weiterer Schritt hin zu mehr Gleichberechtigung. Vielen Dank dafür!

Auch Straßen sind Abbild der Gesellschaft, und diese wurden - wie unsere ganze patriarchale Gesellschaft - hauptsächlich nach Männern benannt. Dadurch werden Männer gegenüber ihrem realen Verhältnis in der Gesellschaft im Straßenbild überproportional oft benannt. Diese überproportionale Nennung bedeutet auch, dass der Gesellschaft weiterhin suggeriert wird, dass Männer scheinbar mehr leisten würden. Um es hier klar zu sagen: Das stimmt nicht.

Zu jeder Zeit haben Frauen genauso viel geleistet wie Männer. Das müssen wir noch einmal betonen.

(Beifall bei der SPD)

Auch wenn wir als SPD schon 2017 die Änderung der Richtlinie zur Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätzen für nötig erachtet haben und einen Antrag im AVR gestellt haben, weil der Appell von 2016 aus dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden scheinbar verpufft war, freuen wir uns über diese Vorlage umso mehr.

Auf zwei Dinge will ich an dieser Stelle noch verweisen. Frauen sind und waren immer eine starke Säule unserer städtischen Kultur. Spätestens mit der Umbenennung in Seidmacherinnengäßchen

sollte dies allen klar sein. Ich hoffe, dass die Bezirksvertretungen auch in Zukunft besonders Frauen der Kölner Alltagsgeschichte hervorheben. Besonders würde ich mich darüber freuen, wenn in Zukunft noch mehr Forschung in diesem Bereich ermöglicht wird.

Und zweitens, wir werden diese Richtlinie genau weiter beobachten und noch einmal prüfen, wie auch Frauen der internationalen Frauenbewegung - wie Flora Tristan - in Straßen benannt werden könnten.

Um es abschließend noch einmal zu sagen: Vielen Dank, liebe Verwaltung, für diese Vorlage. Wir als SPD werden selbstverständlich zustimmen, wie übrigens auch in Porz.

Jetzt ein Wort zu Porz.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Liebe Porzer Bezirksvertretung, liebe Porzer CDU, Porzer Grüne, Porzer FDP! Sie können auch mit dieser Richtlinie leider weiterhin Männer für Straßen vorschlagen. Ihre Begründung ist also Quatsch und bodenlos peinlich! Sie richtet sich nur gegen die Gleichstellung von Frauen!

(Beifall bei der SPD)

Schade, Porzer CDU, schade, Porzer Grüne, schade, Porzer FDP. Es ist wieder eine Chance vertan. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Tokyürek.

(Beifall und Jubel bei der LINKEN)

**Güldane Tokyürek (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe alle! Ich glaube, es ist Zeit, dass endlich eine Frau hier spricht. Hier bin ich!

(Beifall bei der LINKEN, beim Bündnis 90/Die Grünen und der SPD)

Vielleicht kurz zur Genese des Antrages: Am 04.04.2022 haben wir einen breiten Antrag in den AVR gebracht - Bündnis 90/Die Grünen, SPD und wir. Und nach einem Jahr haben wir es endlich geschafft. Das ist natürlich sehr erfreulich.

Die Förderung von Frauennamen hat eine große Bedeutung, liebe Kolleginnen und Kollegen, denn



letztendlich zeigt dies unsere Haltung dazu, wie wir mit Geschlechtergerechtigkeit umgehen und dazu stehen.

(Beifall bei der SPD)

Rund 10 Prozent der Straßennamen sind Frauennamen. Manfred Richter hatte es schon gesagt. Das muss uns aufschrecken. So kann es nicht weitergehen. Das muss sich tatsächlich ändern.

In den 100 Jahren wurden überwiegend Männer mit einer Straßenbenennung geehrt. Ich möchte kurz darauf eingehen, warum Straßennamen denn so wichtig sind. Sie haben eine große Wirkung, denn Straßenschilder markieren öffentliches Gedenken, und da müssen Frauen zwingend mitgedacht werden. Straßennamen sind Teil unserer persönlichen Adresse. Wir haben tagtäglich damit zu tun. Deshalb kann über Straßennamen bewusstseinsbildend gewirkt werden.

Die Missachtung der Tatsache, dass auch Frauen eine Stadt formen und entwickeln, und dass dies zu würdigen ist, bedeutet die Fortschreibung der Diskriminierung von Frauen. Dies führt selbstverständlich zu Fehlinterpretationen gesellschafts- und kulturpolitischer Entwicklungen. Über Straßenbenennungen nach Frauen können wir in Köln dazu beitragen, dass die Leistungen von Frauen höher wertgeschätzt werden. Es ist schön, dass wir es heute beschließen - uns auf den Weg machen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Verhältnis von Männer- und Frauennamen soll - und muss sogar - angeglichen werden. Ich möchte gerne Bettina Bab vom Frauengeschichtsverein zitieren, die gegenüber dem WDR folgende richtige Formulierung genutzt hat - ich denke, das tragen wir alle hier mit -:

Es sollen möglichst Frauen aus allen Lebenslagen mit einem Straßennamen geehrt werden.

Dazu gehört: Es muss auch divers sein.

Dazu gehören:

Prominente, weniger prominente; Vorbilder, aber auch Frauen, bei denen nicht immer alles glatt lief. Wir wollen einfach zeigen, dass Frauen das Leben genauso prägten wie Männer!

Es mangelt nicht an sehr guten Vorschlägen. Damit müssen wir uns auf den Weg machen. Ich

möchte gern noch abschließend kurz auf den BV Porz zum Ersetzungsantrag eingehen. Es wurde am 13.06. so beschlossen. Ich muss gestehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass ich über diese Formulierung doch etwas entsetzt bin.

(Beifall bei der LINKEN, bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der SPD)

Deswegen möchte ich gerne hier zitieren, was dort steht, nämlich dass bei Förderung von Frauennamen

[...] in den nächsten 31 Jahren kein verdienter Mann mehr mit einem Straßennamen geehrt werden kann.

Es ist unfassbar, dass man so etwas tatsächlich formuliert. Das kann es nicht sein! Es ging doch in diesem Antrag, diesem Beschluss, um etwas ganz anderes. Wir möchten Geschlechtergerechtigkeit herstellen; und in Porz diskutiert man darüber, dass 31 Jahre lang kein verdienter Mann geehrt wird. Und das soll

[...] über 6 Ratsperioden ungezielt gegen die männliche Bevölkerung [...]

gehen. Also das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Es ist unglaublich, dass man das heute, 2023, tatsächlich diskutiert. Die Überzahl der männlichen Namen entstand aus demokratischen Abstimmungen. Man sollte sich fragen, warum das so war; warum Frauennamen nicht den Vorrang haben; warum sie nicht bevorzugt wurden; warum man keine Parität hergestellt hat.

Alles in allem, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es doch bedenklich, dass man nicht über die Gründe nachdenkt, warum es so ein krasses Missverhältnis zwischen Frauen- und Männernamen gibt, sondern darüber, dass die Diskriminierung der Männer im Blick steht. Es kann doch wirklich nicht sein, dass wir so diskutieren. Umso wichtiger ist es, dass wir heute diesen Beschluss zusammen schaffen, um Geschlechtergerechtigkeit herzustellen und wirklich den Frauen die Wertschätzung geben, die sie verdienen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN, bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau De Bellis-Olinger.





**Teresa De Bellis-Olinger** (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte jetzt als Vorsitzende des Ausschusses für die Gleichstellung von Frauen und Männern etwas sagen. Wir begrüßen diese Vorlage. Sie ist bei uns im Ausschuss nicht so emotional diskutiert worden. Wir brauchen diese Vorlage. Das zeigen ja nicht nur die Ergebnisse.

Die Bezirksvertretungen sind zuständig für die Benennung von Straßen. Es gibt immer noch Stadtteile, die einfach gar keine Frauennamen in ihren Straßenbezeichnungen haben. Das geht einfach nicht.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses  
90/Die Grünen)

Wenn wir Parität erreicht haben, werden wir uns auch nicht mit diesen Vorlagen hier im Stadtrat beschäftigen müssen.

Erlauben Sie mir auch bitte eine persönliche Meinung dazu. Ich finde es sehr schade, wenn es um Frauenthemen geht - unabhängig davon, ob es jetzt die aktuelle Vorlage ist oder eine andere -: Kann man solche Vorlagen nicht einfach so stehen lassen? Muss man sie immer mit anderen Themen vermischen? Darüber sollte jeder einmal nachdenken. Das finde ich sehr schade. Wir brauchen Gendergerechtigkeit, heute bei dieser Vorlage. Und ich gehe einmal davon aus, dass wir die Vorlage einstimmig - auch mit den Porzern, die hier im Stadtrat sitzen -

(Heiterkeit bei Lino Hammer [Bündnis  
90/Die Grünen])

verabschieden, die sicherlich auch ihre Bezirksvertreter abholt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des  
Bündnisses 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt habe ich erst Herrn Büschges und dann Frau Gabriel.

**Matthias Büschges** (AfD): Ich würde aber Frau Gabriel den Vortritt lassen.

**Ngoc-Anh Gabriel** (KLIMA FREUNDE): Hallo, liebe alle! Ich mache es ganz kurz. Natürlich sind die Klimafreund\*innen sehr für Geschlechtergerechtigkeit, und genau deswegen möchten wir einen mündlichen Änderungsantrag stellen und die

Worte „und non-binäre Personen“ ergänzen. - Danke schön.

(Beifall bei KLIMA FREUNDE)

**Matthias Büschges** (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! In unseren Augen ist es so, dass eine echte Gleichberechtigung auch ohne eine solche Richtlinie stattfinden kann. Wir sind der Meinung, dass Sie alle ruhig Ihre Bezirksvertreter dafür sensibilisieren können, Frauen oder auch Menschen sonstigen Geschlechts wirklich auch in den Straßennamen darstellen zu können.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, das ist ein Paradebeispiel für das, was ich die ganze Zeit gesagt habe: Der Kompass ist verloren. Wir schaffen unsere ureigenen Aufgaben nicht. Gott sei Dank haben wir gleich noch viele erfreuliche TOPs mit den 10-er TOPs. Trotzdem möchte ich sagen, dies ist ein Paradebeispiel dafür, dass die Stadt Köln den Kompass verloren hat. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Zimmermann.

**Thor-Geir Zimmermann** (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich wollte Frau Gabriel nur für den Vorschlag und den Änderungsantrag danken, den sie gerade eingebracht hat. Es sind ja nur drei Worte. Ich bitte, doch noch einmal kurz darüber nachzudenken, ob wir dem zustimmen oder nicht. Meine Unterstützung hat der Antrag auf alle Fälle.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich habe es auch als Änderungsantrag verstanden.

(Zuruf von Lino Hammer [Bündnis  
90/Die Grünen]: Dann lassen Sie darüber abstimmen!)

Ich lasse darüber abstimmen. Ich will auch die Debatte wirklich nicht verkomplizieren, aber vielleicht sollten Sie auch einmal über Frauen auf dem Rathaus nachdenken. Das sind nämlich auch nur 18 Figuren im Gegensatz zu den Männern. Ich sage das nur einmal so. Das muss auch nicht heute Abend sein, klar, sondern insgesamt.

Ich sehe keine weitere Wortmeldung mehr. Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag von



Frau Gabriel abstimmen. Dadurch wird dem Beschluss wirklich nur hinzugefügt „und non-binäre Personen“, Frau Gabriel, das habe ich richtig verstanden?

(Ngoc-Anh Gabriel [KLIMA FREUNDE]  
nickt)

Wer dem wünscht, zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind Frau Gabriel, Die FRAKTION, die FDP-Fraktion, Volt, Herr Zimmermann und die Fraktion DIE LINKE.

(Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen]: Frau Oberbürgermeisterin, wir brauchen einen Moment!)

- Was brauchen wir? Eine Beratungspause?

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Ja!)

Ja, dann machen wir jetzt fünf Minuten Beratungspause.

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen, und danach mache ich fünf Minuten Pause, weil ich einmal zur Toilette gehen möchte. Sie können da beraten, und wir machen jetzt die Abstimmung weiter.

Sie haben bereits abgestimmt.

Gibt es noch Enthaltungen? - Es enthält sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall von Ralph Sterck [FDP])

Dann müssen wir jetzt zählen.

Um Wollen geht es ja hier nicht. Ich habe nach Enthaltungen gefragt. - Alle, die weder dafür noch dagegen gestimmt haben, haben sich enthalten. So mache ich es ja eigentlich immer. Die Grünen haben sich enthalten, genau.

Also, ich trete jetzt noch einmal in die Abstimmung ein,

(Ralph Sterck [FDP]: Nein!)

damit wir es ganz normal und ganz genau haben. Wer wünscht, dem Änderungsantrag von Frau Gabriel zuzustimmen? - Das sind Frau Gabriel, Die FRAKTION, FDP, Volt, die SPD-Fraktion, Herr Zimmermann und die Fraktion DIE LINKE. - Bitte zählen. Wer stimmt dagegen? - Das sind die CDU-Fraktion und die AfD. Und wer enthält sich? - Das sind Bündnis 90/Die Grünen. Dann ist der Änderungsantrag angenommen.

Herr Dr. Heinen, würden Sie mich bitte vertreten? Dann brauchen wir keine Pause.

(17.24 Uhr - Übergabe der Sitzungsleitung an Bürgermeister Dr. Ralf Heinen)

**Bürgermeister Dr. Ralf Heinen:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir gehen zügig durch die Sitzung weiter.

Ich rufe auf:

## 7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

Tagesordnungspunkt

### 7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen gemäß § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW

#### 7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2020/21 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21 1851/2023

Gibt es dazu Nachfragen? Es ist ja nur eine Kenntnisnahme. - Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt

### 7.2 Unterrichtung des Rates über Kosten erhöhungen nach § 25 KomHVO

#### 7.2.1 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. 24, 50765 Köln-Blumenberg 0946/2023

Gibt es dazu Anmerkungen? - Das ist auch nicht der Fall.

Ich rufe auf:

## 8 Überplanmäßige Aufwendungen

Tagesordnungspunkt

### 8.1 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 1715 - Guillaume-Stiftung St. Antoniusheim hier: Sanierung Kita Kalkarer Straße



**0757/2023**

Das ist eine Beschlussvorlage. Der Finanzausschuss hat einstimmig zugestimmt. Ich frage hier: Gibt es zu TOP 8.1 Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist auch hier einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf:

#### **10 Allgemeine Vorlagen**

Tagesordnungspunkt

##### **10.1 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Zukunftsmodell 0551/2023**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion  
AN/0653/2023**

**Änderungsantrag der Fraktionen  
Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD,  
FDP, Volt  
AN/1258/2023**

Wir haben eine Rednerliste. Wir beginnen mit der Kollegin Frau Martin. - Bitte schön.

**Christiane Martin** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Bürgermeister Heinen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer\*innen hier im Saal und an den Bildschirmen!

Die Gesundheit ist zwar nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts.

Das sagte vor 150 Jahren Arthur Schopenhauer.

Und weiter:

Neun Zehntel unseres Glücks beruhen allein auf der Gesundheit; mit ihr wird alles eine Quelle des Genusses.

Welch' eine Verheißung. Doch wie wird sie wahr? Wie bleiben wir gesund? Wie werden wir gesund? Die Antwort ist ganz klar: mit einer guten Gesundheitsvorsorge und mit einer entsprechenden Infrastruktur. In Köln gehören dazu unsere städtischen Kliniken, deren Ursprung übrigens 200 Jahre zurückliegt, und die nun schon seit vielen, vielen Jahren in Merheim, Holweide und Riehl ein differenziertes Leistungsportfolio anbieten und maßgeblich mit ihren Mitarbeitenden zur Gesundheitsversorgung der Kölnerinnen und Kölner beitragen.

Doch seit einigen Jahren sind diese wertvollen Häuser in eine strukturelle Schieflage geraten. Sinkende Einnahmen um mehr als 20 Prozent

drücken die Erlöse bei steigenden Kosten. Gleichzeitig stehen wir vor einem immensen Investitionsstau bei den Gebäuden. Dies alles hat dazu geführt, dass die Kliniken jedes Jahr bis zu 100 Millionen Euro Verluste machen. Bereits in der Vergangenheit haben wir darauf reagiert, immer wieder, indem wir Gesellschafterdarlehen gegeben und auch personelle Veränderungen in der Geschäftsführung vorgenommen haben.

Jetzt allerdings ist der Zeitpunkt gekommen, einen scharfen Schnitt zu machen. Jetzt müssen wir verantwortungsvoll eine große Entscheidung treffen. Es geht heute um viel - auch um viel Geld. Wir haben den Entwurf eines Zukunftsmodells für die Kliniken der Stadt Köln vorliegen, der nicht mehr und nicht weniger als 590 Millionen Euro für Investitionen vorsieht.

Was soll mit dem Geld gemacht werden? Es soll ein hochmoderner Gesundheitscampus am Standort Merheim entstehen, der die bisherigen drei Standorte zu einem zusammenführt.

Die Vorteile sind dabei nicht nur finanzieller Natur, sondern wir gewinnen natürlich auch medizinisch viel. Wir bekommen optimierte Prozesse. Wir verzichten auf weite Wege. Wir setzen unser knappes Personal bestens ein. Wir fördern interdisziplinäre Zusammenarbeit, und wir bauen teure und ineffiziente Doppelstrukturen ab.

Ein Beispiel verdeutlicht das. Wenn heute auf der Geburtsstation in Holweide ein Kind zur Welt kommt, das medizinisch notversorgt werden muss, wird es mit dem Krankenwagen nach Riehl gebracht. Wenn die Mutter nach einer eventuell schweren Geburt ebenfalls medizinisch versorgt werden muss, bleibt sie jedoch in Holweide. Wir nehmen damit nicht nur den gefährlichen Transport für einen lebensgefährlich erkranktes Kind, sondern auch die Trennung von Mutter und Kind in Kauf. Das wäre zukünftig nicht mehr nötig. In Merheim würden beide bestens versorgt, ohne Transport des Neugeborenen und ohne Trennung von der Mutter.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses  
90/Die Grünen)

Außerdem birgt die Zusammenlegung auch bauliche Chancen. Der Investitionsstau würde aufgelöst. Wir hätten die Chance, auch gebäudetechnisch auf den modernsten Standard aufzurüsten. Nicht zuletzt berücksichtigen wir mit diesem Zukunftsmodell jetzt schon Vorgaben, die mit großer Wahrscheinlichkeit von Land und Bund im Zuge



von Laumanns Krankenhausplan und Lauterbachs Krankenhausreform auf uns zukommen werden.

So dürfen Kliniken zukünftig die OP von Oberschenkelhalsbrüchen bei älteren Menschen nur noch durchführen, wenn sie davon eine Mindestanzahl auf der Agenda stehen haben. Merheim und Holweide einzeln erfüllen diese Mindestzahl bisher nicht und dürften dann diese OP gar nicht mehr vornehmen.

Alles in allem heißt Zustimmung zu dieser Vorlage, zu diesem Zukunftsmodell, und auch zu diesem Investitionsvolumen in dreistelliger Millionenhöhe, Verantwortung zu übernehmen und Schaden von der Gesundheitsversorgung der Kölnerinnen und Kölner abzuwenden.

Ich freue mich wirklich sehr, dass wir dies heute mit breiter Mehrheit tun. An alle, die es ablehnen: Was wäre denn die Alternative? Weiter diese hohen Verluste in Kauf nehmen, bis zur Insolvenz? Eine Privatisierung? Nein, beides wird es mit uns Grünen und all denen, die heute zustimmen, nicht geben; und übrigens auch nicht mit dem Aufsichtsrat und dem Betriebsrat der Kliniken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir geben heute den Startschuss für zukunfts-feste Kliniken. Dabei werden in dem bis mindestens 2031 dauernden Prozess noch jede Menge Weichenstellungen, Anpassungen, Nachschärfungen und neue Entscheidungen getroffen werden. Die Frage, ob die freiwerdenden Grundstücke in Riehl und Holweide verkauft werden oder nicht und wie sie zukünftig genutzt werden, müssen wir nicht heute entscheiden. Aber wir können heute deutlich machen, dass wir an beiden Standorten - in Riehl und Holweide - eine Fortführung medizinischer Versorgung begrüßen. Das steht unter anderem in dem breit getragenen, vorliegenden Änderungsantrag.

Ein letztes Wort zu dem ergänzten Beschlusspunkt 4: Wir haben sehr lange auf ein Gesprächsangebot aus Düsseldorf gewartet. Jetzt ist es da. Selbstverständlich sollte unsere Oberbürgermeisterin es annehmen. Ob das Land NRW ernsthaft an einem Verbund der Uniklinik mit unseren städtischen Kliniken interessiert ist und zu welchen Bedingungen, bleibt dabei abzuwarten. - Herzlichen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(17.28 Uhr - Christiane Jäger [Bündnis 90/Die Grünen] verlässt die Sitzung)

(Übergabe der Sitzungsleitung an Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Petelkau hat das Wort.

**Bernd Petelkau (CDU):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer hier im Saal und an den digitalen Endgeräten! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte starten mit einem Dank - zunächst an Sie, Frau Oberbürgermeisterin, denn Sie haben den Prozess in doppelter Form angestoßen.

Sie haben damals die Gespräche mit dem Land aufgenommen, und ich bin sehr froh, dass das Land jetzt dieses Gesprächsangebot, was lange Zeit nicht nachhaltig betrieben wurde, endlich angenommen hat, sodass wir hier unverändert noch einmal eine neue Perspektive haben. Sie haben aber gleichzeitig auch angestoßen, dass wir hier auf Kölner Ebene einen Plan B haben, wenn es nicht zu einer engen Kooperation zwischen Stadt und Land in dieser wichtigen Frage kommt.

Der Dank richtet sich dann auch an all diejenigen, die im Rahmen der Verwaltung - genauso wie bei den städtischen Kliniken - daran mitgearbeitet haben, Zahlen zu erarbeiten und damit auch Transparenz zu schaffen. Das war insbesondere unsere Beteiligungsverwaltung, aber eben auch die Geschäftsleitung der Kliniken, die hier aufgezeigt hat: Was bedeutet denn das Ganze?

Es bedeutet, wenn man sich die Zahlen anschaut - und das wir haben in der letzten Sitzung des Finanzausschusses auch sehr intensiv im öffentlichen und nichtöffentlichen Teil mit den Informationen diskutiert -, vor allen Dingen, dass es eine der größten Herausforderungen, eine der größten Entscheidungen, die wir in dieser Wahlperiode und vielleicht auch über mehrere Wahlperioden treffen; wenn man sich einmal nur die schiere Größenordnung anschaut, was das bedeutet für die nächsten Jahre, und was es für ein Invest dies nicht nur in eine Verlustabdeckung, sondern auch in die Zukunft gerichtet ist.

Dafür eben noch einmal Dank an alle Beteiligten, dass diese Transparenz geschaffen wurde. Das hat es uns als CDU-Fraktion auch möglich gemacht, heute hier zuzustimmen, um an der Stelle auch klar zu sagen: Wir wollen diesen Weg gehen, den Gesundheitsstandort Köln noch leistungsfähiger zu machen und eine tragfähige Zukunftslösung zu bekommen.





Unsere Erwartungshaltung, wenn jetzt ein gemeinsamer Plan für die Zusammenlegung und damit auch ein tragfähiger Wirtschaftsplan geschaffen wird, ist aber schon, dass wir mit der Konsolidierung nicht warten, bis 2031 oder 2032 die zusammengelegte neue Betriebsstätte in Betrieb geht, sondern, dass auch auf dem Weg dahin das Defizit deutlich reduziert wird und man Synergien nutzt, damit wir ohne Verlust an Versorgungsqualität die Grenzen der Belastbarkeit nicht austesten. Das ist uns wichtig.

Ich möchte den Dank noch einmal erweitern an alle Kolleginnen und Kollegen hier aus dem Rat, die gemeinsam den Änderungsantrag auf den Weg gebracht haben, weil es nämlich dadurch gelungen ist, auch noch einmal ein klares Signal zu setzen, dass uns die lokalen Standorte der Versorgung wichtig sind. Das gilt für Mülheim genauso wie für die Kinderklinik in Riehl. Sie sind wichtige Zentren der Versorgung für unsere Kölnerinnen und Kölner. Deshalb ist es schön, dass wir heute hier ein gemeinsames Signal setzen, dass wir diese Standorte erhalten.

Wir haben natürlich auch Richtung Bundesebene noch die Hoffnung, dass die Modernisierung im Krankenhausreformgesetz dazu beiträgt, die Last, die wir als Stadt Köln tragen müssen, noch einmal abzumildern und damit auch zukunftsfähige Lösungen an mehr als einem Standort zu sichern.

Grundsätzlich noch einmal zusammengefasst: Wir können heute hier zustimmen, haben eine gewisse Erwartungshaltung in Richtung Geschäftsführung, und freuen uns auf die weiteren Pläne und darauf, dass wir am Ende eine gute Lösung für die Patientinnen und Patienten und den Gesundheitsstandort Köln, und am Ende aber auch für diesen städtischen Haushalt hinbekommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

**Christian Joisten (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren, draußen an den Bildschirmen und auf der Tribüne! Für die SPD-Fraktion kann ich vorweg festhalten: Wir wollen die beste medizinische Versorgung der Kölnerinnen und Kölner.

(Beifall bei der SPD)

Ja, das kann man unterstützen. Wir wollen die städtischen Kliniken als Teil unserer kommunalen Daseinsvorsorge dauerhaft erhalten. Wir wollen, dass die Kliniken der Stadt Köln eine attraktive Arbeitgeberin sind und bleiben, damit die heute bereits dort Beschäftigten diesen Kliniken weiterhin die Treue halten und möglichst viele neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewonnen werden können.

Wir wissen - und es ist mir wichtig, bei all den Debatten, die auch öffentlich in den letzten Wochen und Monaten immer wieder geführt wurden, noch einmal zu betonen -, dass trotz aller widrigen Umstände auch derzeit in diesen Kölner Kliniken hervorragende Medizin geleistet wird. Aber wir wollen, dass es auch in Zukunft der Fall ist.

(Beifall bei der SPD)

Und wenn wir das alles wollen, was ich gerade postuliert habe und dabei auf die aktuelle organisatorische und wirtschaftliche Aufstellung der Kölner Kliniken schauen, wissen wir aber auch alle, dass hier dringend etwas passieren muss. Umso dramatischer, das muss ich leider an dieser Stelle auch noch einmal sagen - und dabei haben wir einen anderen Blick auf die Entwicklung der letzten Jahre -, mutet es an, dass wir jetzt wertvolle Jahre mit aus unserer Sicht abstrakten Diskussionen über Verbundlösungen mit dem Land einfach verтан haben, in denen die Kliniken immer weiter in immer schwierigeres Fahrwasser gerutscht sind und wir heute eben bei einem Schuldenstand von 100 Millionen pro Jahr sind. Das kann nicht so bleiben, deswegen machen wir uns hier gemeinsam auf den Weg.

Ein Klinikverbund mit dem Land - so sind wir und bin ich überzeugt - war noch nie die Lösung unserer aktuellen Probleme bei den städtischen Kliniken. Wir müssen unsere Hausaufgaben hier in Köln alleine machen. Und das ist jetzt der Weg, den wir einschlagen.

(Beifall bei der SPD)

Das von der Geschäftsführung entwickelte Zukunftsmodell scheint uns durchaus ein geeigneter Weg zu sein, die Kliniken in jeder Hinsicht zukunftsfest zu machen und gleichzeitig die medizinische Versorgung von Köln und der ganzen Region zu verbessern. Ich will daran erinnern, dass wir immerhin mit dem Neubau eines Kinderkrankenhauses am Standort Merheim bundesweit ein echter Leuchtturm sind. Es werden überall Kinder-



kliniken geschlossen. Wir wollen uns heute aufmachen, ein neues zu bauen. Auch das, glaube ich, darf gewürdigt werden.

Wenn alle medizinischen Fachdisziplinen an einem Ort gebündelt sind, so wie es jetzt dieses Zukunftsmodell vorsieht, kann am besten auf die vielfältigen Herausforderungen, die ein Krankheits- oder Verletzungsbild mit sich bringt, reagiert werden.

Wir stehen aber auch für die örtliche Versorgung einer immer älter werdenden Stadtgesellschaft, damit die alte Dame in Wohnortnähe ihren Zucker oder Blutdruck eingestellt bekommt und der ältere Herr ein paar Tage nach seiner OP in der Nähe seiner Familie verbringen kann. Genau deshalb setzen wir uns auch weiterhin dafür ein, dass ein Stadtbezirk wie Mülheim mit seinen knapp 150 000 Einwohnern auch in Zukunft ein Krankenhaus Holweide hat, welches diesen großen Stadtbezirk mit stationären medizinischen Basisleistungen versorgt.

Wir sind daher sehr froh, dass wir mit diesem Änderungsantrag, den wir ja heute gemeinsam und breit getragen einbringen, als Rat uns auch nach Abschluss der Krankenhausreform auf Bundesebene und auf Landesebene noch einmal erneut der Frage widmen: Wie sind die Rahmenbedingungen? Ist ein solches Haus medizinisch und wirtschaftlich an der Stelle tragbar und realisierbar? Damit wird der Rat noch einmal befasst. Das ist genau das, was im Änderungsantrag feststeht.

Aber auch die örtliche Perspektive in Riehl und die Frage der Kinderversorgung dort, im linksrheinischen Kölner Norden, ist uns nicht egal. Auch das ist eben schon betont worden; dass wir nämlich alles dafür tun wollen, dass es dort auch weiter eine Anlaufstelle für akut erkrankte Kinder gibt.

Und damit wir im weiteren Verfahren insbesondere für die bedarfsbezogene Krankenhausversorgung für unsere Entscheidungen vernünftige Bedarfe zugrunde legen können, haben wir uns auch die Bedarfsermittlung auf die Fahnen geschrieben. Das, glaube ich, ist ein wichtiger Schritt zur Transparenz.

Abschließend will ich nur darauf hinweisen, dass auch die Anbindung eines solchen größer werdenden Standorts in Merheim eine wichtige Frage ist. Das sind alles Dinge, die wir heute gemeinsam auf den Weg bringen. Dafür sei an dieser Stelle schon sehr gedankt.

Meine Damen und Herren, mit diesen Ergänzungen können wir nun heute endlich den Planungsauftrag an Verwaltung und Klinikleitung erteilen - wir hätten es auch schon früher machen können, aber nun ist es heute so -, damit so schnell wie möglich die Zukunft der städtischen Kliniken beginnen kann. Das sind wir insbesondere den Patient\*innen, aber ganz besonders auch den Mitarbeitenden der Kliniken schuldig.

Noch ein Wort zur Ziffer 4 - es ist eben schon gesagt worden, eine neue Entwicklung auf Landesebene -: Wenn diese Entwicklungen dazu führen, dass das Land uns auf diesem Weg begleitet und das Zukunftsmodell finanziell unterstützt, wollen und werden wir dem nicht im Wege stehen. Aber wir haben noch sehr das zuletzt verhandelte Stiftungsmodell vor Augen, welches jeden kommunalen Einfluss und jede Gestaltungsmöglichkeit eliminiert hätte. Einen solchen Verbund lehnen wir weiterhin entschieden ab.

Deshalb ist meine Frage auch an Sie, Frau Oberbürgermeisterin, die Sie nach meiner Rede auch gerne noch beantworten können: Wird dieses Stiftungsmodell in den Gesprächen mit dem Land weiterhin eine Rolle spielen? Davon hängt am Ende ab, wie wir uns zur Gesamtbeschlussfassung heute stellen, denn dies ist ein für uns ganz entscheidender Punkt.

Abschließend: So sehr wir uns freuen, dass wir heute den Kliniken eine klare Perspektive geben können, so sehr hoffen wir jetzt auf eine schnelle und vor allem solide Umsetzung. Wir erwarten daher nach Abschluss der Planung eine erneute Beschlussvorlage mit klaren Finanz- und Planungskennzahlen, mit denen wir dann den endgültigen Baubeschluss fassen können. Mit welchen Bauten und an welchen Standorten auch immer - das haben wir ja eben gerade gesagt -, werden wir dann noch weiter beraten.

Ich danke aber noch einmal ganz herzlich auch den Fraktionen, insbesondere den Grünen und der CDU, für sehr konstruktive, kollegiale Gespräche auf diesem für uns alle schwierigen Weg.

Jetzt wünschen wir insbesondere der Klinikleitung und den Tausenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der städtischen Kliniken viel Erfolg und eine glückliche Hand, weil auch wir weiterhin die beste medizinische Versorgung für alle Kölnerinnen und Kölner wollen.

In diesem Sinne kann man der so geänderten - und vielleicht nach einer Aussage der Oberbürgermeisterin dann auch klargestellten - Entwicklung auch heute hier gut und gerne zustimmen,



auch als Sozialdemokrat. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Joisten, wenn Sie wünschen, beantworte ich das jetzt.

Es handelt sich ja wirklich um erste Sondierungsverhandlungen. Ich weiß natürlich nicht, welche Argumente vom Land eingebracht werden oder nicht. Für mich ist die Grundlage für eine Sondierung natürlich der heutige Ratsbeschluss. Das heißt, wenn Sie heute das Zukunftsmodell beschließen, dann wird dies die Grundlage der Gespräche sein.

Ich habe - und ich betreibe das ja schon seit zehn Jahren, auch wenn es sich jetzt vielleicht ein bisschen komisch für Sie anhört und ich auch dachte, es wären erst acht,

(Heiterkeit)

aber ich habe im Fahrtenbuch nachgeguckt - einfach noch nicht aufgegeben, auch den Gesundheitsstandort zu entwickeln. Und eins steht fest: Ebenso wie die medizinische Versorgung der Kölnerinnen und Kölner, für die es zwei Maximalversorger braucht, ist es natürlich eine Riesenchance, ein solches Klinikum zu haben, weil es ganz andere Möglichkeiten auch für Unternehmen eröffnet, sich hier niederzulassen.

Wir haben ja gerade in Mainz erlebt, was Professor Şahin mit dem Impfstoff geschafft hat: 1 Milliarde Euro Gewerbesteuer pro Jahr war ja auch nicht so ganz schlecht.

(Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber ohne Pandemie bitte! - Zuruf von der AfD: Wenn die Impfstoffe denn wirken! - Zuruf aus dem Bündnis 90/Die Grünen: Da rastet die AfD wieder aus!)

Ja, es gibt auch anderes. Man muss nicht unbedingt Impfstoffe entwickeln. Aber es kann nicht schaden, wenn man sie hat.

Grundlage meiner Verhandlungen wird natürlich das sein, was Sie heute hier beschließen.

(Zuruf)

- Bitte? Ich weiß nicht. Ich werde das Stiftungsmodell nicht einbringen. Ich habe hier heute, wenn Sie es beschließen, ein Zukunftsmodell der Klini-

ken, und das bringe ich ein. Man muss einfach gucken, was daraus wird. Es ist eine erste Sondierung. Es ist noch keine Verhandlung.

(Christian Joisten [SPD]: Darf ich dazu noch eine Ergänzungsfrage stellen?)

- Ja, bitte!

**Christian Joisten (SPD):** Dann danke ich Ihnen an der Stelle für die Klarstellung. Ich gehe davon aus - und das ist ja auch Teil der Beschlussfassung -, dass wir, bevor es sozusagen zu endgültigen Verhandlungen kommt, als Rat auch beschlussfassend beteiligt werden. - Danke.

(Zurufe: Das ist doch klar! - Selbstverständlich!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Röhrig hat jetzt das Wort.

**Uschi Röhrig (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer und Zuhörer zu diesem brisanten Thema! Viele wissen ja, wie wir LINKE dazu stehen, und das möchte ich jetzt auch noch einmal kurz ausführen.

Für uns geht es nicht in erster Linie um Kosteneinsparungen. Für uns geht es um die Gesundheitsversorgung. Sie haben viele Argumente aufgezählt, wonach die Konzentration auf einen einzigen Standort sogar noch eine bessere Gesundheitsversorgung bedeuten soll als drei bewährte Standorte. Diese Argumente halten wir für falsch.

Da ist zunächst einmal das falsche Argument: Nach der Krankenhausreform würde Merheim seinen Status als Vollversorger verlieren. Anders als heute dürften dann bestimmte Behandlungen gar nicht mehr von den städtischen Kliniken durchgeführt werden. Doch in den Plänen der Lauterbach-Kommission auf Seite 14 zählen fünf Kilometer entfernte Standorte künftig als Standort. Das trifft auf Holweide und Merheim zu. Zusammen über treffen sie weit die nötigen Voraussetzungen, um ein Vollversorger zu sein.

Dem geplanten Neubau der Kinderklinik in Merheim stellt die Vorlage das Schockbild einer völlig maroden Kinderklinik in Niehl entgegen. Doch am alten Standort wurde diese angeblich so marode Klinik gerade für 20 Millionen Euro erweitert. Da



kann man sich doch nur noch wundern. Mit der Verlegung wird auch die kinderärztliche Notdienstpraxis von Niehl nach Merheim umziehen, was ihr zweiter rechtsrheinischer Standort nach Porz wäre.

Der Nordwesten dagegen wird unterversorgt, auch bei allen Prüfungen, die eventuell gemacht werden sollen. Das spendenfinanzierte Elternhaus der Kinderklinik entfällt. Die durch viel zivilgesellschaftliches Engagement zustande gekommenen Spenden für das Kinderkrankenhaus werden vernichtet. Die mit der Standortschließung verbundenen Kosteneinsparungen werden die medizinische Qualität verschlechtern. Planbetten sollen abgebaut werden. Am Ende bleiben 1 030 Betten; über 370 gehen der öffentlichen Gesundheitsversorgung verloren.

Das mag in normalen Zeiten noch abzufedern sein. In der nächsten Pandemie werden wir es spüren. Zurzeit sind aufgrund von Personalmangel Betten geschlossen. Statt sie abzubauen, sollten neue Wege gesucht werden, Personal zu rekrutieren. So können die Betten erhalten werden, sonst sind sie im Krankenhausplan verloren.

Auch gehen wir davon aus, dass zukünftig mehr ambulante Leistungen nachgefragt werden. Dazu möchten wir die bestehenden Medizinischen Versorgungszentren, kurz MVZ, bei den städtischen Kliniken in kommunaler und gemeinnütziger Trägerschaft ausbauen - auch mit Geldern aus dem EU-Strukturfonds, wie es der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert. So würden die Kliniken gestärkt. Personalwohnungen an den geschlossenen Standorten Niehl und Holweide sollen mehr Personal zu den Kliniken locken. Doch wenn die durch die Kämmerin fest einkalkulierten Grundstückserlöse erzielt werden, wird kein Investor dort günstiges Wohnen realisieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch die angestrebten Kosteneinsparungen durch weniger Personal finden wir unglaublich. Sie sollen unter anderem durch Reduzierung auf ein Labor, eine Radiologie und einen Schreibdienst erreicht werden. Doch der Personaleinsatz bemisst sich nicht an der Zahl der Standorte, sondern an den zu behandelnden Patienten. Auch bei der Zusammenlegung der Ambulanzen ist die Anzahl der Fälle maßgeblich. Sie kalkulieren eine Prämie für das Schließen von Standorten ein - über ein Strukturreformgesetz, das noch gar nicht beschlossen ist.

Nachdem das Land in den letzten zwei Jahren die Uniklinik mit viel Geld aufgestellt hat, hat es

gleichzeitig die städtischen Kliniken über viel zu geringe Investitionsmittel am ausgestreckten Arm verhungern lassen. Mit der Schließung von zwei Standorten erfüllen Sie wahrscheinlich noch die letzten Wünsche des Landes vor einer Fusion mit der Uniklinik. Diese Verschleuderung öffentlichen Eigentums machen wir nicht mit.

(Beifall bei Teilen der LINKEN)

An dieser grundsätzlich falschen Weichenstellung ändert auch der SPD-Antrag oder, wie jetzt ganz neu, der Bündnisantrag mit SPD usw. nichts.

Sie haben eben gesagt - das hatte ich mir jetzt noch einmal extra aufgeschrieben -, dass die Bedarfsermittlung kommen und alles noch einmal geprüft werden soll. Die Ermittlung des Bedarfs dessen, was für die Kölner Bürger und Bürgerinnen wichtig ist, sollte erfolgen, bevor man solche weitreichenden Beschlüsse fasst, und nicht erst, wenn schon hier der Beschluss gefasst worden ist.

Wir glauben, dass man dem Land Nordrhein-Westfalen anders gegenüberreten und voraussetzenden Gehorsam vermeiden sollte. Wir glauben, dass sich andere Lösungen für den Hubschrauberlandeplatz in Riehl und die Rekrutierung von Personal und andere Probleme finden lassen. Und ja, wir glauben, dass es eine gute Gesundheitsversorgung nicht zum Nulltarif gibt und die drei Standorte für die Stadtbevölkerung gebraucht werden. Wir lehnen die Änderungsanträge ab. Wir wünschen uns, dass man alles noch einmal neu überdenkt, bevor man die öffentliche Daseinsvorsorge in den Stadtbezirken schmälert. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Breite das Wort.

**Ulrich Breite (FDP):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin, Sie wissen, dass ich zu dem Thema schon häufiger geredet habe - im Finanzausschuss und in verschiedenen anderen Ausschüssen - und dadurch auch die Geschichte ein bisschen kenne. Es ist auch manchmal gut so, wenn welche, die schon länger dabei sind, das kennen.

Gerne würde ich einmal ein Buch darüber verfassen - auch aus den Reden -, welche Positionen hier im Rat waren und was man heute hier alles gehört hat. Frau Röhrig, bei Ihnen geht das ganz





einfach. Sie hatten schon immer diese Position bei den LINKEN, und die hatten Sie auch im Aufsichtsrat. Dadurch sind auch viele der Probleme entstanden, was Sie hier nämlich gesagt haben!

(Beifall bei der FDP, dem Bündnis 90/Die Grünen und der AfD)

Eigentlich wollte ich mit Christiane anfangen, ich mache jetzt erst einmal die SPD, denn das war so nett.

(Heiterkeit - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Einmal rundherum!)

Darum sind wir so gerne auf diesen Antrag gegangen. Es ist nämlich so schön, dass die SPD auch da drauf ist.

(Heiterkeit)

Wenn man sich nämlich die Position, die Sie im Finanzausschuss und im Rat hier heute haben anguckt, stellt man fest: Natürlich geht das nicht mit der Charité des Westens. Aber Sie machen mit. Und da freuen wir uns. Wenn Sie Ihre früheren Reden betrachten, sieht man nämlich: Sie haben einen Erkenntnisgewinn.

(Beifall bei der FDP)

Herr Joisten und die SPD haben einen Erkenntnisgewinn. Und das finde ich ganz hervorragend, denn so kommen wir weiter.

Aber eines aus Ihrer Rede möchte ich kommentieren, nämlich, dass Sie sagen, wir hätten schon weiter sein können, wir hätten Zeit verplempert. Meine liebe SPD, was ihr teilweise für Anträge hier gestellt habt, im Finanzausschuss: Wir haben auch dadurch Zeit verplempert, dass wir euch hierhin bringen mussten, zu diesem Antrag, zu dieser Position.

(Beifall bei der FDP, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Das musste ich einmal gesagt haben.

(Christian Joisten [SPD]: Nein, du musst es nachweisen, was du gerade gesagt hast! Es stimmt nicht!)

- Oh, sei vorsichtig! Sei vorsichtig, mein Lieber!

Auch ich wünsche der Oberbürgermeisterin bei den Beratungen mit der Landesregierung viel Glück. Wir unterstützen es. Das haben wir schon immer unterstützt. Und ich glaube - was Sie auch gesagt haben -, dass es eine Riesenchance ist;

dass es viele andere Regionen auch schon machen. Die SPD sieht es übrigens ein bisschen anders, aber das ist eine ganz andere Sache. Wir halten weiterhin die Charité des Westens für eine riesige Riesenchance für uns. Darum: Toi, toi, toi, Frau Oberbürgermeisterin, dass es auch für uns klappt.

(Beifall bei der FDP)

Ob die SPD - das kann ich jetzt nicht so leicht beweisen, aber ich weiß es eigentlich - schon immer so gegen die Charité des Westens war: Es gab einmal einen Beigeordneten, Herrn Walter-Borjans, der nachher Finanzminister in der rot-grünen Landesregierung war - fragen Sie dort einmal nach, ob es wirklich alles immer so wahr ist oder sich gewandelt hat.

(Christian Joisten [SPD]: Habe ich! Es hat sich nichts gewandelt!)

Ich freue mich aber auch - jetzt komme ich zu dir, Christiane - über die Grünen, denn wenn man dazu bestimmte Reden aus der vorigen Ratsperiode gehört hat, waren die auch immer ein bisschen kritischer, so möchte es einmal ausdrücken. Darum freue ich mich, dass wir es hier gemeinsam hinbekommen. Es ist nämlich eine Riesenchance.

Und das Charmanteste finde ich, dass wir hier etwas zu den Standorten sagen. Herr Petelkau fragte ja schon, ob alles gesichert ist. Wir haben gesagt: Wir versuchen es, wir versuchen es. Ich möchte endlich einmal diesen Lauterbach beim Wort nehmen - endlich einmal -, denn er geht in unsere Diskussion hinein und sagt „Holweide ist sicher“. Jetzt soll er seine Bundesgesetzplanung machen und uns beweisen, dass Holweide sicher ist. Dann können wir gerne mit ihm reden - auch die Verwaltung. Aber er muss jetzt liefern, meine Damen und Herren. Und darauf freue ich mich jetzt schon. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

**Christian Achtelik (Voll):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Saal! Liebe Zuschauer\*innen im Saal und im Stream! Ich fürchte, ganz so unterhaltsam wird es jetzt nicht, wie eben beim Kollegen Breite, sondern ich möchte ein bisschen zurück zu den Positionen kommen.



Die scheinbar aussichtslose Situation der vergangenen Monate war absehbar und hätte verhindert werden können.

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

Es ist aber nicht unser Stil, nach hinten zu schauen und uns zu beschweren, sondern wir möchten diese Vorlage, die ja Zukunftsmodell, Zukunftskonzept heißt, zum Anlass nehmen, um nach vorne zu schauen und unseren politischen Willen für die Zukunft auszudrücken.

Volt befürwortet das Konzept der Zentrenbildung in der Gesundheitsvorsorge. Das vorgelegte Zukunftskonzept schreitet in diese Richtung. Davon erwarten wir alle - das wurde in den letzten Reden sehr betont - bestmögliche Gesundheitsversorgung.

Neben der bestmöglichen Gesundheitsversorgung aller Kölner\*innen ist uns aber - und das ist auch schon vielfach angekommen - der Umgang mit den Beschäftigten der städtischen Kliniken ganz besonders wichtig. Dieser Beschluss kann der Grundstein für eine transparente und wertschätzende Kommunikation in Richtung dieser Beschäftigten sein.

Die Unsicherheit der Beschäftigten hinsichtlich der Frage, ob sie in wenigen Monaten noch einen Arbeitsplatz an diesem Ort haben, muss endlich beendet werden. Dieser Beschluss bietet der Klinikleitung die Chance und Verantwortung, das Personal mitzunehmen, im übertragenen wie auch im wortwörtlichen Sinne. Wir müssen den Beschäftigten jetzt ihre Möglichkeiten in Merheim am neuen, großen Standort aufzeigen und sie in die neuen Strukturen dort einbinden. Aktuell laufen wir nämlich Gefahr, unsere dringend benötigten Pflegekräfte an die Konkurrenz zu verlieren. Beschäftigte an den beiden Standorten sollten zumindest teilweise auch dort weiterhin tätig sein können. Damit verbinden wir die Sorge um die Mitarbeitenden mit der besten Gesundheitsvorsorge. Denn auch wir wünschen uns in Holweide weiterhin einen Gesundheitsstandort - mit einem Schwerpunkt auf Menschen im Alter - insbesondere für die rechtsrheinischen Kölner\*innen.

Riehl könnte beispielsweise dazu genutzt werden, um dem potenziellen Defizit in der kinderärztlichen Versorgung im linksrheinischen Kölner Norden entgegenzuwirken. Wir bedanken uns an dieser Stelle ausdrücklich bei Frau Reker für die Initiative als Gesellschafterin bei der zukunftsorientierten Entwicklung dieser Standorte. Uns ist aber genauso bewusst, dass weitere Gesundheitsfürsorge an diesen Standorten auch maßgeblich von

Entscheidungen der Kassenärztlichen Vereinigung abhängt und nicht nur hier getroffen werden kann.

Als Politik können wir aber unsere Verantwortung dahingehend wahrnehmen, wie wir zum Beispiel mit den Liegenschaften umgehen. Für uns - für Volt - sollen sie den Kölnerinnen und Kölnern zugutekommen. In welcher Form das geschieht, wird die nächste Zeit ausführlich diskutiert. Dazu liegen die verschiedensten Vorschläge auf dem Tisch. Eines ist dabei für uns klar: Gesundheitsvorsorge gehört in die öffentliche Hand. Wir unterstützen daher auch die Gespräche mit dem Land über eine Zusammenarbeit, denn auch das Land ist ja die öffentliche Hand.

Die Gesundheit der Kölnerinnen und Kölner ist uns zu wichtig, als dass sie zum Spielball politischer Machtkämpfe werden darf. Ich freue mich daher umso mehr über die gemeinsame Linie, die wir hier mit dem gemeinsamen Änderungsantrag gefunden haben. Ich bitte um aller Zustimmung und bedanke mich für die Zusammenarbeit auf dem Weg dorthin.

(Beifall bei Volt sowie bei Teilen der CDU und des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Boyens das Wort.

**Stephan Boyens (AfD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, wer von Ihnen auf das Freigabedatum der Vorlage geschaut hat, die wir heute beschließen wollen; es ist der 24. Februar 2023. Und all das, was wir heute hier beschließen wollen, hätten wir deutlich früher haben können.

(Beifall bei der AfD)

Das war schon seit Jahren klar und hat uns seitdem jeden einzelnen Tag 250 000 Euro gekostet, in Summe - je nachdem, wie man rechnet - also zwischen 30 und 300 Millionen Euro.

Dass es in den letzten Wochen ausgerechnet die CDU war - früher ja einmal Hort letzter Reste bürgerlicher Vernunft-, die erneut auf Zeit gespielt und unnötig gebremst hat: Das ist umso schlimmer. Und deshalb frage ich Sie, die CDU hier vorne, die Reichshilfsbremsen von der CDU: Herr Petelkau, was hat die erneute Verzögerung eigentlich gebracht? Welcher Erkenntnisgewinn ist denn in den letzten Wochen entstanden? Sind wir



in der Sache auch nur einen Millimeter weitergekommen? - Nein, sind wir nicht.

Der letzte Satz der Ergänzung zur Beschlussvorlage spricht das ja auch klar aus. Dort steht ganz unten - lesen Sie es bitte; Zitat -:

Dessen ungeachtet sind die in der Vorlage Zukunftsmodell vorgeschlagenen Strukturentscheidungen notwendig und wichtig, um die Kliniken der Stadt Köln zukunftsfähig zu machen. Die Entscheidung über das Zukunftsmodell ist sowohl mit als auch ohne Klinikverbund erforderlich.

Kurzum: Da haben Sie es schwarz auf weiß, Herr Petelkau.

Liebe Bremser von der CDU, Ihr Herumgeeiere und das verdreckste Hinweisen auf den Klinikverbund: Das war absurd, das war irreführend, das war schädlich für diese Stadt, und das hat uns nullkommanull nach vorne gebracht. Denn egal ob der Klinikverbund kommt oder nicht: Es war immer klar - und wir als AfD-Fraktion haben es von Anfang an gesagt -: Die Stadt Köln muss in Bezug auf die Kliniken ihre Hausaufgaben machen. - Sonst bringen auch Verhandlungen mit dem Land nichts.

(Beifall bei der AfD)

Sie müssen doch die Position der Oberbürgermeisterin stärken! Und das tue ich nur, wenn ich meine Hausaufgaben gemacht habe. Dann gehe ich da auch mit Schmackes in die Verhandlungen rein.

Zu Beginn dieser Sitzung haben Sie von der CDU sich gemeinsam mit den anderen Altparteien hier im Saal gegen die Stimmen der AfD-Fraktion einen kräftigen Schluck aus der steuerfinanzierten Pulle für Ihre Fraktionsbudget gegönnt, und die Mehrkosten, die durch das Zuwarten der CDU in den letzten vier Wochen entstanden sind, sind 7,5 Millionen Euro. Die sollte man als erzieherische Maßnahme mal dem CDU-Fraktionsbudget anlasten. Das wäre hier mal eine angemessene Reaktion für die Hilfsbremsen der CDU.

(Heiterkeit bei der AfD)

Ich will Ihnen aber noch eines sagen - wie gesagt, wir sind hier ja the New Kids on the Block -: Wir haben von Anfang an gesagt, was mit den Kliniken passieren muss, und genau das soll jetzt nach Jahren des Zuwartens im Großen und Ganzen beschlossen werden. - Vor vier Jahren hätten wir das schon haben können.

(Beifall bei der AfD)

Aber noch mal: Diese jetzt endlich vorgelegte Beschlussfassung ist ein Dokument des politischen und kaufmännischen Versagens der Verwaltung dieser Stadt und des sie tragenden verantwortlichen Ratsbündnisses.

(Beifall bei der AfD)

Wir als AfD Fraktion - lassen Sie mich das sehr deutlich machen - haben angesichts dieser Vorgeschichte der letzten Jahre wirklich ganz erhebliche Zweifel, ob diese Stadt und diese Laienspieltruppe, die hier die Kliniken managt oder meint, managen zu können, als Trägerin eines Maximalversorgers - wir reden hier über Milliardeninvestitionen; da hat Frau Martin vollkommen recht; wir reden hier über erhebliche wirtschaftliche Risiken in der Zukunft - dieser Aufgabe gewachsen ist. Wir haben da ganz erhebliche Zweifel, und deshalb sollte aus unserer Sicht die Option eines Teilverkaufs der Kliniken oder einer PPP - einer Public Private Partnership - immer mitgedacht werden. - Ganz ehrlich: Wir glauben nicht, dass diese Stadt mit dieser Verwaltung ein solches Business wuppen kann. Denn eines ist klar, meine Damen und Herren: Auch das Gesundheitswesen in diesem Lande steht in Zukunft vor großen Herausforderungen. Es wurde zum Teil kaputtgespart, es ist überreguliert, in Teilen ist es überdimensioniert.

Meine Fraktion wird die Vorlage gleichwohl mittragen, um hier größeren Schaden von der Stadt abzuwenden.

Ich will aber ausdrücklich darauf hinweisen: Den Änderungsantrag tragen wir nicht mit. Hier findet nämlich schon wieder genau das Aufbohren einer klaren Linie, einer klaren Beschlussfassung hinten herum statt. Da spricht wieder der Bedenken-träger von der SPD; da sind die ganzen Reichs-bedenken-träger, die sich hier wieder zu Wort melden.

Also, wir stimmen dem Grundsatzbeschluss zu; den Zusatzantrag lehnen wir ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich sehe jetzt nicht, dass weiter das Wort gewünscht wird. - Dann würde ich noch mal ganz offiziell, Herr Joisten, fragen, ob es richtig ist, dass die SPD ihren Änderungsantrag zurückzieht. Dann brauche ich über den nicht abstimmen zu lassen.



(Christian Joisten [SPD] nickt)

Okay, dann lasse ich jetzt zunächst abstimmen über den Änderungsantrag von Grünen, CDU, SPD, FDP und Volt und dann über die Vorlage mit den Ergänzungen aus dem Beschlussvorschlag, Anlage 7. - Herr Joisten.

**Christian Joisten (SPD):** Ich würde Sie bitten, punktweise abstimmen zu lassen. - Danke.

(Niklas Kienitz [CDU]: Den SPD-Antrag punktweise! - Man weiß ja nicht bei euch!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Was soll ich punktweise abstimmen lassen? Alles?

**Christian Joisten (SPD):** Entschuldigung! - Zur Präzisierung: über den Änderungsantrag selbstverständlich pauschal, für die Schlussabstimmung: punktweise Abstimmung. - Das ist die Bitte.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** So, dann lasse ich erst über den Änderungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen gegen den Änderungsantrag? - DIE LINKE und die AfD. Das war eben ja auch schon angekündigt. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich Die FRAKTION und Frau Gabriel. Dann ist er so beschlossen.

Dann lasse ich jetzt über die Vorlage abstimmen, und zwar punktweise.

Die Ziffer 1 ist ergänzt um den Inhalt des Änderungsantrages. Gegenstimmen? - Von AfD und der LINKEN. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ziffer 2: Gegenstimmen? - DIE LINKE. Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Ziffer 3: Gegenstimmen? - DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ziffer 4: Gegenstimmen? - Gegenstimmen der SPD-Fraktion und der LINKEN. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. Vielen Dank.

(Bernd Petelkau [CDU]: Müssen wir nicht noch eine Gesamtabstimmung machen?)

- Jetzt haben Sie mich einigermaßen verwirrt, wie ich in die Sondierungsgespräche gehen soll. Soll

ich jetzt das Zukunftsmodell nicht machen? Es wurde hier beschlossen. Aber wir sprechen vielleicht später noch mal darüber, was Sie sich jetzt davon versprochen haben. - Okay.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Gesamtabstimmung! - Bernd Petelkau  
[CDU]: Gesamtabstimmung!)

Gesamtabstimmung: Gibt es Gegenstimmen? - DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen. Ich bedanke mich sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,  
bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, bei der Tagesordnung hatte ich den Vorschlag gemacht, für die Tagesordnungspunkte 10.2 bis 10.17 eine gemeinsame Rederunde zu machen, und das war von Ihnen auch so angenommen worden.

Tagesordnungspunkte

**10.2 Zügigkeitserweiterung der Gemeinschaftsgrundschule Konrad-Adenauer-Schule, Martinusstraße 28, 50765 Köln-Esch/Auweiler, Schulnr. 114108, zum Schuljahr 2024/25 0340/2023**

**10.3 Zügigkeitserweiterung der Gemeinschaftsgrundschule Nußbaumerstraße, Nußbaumerstraße 254-256, 50825 Köln-Neuheitenfeld, Schulnr. 112471, zum Schuljahr 2024/25 0344/2023**

**10.4 Schulrechtliche Errichtung eines neuen Gymnasiums im Stadtbezirk Nippes mit Start im Interimsgebäude Toni-Stein-gass-Park, 50733 Köln-Niehl zum Schuljahr 2024/25 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen 0698/2023**

**10.5 Schulrechtliche Errichtung eines neuen Gymnasiums im Stadtbezirk Rodenkirchen mit Start im Interimsgebäude Sürther Straße 191 / Eygelshovener Straße, 50996 Köln-Rodenkirchen gemäß § 81 Absatz 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zum Schuljahr 2024/25. 0767/2023**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion  
AN/1240/2023**





- 10.6 Schulrechtliche Errichtung einer Gesamtschule im Interimsgebäude Bürgerpark Nord, Escher Straße 279, 50739 Köln-Bilderstöckchen zum Schuljahr 2024/25 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen 0769/2023
- 10.7 Schulrechtliche Errichtung einer Gesamtschule im „Snake“-Gebäude, Am Wassermann 40, 50829 Köln-Vogelsang zum Schuljahr 2024/25 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen 0772/2023
- 10.8 Schulrechtliche Errichtung der Gesamtschule Fitzmauricestraße in Ossendorf mit Start im Interimsgebäude „Snake“, Am Wassermann 40, 50829 Köln-Vogelsang zum Schuljahr 2024/25 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen 0773/2023
- 10.9 Zügigkeitserweiterung der Gemeinschaftsgrundschule Annastraße 63, 50968 Köln-Raderberg, Schulnummer 112100, zum Schuljahr 2024/25 0827/2023
- 10.10 Zügigkeitserweiterung der Katholischen Grundschule Osterather Straße, Osterather Straße 13, 50739 Köln-Bilderstöckchen, Schulnr. 111740, zum Schuljahr 2024/25 0935/2023
- 10.11 Zügigkeitserweiterung der Gemeinschaftsgrundschule Soldiner Straße, Soldiner Str. 68, 50767 Köln-Lindweiler, Schulnr. 185425, zum Schuljahr 2024/25 0942/2023
- 10.12 Zügigkeitserweiterung der Gemeinschaftsgrundschule Geilenkircher Straße, Geilenkircher Straße 52, 50933 Köln-Braunsfeld, Schulnr. 112422, zum Schuljahr 2024/25 0975/2023
- 10.13 Schulrechtliche Errichtung des Ausbildungsganges "Gestalterin/Gestalter für immersive Medien" Fachbereich Gestaltung an der Georg-Simon-Ohm-Schule (BK 13) zum Schuljahr 2023/24 1100/2023

- 10.14 Schulrechtliche Erweiterung des Bildungsganges "FOS Polizei" Fachbereich Wirtschaft und Verwaltung am Berufskolleg an der Lindenstraße (BK 3) zum Schuljahr 2023/24 1441/2023
- 10.15 Einrichtung des neuen Bildungsganges "Fachpraktiker/in Küche" am Berufskolleg Ehrenfeld (BK 20) rückwirkend zum Schuljahr 2022/2023 1442/2023
- 10.16 Einrichtung des Neubaus mit einer Dreifach- und einer Einfachturnhalle und entsprechende Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für die Gesamtschule Lindenthal/Ehrenfeld, Am Wassermann 40, 50829 Köln-Vogelsang im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben im Haushaltsjahr 2024, Einrichtungs- und Mittelfreigabe-beschluss 0887/2023
- 10.17 Umwandlung von zwei Katholischen Grundschulen in Gemeinschaftsgrundschulen 1479/2023

Deswegen würde ich jetzt, wenn es sich um die Errichtungsbeschlüsse und um die Zügigkeitserweiterung handelt, aufrufen, und zwar als Erste - wer von den Grünen wünscht das Wort? - Frau Hölzing.

**Bärbel Hölzing-Clasen** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte, liebe Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren - auch am Livestream! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer hätte das zu Anfang der Wahlperiode gedacht? Mit einer gewaltigen Kraftanstrengung ist uns das gelungen, was wir hier gleich beschließen werden: 378 zusätzliche Gesamtschulplätze im nächsten Schuljahr - mit der privaten Gesamtschule in Kalk werden es sogar 486 sein -

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

189 zusätzliche, neue Plätze an Gymnasien, davon 63 Inklusivplätze, womit wir das gemeinsame Lernen auch an dieser Schulform stärken.

Das alles bringt für uns im nächsten Anmeldeverfahren eine deutliche Entspannung. Die berechtigten Proteste der Eltern haben wir aufgegriffen, und wir haben Lösungen auf den Weg gebracht.



Wir im Bündnis haben unsere Hausaufgaben gemacht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der CDU)

Wir werden zustimmen, dass viele Schulen im Interim starten können, auch, indem sie Container weiter nutzen. Das Dreikönigsgymnasium zum Beispiel geht 2024 in ein top renoviertes Gebäude mit einem neuen Anbau zurück. Im Bürgerpark steht dann das von dieser Schule genutzte Interim leer. Es hat 1,5 Millionen Euro gekostet, und die Bauzeit betrug fast zwei Jahre.

Es ist doch nur sinnvoll, diese Container für andere Schulen weiter als Interims zu nutzen. Denn damit können wir es schaffen, dem Mangel an Schulplätzen zu begegnen - mit allen organisatorischen Herausforderungen, die Interims nun einmal mit sich bringen.

Das wird auch beim Gymnasium Rondorf so sein. Das Gymnasium soll ja im Interim der Gesamtschule Rodenkirchen starten. Die SPD fordert nun in ihrem Änderungsantrag, das Interim an der Eygelschovener Straße als Gymnasium überhaupt nicht weiter zu verfolgen. Das finden wir unverantwortlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und  
bei der CDU - Lino Hammer [Bündnis  
90/Die Grünen] Das gibt's ja gar nicht! -  
Skandalös! - So nämlich!)

Haben wir nicht drei Runden drehen müssen, um alle Kinder in den Gymnasien unterzubringen? Hat es keine Proteste gegeben, weil Schulplätze an Gymnasien gefehlt haben? Haben wir dazu nicht eine Aktuelle Stunde hier im Rat abgehalten? Und hat die Verwaltung nicht gehandelt?

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Richtig!)

Das, was Sie beantragen, ist eine Ohrfeige für die Schülerinnen und Schüler und deren Eltern, die jetzt schon bangen, ob sie im nächsten Jahr einen Gymnasialplatz bekommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der CDU)

In Ihrem Antrag watschen Sie den Dezernenten Voigtsberger gleich mit ab.

(Zurufe: Frechheit! - Unmöglich!)

Können wir es woanders erfolgreich machen? - Nein. Das hat die SPD-Fraktion nicht verstanden. Es geht nicht, weil die Container nicht versetzt

werden sollten. Denn eine Baugenehmigung für einen neuen Standort kriegen wir für die Dinger nicht. Und zweitens: Jede weitere Prüfung kostet uns Zeit. Und das haben wir überhaupt nicht. Wir haben keine Zeit; denn das nächste Anmeldeverfahren steht ja quasi schon vor der Tür.

Wir fordern, die Interimsstationen vor Ort so kurz wie möglich zu halten, und wir werden den Prozess auch begleiten und optimieren.

Auch haben wir die Beschlüsse im ASW hinsichtlich der Verkehrssituation noch einmal geschärft und der Verwaltung Hausaufgaben mitgegeben: Kümmert euch um die Schulwege für die Kinder und Jugendlichen, insbesondere für das Gymnasium Rondorf sowie für die Gesamtschule am Wasserausweg! Wir wollen nämlich sichere Radfahrstrecken, einen angebundenen ÖPNV und, wo es erforderlich ist, Schulbusse.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der CDU)

Wir haben die Verwaltung aufgefordert, uns bis zur nächsten Schulausschusssitzung Konzepte dazu vorzulegen.

Den Bau der Doppeltturnhalle des Gymnasiums in Rodenkirchen hätten wir auch lieber als die Errichtung einer Interimssporthalle.

Weiter fordern wir die Verwaltung auf: Bleibt mit den Schulen, den Schulkonferenzen und den Elternpflegschaften bitte in Kontakt, und bindet diese endlich eng ein in die Planungen! Die Beschlüsse der Schulkonferenzen sollten Beachtung finden und nach Möglichkeit auch umgesetzt werden.

Drei neue Gesamtschulen - Weidenpesch, Ossendorf, Vogelsang -, zwei neue Gymnasien - Niehl und Rondorf -, Zügigkeitserweiterungen an fünf Grundschulen - Bilderstöckchen, Braunsfeld, Ehrenfeld, Lindweiler und Raderberg! Und wir haben noch mehr in der Pipeline: 2025 gehen vier weitere Gymnasien und zwei neue Gesamtschulen an den Start. Das sind 600 Plätze mehr. - Sie sehen, wir packen die Probleme an und lösen sie. Das Reden über Probleme überlassen wir gerne anderen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Das war eine Punktlandung bei fünf Minuten, meine Da-



men und Herren. So kann man über diese Vielzahl an Tagesordnungspunkten sprechen, Herr Dr. Schlieben.

(Heiterkeit)

Sind Sie der Nächste?

**Dr. Helge Schlieben** (CDU): Meine liebe Frau Oberbürgermeisterin! Wie soll ich das denn verstehen? Das wird ein Kinderspiel sein. - Ich darf auch die Verwaltung begrüßen und die Kolleginnen und Kollegen hier im Rat sowie insbesondere: Liebe Schülerinnen und Schüler und liebe Kinder!

Aber erst mal: Liebe Bärbel, die Rede hätte ich auch gerne gehalten.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das hätte ich gar nicht besser machen können. Ich stimme dir in allem zu, was du gesagt und pointiert zum Ausdruck gebracht hast. So habe ich jetzt die Chance, den einen oder anderen Aspekt noch mal etwas pointierter zu beleuchten, und es ist vielleicht auch Zeit, mal Bilanz zu ziehen und zu vergleichen; vielleicht bleibt mir dafür ja auch noch eine Minute Zeit.

Also, damit es auch der Letzte mitbekommt: 567 neue Schulplätze in Klasse 5 ab August 2024, drei neue Gesamtschulen, zwei neue Gymnasien, 378 neue Plätze an Gesamtschulen, 189 neue Plätze an Gymnasien, 14 zusätzliche Züge an der Gesamtschule, sieben zusätzliche Züge an den Gymnasien. - Ich hoffe, dass das verstanden wurde und dass man erkennen kann, dass hier die Wende im Schulbau vor geraumer Zeit eingeleitet wurde und auch die Ergebnisse zeigt.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich spare es mir, aufzulisten, dass wir diese neuen Schulen im Stadtbezirk Rodenkirchen, im Stadtbezirk Ehrenfeld, im Stadtbezirk Nippes - Kollegin Bärbel hat ja schon auch die Veedel genannt - schaffen werden. Bärbel Hölzing hat gestreift, dass neben den 378 städtischen Gesamtschulplätzen, die wir schaffen, nachdem wir ja auch eine Lücke von 700 Gesamtschulplätzen in diesem Jahr und von über 1 000 in den vergangenen Jahren - auch zum Beispiel 2005, 2004, 2006 - hatten, auch noch eine private Gesamtschule im Bildungscampus Kalk an den Start geht.

Das ist jetzt zwar nicht unser Verdienst, aber wir haben es auch nicht verhindert,

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

sondern - wenn ich die Dezernenten angucke - begleitet. Es ist aber keine städtische; über die befinden wir heute nicht. Das sind noch mal 108 Plätze. Jeder kann rechnen: 378 plus 108 macht 486 Gesamtschulplätze im Januar und Februar nächsten Jahres im Anmeldeverfahren.

Und ich lehne mich nicht zu weit aus dem Fenster, wenn ich wiederhole: Die Gesamtschullücke wird im nächsten Schuljahr, ab August 2024, um mindestens die Hälfte reduziert sein. Wenn ich noch die Gymnasialplätze dazurechne, sind im Januar, Februar nächsten Jahres 675 zusätzliche Plätze an weiterführenden Schulen zur Verfügung. - So; das ist doch schon mal was.

Ach so - hat Bärbel gesagt; dafür habe ich nicht viel Zeit in meiner Rede -: Den Antrag der SPD lehnen wir natürlich ab. - Die Diskussion ist ja schon ausreichend überall erfolgt. Daher kann ich jetzt mit wichtigeren Punkten weitermachen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mal betonen, weil das in der Diskussion ja immer ein bisschen untergeht - ich habe jetzt noch zwei Minuten; dafür nehme ich mir eine -: Bärbel hat gesagt - und ich betone und wiederhole es -, wir schaffen auch 138 neue Plätze an den Grundschulen. - Wir gucken immer viel auf die Gesamtschulen - das ist auch richtig - und auf die Gymnasien - G8, G9 usw. -, aber uns fehlen auch Grundschulplätze, und wir hatten auch durchaus harte Fälle - ich meine jetzt nicht die Härtefälle, sondern harte Fälle - bei der Vergabe der Grundschulplätze. Daher ist es richtig, 138 neue Grundschulplätze zu schaffen. Sie werden durch Erweiterungen in bestehenden Schulen geschaffen, und wir hörten ja schon, wo sie sind: in Esch, in Neuehrenfeld, in Bilderstöckchen, in Lindweiler, in Raderberg, in Braunsfeld.

Ich will nicht sagen, das kann ein Anfang sein - es ist ja auch vorher schon was passiert -, aber das wird unsere Motivation sein, auch im Jahr danach weiterzuschauen, wie wir auch die Kapazitäten quer durch die Stadt in den Grundschulen schaffen.

So. Bärbel sprach auch schon an - das ist meine letzte Minute -,

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)



dass wir damit natürlich nicht aufhören werden, sondern wir machen 2025 weiter, und im Frühjahr nächsten Jahres beschließen wir das, was ich Ihnen jetzt sage: Wir beschließen sechs neue Schulen im Stadtbezirk Porz, in Stadtbezirk Innenstadt und im Stadtbezirk Kalk. Das sind dann nämlich vier neue Gymnasien und zwei neue Gesamtschulen. Ich darf noch mal zusammenrechnen, damit es auch jeder verstanden hat: In diesem Doppeljahrgang - den haben wir ja auch in der Schule - schaffen wir sechs neue Gymnasien und sechs neue Gesamtschulen. - Und genauso kritisch sage ich auch: Ja, die sind noch nicht alle in einem perfekten Gebäude, aber es sind die Plätze, die die Leute von uns haben wollten.

So, und 30 Sekunden lang Bilanz zu ziehen, ist ja auch nicht schlecht - ich habe mir einfach mal die Zeit von 2005 bis heute genommen -: Von 2005 bis 2015 gab es einen Rat, der eben - ich kann ja nichts dafür - SPD-dominiert und -geleitet war. Zu Beginn hatten wir acht Gesamtschulen. Nach diesen tollen zehn Jahren hatten wir elf. Oh, drei neue Gesamtschulen, kein neues Gebäude.

Frau Reker, Sie sind 2015 zur Oberbürgermeisterin gewählt worden. Es hat sich danach, im Jahre 2016, ein Ratsbündnis zusammengefunden. Sie sind mit elf Gesamtschulen gestartet. Bis 2020 ist die Zahl um vier gestiegen; da waren es 15. Die sind also schon da. Durch die Beschlüsse heute kommen noch mal vier dazu. Das heißt, wir haben im August nächsten Jahres 19, und durch die angekündigten Beschlüsse im Frühjahr nächsten Jahres, die wir fassen werden - ich gucke jetzt nur mal auf die Gesamtschulen, weil das so schön exemplarisch ist; und es ist ja toll, dass die CDU neben dem Rest des Bündnisses, was auch schön ist, dabei ist - kommen noch mal zwei Gesamtschulen dazu.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das heißt, im Bündnis mit unserer Oberbürgermeisterin haben wir, Grüne, CDU und Volt, zehn Gesamtschulen in zehn Jahren geschafft. Noch mal: 2005 bis 2015 waren es drei; na ja. Wir haben nachweislich elf geschaffen.

Damit die Bürger nicht glauben, ich erzähle irgendeinen Quatsch: Es finden ja Kommunalwahlen statt, und zum Glück ist die Schuleinführung im August 2025, bevor wir wählen. Da werden sie dann sehen, ob das, was wir gesagt haben, so eingetroffen ist oder nicht. Also, zehn zusätzliche Gesamtschulen bis 2025: Das sind die zusätzlichen Züge, die erreicht werden. - Und um Gym-

nasien habe ich mich in dieser Rede gar nicht gekümmert. Sie werden sehen, was wir da noch drauflegen werden.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, diesem Bündnis und dieser Oberbürgermeisterin weiterhin das Vertrauen zu schenken, dass wir diesen Weg zu Ende führen können - wenn es nach mir geht, auch über 2025 hinaus. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wenn ich jetzt auf 10.5 gucke, dann sehe ich, dass Herr Seeck das Wort hat.

**Oliver Seeck (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer/-innen! Ich bin zunächst ja froh, dass Grüne und CDU jetzt zumindest rhetorisch mal aus dem Schlafwagen ausgestiegen sind und ein bisschen für Stimmung gesorgt haben.

(Beifall bei der SPD - Zurufe bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen: Oh!)

Zurzeit finden, wie Sie vielleicht wissen, überall in den Schulen Zeugniskonferenzen statt, und wenn Sie als Bündnis eine Schülerin, divers oder ein Schüler wären, würden die Spalten für die sogenannten Zeugnismerkungen wahrscheinlich nicht ganz ausreichen. Aber der Reihe nach!

Die Errichtung der neuen Schulen ist richtig und absolut notwendig, und daher werden wir bei den Gesamtschulen und dem Gymnasium in Nippes auch selbstverständlich zustimmen. Dafür danken wir der Verwaltung ausdrücklich, die diesen Kraftakt jetzt unternimmt.

(Beifall bei der SPD)

Dass Sie sich als Bündnis hier allerdings so dermaßen für Verwaltungsvorlagen, die einstimmig von allen Fraktionen beschlossen wurden, selbst abfeiern, ist in Anbetracht der Situation, in der sich viele Kinder und deren Eltern in dieser Stadt befinden, mal wieder völlig deplatziert.

(Beifall bei der SPD)

Für die über 700 abgelehnten Kinder an Gesamtschulen und circa 500 Kinder an weiterführenden Schulen ist das hier der reine Zynismus.

(Beifall bei der SPD)





Sie sollten daher den Ball etwas flacher halten, da Sie selbst überhaupt keine Initiativen entwickelt haben, die den Schulbaunotstand beheben würden. Im Gegenteil - erste Zeugnisbemerkung -: Das Bündnis muss alle Hausaufgaben regelmäßig anfertigen.

Das Vorhaben zu 10.5 in Rodenkirchen zeigt dies eindeutig: Schulplätze sind in dieser Stadt dringend erforderlich. Man muss allerdings genau hinschauen, wo das der Fall ist.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Ganz genau!)

Hier gab es nämlich so gut wie keine Ablehnung am Gymnasium. Die Bebauung in Rondorf-West ist überhaupt noch nicht absehbar, und man plant hier mit dem Interim, also komplett am Bedarf vorbei.

Ihr Änderungsantrag repariert diese Fehlentscheidung auch überhaupt nicht. Verkehrschaos ist vorprogrammiert. Der Fußweg vom Interim zur Sporthalle beträgt zwei Mal 20 Minuten. Was bleibt da noch an reiner Bewegungszeit? Es werden sogar neue Probleme im Stadtteil geschaffen. Man erfasst nicht die Kinder, die in Köln wirklich einen Gymnasialplatz suchen.

Die Zahlen, die allen vorliegen, zeigen: Der Bedarf an Gymnasialplätzen besteht insbesondere rechtsrheinisch und im Westen. Durch diese Entscheidung fördern Sie also weite Schulwege mit immensen Zumutungen und im Übrigen einen dauerhaft erhöhten CO<sub>2</sub>-Ausstoß.

(Beifall bei der SPD)

Für die Schülerinnen vor Ort in den drei Schulen wird sich die schulische Fachversorgung allerdings verschlechtern. Der Hinweis der Schulleitung aus dem Kölner Süden spricht für sich und wird von Ihnen komplett ignoriert.

Wir müssen doch die Container, die heiß gehandelt werden, viel besser dort einsetzen, wo sie jetzt gebraucht werden:

(Beifall bei der SPD)

an bestehenden Schulen mit hoher Nachfrage vor Ort, vor allem, jetzt aktuell, an Grundschulen.

Zeugnisbemerkung: Das Bündnis muss sich mehr auf den Unterricht konzentrieren, im Unterricht mehr Einsatz zeigen und regelmäßig mitarbeiten.

(Beifall bei der SPD - Gähnen bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Statt sich also für das Mindeste, nämlich die Zustimmung von Verwaltungsvorlagen, abzuheuern,

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Wer hat denn das im Rat eingereicht?!)

geht es doch darum, wie man unkonventionelle und sofort greifende Maßnahmen angeht, die den Kindern nach den Sommerferien sofort geholfen hätten. Hier verantworten Sie bekanntlich mindestens 108 fehlende Plätze im Stadtbezirk Kalk und weitere im ganzen Stadtbezirk

(Beifall bei der SPD)

durch Ihre zahlreichen Ablehnungen von klugen und sinnvollen Vorschlägen in den letzten Jahren.

Ein Blick in die Mitteilung 15.06, Anmeldungen an weiterführenden Schulen, zeigt, wie weit sich politische Ideologien auf die Lebenswirklichkeit von Menschen auswirken kann.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Das sagt der Richtige!)

Hier finden Sie auf der letzten Seite in der vorletzten Zeile eine Zahl, die wirklich sprachlos macht: Sie lassen politisch ganz bewusst 516 Schulplätze an Hauptschulen - Tendenz steigend - in dieser Stadt frei, während gleichzeitig Hunderte abgelehnte Kinder vergeblich um einen Schulplatz bangen. Warum? Weil Sie an einer bildungspolitischen Idee festhalten, die in dieser Stadt ganz offensichtlich nicht mehr gewünscht wird.

Zeugnisbemerkung: Das Bündnis muss lernen, auch Meinungen anderer zu akzeptieren und sich mit Kritik sachlich auseinandersetzen.

(Beifall bei der SPD)

Und wenn das noch nicht ausreicht, legen Sie noch einen drauf: In einer Anfrage Nummer 09/88 - auch im letzten Schulausschuss - konstatieren Grüne, CDU und Volt zunächst folgendes - Zitat - :

Es hat sich herausgestellt, dass der Mangel an Schulplätzen nun auch bei den jüngsten Schülerinnen und Schülern angekommen ist.

Zunächst Kompliment für diesen Erkenntnisgewinn! - Und dann stellen Sie eine Zeile weiter der Verwaltung unter anderem folgende Frage: Wie ist diese hohe Anzahl an Schülerinnen und Schülern zu erklären? - Jetzt ernsthaft: Sie fragen im Jahr 2023 die Verwaltung, wo die Kinder, die im Jahr 2017 geboren wurden, herkommen?



Auch wenn ich Ihnen die Häme ersparen möchte, Ihnen näher zu erklären, wie Kinder entstehen, und mir Kommentare verkneife, wie man Menschen in der Verwaltung mit sinnfreien Anfragen von der eigentlichen Arbeit abhalten kann: eines lasse ich Ihnen nicht aber durchgehen: Sie zeigen mit solchen hilflosen Anfragen, wie überfordert und ungeeignet Sie sind, die Schul- und Bildungspolitik in dieser Stadt zu gestalten.

(Beifall bei der SPD - Dr. Helge Schlieben [CDU]: Frechheit! - Das sagt der Richtige! - Ist das alles, was du zu bieten hast? - Lächerlich und armselig!)

**Zeugnisbemerkung** Das Bündnis muss das Arbeitsmaterial vollständig zum Unterricht mitbringen.

Ich helfe Ihnen ein wenig bei der Recherche: Sie - Grüne und CDU -, die diese Fragen stellen, waren bereits zwei Jahre in der Verantwortung dieser Stadt, als die Kinder, die heute keinen Grundschulplatz bekommen, erst geboren wurden.

(Beifall bei der SPD)

Kurzum: Am Ende Ihrer Zeugnis Konferenz würde mal wieder die Nichtversetzung festgestellt. Aber das dürfte Sie nach Ihren zahlreichen Blauen Briefen in der Vergangenheit nicht wundern. - Sie wissen möglicherweise: Im mehrgliedrigen Schulsystem gilt: Mehr als zweimal Sitzenbleiben geht nicht. Dann ist nämlich Schluss. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

**Heiner Kockerbeck (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich stelle fest: Wenn im Frühjahr der Mangel an Schulplätzen wächst, die Eltern vor dem Rathaus oder in Veranstaltungen sind, dann ist es die Verwaltung, die da versagt hat. Wenn dann jetzt, im Sommer, wie ich sage, gut Schulen gebaut und angekündigt werden und die Anstrengungen der Bauverwaltung und der Schulverwaltung der letzten fünf, sechs oder mehr Jahre Früchte zeigen, dann sind es auf einmal die Parteien, die die Grundlagen für diesen Erfolg gelegt haben. - Das ist ein Spiel. Es geht hier also um Inszenierung von Politik, und es geht nicht wirklich um Diskussion.

Ich muss sagen: Schulverwaltung und Bauverwaltung haben ordentliche Fortschritte erreicht.

(Niklas Kienitz [CDU]: Ja, und wer hat die Rahmenbedingungen geschaffen?)

380 städtische Gesamtschulplätze sind schon was. Trotzdem schmerzt es mich, dass in einem sozial sehr vielfältigen Stadtteil wie Kalk - einem Stadtteil mit hohem Migrationsanteil - eine Gesamtschule vom Erzbistum gebaut wird und es keine öffentliche, städtische Gesamtschule ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Des Weiteren muss man tatsächlich sehen - ich sehe das auch wie Oliver -: Wir haben im Rechtsrheinischen weiterhin ein großes Problem mit Gesamtschulplätzen. - Es gab in den drei rechtsrheinischen Stadtbezirken in diesem Jahr 360 Ablehnungen, und keine der angekündigten Schulen wird im Rechtsrheinischen eröffnet, außer die recht kleine Gesamtschule im Herzen von Kalk. Wir werden noch sehen, welche Schülerschichten, welche Milieus sie sich erschließen kann, ob das wirklich eine sozial vielfältige Schülerschaft ist. Das ist bei privaten Schulen eben oft nicht der Fall; das ist das Merkmal dieser Schulform.

Des Weiteren zeigt sich, dass es nicht einfach ist, die vielen Jahre versäumten Schulbaus aufzuholen. Das zeigt sich jetzt auch bei diesen Projekten.

Der Mangel an Grundstücken ist ein riesiges Problem, und die Stadt Köln muss hier noch zulegen. Sie muss ihr Flächenmanagement verbessern, sie muss Flächen für die öffentliche Infrastruktur - da geht es nicht nur um Bildung, sondern auch um andere Bereiche - erwerben und bereitstellen. Wir merken das daran, dass allein am Wasseramselweg in Vogelsang, im Stadtbezirk Ehrenfeld, drei Gesamtschulen stehen werden. Die Gesamtschule Wasseramselweg zieht endlich - Gott sei Dank - in ihr Zielgebäude, und im „Snake“-Gebäude werden sich zeitweise zwei Gesamtschulen befinden. Das ist eine ungünstige Konzentration. - Wir haben dem zugestimmt. Ich hoffe, es geht nicht auf Kosten dieser Schulen; denn wir wissen, dass ein gutes Gebäude und eine gute Lage für Eltern auch entscheidende Kriterien sind, ihr Kind dort anzumelden.

Das Nächste ist der Schulbau. Der Schulbau wird immer stärker privatisiert. Immer mehr Schulen werden auf Grundstücken gebaut, die Investorenfirmen gehören und die von solchen auch errichtet werden; es sind also Gebäude im Investorenmodell.



Wir haben seit zehn Jahren das Investorenmodell bei den Kitas, weil die öffentliche Hand es nicht mehr geschafft hat, den Kitausbau zu bewältigen - oder nicht schaffen wollte. Und jetzt haben wir das auch bei den Schulen. Das führt, wie gesagt, dazu, dass das öffentliche Schulgebäude nicht mehr so einfach die Regel sein wird.

Letztlich aber, wie gesagt: Wir haben allen diesen Vorlagen zugestimmt, und das ist ein guter Schritt vorwärts. Wir werden uns aber - auch wenn wir nicht mehr nur den Schulplatzmangel als dominierendes Problem im Schulbereich haben - vielleicht auch mal Gedanken machen können, was wir denn qualitativ eigentlich für ein Schulsystem wollen. Gibt es da einen Konsens?

Ich nehme schon wahr, es gibt einen Konsens hin zu mehr sozialintegrativen Schulen, zu Gesamtschulen. Aber dieser Konsens wurde im Frühjahr an der Frage aufgebrochen, ob die Kurt-Tucholsky-Schule umgewandelt werden soll. Diese Hauptschule hatte jetzt 30 Anmeldungen bei 72 Plätzen. Die Gesamtschule in Neubrück, die fertig ausgearbeitet war, hätte 108 Plätze gehabt. Insgesamt sind 500 Plätze an Hauptschulen freigeblieben. - Eben wurde bei der Klinikdebatte über ineffiziente Doppelstrukturen gesprochen. Bei den Kliniken sehe ich die nicht, aber hier sehe ich die.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Ruffen das Wort.

**Stefanie Ruffen (FDP):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren - damit meine ich alle: im Saal, auf den Tribünen, an den Bildschirmen! In Unkenntnis dessen, was meine Kollegen vor mir gesagt haben, habe ich diese Rede geschrieben. Ich musste das nämlich gar nicht hören, denn es ist so ein bisschen vorhersehbar: Ich habe die Hauptschule vergessen zu erwähnen. - Wir haben so oft im Schulausschuss darüber gesprochen; ich kann es nicht mehr hören.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Die Kurzfassung ist: Das Bündnis lobt sich für die Teilerfüllung pflichtiger Aufgaben, die SPD und DIE LINKE jammern, dass wir irgendwas anderes bauen als Gesamtschulen und ihre oft mehr als schrägen Ideen nicht mitgemacht haben, die meist gegen den gemeinsam beschlossenen

Schulentwicklungsplan des SPD-geführten Dezernats gehen.

Angesichts dessen, was sich seit Beginn der Anmeldeverfahren für das kommende Schuljahr in dieser Stadt abgespielt hat, würde ich mich nicht trauen, irgendwelche Etappenziele - und mehr haben wir nicht - hier öffentlich abzufeiern.

(Beifall bei der FDP)

Über sehr viele Jahre wurden pragmatische Lösungen, wie zum Beispiel ÖPP-Verfahren, aus rein ideologischen Gründen - und nicht nur von ganz links - abgelehnt und jede mögliche Freifläche hier im Rat zerredet. Sie alle, die hier vor mir geredet haben, waren dabei. Erst als es lichterloh brannte, war auf einmal alles denkbar.

Ich wiederhole: Wir sprechen hier von einer relativ schlichten pflichtigen Aufgabe, nämlich die Bereitstellung von Schulplätzen für die Kinder unserer Stadt. - Und diese erfüllen wir immer noch nicht annähernd befriedigend. Im Gegenteil! Das, was uns bei weiterführenden Schulen schlaflose Nächte bereitet hat und noch immer bereitet, passiert jetzt auch bei Grundschulen: totale Überfüllung, schnellgezimmerte Notlösungen in Form von Containern, mehr Klassen und teilweise viel zu weite Wege.

Also wofür feiern Sie sich heute - oder feiert ihr euch, liebes Bündnis? Hier wird gefeiert, dass man endlich gelernt hat, die pflichtigen Aufgaben auszulagern, weil wir es aus eigener Kraft nicht schaffen. Hätten Sie diesbezüglich auf die FDP gehört, könnten wir jetzt schon 30 Schulen weiter sein.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Hinzu kommt, dass man aus der Erfahrung nichts lernt. Hätte man daraus gelernt, hätte man zwei Wege gehen können:

Variante 1. Wir lassen jetzt alles von anderen bauen. - Das bewährt sich ja gerade; das arbeitet ja.

Variante 2. Wir überlegen, was wir besser machen können, damit wir es selbst hinbekommen. - Nur zur Erinnerung: Uns fehlen immer noch irgendwas zwischen 30 und 40 - oder waren es noch mehr? - Schulen.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Ja, es fehlen noch ein paar Schulen, das ist richtig!)



- Der Schulausschussvorsitzende kann da nicht widersprechen.

Das sind zwei klare Varianten. Aber was passiert hier? - Man beschließt eine Schulbaugesellschaft mit circa zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Dazu braucht man nichts zu sagen; das steht für sich selbst. Für alle, die nicht mitgerechnet haben: 30 bis 40 Schulen stehen zehn Mitarbeitenden entgegen. - Wenn man eine Schulbaugesellschaft als Lösung für unsere noch immer bestehenden Probleme sieht, sollte man diese auch so aufstellen.

(Beifall bei der FDP)

Worüber ich noch nicht gesprochen habe und was deutlich zeigt, dass es keinen Grund gibt, zu loben, sind die unsäglichen Anmeldeverfahren inzwischen nicht nur für weiterführende Schulen, sondern auch für Grundschulen. Das ist unsäglich, weil hier eine Totalverweigerung vorliegt, die Verfahren so schnell und transparent wie möglich zu machen. Man hört immer nur von ministeriellen Vorgaben, von der Benachteiligung von Gesamtschulen, von Klagen, Einsprüchen der Eltern, die man abwarten müsse.

Mit all diesen Argumenten werden Verfahren am Leben gehalten, die Kinder und ihre Familien zum Teil monatelang darüber im Dunkeln lassen, wohin es nach den Sommerferien geht. Erst vergangene Woche wurden die letzten Mehrklassen an Grundschulen angemeldet. Da hängen Eltern und Kinder seit Monaten in der Luft. Und wir rühmen uns hier für unsere Erfolge? - Das ist schon fast zynisch.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der SPD)

Es wissen noch immer nicht alle, wo sie hingehen. Sie haben im November angemeldet und wissen heute noch immer nicht alle, wo sie ihr Kind an der Grundschule haben.

Schauen wir auf das Anmeldeverfahren der weiterführenden Schulen: Wer für sein Kind das aus unerfindlichen Gründen noch immer vorgezogene Anmeldeverfahren an den Gesamtschulen genutzt hat, dort erfolglos war, es dann an einem Gymnasium versucht hat, hat aufgrund von Phantasielosigkeit in Bezug auf das Anmeldeverfahren in Teilen bis zu vier Monate auf einen Platz gewartet. Und zur besonderen Unterhaltung durfte man dann sogar mehrfach zur Anmeldung gehen. Man musste nicht nur warten, sondern immer wieder neu losrennen.

Ja, die Vorgabe, mit einem Papierzettel von Schule zu Schule zu touren, kommt aus dem Ministerium. Aber die Auswertung der Verfahren, also auch die Losverfahren, hätte man digitalisieren und damit schnell und vor allem transparent erledigen können.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt kann man sagen: „So weit, so schlecht“, wäre da nicht noch das linke Gesamtschullager, welches uns und vor allem die Verwaltung immer wieder mit Vorschlägen zu neuen Gesamtschulen überschüttet, die entweder völlig sinnfrei, technisch nicht möglich oder schulrechtlich nicht zulässig sind. Die Prüfung - Stellungnahmen prüfen und aufstellen und sonst was - kostet Zeit und Kraft. Wir haben einen Schulentwicklungsplan. Wir haben eine Prioritätenliste, die wir alle gemeinsam beschlossen haben. Lasst uns doch versuchen, wenigstens die ohne Querschläger abzuarbeiten!

Diese ganzen Themen hätte ich nicht ansprechen müssen, wenn wir - und da beziehe ich alle hier ein - unsere pflichtigen Aufgaben im Griff hätten. Deshalb sehe ich auch keinen Grund für Lobhudelei. Wir haben noch viel zu viele Probleme.

Leider sind die auch nicht beschränkt auf neue Schulplätze. Die Zahl der demonstrierenden, weil auffälligen Bestandschulen nimmt zu. Meines Erachtens sollten wir demütig unser Haupt senken und noch mehr Kraft da hineinlegen, wenigstens unsere Pflicht zu erfüllen. Wenn wir Zeit für die Kür haben, dann können wir uns gerne zusammen loben. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wird von Volt das Wort gewünscht? - Bitte.

**Manuel Uwe Jeschka (Volt):** Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ganz kurz - ich habe nämlich nur einen Zeugnisvermerk mitgebracht -: Bei all den Problemen, die natürlich immer noch bestehen, ist das heute natürlich nur ein Etappenziel. Trotzdem kann man, wenn man das denn möchte, bei so einem Etappenziel, bei dieser Kraftanstrengung, die Verwaltung und Politik dieses Jahr hingelegt haben und nächstes Jahr hinglegen werden, einfach mal kurz durchatmen, diesen Erfolg mitnehmen und sich durchaus auf die Schulter klopfen. Nächste Woche geht es weiter, und dann arbeiten wir an den weiteren Schulplätzen. - Danke schön.





(Beifall bei Volt sowie bei Teilen der des Bündnisses 90/Die Grünen und der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wird das Wort gewünscht? - Herr Büschges.

**Matthias Büschges** (AfD): Vielen Dank für das erteilte Wort. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir sehen es auch so, dass man sich nicht zu schnell loben sollte, gerade vor allem das Ratsbündnis nicht. Wir sehen vielmehr das Lob beim Herrn Greitemann und beim Herrn Voigtsberger, dass der Erfolg bei den pflichtigen Aufgaben - und das hat Frau Ruffen passend gesagt - jetzt doch in eine annähernd richtige Richtung geht. Wir sind sehr gespannt, wie das weitere Verfahren stattfindet.

Ich habe mir noch ein paar Notizen zu Herrn Seck gemacht; aber das schenke ich mir jetzt.

Ein letzter Punkt. Frau Ruffen, ich habe es beim letzten Mal schon gesagt: Das digitale Anmeldeverfahren funktioniert bei LITTLE BIRD schon nicht, also das Anmeldeverfahren für die Kitaplätze. Es wird auch bei den Schulen nicht funktionieren. Ich glaube, da haben wir noch erheblichen Verbesserungsbedarf.

Wir sind auch noch nicht in Feierlaune, freuen uns aber auf die nächsten Etappen. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wird von der FRAKTION das Wort gewünscht? - Nein. Frau Gabriel, wünschen Sie das Wort? - Nein. Dann spricht Herr Zimmermann.

**Thor-Geir Zimmermann** (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir verhandeln verschiedene Tagesordnungspunkte zusammen, und ich wollte gegen Ende nur noch mal den Blick auf TOP 10.17 lenken. Dort geht es darum, dass auf Elternwunsch zwei katholische Grundschulen - ich glaube, der Fachbegriff ist - entweiht werden. Dort sind Abstimmungen gelaufen, und ich wollte den Eltern der KG Forststraße in Rath-Heumar und den Eltern der KG Langemaß in Mülheim zu ihrem Erfolg gratulieren, diese katholischen Grundschulen, trotz eines sehr hohen Quorums, das dafür

notwendig war, zu entweißen, um sie zu Gemeinschaftsgrundschulen umwandeln zu lassen. Es bedarf natürlich immer auch einer gewissen Initiative - nicht eines gewissen Mutes, aber doch einer gewissen Initiative -, diese Prozedur in Gang zu setzen.

Ich finde es sehr eigenartig, dass wir uns im Jahr 2023 - das muss ich einfach mal an dieser Stelle zu diesem Tagesordnungspunkt loswerden - in einem immer noch säkularen Staat oder zumindest nahezu säkularen Staat den eigenartigen Luxus erlauben, dass wir Grundschulen zwar komplett finanzieren, in diesem Fall aber der katholischen Kirche, die darauf besteht, dass die Schulleitung auch den entsprechenden Glauben haben muss, das Recht überlassen, die Schulleitung auszuwählen, was - das ist ja ein Nordrhein-Westfalen-Problem; andere Bundesländer haben das ja nicht so - auch dazu führt, dass Schulleiterstellen nicht besetzt werden können, weil die Bewerberinnen und Bewerber eben nicht katholisch sind.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen sowie der LINKEN)

Von daher wollte ich mit meinem Redebeitrag Eltern in ähnlichen Situationen, deren Kinder auf ähnliche Grundschulen gehen, sozusagen Mut machen, diesen Weg doch auf sich zu nehmen, da nur so diese Schulen in Gemeinschaftsgrundschulen umgewandelt werden können. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen, der LINKEN sowie bei Volt)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Eine weitere Wortmeldung sehe ich jetzt nicht. Dann lasse ich jetzt abstimmen, und zwar über 10.2 bis 10.17 - natürlich einzeln; das ist ja klar. Ich bitte Sie, sich jetzt auf die Abstimmungen 10.2 bis 10.17 zu konzentrieren.

10.2: Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

10.3: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

10.4: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthält sich Die FRAKTION. Dann ist so beschlossen.

10.5: Ich lasse zuerst abstimmen über den Änderungsantrag der SPD, dann über den Änderungsantrag von Grünen, CDU und Volt und dann über



die Vorlage. - Herr Weisenstein möchte einen Geschäftsordnungsantrag stellen. - Ich kann Sie leider nicht verstehen, Herr Weisenstein.

**Michael Weisenstein (DIE LINKE):** Mir fällt noch ein kleiner Geschäftsordnungsantrag ein: Ich würde bitten, über die Punkte des Änderungsantrags der SPD zu 10.5 einzeln abzustimmen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD.

Punkt 1: Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen vom Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, der FRAKTION, der FDP, Volt, der AfD und von Herrn Zimmermann. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Punkt 2 des Änderungsantrages der SPD: Wer wünscht, dafür zu stimmen? - Das sind die SPD-Fraktion, Die FRAKTION und Frau Gabriel. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Jetzt lasse ich das gesamt abstimmen. Ist das so gemeint? - Muss nicht sein in dem Fall; glaube ich auch nicht. Das bringt uns keinen Erkenntnisgewinn.

Dann lasse ich jetzt über den Änderungsantrag von Grünen, CDU und Volt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Die SPD stimmt dagegen. Enthaltungen? - Es enthalten sich Die FRAKTION, Frau Gabriel und DIE LINKE. Dann ist das so beschlossen.

Ich lasse jetzt abstimmen über die Vorlage - wie Schulausschuss; Anlage 2 -

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: In der geänderten Fassung!)

in der geänderten Fassung. Gibt es Gegenstimmen? - Die LINKEN sind dagegen. Enthaltungen? - Es enthalten sich Die FRAKTION und Frau Gabriel. Dann ist so beschlossen. - Das war 10.5.

Meine Damen und Herren, ich komme zu 10.6. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

10.7: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

10.8: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

10.9: Gegenstimmen? Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

10.10: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

10.11 lasse ich abstimmen, wie die Vorlage ist: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

10.12 lasse ich ebenfalls abstimmen, wie die Vorlage ist: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

10.13: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

10.14: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

10.15: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

10.16: Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

10.17: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch das so beschlossen.

Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Tagesordnungspunkt

**10.18 Erweiterter Planungsbeschluss für den Ersatzneubau der Brücke Am Tannenhof, Stadtbahnhaltestelle Michaelshoven in Köln-Rodenkirchen  
2558/2022**

Wortmeldungen? - Keine.

Dann kündige ich an, abzustimmen wie Verkehrsausschuss - Anlage 10 -, Finanzausschuss - Anlage 11 -: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.19 Umwandlung der Rechtsform des NRW KULTURsekretariats in einen Zweckverband  
0695/2023**

Wortmeldungen? - Keine. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen

Tagesordnungspunkt



#### **10.20 Wirtschaftsplan der Bühnen Köln für die Spielzeit 2023/24 1005/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthalten sich DIE LINKE, Frau Gabriel und Die FRAKTION. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### **10.21 Grundsatzbeschluss für den Neustart der Bühnen Köln am Offenbachplatz ab der Spielzeit 2024/25 auf Basis der actori-Gutachten // Langfristige Anmietung des Depots in Köln-Mülheim // Aufbau einer Tanzsparte an den Bühnen Köln 1126/2023**

Da beginnt jetzt wieder meine Rednerliste. - Frau von Bülow hat das Wort.

**Brigitta von Bülow** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Es ist spät geworden, aber endlich ist es so weit: Wir fassen Beschlüsse zum Neustart der Bühnen am Offenbachplatz und zur Zukunft des Depots. - Endlich hat die Ungewissheit, wie und ob es mit dem Depot weitergeht, ein Ende. Wenn alles, was wir gleich beschließen werden, gut umgesetzt wird, dann ist es ein guter Tag für die Kölner Kultur, für die Bühnen, für die freie Szene und für den Stadtbezirk Mülheim mit dem Depot.

Bei allem Unmut über die Kostenexplosion und die enorme Zeitverzögerung bei der Bühnensanierung, bei allen nachvollziehbaren Vorbehalten wollen wir heute hoffnungsfroh den Grundsatzbeschluss zur Eröffnung der Bühnen fassen, wie gerade heute Morgen auch schon im Betriebsausschuss Bühnen.

Zur Vorbereitung auf die heutige Debatte habe ich in meinem Archiv unserer Beschlüsse und Debatten zu den Bühnenbeschlüssen und zur Bühnensanierung geschaut. Wir hatten es uns ursprünglich anders vorgestellt: Eröffnung 2015, fester Kostenrahmen. - Das Ende ist bekannt.

Und lassen Sie mich kurz einschieben: Ich bin den Intendantinnen und Intendanten der Bühnen dankbar dafür, dass sie Oper und Schauspiel und auch den Tanz über die langen Jahre in den Interimsstädten so intensiv am Leben erhalten und weiterentwickelt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Schon bei den ersten Bühnenbeschlüssen war klar: Die Sanierung ist wichtig, um die Inhalte, um die künstlerische Arbeit der Bühnen zu ermöglichen. Diese sollte nicht darunter leiden, dass die Sanierung finanzielle Mittel beansprucht. Den Zielen von damals fühlen wir uns nach wie vor verpflichtet. Wir wollen die zukunftsfähigste und optimale Lösung für die künstlerische Arbeit der Bühnen und sie nachhaltig aufstellen. Dabei ist bei allen Entscheidungen Besonnenheit gefragt. Die Kunst besteht darin, Ressourcen so einzusetzen, dass das Maximum an Qualität, Vielfalt und Ermöglichungsräumen geschaffen wird.

Wenn die Sanierung abgeschlossen sein wird, haben wir sehr viel Geld in die Gebäude gesteckt. Die Zahlungen werden uns lange Zeit begleiten. Das stellt uns vor die Verpflichtung, dass es am Offenbachplatz und im Depot nun optimal weitergeht, dass wir den Offenbachplatz und das Depot mit Leben und Inhalt füllen. - So verstehe ich die Vorlage: als eine Vorlage, die das ermöglichen soll und kann und Spielräume lässt.

Lassen Sie mich zu einzelnen Punkten kommen:

Zunächst zum Depot. Wir begrüßen es sehr, dass nun endlich eine Entscheidung zur rechtsrheinischen Spielstätte gefasst wurde und die Voraussetzungen für weitere Planungen geschaffen werden. Uns liegt es am Herzen, alles dafür zu tun und alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass diese Weiterbespielung des Depots auch wirklich gelingen kann.

Daher haben wir in unserem Änderungsantrag einen Punkt, der das Zielbild skizziert: Neben seinen Funktionen als dritte Spielstätte und Ort für den Tanz möchten wir das Depot langfristig zu einem Produktions- und Abspielhaus der freien Szene entwickeln, in dem zum Beispiel Tanztheater, Musiktheater, Film, aber auch Clubevents, Festivals, Zirkus und Ähnliches stattfinden werden. Zudem soll dort weiterhin Kulturvermittlung stattfinden, vor allem auch im Austausch mit dem Stadtbezirk Mülheim.

Um dies alles wirklich zu erreichen, bedarf es der angemessenen Beteiligung der Akteure und Akteurinnen auf Augenhöhe, und es bedarf guter Konzepte, die die offenen Fragen zur Kuratierung, zur langfristigen Rechtsform, zu technischen Ressourcen und zur Finanzierung klären.

Zur Frage des Tanzes: Schon 2000 lesen wir in der Eigenbetriebssatzung der Bühnen, dass die



Bühnen ein Dreispartenhaus sind. Wie das mit Leben gefüllt wurde, sah unterschiedlich aus. Derzeit gibt es die Tanzgastspiele und durch die Kooperation des Schauspiels mit dem Ballet of Difference eine befristete Tanzresidenz vor Ort. Die nachhaltige Stärkung des Tanzes an den Bühnen ist Teil der Vorlage. Dies ist übrigens nur denkbar durch die Möglichkeiten, die das Depot bietet. Am Offenbachplatz gibt das Raumprogramm das gar nicht erst her.

Was eine Sparte beinhaltet, ist nicht statisch festgeschrieben, sondern es gibt Raum für verschiedene neu zu denkende Modelle. Daher begrüßen wir die in der Vorlage genannte sehr offene internationale Konzeptausschreibung und möchten bekräftigen, dass es uns dabei um die Berücksichtigung eines möglichst breiten Spektrums an Organisationsformen und Konzepten geht und keine Vorabfestschreibung stattfindet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir verstehen es so, wie es in der Beantwortung unserer Fragen zur Vorlage formuliert wurde:

Ein sich Bewerbender oder ein sich bewerbendes Kollektiv können sich als Kooperation von verschiedenen Ensembles oder beispielsweise auch in Kooperation mit einer anderen Kommune auf die Ausschreibung bewerben.

Und:

Das Modell einer klassischen künstlerischen Intendanz mit einer herausragenden künstlerischen Persönlichkeit mit internationalem Renommee, die einer möglichen Kompanie als Choreograf/-in vorsteht, ist vorstellbar, aber kein Muss.

So weit aus der Beantwortung unserer Anfragen! Alles Weitere liest sich ja auch und ist in Session angehängt.

Für uns heißt das, dass am Ende das beste Konzept das Entscheidende ist, und ich gehe davon aus, dass wir das im Betriebsausschuss Bühnen ausführlich beraten werden.

Ein letzter Punkt zur Finanzierung: Insgesamt ist es für uns selbstverständlich, dass zur Finanzierung auch die Ausweitung der Kulturförderabgabe auf Geschäftsreisende dazugehört und unabdingbar ist und Teile davon dann in die Gegenfinanzierung fließen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zur Finanzierung bleibt die Finanzierung aus Drittmitteln in der Vorlage ebenfalls etwas im Ungewissen. Für uns ist sakrosankt, dass keine Gegenfinanzierung aus dem Budget des Dezernats VII zulasten der freien Szene erfolgen darf, wenn die Drittmittel nicht wie erhofft fließen. Stattdessen sind sie im Bühnenetat umzuschichten, gegebenenfalls auch aus den Gürzenich-Mitteln, die ja auch für die Bühnen zur Verfügung stehen.

Mit diesen Änderungen hoffen wir auf einen guten Neustart am Offenbachplatz und in Mülheim. Wir alle haben viel Verantwortung und alles dafür zu tun, dass dies gelingt. Wir sind es Köln schuldig. - Vielen Dank so weit.

Ich habe aber noch zwei Sätze im Nachgang anzumerken:

Zum einen: Wir gehen davon aus, dass die Verwaltung den geänderten Beschluss aus dem Betriebsausschuss Bühnen tatsächlich ernst nimmt und zeitnah umsetzt.

Zum anderen: Ich habe noch eine Bitte. Ich möchte die Verwaltung bitten, kurz Stellung zu beziehen zur RPA-Stellungnahme und zu berichten, wie sie damit umgehen wird. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich schlage vor, dass wir das direkt machen, damit wir dann vielleicht die Fragen der anderen zur RPA-Stellungnahme schon aufgreifen können.

(Bernd Petelkau [CDU]: Ja, sehr gut!)

Aus sitzungsökonomischer Sicht wäre das vielleicht das Richtige. Wenn man darüber hinaus noch Fragen hat, sind diese natürlich zugelassen, das ist klar. Aber vielleicht ergibt sich daraus schon ein Umgang der Verwaltung. - Herr Charles.

**Beigeordneter Stefan Charles:** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Jülch ist jetzt nicht hier, aber ich werde dies jetzt trotzdem beantworten können, da wir in der Zwischenzeit zu den Fragen, die heute im Betriebsausschuss der Bühnen schon gestellt wurden, mittlerweile schon eine schriftliche Rückantwort haben, und ich kann vielleicht die wesentlichsten Punkte kurz nennen.





Das Entscheidende ist, dass der Bericht hinsichtlich der für das RPA relevanten Bedarfsfeststellungen ergeben hat, dass die Bedürfnisse für die Beschaffung grundsätzlich nachvollzogen werden können. Ich denke, das ist der zentrale Satz. Außerdem geht es darum, dass noch Fragen vom RPA aufgetaucht sind. Die Antworten auf die Fragen zur Vorlage sind in der Zwischenzeit - sie sind alle an die Beschlussvorlage angehängt - sämtlich erfolgt.

Was vielleicht noch wichtig ist: dass nach dem Grundsatzbeschluss die Bühnen, wenn die Beschaffungen beginnen, selbstverständlich alle internen Vorgaben zu den notwendigen Beteiligungen einhalten werden. Das wurde mir so zugesagt, und wir können davon ausgehen, dass das funktioniert. Sie haben auch in der Vergangenheit bewiesen, dass sie das können. Insofern kann man sagen, dass alles zeitgerecht beim RPA eingegangen ist, dass der Grundsatzbescheid positiv ist, dass es noch einige Fragen gibt und diese beantwortet wurden. Alles Weitere werden wir in enger Zusammenarbeit mit dem Rechnungsprüfungsamt ausführen. - Vielen Dank.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank, Herr Charles. - Herr Dr. Elster hat als Nächster das Wort.

**Dr. Ralph Elster (CDU):** Das war ja ein positiver Bericht des Rechnungsprüfungsamts, des Stellvertreters - oder wie auch immer. Vielen Dank! - Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen:  
Hohoho!)

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates der Stadt Köln! Folgt man dem Musterspielplan der actori-Studie, der ja in der Verwaltungsvorlage ausgewiesen ist, können wir ab der Spielzeit 2024/2025 in unserer Stadt an zwei Standorten auf sechs Bühnen mehr als 50 Produktionen in dann wieder drei Sparten erleben. Wir können uns auf 30 Premieren freuen, insgesamt auf weit mehr als 700 Vorstellungen im Jahr. Es wird demnach wirklich etwas los sein an den wiedereröffneten Bühnen - ein guter Beschluss für die Kölner Kultur, ein guter Beschluss für die Stadt Köln. Der Neustart unserer Bühnen am Offenbachplatz und in Mülheim kann demnach kommen.

Wenn der fertiggestellte Bau im kommenden Jahr an die Bühnen übergeben wird, können Schauspiel und Oper mit den in der Vorlage ausgewiesenen Betriebskostenzuschüssen auch einen großartigen Spielbetrieb in den neuen Räumen sicherstellen. Wir bekommen folglich ab dem kommenden Jahr sechs wunderbare Tanz- und Theaterräume: vier neu ausgestattete am Offenbachplatz und zwei im ebenfalls renovierten Depot, das wir mit unserem heutigen Beschluss langfristiger als erfolgreichen, etablierten rechtsrheinischen Kulturstandort sicherstellen. Nach fast 20 Jahren Pause werden unsere Bühnen ab heute wieder zum Dreispartenhaus.

Der Tanz kommt also zurück nach Köln. Die wunderbaren Tanzgastspiele von Hanna Koller werden künftig um die Aktivitäten einer eigenen Kölner Tanzcompagnie ergänzt in einer Tanzstadt wie Köln, in der es mit der wunderbaren Hochschule für Musik und Tanz und der deutschlandweit einzigen Sporthochschule gleich zwei Universitäten gibt, an denen zeitgenössischer Tanz studiert werden kann. Eine Stadt, die über zahlreiche weitere Ausbildungsstätten verfügt und in der eine der aktivsten freien Tanzszenen Deutschlands lebt, braucht genau das. Es ist großartig, dass freie Kapazitäten nicht nur am Offenbachplatz von den freien darstellenden Künsten genutzt werden können. Wir positionieren die Freie Szene in Mülheim sogar als einen zentralen Player am künftigen Depotstandort.

Wie auch immer der Betrieb der Depotbühnen nach der Anlaufphase organisiert sein wird - wir bekommen mit diesem wichtigen Mülheimer Kulturort einen wirklich bedeutenden neuen Kulturbaustein. Wir schaffen nämlich geeignete Produktionsflächen auch für größere Produktionen unserer heimischen Tanzcompagnien. Wir werden der freien Szene damit ganz neue Möglichkeiten in unserer Stadt eröffnen können, weil sie bislang im Prinzip in Köln nicht produzieren konnte, sondern darauf angewiesen war, die Produktionen außerhalb, in anderen Städten, durchzuführen.

Mit dem Änderungsantrag, den wir einbringen, wollen wir die Verwaltung bitten, insbesondere die Ausschreibung der Tanzcompagnie so offen wie möglich zu gestalten, damit am Ende wirklich das am besten zu Köln passende Konzept für unsere Bühnen gewonnen werden kann. Eine andere Klarstellung bezieht sich auf die Finanzierung, die ja grundsätzlich, was das Einwerben von Drittmitteln betrifft, schon sehr ambitioniert ist. Wir wünschen uns allerdings, dass dieses Zuschussniveau, das wir ausgewiesen bekommen haben,



trotz aller Ambitionen dennoch in jedem Fall ernsthaft angestrebt wird. Eine Umschichtung im Kulturhaushalt zulasten anderer Bereiche, insbesondere zulasten der freien Szene, wird es nicht geben können.

(Beifall bei Teilen der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Insgesamt ist heute ein großer Tag für die Kultur in Köln. Seit 2013 sind die Bühnen im Interim, seit 2015 dann die Schlagzeilen rund um den Bauskandal. Mit den neuen Nachrichten, den wiedereröffneten Bühnen im kommenden Jahr und der heute Abend beschlossenen angemessenen Ausstattung für ein Dreispartenhaus wird es unseren Bühnen gelingen, wieder zu den am besten besuchten Bühnen im deutschsprachigen Raum zu werden.

Zu den Anträgen der anderen Fraktionen: Der sich auf die mögliche Ausgestaltung und Konzeption der Tanzcompagnie beziehende FDP-Antrag ist nach unserem Verständnis in unserem Änderungsantrag inkludiert. Den brauchen wir also nicht. Wir werden ihn ablehnen, wenn er nicht zurückgezogen wird.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Den haben wir doch schon beschlossen! Der ist schon beschlossen!)

Der Änderungsantrag der LINKEN, die Halle Kalk als zweiten rechtsrheinischen Standort zu erhalten, wird ebenfalls abgelehnt. Die Halle Kalk kann ohne erheblichen Investitionsaufwand nicht mehr als Theater- oder Tanzort belebt werden. Außerdem benötigen wir diese Halle zur Gegenfinanzierung der Kosten, die am Depot entstehen. Der Antrag der SPD, das Depot zu einem Standort der freien Tanzszene umzuwandeln - das ist eine ganz spannende, lustige Idee - und auf den Aufbau einer eigenen Compagnie zu verzichten, ist derzeit überhaupt nicht umsetzbar. Es gäbe nämlich zum Beispiel gar keine Deckung der entstehenden Kosten, deshalb wird auch dieser Antrag von uns abgelehnt. Wir sollten mit unserem Änderungsantrag die Beschlussvorlage der Oberbürgermeisterin heute Abend beschließen und der Oberbürgermeisterin sowie der Verwaltung danken, dass wir mit den Bühnen endlich wieder auf Spur kommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Als Nächste hat Frau Helmis das Wort.

**Maria Helmis (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es ja sehr schön, dass Herr Elster noch eine gewisse Offenheit suggeriert, nachdem all unsere großartigen Änderungsanträge im Betriebsausschuss Bühnen schon plattgemacht wurden. Aber ich bin gern bereit, die Sache noch einmal zu öffnen und vielleicht neu zu denken, insofern stelle ich unseren Änderungsantrag hier auch gern noch detaillierter vor.

(Beifall bei der SPD)

In Zeiten knapper Kassen ist das Gewinnen für sogenannte freiwillige Leistungen unserer Kommunen ja nicht leicht. Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger lesen tagtäglich in den Zeitungen von maroden Schwimmbädern, die aufgrund zu niedriger Finanzierung seitens der Kommune nicht instandgesetzt werden können. Einen Absatz weiter die Hiobsbotschaft, dass die Kosten eines Kulturbauprojektes mal wieder um eine zweistellige Millionensumme steigen. Klar macht sich da nicht selten Zynismus breit. Beispielsweise erscheint es zynisch, wenn ein Chefsanierer der Bühnen mal eben von „nur 2 Millionen Euro unerwarteter Kostensteigerung im letzten Quartal“ spricht, Ausgang offen. Wie kann sich so gemeinwohlorientierte Kulturpolitik durchsetzen, wenn anscheinend nichts mehr für die freie Szene übrigbleibt?

(Beifall bei der SPD)

Wenn die Spielstätte am Offenbachplatz dann endlich - hoffentlich - einmal eröffnet wird, ist natürlich klar, dass wir den Betriebskostenzuschuss anpassen müssen, denn das inzwischen als Millionengrab verschriene Örtchen am Offenbachplatz soll endlich wieder zu einem öffentlichen, erfahrbaren und angenommenen Kulturraum unserer Stadt werden. Das kann nur durch innovative Konzepte und die Öffnung des Hauses hin zur Stadtgesellschaft geschehen. Die Frage, die entsteht, ist die, was wir mit unserer Kulturstadt auch neben den Städtischen Bühnen machen wollen. Wie holen wir das subversive Potenzial? Wo ist das junge Publikum? Wo bestehen Kooperationen, die unser Gemeinwohl stärken? Wie können wir bestehende Ressourcen nutzen, teilbar machen und möglichst vielen zur Verfügung stellen?

Und da haben wir sie nun, diese einmalige Chance: das Depot in Köln-Mülheim, ein rechtsrheinischer Ort der darstellenden Künste und der Veedelskultur mit einmaliger Anbindung an das Quartier, an die Menschen vor Ort in der Keupstraße. Für uns ist klar: Wir stehen für den Erhalt des Depots als rechtsrheinischer Kulturort.



(Beifall bei der SPD)

Wir sollten unserer Meinung nach - und hätten das auch gern ausführlicher getan - überlegen: Was kann man neu mit diesen Räumen anfangen? Dabei müssen wir uns die Frage stellen: Wie können wir diese Räume, die Ressourcen teilbar machen und möglichst vielen zur Verfügung stellen? Ist das, was uns die Kulturverwaltung hier vorlegt, die innovative Idee, die neues Publikum gewinnen und sich beweglichen Strukturen anpassen kann: eine feste Sparte mit einer weiteren Intendanz zu entwickeln, von der womöglich wieder vor jedem Findungsprozess von der Verwaltung oder Verantwortlichen behauptet wird, man würde ohnehin keine geeigneten Frauen für diese Position finden?

(Beifall bei der SPD)

Natürlich muss und wird unserer Meinung nach der Tanz eine federführende Rolle im Depot bekommen. Sein Publikum ist so jung, migrantisch und divers wie sonst kaum ein anderes. Daher beziehen wir - und haben das in unserem Änderungsantrag auch getan - ausdrücklich den Tanz in ein Haus der freien darstellenden Künste ein. Zur Wahrheit gehört nämlich auch, dass die von der Verwaltung vorgeschlagene Compagnie mit Intendanz noch lange nicht die bestehenden Strukturen des freien Tanzes stärken würde und sich dadurch vielleicht sogar komplett entwickeln könnte.

Viele finanzielle Aspekte bleiben unklar. Der RPA hat es gestern Abend vorgelegt. Heute im Betriebsausschuss Bühnen konnte dazu leider nicht geantwortet werden, und auch jetzt erhalten wir keine klare Antwort. Ich möchte nochmals die Frage stellen. Es ist das Vorhaben der Ratsmehrheit, dass wir eine Vorlage beschließen, über die das RPA noch nicht abschließend befinden konnte und dies ausdrücklich in seiner Mitteilung an uns so darlegt.

(Beifall bei der SPD und bei der AfD)

Das halte ich für schwierig. Es wird auf die Kurzfristigkeit verwiesen, aufgrund derer eine solide Prüfung nicht möglich gewesen sei. Ich als neues Ratsmitglied bekomme ja immer von Ihnen gesagt, wie viel ich noch zu lernen habe. Ich habe gelernt: Ein Bedarfsfeststellungsbeschluss erfolgt immer auf der Grundlage einer Bedarfsprüfung der Dienststelle. - Diese Vorlage tut das nicht, denn der Rat soll Millionenbeträge freigeben, obwohl eine Bedarfsprüfung überhaupt noch nicht stattgefunden hat.

(Beifall bei der SPD)

Zitat RPA:

In Zukunft bitte ich, den Beschlusstext so zu konkretisieren, dass der jeweils erforderliche Bedarf von den zuständigen politischen Gremien festgestellt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Am Ende stellt sich immer die Frage: Wie genau will man das benannte Verhältnis der Szene mit den Bühnen auf Augenhöhe herstellen? Sehr geehrte Damen und Herren, dieses „Auf Augenhöhe“ wird uns nicht solide dargelegt. Es reicht uns nicht: „auf Augenhöhe“. Wir wollen, dass die freie darstellende Kunstszene Hausherrin des Depots wird.

(Beifall bei der SPD)

Daher fordern wir weiterhin und hätten es gern mit Ihnen gemeinsam beschlossen, die Bühnen des Depots als rechtsrheinischen Kulturstandort zu erhalten, ihnen dort die freie darstellende Kunstszene als Spielstätte zur Verfügung zu stellen und auch für Festivals nutzbar zu machen. Die Bühnen haben das Depot rechtsrheinisch bereits zu einem großartigen Ort gemacht, als Fundament ist dort einiges gelegt. Zusammen mit den freien darstellenden Künsten kann es Köln gelingen, hier einen der spannendsten Kulturorte in ganz Deutschland zu entwickeln.

Wir hätten unseren Vorschlag dazu heute gern auch hier diskutiert. Wir haben ihn eingebracht. Ich bitte aber nochmals ausdrücklich darum, meine RPA-Frage zu beantworten und dabei auch eine gewisse Sensibilität für die Sache zu bewahren, indem wir die Sache ernst nehmen, die Hinweise des RPA an dieser Stelle. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

**Heiner Kockerbeck (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! DIE LINKE begrüßt, dass mit der jetzigen Vorlage der rechtsrheinische Spielort der Bühnen im Mülheimer Depot erhalten bleibt. Diese hat das Schauspielhaus seit 2013 auf der Schäl Sick sehr gut etabliert, gerade auch wegen



der kreativen Öffnung des Depots zur Gesellschaft zum Veedel in Mülheim hin. Das eigens dafür entwickelte Stück *Die Lücke* leistete zum Beispiel über Jahre einen großen Beitrag zur Aufarbeitung des Nagelbombenattentats des nationalsozialistischen Untergrunds in der Keupstraße. Bürgerinnen und Bürger der Keupstraße wurden dabei zu Schauspielern auf der Bühne.

Ferner befürworten wir, dass die Stadt Köln eine eigene Tanzsparte erhält. Diese sollte offen sein für die Vermittlung künstlerischer Ausdrucksformen in den Stadtteilen, sodass zum Beispiel Kinder und Jugendliche an Schulen in benachteiligten Stadtteilen Tanzprojekte durchführen können. Solche Aufführungen und Workshops kommen an Schulen ungeheuer gut an. Das städtische Angebot würde dazu führen, sie zu verstetigen und auszuweiten.

Wir haben aber auch eine Kritik an dieser Vorlage; Herr Elster hat es schon erwähnt: Wir sind nicht damit einverstanden, dass sich vermutlich dann Ratsmehrheit und Verwaltung von der Halle 75 der Hallen Kalk als Spielort verabschieden möchten. Die Vorlage legt sich auf das Depot im Carlswerk in Mülheim als einzige rechtsrheinische Spielstätte fest. Die denkmalgeschützten Hallen Kalk, im Gegensatz zum Depot noch dazu städtisches Eigentum, sollten wieder ein kulturell wichtiges Zentrum im Stadtteil Kalk werden. Der Bühnenbetrieb, der vormals für lange Jahre dort etabliert war, hatte dem Stadtteil Impulse und Selbstbewusstsein gegeben.

Bei der Anmietung des Depots soll die Verwaltung einen Mietvertrag mit einer Laufzeit von 15 Jahren abschließen. Die Eigentümerstruktur, darauf verweist auch das Rechnungsprüfungsamt des Depots, ist jedoch nicht geklärt. Es handelt sich um Anlegerinnen und Anleger eines Immobilienfonds. Wir sollten schon wissen, ob wir einen 15-jährigen Mietvertrag abschließen und der Gewinn unversteuert am Gemeinwesen vorbei in eine Steueroase abgeführt wird.

Zum Schluss möchte ich etwas zu den Finanzierungsabschnitten der Vorlage sagen. Wir begrüßen, dass die Verwaltung zur Finanzierung steigender Kosten die Kulturförderabgabe auf Geschäftsreisende ausweiten möchte und zusagt, Fördermittel zu akquirieren. Zur Kulturförderabgabe sollte aber bald eine Beschlussvorlage erscheinen, sodass der Rat dies beschließen kann. Wir werden uns aber heftig dagegen wehren, dass, wenn dies irgendwann drohen würde, steigende Ausgaben für die Bühnen durch Umschichtungen im Kulturretat zu Kürzungen entweder für

die freie Szene oder andere Kulturschaffende führen oder wenn im allgemeinen Haushalt auf Kosten anderer Bereiche gekürzt werden müsste.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir bitten die Verwaltung, zu erklären, ob dies mit den Bemerkungen zur Finanzierung in der Vorlage gemeint sein kann oder ob dies auszuschließen ist. Vielleicht ist ja Letzteres der Fall; herauslesen kann man es nicht exakt aus dem Vorlagentext. In jedem Fall wünschen wir uns, dass die Verwaltung auch bei anderen sozialen und kulturellen Projekten, die vielen Menschen in der Stadt zuteilwerden - ich spreche vom kulturellen und vom sozialen Bereich -, eine solche Energie und Kreativität entwickelt, die dafür erforderlichen Gelder zu beschaffen. Denn die von der Stadt Köln finanzierten und geförderten kulturellen Produktionen sollten Kultur für alle sein, sei es, dass sie mehr der Hochkultur zuzuordnen sind, sei es, dass sie mehr populäre Kultur und Stadtteilkultur sind, also breite Kreise der Bevölkerung ansprechen.

Wir legen großen Wert darauf, dass das Schauspielhaus die Öffnung, die es mit dem Depot betrieben hat, fortführt. Es hat mit seinen Produktionen um Bevölkerungsschichten geworben, die nicht klassischerweise zu den Städtischen Bühnen gehen. Dieser Weg sollte weiter beschritten werden, DIE LINKE wünscht sich mehr davon. Dafür brauchen wir aber auch zwei rechtsrheinische Spielstätten in Mülheim und Kalk.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Nun hat Herr Breite das Wort.

**Ulrich Breite (FDP):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Nein, ich bin nicht zum Kulturpolitiker mutiert, ich bin weiterhin Finanzpolitiker und Sportpolitiker - natürlich, Ralph.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Oh, es wäre schön mit dir im Ausschuss!)

Aber Christian Joisten hat in einer Frage im Finanzausschuss - darum stehe ich jetzt hier - meine Fraktion gebeten, hier die Rede dafür zu halten.

Ich mache zuerst natürlich den Werbeblock für die Kultur. Wir sind selbstverständlich auch für De-





pot 1 und Depot 2, die rechtsrheinischen Angebote, gar kein Thema. Wir wollen Tanz. Wir haben aber, denke ich, deutlich gemacht, dass wir das mit der eigenständigen Compagnie, die wir jetzt haben, sehr gut finden und es weiterführen wollen. Im Antrag steht eine eigene Compagnie der Städtischen Bühnen, die bei allem, was zur Finanzierung darinsteht, mitbedacht wird, auch die Intendanz. Bei allem, was ich hier gehört habe, weiß ich: Die Verwaltung, die Städtischen Bühnen marschieren dorthin. Das wollen wir nicht. Wir wollen die Standorte, darum enthalten wir uns zum Antrag. - Das ist der Kulturblock, den ich hier erwähnen wollte.

(Beifall bei der FDP)

Aber mir hat doch zu bedenken gegeben - Christian Joisten hatte nachgefragt -: Es ging um die Kosten der Tanzcompagnie von 2,6 Millionen Euro, und ich dachte auch: Das ist aber sparsam gerechnet. Dann kam plötzlich ganz zum Schluss ein Halbsatz von Herrn Wasserbauer, dem kaufmännischen Geschäftsführer der Städtischen Bühnen: Ja, da sind ja die Erlöse schon eingerechnet. - Ich konnte gar nicht so schnell reagieren. Ich glaubte, ich hätte mich verhöhrt, denn in der Vorlage heißt es: „die Kosten“ dafür, und auch auf Seite 8 der Vorlage können Sie noch einmal die Kostenblöcke sehen, und dort steht auch genau dieser Betrag. Das bedeutet, da dies genau die gleiche Summe ist wie der Betriebskostenzuschuss, dass Herr Wasserbauer hier die Wahrheit auf die Frage vor Christian Joisten gesagt hat. Nur damit wir es alle wissen: Wir können das jetzt beschließen, dass es 30 Millionen Euro sind. Ihr kennt nicht die Ticketerlöse, die dort eingerechnet worden sind. Ihr kennt nicht -

(Zuruf von Christian Joisten [SPD])

- ja, aber Ihr beschließt trotzdem - den Deckungsbeitrag davon. Sind das 80 Prozent pro Vorstellung oder 90 Prozent? Und was ist, wenn es nur 50 Prozent sind? Das heißt, dann werden die 30 Millionen Euro hier nicht ausreichen, und eigentlich weiß man nach HGB bzw. wissen alle, die irgendetwas mit Buchhaltung zu tun haben, aber auch in der Verwaltung, dass man das nicht darf. Nach HGB darf man Erlöse und Kosten nicht zusammenrechnen, denn das verwässert bzw. verschleiert natürlich nachher die Kostenstruktur, sondern muss sie getrennt darstellen. Man darf dabei überhaupt nicht von Kostenblöcken in der Form reden, ich will Ihnen das nur sagen, denn Sie wissen nicht bei allem, welcher Deckungsgrad verwendet wurde. Ich wollte das hier nur mahnen sagen, wenn Sie das beschließen, damit es

nachher nicht heißt: Das haben wir nicht gewusst. Deshalb wollte ich das hier nur zur Information geben.

Wir wünschen uns alles Gute für den Standort für Mülheim, auch für en Tanz hier in Köln, weil wir das für wichtig halten. Aber wir müssen auch die Zahlen haben. Was kostet das? Ich bin der Meinung, wir sollten hier auch ein ehrlicher Kaufmann sein. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Bürgermeisterin Henriette Reker:** Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Joisten. - Bitte schön.

**Christian Joisten (SPD):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank, Uli Breite, auch noch einmal für das Aufgreifen dieses Punktes. Ich will deshalb die Frage stellen, ob Dir auch in der sogenannten Stellungnahme des RPA aufgefallen ist, dass in einem anderen Punkt ein ganz ähnlicher Sachverhalt steht. Ich zitiere das RPA:

Festzustellen ist auch, dass nicht eindeutig und transparent nachvollzogen werden kann, welche finanziellen Mittel insgesamt für die Spielstätten Depot 1 und 2 sowie für den Carlsgarten aufzuwenden sind. Wie hoch beläuft sich [...]

Dann kommt eine ganze Fragenreihe und die Antwort - und das ist bezeichnend in dem Sinne, wie Du es vorgetragen hast, deshalb noch einmal die Frage, ob Du es auch gelesen hast - von Herrn Wasserbauer:

[...] Die aufzuwendenden Mittel für die Spielstätten Depot 1 und 2 sowie für den Carlsgarten werden nach Grundsatzbeschluss transparent in den sodann aufzustellenden Wirtschaftsplänen dargestellt werden.

Das heißt, nachdem wir beschlossen haben, wissen wir, wie sich die Kosten verteilen. - Hast Du das gelesen? Das ist meine Frage.

(Heiterkeit)

**Ulrich Breite (FDP):** Ja, ich habe das gelesen, und ich habe auch eine Bewertung. Das nennt man in der Wirtschaft einen Blankoscheck auszustellen.



(Beifall bei der SPD)

**Bürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Jeschka das Wort.

**Manuel Uwe Jeschka (Vlt):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kulturliebhaber\*innen! Auch wir sind froh, dass wir endlich diesen Beschluss fassen können - nach dem vielen Hin und Her der letzten Wochen und den ohnehin schon großen Herausforderungen, vor denen die Bühnen stehen. Dass das Depot nun für den Tanz genutzt werden soll, begrüßen auch wir ausdrücklich.

Trotzdem muss völlig klar sein, dass an diesem Standort nicht nur die sogenannte Hochkultur gefördert werden kann, sondern ebenso die freie Szene, deshalb auch der Hinweis in Punkt 4 des Änderungsantrages. Gleichzeitig halten wir es aber für keine gute Idee, noch viel mehr Akteur\*innen zu diesem Zeitpunkt einzubinden.

Zündstoff bei der Aufteilung birgt bereits die Einbindung der bisherigen Akteure. Hier braucht es deshalb eine klare und faire Verteilung der Flächen. Wenn dann in Zukunft die Strukturen gefestigt sind, die Herausforderungen gemeistert werden und der Betrieb läuft, kann man sicher auch darüber nachdenken, das bisherige Konzept anzupassen und weitere Akteur\*innen einzubeziehen. - Vielen Dank. - Ganz kurz und knapp heute.

(Beifall bei Vlt)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Boyens hat jetzt das Wort.

**Stephan Boyens (AfD):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer die bisherige Debatte und die Redebeiträge hierzu verfolgt hat, dem dürfte klar geworden sein: Was hier auf sanften Pfoten als sogenannter Grundsatzbeschluss daherkommt, ist in Wirklichkeit ein ausgebuffter kulturpolitischer Winkelzug und ein geschickt getarnter weiterer Anschlag auf unsere ohnehin schon überstrapazierten Stadtfinanzen.

Worum geht es? Jetzt, wo es Köln nach über elf Jahren - kölsche Zahlen - endlich geschafft hat, Deutschlands bisher teuersten Kulturbau, die Elbphilharmonie, noch um zig Millionen zu über treffen, haben die lieben Werktätigen in Kunst und

Kultur in dieser Stadt plötzlich ihre Liebe für das Depot in Mülheim entdeckt und wollen dieses als ständige Spielstätte etabliert wissen. Und das kostet natürlich - 130 Millionen Euro oder so über die nächsten Jahre, Genaues erfährt man aus der Vorlage ja nicht. Aber man weiß schon ganz genau, wer das Ganze finanzieren soll: die Geschäftsleute nämlich, die in dieser Stadt übernachten. Diese sind ja bislang von dieser unsäglichen Bettensteuer

(Beifall bei der AfD)

- im Schönsprech der Verwaltung nennt sich das euphemistisch „Kulturabgabe“ - ausgenommen und sollen jetzt zur Kasse gebeten werden. Kurz: Es ist das fatale, altbekannte Muster in dieser Stadt, in dieser Republik: Wir wünschen uns etwas, dafür zahlen sollen andere.

(Beifall bei der AfD)

Frau Helms und auch eben Herr Joisten von der SPD haben es ganz richtig ausgeführt: Die Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses, die uns hier von Herrn Charles als vollkommen problemlos dargestellt wurde, ist alles andere als das. Es gibt jede Menge offene Fragen. Wir wissen nicht, über welche Kostenordnung wir hier beschließen.

Wir als AfD-Fraktion lehnen allein schon aus diesem Grund die Vorlage ab, aber nicht nur aus finanziellen Gründen, auch inhaltlich. Grund: Die Theater- und Konzertbesuche in dieser Stadt, in diesem Land gehen seit Jahren zurück. Das liegt daran, dass die Hauptbesucher\*innen - schauen Sie einmal in die Statistiken - überwiegend Rentner sind. Deren Nachfrage sinkt, und diese Klientel stirbt demnächst weg.

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Hohoho!)

Kurz: Das Kulturbürgertum in Deutschland ist auf dem Rückzug. Dieses Land verändert sich, nicht zuletzt dank Ihrer Migrationspolitik und der Politik der offenen Grenzen.

(Zurufe: Aaah! - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Zynischer geht's nicht mehr!)

Ja, ich bin gelegentlich im Konzert oder im Museum. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich sehe im Kölner Stadtbild überall die Frauen mit Kopftuch. Im Museum und im Konzert sehe ich die praktisch nie.

(Beifall bei der AfD)



Kurz: Die Nachfrage nach weiteren Spielstätten ist heute schon nicht mehr vorhanden, und sie wird in Zukunft weiter abnehmen. Dass die Stadt Köln dem Halleneigentümer mit einem langfristigen Mietvertrag unter die Arme greifen und dann auch noch die energetische Sanierung seiner Immobilie finanzieren soll, meine Damen und Herren, setzt dem Ganzen die Krone auf. Nein, dem Halleneigentümer sollten wir empfehlen, nicht weiter auf eine Spielstätte zu setzen. Er ist besser beraten, diese Halle demnächst für türkische Hochzeiten und muslimische Beschneidungsfeiern zu vermieten. Das ist ein Geschäftsmodell mit Zukunft in Köln.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Antrag ist abzulehnen. Wir haben das Geld nicht, wir haben die Besucher nicht, wir haben den Bedarf nicht. Lehnen Sie diese Vorlage ab! - Danke.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Der Vollständigkeit halber frage ich, ob von Die FRAKTION das Wort gewünscht wird. - Nein. Frau Gabriel, wünschen Sie das Wort? - Nein. Dann spricht jetzt Herr Zimmermann.

**Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen hier im Saal, im Stream und die Einzelnen auf der Besuchertribüne! Vorweg: Ich würde mich freuen, wenn Herr Wasserbauer oder auch Frau Prof. Diemert vielleicht gleich die Gelegenheit haben, zu den Äußerungen von Herrn Breite und Herrn Joisten Stellung zu nehmen, falls das möglich wäre, vielleicht gleich im Anschluss an meinen Redebeitrag. Auch wenn die Stimmung zwischendurch vielleicht etwas getrübt ist, ist es ein großer Tag für die darstellenden Künste in Köln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Es wurde erwähnt: Nach 20 Jahren bekommen wir nun endlich wieder eine dritte Sparte in Köln. Der Tanz, ein jahrtausendealtes - ja, wie sagt man? - Ritual oder eine Kunst oder wie auch immer, findet endgültig wieder ein neues Zuhause bei den Bühnen der Stadt Köln. Oper, Schauspiel und jetzt auch Tanz sind kein elitärer Klub, und mich ärgert auch immer ein wenig, dass natürlich auf das Millionengrab Oper hingewiesen wird. Mit so einem Millionengrab stehen wir weiß Gott nicht allein. Es ist ja nicht nur die Elbphilharmonie. Das

ist Stuttgart21, das ist das S-Bahn-Desaster in München, das ist der Berliner Flughafen etc.

Oper und Schauspiel haben sich seit Jahren, seit Jahrzehnten immer weiter und erfolgreich gegenüber allen Schichten unserer Kölner Stadtgesellschaft geöffnet. Es ist wirklich eine inklusive Veranstaltung, die dort stattfindet, für jeden Geldbeutel und jede Altersgruppe, jede Herkunft etc. Gerade Mülheim hat das in den letzten Jahren noch einmal besonders eindrucksvoll bewiesen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Oft fällt, auch jetzt in dem Antrag des Bündnisses, das Wort „freie Szene“. Ich habe ein etwas anderes Verständnis von freier Szene. Ich bin ein großer Freund davon, und wir haben sechs Jahre lang auch eine Produzentengalerie in Ehrenfeld betrieben, mit Proberaum, Ausstellungsraum, Atelier etc. Für mich ist die freie Szene in erster Linie frei und kann sich entwickeln, wie sie das möchte, ohne wirklich unter politischem Einfluss zu sein und auch nicht unbedingt zwangsläufig am Tropf des Steuergeldes hängen zu müssen.

Die Bühnen der Stadt Köln sind etwas ganz anderes. Sie sind nicht unsere freie Szene, und ich finde, sie müssen auch nicht deren Aufgaben erfüllen. Natürlich braucht die freie Szene Räume, das ist ganz klar; und die Bühnen öffnen sich auch seit Jahren erfolgreich der freien Szene gegenüber. Da gibt es nicht nur Kooperationen, da werden auch Räume überlassen. Aber es ist nicht die ureigene Aufgabe der Bühnen, dafür zu sorgen, dass die freie Szene genügend Raum, genügend finanzielle Mittel etc. bekommt. Es ist Aufgabe der Politik, durch die entsprechenden Beschlüsse dafür zu sorgen. Die Mittel sind in den vergangenen Jahren immer weiter gestiegen, auch zugunsten der freien Szene.

Ich finde das von der Verwaltung vorgelegte Konzept sehr gut. Ich sehe darin eine für eine Millionenstadt, eine Metropole deutlich sichtbare Fokussierung auf die Sparten. Das Theater findet im Schauspiel am Offenbachplatz Raum, die Oper in der Oper, wo sie hingehört, ebenfalls am Offenbachplatz, und die dritte Sparte, der Tanz, kommt nun nach Mülheim, und Mülheim gewinnt dadurch natürlich enorm. Es ist jetzt schon klar in dem Konzept, aber auch im Änderungsantrag vom Bündnis, dass in Mülheim natürlich nicht nur Tanz stattfinden wird - auch wenn das schon großartig ist -, sondern dort gibt es auch Offenheit für andere Konzepte, andere Ideen. Frau Helmig, Ihre Idee bzw. Ihre Vision von Mülheim und dem Depot ist natürlich auch großartig, selbstverständlich,



aber es ist etwas vollkommen anderes, was Sie wollen.

(Maria Helmig [SPD]: Danke! - Lukas Lorenz [SPD]: Etwas Besseres!)

Vielleicht mag man sich darüber streiten. Sie wollen einen zweiten, wie auch immer, moderneren Offenbachplatz mit drei Sparten und allem Drum und Dran, auch noch Literatur, Film, Kunst und Kino etc. in Mülheim etablieren - auch hervorragend für das Rechtsrheinische. Das ist aber etwas grundsätzlich anderes, und ich weiß nicht, wann, wie und wo Sie Ihre Idee platziert haben oder hätten platzieren müssen. Ich finde: Das als Änderungsantrag jetzt einfach so einzubringen, kann man machen, es ist aber eine vertane Chance. Es hätte entweder früher passieren müssen oder irgendwie anders, energischer hervorgebracht werden als jetzt kurz vor Schluss.

Daher gilt mein Dank der Verwaltung, dass diese dritte Sparte nun wieder dauerhaft nach Köln kommt. Ich vertraue vorläufig den Zahlen von Herrn Wasserbauer, bis ich eines anderen belehrt werde, das ist ganz klar, und freue mich auf den Weg dahin. Noch ist es ja nicht so weit, dass wir den Tanz endgültig wieder in Köln im Depot haben werden. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

**Bürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Charles.

**Beigeordneter Stefan Charles:** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielleicht noch zur Frage nach der Finanzierung, der Berechnung, die ja ganz elementar ist. Weil wir das natürlich von Anfang an wussten, haben wir Gutachten und Analysen gemacht und Betriebskonzepte entwickelt auf über 1 200 Seiten und haben das im letzten Jahr in vier aufwendigen Arbeitskreisen alles durchgesprochen, gemeinsam hergeleitet und weiterentwickelt. Sie waren nicht dabei, Herr Breite, aber es hat trotzdem stattgefunden. Wir können aber Ihre Fragen selbstverständlich beantworten, denn es steht alles in entsprechender Kürze in der Beschlussvorlage, und wir würden jetzt vielleicht die wichtigsten Elemente kurz darlegen. Wenn ich darf, würde ich dazu gern Herrn Wasserbauer das Wort erteilen. - Danke.

**Patrick Wasserbauer (Bühnen Köln):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was wir hier seit 2014 gemacht haben mit der actori-Studie: Wir haben den Betriebskostenzuschuss ermittelt. Es war also immer klar, dass wir über Zuschüsse sprechen. Wir haben auf Seite 8 dargelegt bzw. berechnet, was die Vorlage jetzt kostet - das sind die rund 135 Millionen Euro -, und wir haben auch errechnet, was es kostet, nur in den vier Spielstätten am Offenbachplatz Kunst zu machen, das wären 125,6 Millionen Euro.

Wenn Sie weiter schauen: Wir haben eine Treppe erstellt, an der wir den Unterschied dargestellt haben, wenn wir nur am Offenbachplatz oder im Depot Tanz spielen - das sind die Varianten. 2,6 Millionen Euro für die Tanzcompagnie. überhaupt das Haus, einen Hauswart, einen Bühnentechniker vorzuhalten. 2,5 Millionen Euro haben wir ermittelt. Es wäre dann so gewesen: Wenn wir nur am Offenbachplatz spielen würden, hätte das Schauspiel keine dritte Spielstätte. Wir wünschen uns, dass das Depot angemietet wird, dann wären es noch einmal 2,5 Millionen Euro. Das heißt, wir haben transparent dargestellt, was es für den Zuschuss des Haushalts bedeutet. Wir haben einen eigenen Wirtschaftsplan, das bedeutet, wir gehen nicht mit dem Haushalt, sondern der Haushalt geht vom 01.01. bis zum 31.12. Unser Wirtschaftsjahr beginnt am 01.09. Deshalb gibt es auch immer wieder Abweichungen zwischen Haushaltsjahr und Wirtschaftsplan der Bühnen.

Auf Seite 13 sehen Sie die hehren Ziele, die wir erwirtschaften müssen, weil actori uns nicht nur angemessene Budgets für die Produktionsmittel in unseren Sparten zugeführt hat, sondern wir haben uns auch darauf verständigt, dass wir hohe Einnahmen erzielen müssen und sollen. Das sehen Sie auf Seite 13. Das sind dann in der Oper 11,1 Millionen Euro, im Schauspiel 2,1 Millionen, und auch im Tanz sind Einnahmen vorgesehen, die wir in den Arbeitskreisen 1 bis 4 vorgestellt haben.

(Zuruf: Wie hoch?)

- Es sind um die 800 000 Euro. Es sind eigene Einnahmen, das heißt, das Tanz-Budget wäre - ich muss etwas runden - rund 3,3 Millionen Euro. Wenn wir Mehreinnahmen generieren, vielleicht auch noch Kooperationspartner finden Festivals etc. - das würde auch die Konzeptauschreibung zeigen. Wenn da noch höhere Möglichkeiten sind, werden wir auch dies dem Tanz-Budget zuordnen. So war immer auch die Überle-





gung, dass wir gesagt haben: Wenn wir mehr generieren, geht auch mehr in den Tanz. Ganz wichtig ist, denke ich, auch die Aussage: Wenn die Einnahmen nicht kommen sollten, müssen wir selbst schauen, wie wir damit zurechtkommen; das steht auch auf Seite 13. Das heißt, wenn wir die Einnahmen nicht bringen, müssen wir auch bei den Aufwänden schauen, wie wir damit umgehen.

Das ist das Paket, das wir Ihnen vorstellen. Wir haben schon angefangen, die Eintrittspreise zu erhöhen. Das haben wir wegen des Interims und wegen Corona lange Zeit nicht getan. Wir haben es bereits für die nächste Spielzeit vorgesehen und werden es auch für die Eröffnung des Offenbachplatzes, für den Neustart weiter tun. Das haben wir auch in unserem Ausschuss kundgetan. - Vielen Dank.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es noch Ergänzungen, Frau Dr. Diemert?

**Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert:** Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Aus meiner Sicht ist das Wesentliche an dieser Stelle ausgeführt worden. Vielleicht noch einmal ganz kurz - das mag vielleicht der Auslöser auch für die Irritation sein -: Wir sprechen natürlich von Betriebskosten, und die Kosten und damit der Zuschussbedarf vonseiten der Stadt setzen sich aus den Aufwendungen zusammen, die bei den Bühnen existieren, und den Erlösen, die einkalkuliert sind. Insofern ist es natürlich zutreffend, dass beide Seiten zu betrachten sind und der Begriff der Kosten an dieser Stelle vielleicht irritiert, da dies normalerweise nur die Aufwandseite betrifft. Es handelt sich also um eine Betriebskostenbetrachtung, wie Herr Wasserbauer zutreffend ausgeführt hat, die auf den Zuschuss der Stadt abstellt. Und ja, bei der Ermittlung dieses notwendigen Betriebskostenzuschusses sind nicht nur die zusätzlichen Aufwendungen, die von actori ermittelt worden sind, eingeflossen, sondern auch die Erträge, die durch mehr Aufführungen und Verbesserungen im künstlerischen Bereich zu erzielen sind. Insoweit ist das am Ende eine Differenzbetrachtung.

(Ulrich Breite [FDP] zu Dr. Ralph Elster [CDU]: Es steht nicht drin!)

Uns war wichtig, dass sich das Ganze nicht als zusätzliches Finanzierungsloch für den städtischen Haushalt erweist. Deshalb steht in der Vorlage sehr klar - auch darauf hat Herr Wasserbauer

gerade hingewiesen -, dass Mindererträge an dieser Stelle auch vonseiten der Bühnen zu kompensieren sind. Es ist sehr transparent und sehr deutlich auch auf Seite 13 der Vorlage dargestellt: dass die Erlöserwartungen, die von actori einkalkuliert worden sind, durchaus ambitioniert sind und dies mit Blick auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie, die an vielen Stellen zu Zuschauerrückgängen geführt hat, sehr ehrgeizige Ziele sind und hierbei Erlösrissen bestehen. Diese sind auch in der Vorlage transparent ausgewiesen worden mit der ganz klaren Botschaft: dass sie, sollten sie sich realisieren, nicht zu einer Erhöhung des Betriebskostenzuschusses und damit zu einer Belastung des allgemeinen Haushalts führen werden, sondern in diesem Fall von den Bühnen zu kompensieren sind. - Das vielleicht noch als Ergänzung. Insofern volle Bestätigung dessen, was hier gerade von den Bühnen ausgeführt worden ist. - Danke schön.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Hierzu gibt es eine Rückfrage von Herrn Joisten. - Bitte.

**Christian Joisten (SPD):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Vorhin hatte ich ein Beispiel aufgeführt - dazu habe ich jetzt noch nichts gehört -, das ich bemerkenswert finde, deshalb hatte ich mir erlaubt, das an Herrn Breite zu richten. Wenn das RPA feststellt, dass eben nicht eindeutig und transparent nachvollzogen werden kann, welche finanziellen Mittel insgesamt für die Spielstätte Depot aufzuwenden sind, und die Antwort bisher nur ist: Das wird nach dem Grundsatzbeschluss heute dann einmal in den Wirtschaftsplan dargestellt. - Wie muss ich das denn verstehen? Das ist jetzt sozusagen eine Kombifrage an Herrn Wasserbauer, aber auch an die Kämmerin, eigentlich auch an das RPA, das heute leider hier nicht vertreten ist und dementsprechend auch abschließend dazu überhaupt nicht Stellung genommen hat.

Hier stehen jetzt einfach eine Frage und eine Antwort im Raum, ohne dass das RPA uns als Rat hier irgendeine Form von Empfehlung oder Bewertung gegeben hat, wie ich es eigentlich von derartigen Vorlagen gewohnt bin. Es irritiert schon ein wenig, wenn Sie das verstehen, wenn sozusagen jetzt eine unaufgelöste Frage nach Transparenz im Raum steht und der Rat hier insgesamt eine so weitgehende Entscheidung treffen muss. Vielleicht können Sie dazu noch einmal etwas ausführen. - Danke.



**Patrick Wasserbauer** (Bühnen Köln): Ich kann jetzt wirklich nicht für das RPA sprechen. Das wäre, glaube ich, vermessen an dieser Stelle.

(Zuruf: Wo ist das RPA heute?)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Es hat sich abgemeldet. Heute Mittag hatte ich noch die Nachricht, es würde jemand kommen, und er hat sich jetzt abgemeldet. Das ist Ihr Amt, nicht meines!

(Heiterkeit - Christian Joisten [SPD]:  
Darauf kommen wir zurück!)

Ich kann wirklich nur sagen: Wir haben sogar noch hinterhertelefoniert.

**Patrick Wasserbauer** (Bühnen Köln): Ich kann vielleicht noch einmal ganz grundsätzlich etwas sagen, wenn das gewünscht ist.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Das finde ich ja doch sehr erstaunlich, muss ich jetzt einmal ehrlich sagen, dass so eine kurzfristige Stellungnahme auf wenigen Seiten daherkommt. Ich meine, ich kenne sie ja nun, ich habe sie jetzt eben noch einmal durch genau durchgesehen, weil ich sie mit der Beantwortung der Bühnen verglichen habe, die ja auch erst dieser Tage erfolgt ist.

(Christian Joisten [SPD]: Das RPA hat das erst am 01.05. bekommen, letzte Woche Montag; das muss man auch berücksichtigen!)

Ja, das RPA heißt auch „Rechnungsprüfungsamt“. Eine Rechnung gibt es hier noch nicht. Also, ich sage einmal so: Sie haben alle viele Jahre an dieser actori-Studie gearbeitet. Es ist hier auch nicht irgendeiner genommen worden, sondern man hat sich wahrscheinlich sehr genau überlegt, warum man diese Studie actori übergeben hat: weil es nämlich ein Beratungsunternehmen genau in dieser Sparte ist. So viel verstehe ich ja sogar davon, und ich habe nicht wie die kulturpolitischen Sprecher an diesen Sitzungen teilgenommen.

(Heiterkeit)

Es ist hier jedem unbenommen, Fragen zu stellen, und wir versuchen, sie zu beantworten; das ist völlig klar. - Jetzt gibt es noch eine Frage, und die versuchen wir jetzt zu beantworten.

**Patrick Wasserbauer** (Bühnen Köln): Was ich noch einmal grundsätzlich zu beantworten versuche, ist: Actori hat eine eigene Berechnungsarithmetik und Methode, und wir haben dann die Aufgabe, nach dem Grundsatzbeschluss diese Zahlen in unseren Wirtschaftsplan umzuwandeln, weil wir nach HGB natürlich ganz anders wirtschaften, als es in der Studie getan wurde. Deshalb ist dann unsere Aufgabe, diese Transformation vorzunehmen, und es wird Ihnen ja dann wieder vorgelegt werden.

Der Grundsatzbeschluss ist das eine, um überhaupt Planungssicherheit für die Zukunft zu bekommen. Das heißt, wir wissen, welchen Weg wir gehen, wohin wir gehen. Das andere ist die Aufgabe der Bühnen, den Grundsatzbeschluss dann in die Wirtschaftsplan-Sprache zu transformieren.

(Christian Joisten [SPD]: Das beantwortet nicht die Frage des RPA, aber gut!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Dr. Diemert hat sich noch einmal gemeldet.

**Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert:** Sehr geehrte Damen und Herren! An dieser Stelle vielleicht noch ein Hinweis, der es vielleicht erleichtert: Es ist tatsächlich ein Grundsatzbeschluss, es ist noch keine Wirtschaftsplanung. Trotzdem ist im Rahmen dessen, was bei der Ermittlung und Berechnung im Vorfeld möglich ist, größtmögliche Transparenz zugrunde gelegt worden. Ich weise an dieser Stelle nochmals darauf hin, dass auch der Beschlussvorschlag der Verwaltung dem Rechnung trägt, indem nämlich sehr klar dargestellt wird - ich darf zitieren -:

[...] dass die in der Matrixberechnung zugrunde gelegten und für zehn Spielzeiten fortgeschriebenen Annahmen bezüglich Tarifsteigerungen, Inflations- und Energiepreisentwicklungen im Rahmen der jährlichen Wirtschaftsplanung hinsichtlich der Aktualität zu überprüfen sind, und sie stellen grundsätzlich Obergrenzen der Finanzierung dar.

Das heißt, es ist in dieser Beschlussvorlage sehr wohl schon berücksichtigt worden, dass es natürlich auch noch Anpassungen in den Wirtschaftsplan geben muss, da es sich um eine Grundsatzermittlung handelt. Die Beschlussfassung, die Ihnen vorliegt und über die heute hier beraten werden soll, sieht allerdings eine Deckelung des



Finanzierungsbedarfs vor. Insofern hat das Rechnungsprüfungsamt schon recht, wenn es sagt: Die genaue Höhe und die Zusammensetzung sind noch nicht bekannt, denn dazu bedarf es einer Konkretisierung durch die Wirtschaftspläne, wie Herr Wasserbauer ausgeführt hat.

Gestatten Sie der Kämmerin den Einwurf: Von mir aus darf es auch gern noch etwas günstiger werden, aber die heutige Beschlussfassung stellt tatsächlich die Obergrenze dar. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen - Zurufe: Wir können jetzt auch abstimmen!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielleicht hat ja jetzt diese Erklärung geholfen. Ich muss sagen: Ich habe es so gelesen, dass man einfach noch nicht jede Einzelheit benennen kann

(Bernd Petelkau [CDU]: Wie bei den Klippen!)

und die Wirtschaftspläne ja jeweils beschlossen werden und man, da man eine Obergrenze hat, solange man sich in dieser bewegt, auf Zustimmung zur Beschlussfassung hoffen kann. Ja, ich muss sagen: Es ist natürlich wirklich so. Wenn man einen Plan hat, beschreibt man im Grunde, wo man hinwill. Man beschreibt das Ziel, und man macht sich auf den Weg, das Ziel mit den möglichen Rahmenbedingungen zu erreichen. Ich glaube, man wird noch nicht jeden einzelnen Schritt des Weges kennen können. Also, die Frage ist, ob ich Ihnen das jetzt einmal zur Beschlussfassung vorlege. Ich würde sagen, das tue ich. Wir haben die Beschlüsse aus dem Betriebsausschuss Bühnen der Stadt Köln vorliegen, und ich würde darüber gern in der gleichen Reihenfolge abstimmen lassen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben doch nur eine Beschlussfassung zu den Bühnen!)

- Nein, wir haben mehrere, aber wir haben letztlich einen beschlossenen Änderungsantrag. Also, wir haben genau den.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben den Beschluss aus dem Ausschuss! - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau, deswegen müssen wir nur über das Ergebnis aus dem Betriebsausschuss abstimmen! - Bernd Petelkau [CDU]: Wir stimmen ab in der

durch den Betriebsausschuss geänderten Fassung!)

- Genau, der andere Änderungsantrag, der ist beschlossen worden, alle anderen Anträge sind nicht beschlossen worden.

(Zuruf: Der Änderungsantrag der LINKEN!)

- Der ist beschlossen worden. Ich habe hier nur den beschlossenen Änderungsantrag,

(Maria Helmig [SPD]: Anlage 5!)

über den ich zunächst abstimmen lassen würde, und dann die Vorlage.

(Maria Helmig [SPD]: Die Vorlage in der Fassung Anlage 5?)

- Genau, ja, Anlage 5. Jetzt liegt es in der Natur der Sache, dass diejenigen, die im Betriebsausschuss waren, damit sicher besser zurechtkommen. - Okay. Dann versuchen wir das einmal.

Ich lasse jetzt über die Vorlage in der durch Beschluss des Betriebsausschusses Bühnen der Stadt Köln heute geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Es stimmen dagegen die SPD-Fraktion und die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich die FDP, Die FRAKTION, Frau Gabriel, DIE LINKE und eine Stimme bei den Grünen. Jetzt müssen wir einmal rechnen. Ich stimme zu. - Dann ist das beschlossen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Tagesordnungspunkt

#### **10.22 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung: Barcamp Good Practices AN/1566/2023**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Herr Weisenstein, war das eine Wortmeldung?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Nein!)

- Okay. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Die AfD ist dagegen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

10.23 ist zurückgestellt.

Tagesordnungspunkt



**10.24 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2021 für die Bühnen der Stadt Köln  
AN/0611/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.25 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln), Jahresabschluss 2022  
AN/1536/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthält sich die AfD. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.26 Literaturnacht Köln – Flexibilisierung in der Verwendung der Förderung für die Literaturszene Köln e. V.  
AN/1759/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.27 Entwicklung des neuen Stadtteils Kreuzfeld - Hier: Grundsatzbeschluss Umsetzungsmodell / Vorzugsvariante  
AN/0574/2023**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.  
AN/1248/2023**

Meine Damen und Herren, ich frage nach Wortmeldungen. - SPD, Herr Homann.

(Niklas Kienitz [CDU]: Och, Mann!)

**Mike Homann (SPD):** Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute das Umsetzungsmodell Kreuzfeld auf der Tagesordnung, und ich muss ganz ehrlich gestehen: Das, was ich ursprünglich dazu sagen wollte, werde ich heute nicht ausführen, sondern eine kleine - wie soll ich das sagen? - Lernkurve, die ich heute habe, mitteilen.

(Zuruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

- Genau, Lino. - Ich habe erstens gelernt, dass man sich, wenn die Verwaltung gute Vorlagen vorlegt, dafür abfeiert, sie gemacht zu haben, also sie zu unterstützen. Das haben wir gerade in der Schuldebatte sehr deutlich, denke ich, beigebracht bekommen. Ich finde das insoweit etwas merkwürdig, dass man, wenn Kritik am Schulbau laut wird, den Dezernenten angreift, und wenn dann Vorlagen vorgelegt werden, die Schulplätze schaffen, war es die Politik. Ich finde das sehr bemerkenswert.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Würden Sie bitte zur Sache sprechen, Herr Homann?

**Mike Homann (SPD):** Ja, natürlich, natürlich. Aber ich wollte an dieser Stelle die Verwaltung, für die Vorlage Kreuzfeld loben, Frau Oberbürgermeisterin. Es ist nur ein Umsetzungsmodell. Das heißt, wir werden Kreuzfeld noch ein paar Mal bekommen, Herr Greitemann; aber es ist natürlich auch ein sehr, sehr wichtiges Projekt. Wir haben bei Kreuzfeld über 80 Hektar, die wir entwickeln, 3 000 Wohneinheiten, die dort für über 8 000 Menschen Lebensraum geben müssen. Aber ich habe natürlich auch gelernt,

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Das ist schön, dass du lernst!)

es ist heute ein wenig, wie soll ich sagen, schul-lastig, und ich habe das Gefühl, hier gibt es den einen oder anderen Lehrer. Deshalb werde ich es einmal mit Latein probieren: Ceterum censeo Carthaginem esse delendam.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Versteht er überhaupt, was er da sagt?)

Das ist von Cato, der bei jeder Rede gesagt hat: „Im Übrigen bin ich dafür, dass Karthago zerstört werden muss.“ Am Ende, wisst Ihr alle, ist Karthago zerstört worden. An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass wir, so gut und wichtig Kreuzfeld ist, nichtsdestotrotz viel zu wenig tun, um den Wohnungsbau in dieser Stadt nach vorn zu bringen.

Ich darf noch einmal erwähnen, dass wir etwa 6 000 Wohnungen im Jahr benötigen. Wir sind in diesem Jahr bei 2 596 genehmigten Wohnungen, das ist nicht einmal die Hälfte, und ich kann versichern: Bei den steigenden Zinsen und Baukosten wird es im nächsten und übernächsten Jahr noch deutlich schlimmer. Dazu muss man sagen, nachdem ich mir gerade die Schuldebatte angehört





habe, dass man natürlich immer gern aus der Vergangenheit zitiert: Wir hatten in den letzten sieben Jahren eine historische Niedrigzinsphase.

Wir hätten in dieser Phase extrem viel Wohnraum schaffen können, den wir in dieser Stadt auch brauchen. Sie wissen alle: Die Prognosen, so unterschiedlich sie auch an der einen oder anderen Stelle sein mögen, legen nahe, dass wir im Jahr 2050 etwa 100 000 neue Bürger haben werden. Das ist eine Chance, die wir verpasst haben, und, liebes Bündnis, ich muss sagen: Die Chance habt Ihr leider verpasst.

Nichtsdestotrotz haben wir hier jetzt die Umsetzung einer GmbH, die wir auf den Weg bringen. Es ist die GmbH gewählt worden, weil sie in-house-fähig ist. Ich persönlich finde es sehr gut, dass wir das Forum Kreuzfeld dort einbeziehen und die GAG dabei eine ganz entscheidende Rolle spielen wird. Wir haben mit Kreuzfeld eine Riesenchance, zu zeigen, wie innovativ und klimafreundlich wir in Köln bauen können. Der Entwurf *The Woodhood Kreuzfeld Gartenstadt 2.0* ist sehr gut. Ich freue mich auf die weitere Detailplanung, auf die vielen B-Pläne, die da kommen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Dr. Helge Schlieben [CDU]: Am Thema vorbei! Peinlich!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Weisenstein.

**Michael Weisenstein (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Heute werden wir einen Beschluss fassen, der die Realisierung von Kreuzfeld voranbringen wird. Der neue Stadtteil im Kölner Norden wird einen wichtigen Beitrag zum Wohnungsbau in Köln leisten. Kreuzfeld muss nicht nur bezahlbaren Wohnraum bieten, es gibt noch viele weitere Erwartungen, die an den neuen Stadtteil geknüpft sind: Er soll Blumenberg ergänzen, damit endlich für die beiden Stadtteile eine rentierliche Nahversorgung möglich ist. Es sollen gute Bestandshalter bauen, die preiswerten Wohnraum anbieten und Erfahrung in der Quartiersentwicklung haben. Wir sehen dabei die GAG als Speerspitze. Grund und Boden soll städtisch bleiben. Es wird nichts verkauft. Wir wissen, 80 Prozent gehören uns schon. Davon soll nichts verkauft werden, sondern nur in Erbpacht vergeben werden.

Kreuzfeld soll grün und klimafreundlich werden, gerade weil es ein Stadtteil ist, der heute dort entsteht, wo Acker und Wiesen sind. Klimafreundlich bedeutet auch, dass die Anwendung des Köln-Kataloges bei der Entwicklung von Kreuzfeld eine große Rolle spielt. Das bedeutet: Der Köln-Katalog sagt: Wir müssen auch außerhalb des Stadtzentrums, also jenseits des Militärrings, mit, wie es heute angezeigt ist, relativ großen Dichten bauen. Das heißt im Umkehrschluss: Es dürfen nur ganz wenige Einfamilienhäuser in Kreuzfeld gebaut werden. Die Priorität muss auf dem Geschosswohnungsbau liegen, weil nur so ein klimafreundlicher Stadtteil möglich ist.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das ist fachlich Quatsch!)

- Nein, das ist kein Quatsch. Wir alle wissen, dass wir sehr sorgsam - Herr Kienitz, Sie kennen das 30-Hektar-Ziel auch - vorgehen müssen und nicht mehr als 30 Hektar pro Tag in der Republik versiegeln wollen. Und es ist doch selbstredend: Wenn ich viele Einfamilienhäuser baue, in denen auf einer großen Fläche wenige Menschen wohnen, kann ich dieses Ziel nicht erreichen. Deshalb ist es richtig, dort möglichst wenige Einfamilienhäuser zu bauen.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, es gab ja, wie ich finde, einen guten Leitbildprozess zum Thema.

**Bürgermeisterin Henriette Reker:** Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Kienitz.

**Michael Weisenstein (DIE LINKE):** Eine Zwischenfrage? - Ja, klar.

**Niklas Kienitz (CDU):** Herr Kollege Weisenstein, Sie waren ja auch bei dem Wettbewerb dabei, -

**Michael Weisenstein (DIE LINKE):** Ja.

**Niklas Kienitz (CDU):** - und der Kniff in der Frage ist nicht, wie viele Einfamilien-Reihenhäuser entstehen könnten, sondern der Kniff derjenigen, die den Wettbewerb gewonnen haben, in der Reduzierung der Pro-Kopf-Wohnfläche, weil das ein moderner Ansatz ist, da wir nach wie vor alle Wohnformen in unserer Stadt haben wollen, insbesondere auch in Kreuzfeld als Angebot. Ist



Ihnen das noch bekannt oder nicht? Denn das, was Sie gerade ausgeführt haben, teile ich nicht.

Ist Ihnen bekannt, dass der Trick der Wettbewerbsgewinner war, die Wohnfläche pro Kopf zu reduzieren, und nicht, die Anzahl der Einfamilien-Reihenhäuser zu reduzieren, denn der Entwurf enthält Einfamilien-Reihenhäuser.

**Michael Weisenstein (DIE LINKE):** Nein. Ich kann zwar die Frage, ob ich den Kniff verstanden habe, mit Ja beantworten, aber ich würde darum bitten, dass das zu meiner Zeit dazugerechnet wird, denn die Frage muss man natürlich ausführlich diskutieren.

Wir haben, wie Sie richtig gesagt haben, die Lösung mit den Hoods, und diese Hoods werden unterschiedliche Charakter haben. Trotzdem, und das ist der ausschlaggebende Punkt, haben wir etwas über 80 Hektar. Gleichzeitig ist unser Ziel, einen möglichst grünen Stadtteil zu erreichen mit einem sehr großen grünen Innenbereich, der die fünf Hoods umgibt. Dabei ist es doch völlig selbstredend, dass ich, wenn ich innerhalb der 80 Hektar möglichst viele Wohnungen bauen möchte, nämlich mindestens 3 400, und gleichzeitig möglichst viel Grün erhalten, möglichst wenige Einfamilienhäuser baue, sondern die Wohnungen so unterbringe, dass möglichst viele Menschen dort wohnen. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit.

Ich sehe zwar, Sie sind mit meiner Antwort nicht zufrieden, Herr Kienitz; das kann ich jetzt aber leider nicht ändern. Vielleicht nutzen Sie ja doch noch die Gelegenheit, nachher Ihre Sicht auf die Dinge darzulegen. Ich bin aber eigentlich mit meiner Rede

(Niklas Kienitz [CDU]: Schon fertig?)

erst in der Hälfte. - Ja, klar, Sie haben mich natürlich lange unterbrochen, aber es ist kein Problem. - Aber ich möchte noch kurz auf zwei, drei Aspekte eingehen. Wir hatten uns in dem Leitbildprozess darauf verständigt: Das war ein sehr guter Leitbildprozess, und das Ziel war, dass es ein Stadtteil werden soll, in dem Leute gesund leben können. Das war eine ganz wichtige Sache.

Ein weiterer Punkt, den wir herausgearbeitet haben, ist: Es soll ein Stadtteil werden, der unter dem Stern der Bildung steht. Dazu habe ich in diesem Moment schon einen Kritikpunkt. Dieser steht zwar heute nicht zur Beschlussfassung, aber wir haben, wenn wir uns das anschauen, in Kreuzfeld nun die Situation, dass wir eine Regelschule, baulich getrennt von einer Förderschule,

in diesem großen öffentlichen Raum in der Mitte des neuen Stadtteils haben. Das, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ist, denke ich, nicht mehr zeitgemäß,

(Beifall bei der LINKEN)

dementsprechend müssen wir zum gegebenen Zeitpunkt noch einmal kritisch an die Vorlage herangehen.

Aber es geht ja heute um die Entwicklung von Kreuzfeld, um die Gesellschaft, die dazu gegründet werden muss. Die Verwaltung hat sich dazu entschieden, eine rein städtische Dienstleistungs-GmbH zu gründen. Wir haben das zunächst etwas kritisch hinterfragt, weil wir sagen: Mensch, warum kann das nicht die GAG selbst machen? Warum macht es nicht die moderne Stadt? Das konnte die Verwaltung für uns gut nachvollziehbar erläutern. Damit will ich Sie jetzt nicht langweilen. Es ist für uns am Ende des Tages nachvollziehbar, dass wir heute diese rein städtische Dienstleistungs-GmbH als Entwickler beschließen. Das finden wir gut.

Für uns offen ist die Frage: Wie wird gewährleistet, dass die Politik in diese Dienstleistungs-GmbH tatsächlich involviert ist? Bei der modernen Stadt, bei der GAG, das ist ja klar, haben wir unsere Aufsichtsräte, darüber kann die Politik auf das Unternehmen Einfluss nehmen. Die Durchgreifbarkeit der Politik auf die Dienstleistungs-GmbH muss gewährleistet sein, deshalb auch unser kleiner Ergänzungsantrag. Es ist kein Änderungsantrag, wir sind mit der Vorlage an und für sich zufrieden, aber wir bitten in unserem Änderungsantrag darum, dass die Verwaltung nach Möglichkeit bis zum nächsten Stadtentwicklungsausschuss darlegen möge, wie sie diese Gesellschaft so gestaltet, dass politische Kontrolle möglich ist. Ich denke, das ist im Sinne von uns allen, deshalb bitte ich um Zustimmung zu dieser kleinen Ergänzung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

**Ralph Sterck (FDP):** Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Sie erlauben, dass ich etwas zitiere, das ich gerade aus dem Internet gezogen habe:



Der Rat möge beschließen: Als Beitrag zur Reduzierung der Wohnraumknappheit und zur Unterbringung neuer Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Köln bekennt sich der Rat der Stadt Köln zur Realisierung des Stadtteils Kreuzfeld.

Das war aus der Ratssitzung vom 18.07.2013, also jetzt fast zehn Jahre her, ein Antrag der FDP-Fraktion - leider abgelehnt. Damit kommen wir dann, lieber Kollege Homann, zur Lernkurve der SPD-Fraktion.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wieso wiederholen wir eigentlich jede Debatte?!)

Der Kollege Frenzel hat nämlich im Städteentwicklungsausschuss auch schon versucht, die SPD als die großen Retter oder Forcierer von Kreuzfeld herauszustellen. Genau das Gegenteil ist der Fall. Wir haben das damals in der Sprecherrunde des StEA besprochen und es gab einen StEA-Sprecher der SPD, der massives Interesse daran hat, dass der Stadtteil Kreuzfeld nicht realisiert wird, und das hintertrieben hat. Das sind auch die Gründe, warum wir damals, 2013, im ersten Anlauf noch keine Mehrheit dazu bekommen haben. Deshalb ist es auch nicht fair, jetzt zu versuchen, beim Bündnis abzuladen, dass es so spät ist. Also, wenn einer schuld ist, dass wir die Wohnungen nicht schon viel früher hätten bauen können, dann ist das die SPD.

(Beifall bei der CDU)

Aber Sie sehen, wie sehr ich für diese Idee brenne und mich freue, dass wir heute so weit gekommen sind. Ein Grund dafür, dass die Ratsmitglieder der FDP-Fraktion ein Interesse daran haben, dass diese Sitzung zügig zu Ende geht, liegt darin, dass morgen um 04.49 Uhr unser Zug in Richtung Kopenhagen startet

(Zurufe von der SPD: Oooh!)

und wir dort das Büro ADEPT, das den Wettbewerb mit gewonnen hat, in Kopenhagen besuchen wollen. Wir werden am Freitagnachmittag bei Cobe sein und uns die Planung für den Deutzer Hafen anschauen. Sie sehen: wichtige Themen, die merkwürdigerweise von Kopenhagen aus dann unsere Stadt gestalten. Wir werden gern berichten, was wir dort erfahren haben. Also, ein wichtiger Tag heute, dass wir die Entscheidung treffen können, in welcher Art und Weise es weitergeht.

Ich halte auch das Modell, das von der Verwaltung von Markus Greitemann und seinem Team entwickelt worden ist, für das Richtige. Wir wissen, dass Strukturen außerhalb der Verwaltung dabei erfolgreicher sind. Wir haben mit der Modernen Stadt schon mal ein erfolgreiches Unternehmen am Start und ich hoffe, dass die Unternehmungen, die sich jetzt um Kreuzfeld kümmern, dies aufgreifen, Tempo machen und schneller zum Ziel kommen, hier Wohnraum zu schaffen. Auch der „Stern der Bildung“, wie es Michael Weisenstein genannt hat: Dass da viel Bildung stattfindet, finden wir natürlich gut. Ich bin nur etwas skeptisch, was morgens um 8.00 Uhr abgehen soll, wenn Schulanfang ist oder so etwas. Denn selbst der ÖPNV, der dort heute mit der S-Bahn ist, hat nicht die Leistungsfähigkeit, die wir uns für so einen großen Schulstandort wünschen.

Den Änderungsantrag, Michael Weisenstein, tragen wir gern mit, denn das ist eine offene Frage, die geblieben ist. Zig Gremien, die gebildet werden sollen, die den Prozess begleiten, aber wie die Politik eingebunden wird, ist nicht dargestellt. Deshalb finden wir es richtig, dass das nachgeliefert wird. Von daher hat es etwas länger gedauert mit Kreuzfeld. Jetzt, nach zehn Jahren, sind wir hier mit einer breiten Mehrheit dabei. Ein schöner Tag, dass wir jetzt so weit gekommen sind. Ich freue mich auf die weitere Entwicklung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Venturini das Wort.

**Isabella Venturini (Volt):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Da eigentlich alles schon gesagt worden ist, ziehe ich meinen Redebeitrag zurück. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt und der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Busch.

**Philipp Busch (AfD):** Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Mit Ihrer Zustimmung würde ich wegen der fortgeschrittenen Stunde vom Platz aus sprechen. - Vielen Dank. Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Jetzt habe ich das große Vergnügen, heute einmal ein Lob



an die Verwaltung von meiner Fraktion auszusprechen. Herr Greitemann, erschrecken Sie sich bitte nicht. Es liegt ja unter anderem an Ihnen, dass -

(Zuruf von Lukas Lorenz [SPD])

- ja, hören Sie gut zu, Herr Lorenz! - wir so gut in die Entscheidung eingebunden wurden. Wir begrüßen auch - alle reden ja davon -, dass gebaut werden muss, deshalb: Gar nicht lange schnacken, direkt zustimmen und der Sache einen gangbaren Weg geben. Das sehen wir genauso.

(Unruhe)

Wir haben unsere Kritik an einer GmbH geäußert. Das haben Sie ja auch mehrfach entkräften können. Wir hoffen, es bleibt auch so. Mir bleibt es leider nicht erspart, nachdem hier schon wieder so viel Zwischengelaber ist, zu fragen, weil ja DIE LINKE den Antrag stellen wird. Wir hoffen natürlich, dass nicht wieder ein Schwager oder ein Trauzeuge mit irgendwelchen Aufgaben betraut werden muss, und Geld braucht in dem Fall.

(Zurufe von den LINKEN: Oooh! - Beifall bei der AfD)

- Ja, nicht „Oh!“; es ist ja so ärgerlicherweise. Wir würden uns das auch anders wünschen. Aber nachdem Sie ja schon angekündigt haben, dass es bei der Schulbaugesellschaft einen guten Fortgang gibt, gehen wir davon aus, dass es dann in dieser GmbH vernünftig wird. Wir kennen natürlich die Probleme, gute Leute aus der Wirtschaft zu gewinnen. Uns ist auch bewusst, dass das Ganze mehr kostet. Wir stehen aber dahinter, dafür, dass es dann auch endlich funktioniert. Wir bedanken uns bei Ihnen für das Einbinden, und meine Fraktion wird dieser Vorlage vollumfänglich zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt abstimmen. Ich habe Ihnen aber mitzuteilen für diejenigen, die nicht wissen, dass die Vorlage in der Bezirksvertretung Chorweiler zurückgestellt wurde und wir deshalb nicht abschließend entscheiden können, sondern den Beschluss ausdrücklich unter Vorbehalt fassen: Herr Beigeordneter Greitemann wird in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung - das wird Ende August sein - teilnehmen, und sollte die Bezirksvertretung bei ihrer erneuten Befassung mit der ungeänderten Vorlage nicht einverstanden sein,

wird die Vorlage im Rat nach der Sommerpause noch einmal behandelt werden. Das heißt, wir stimmen jetzt ab, aber ausdrücklich unter Vorbehalt, zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN und dann über die Vorlage, eventuell in geänderter Fassung; das werden wir sehen.

Änderungsantrag der LINKEN: Wer wünscht, diesem zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, Herr Zimmermann, die FDP, Die FRAKTION, Frau Gabriel und Volt. Gibt es Enthaltungen? - Es enthält sich die CDU-Fraktion. Dann ist der Änderungsantrag so beschlossen.

(Beifall bei der LINKEN und bei der FDP)

Ich lasse jetzt über die Vorlage in der soeben geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Es enthalten sich Die FRAKTION und Frau Gabriel. Dann ist die Vorlage in der geänderten Fassung beschlossen.

(Beifall bei der LINKEN)

Tagesordnungspunkt

## **10.28 Förderung des Kölner Flüchtlingsrates e. V. AN/0055/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

## **10.29 Beitritt der Stadt Köln zur Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheitskioske in Nordrhein-Westfalen (LAG GK NRW) AN/0318/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

## **10.30 Projektauswahlgremium "un:box cologne" AN/0382/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt





#### **10.31 Korrektur Ratsbeschluss 1141/2016 - Rücknahme der Zügigkeitserweiterung für die Königin-Luisen-Schule, Gymnasium Alte Wallgasse 10, 50672 Köln AN/0775/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### **10.32 Neubewertung des Projektes am Waidmarkt - Einstellung der Planungen für einen unterirdischen Kulturort (K3) und Perspektiven der weiteren städtebaulichen und kulturellen Entwicklung. AN/1357/2023**

Meine Damen und Herren, ich habe eine Rednerliste. Sie beginnt mit Herrn Hammer.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Lino Hammer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Viele von uns, wenn nicht sogar alle, glaube ich, wissen noch, wo sie am 03.03.2009 waren, als die Nachricht hereinkam, dass in der Südstadt das Stadtarchiv eingestürzt ist. Das ist für diese Stadt eine Zäsur gewesen. Es hätte, denke ich, keinen symbolischeren Ort geben können, an dem ein solches Unglück passiert. Neben den zwei direkt verunglückten Menschen wissen wir auch, dass eine weitere Person sich später das Leben genommen hat. Das bedeutet auch: Wir müssen hier einen würdigen Ort des Gedenkens und des Erinnerns schaffen. Ich bin der Frau Oberbürgermeisterin sehr dankbar, dass sie in den letzten Jahren am Jahrestag des Archiveinsturzes die Feierlichkeiten für die Stadt Köln ausrichtet und so an die Verantwortung, die auch die Stadt getragen hat, erinnert und sich zu dieser Verantwortung bekennt.

Auf die Frage des Erinnerns und Gedenkens gibt es keine einfache Antwort: Was ist ein würdiger Ort? Was ist ein angemessener Ort? Gedenk- und Erinnerungskultur wird ganz unterschiedlich gelebt und gehandhabt. Wir hatten es heute Morgen in der Sitzung bereits, als es um andere Gedenkort in dieser Stadt ging. Von daher war es eine gute Idee, ein gutes Ansinnen, dass aus bürgerschaftlichem Engagement die Idee entstanden ist, die sogenannte Halle mit dem Knick „K3“ mitzuentwickeln, zu schauen: Wenn wir ohnehin schon ein Bauwerk komplett neu errichten und neu denken müssen, dann lasst uns doch auch schauen: Wie

gehen andere Städte mit solchen Bauwerken um? In diesem Fall war es, meine ich, Düsseldorf, das auch Pate stand mit einer unterirdischen Halle, in der man Kulturveranstaltungen durchführen, aber auch gedenken kann.

Doch nicht alle guten Ideen, die breite Unterstützung in diesem Rat gefunden haben, lassen sich immer eins zu eins umsetzen. Ich bin allen Beteiligten der Stadtverwaltung, der KVB, aber gerade auch den Initiativen vor Ort sehr dankbar, dass man am Ende einen gemeinschaftlichen Weg gefunden hat, dieses Projekt nicht weiter fortzuführen - in dem Wissen, dass es auf jeden Monat ankommt, den wir schneller werden wollen, um die Stadtbahn endlich in Betrieb nehmen zu können, die wir brauchen, um die Verkehrswende in dieser Stadt vorantreiben zu können.

Dass die Verwaltungsvorlage am Ende nur zwei Punkte enthielt und vieles, das mit den entsprechenden Initiativen vereinbart wurde, in der Begründung steht, hat uns dazu veranlasst - ich bin auch sehr dankbar, dass sich dem fast alle Fraktionen zu dem gemeinsamen Änderungsantrag angeschlossen haben -, zu sagen: Hier müssen wir noch ein wenig nachschärfen und schauen: Wie können wir das bürgerschaftliche Engagement voranbringen, das diesen Ort vorangetrieben und uns dazu bewegt hat, neu nachzudenken und zu sagen: Der Ort, den wir im ursprünglichen Wettbewerb entwickelt haben, ist vielleicht doch nicht der richtige Ort, um zu erinnern und zu gedenken; es ist vielleicht doch nicht der würdige Ort, den wir hier haben wollen. Das haben wir in den Änderungsantrag aufgenommen. Dass auch die Gelder, die damals in der Vereinbarung mit der ARGE für diesen Ort vereinbart wurden, für die Umgestaltung verwendet werden können, war uns sehr wichtig.

Letztendlich - das ist aus unserer Sicht auch noch wichtig - müssen wir schauen: Wie können wir diesen Ort, ich sage einmal, vergrößern, sodass es eben am Ende nicht nur eine Plakette ist oder nicht nur das eine Mahnmal, sondern ein Ort, der zum Verweilen und Gedenken einlädt und daran erinnert, welches schreckliche Unglück im März 2009 hier passiert ist, und uns das immer wieder vor Augen hält, damit wir aus den Fehlern lernen können, dass das in dieser Stadt so nie wieder passieren darf.

Von daher danke ich allen, die an dem Antrag mitgewirkt haben, und allen, die an dem Vergleich mitgewirkt haben. Ich danke allen, die sich hier gemeinsam auf den Weg machen wollen, diesen Ort zu realisieren, und freue mich über eine breite



Zustimmung zu unserem Änderungsantrag und zu der Beschlussvorlage. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Kienitz das Wort.

**Niklas Kienitz (CDU):** Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen hier über einen Punkt, über ein Ereignis, das, wenn man so will, die Urkatastrophe des neuen Jahrtausends in unserer Stadt war. Es sind nicht nur drei Menschenleben verloren gegangen, sondern es ist auch Vertrauen in die Institution der Stadt Köln und in weitere Institutionen in unserer Stadt verloren gegangen, und wir müssen als Politik, als Verwaltung dazu beitragen, dass wir Stück für Stück über die Jahre dieses Vertrauen zurückgewinnen. Ich möchte mich daher ausdrücklich an den von meinem Kollegen Lino Hammer ausgesprochenen Dank an Sie, Frau Oberbürgermeisterin, was das Thema Übernahme von Verantwortung betrifft, anschließen. Dies kommt unter anderem dadurch zum Ausdruck, dass Sie regelmäßig in jedem Jahr bei den Gedenkveranstaltungen vor Ort waren.

Ich möchte mich aber auch, was den Umgang damit und das weitere Gedenken an die Katastrophe betrifft, bei den Initiativen, insbesondere bei der Initiative, die den Gedanken des Gedenkens und der - das ist vielleicht das falsche Wort, aber - Be-spielung dieses Raumes mit der Initiative k3, mit der Halle mit dem Knick, vorangetrieben hat, bedanken und darf mich - was zu der Vorlage geführt hat - auch sehr herzlich bei der Verwaltung bedanken, dass dort ein so großes Vertrauen geschaffen wurde, Herr Charles, durch verschiedene Planungsworkshops bzw. Planungswerkstätten, dass die Vorlage im Grunde genommen in der Breite der Initiativen mitgetragen wird.

Wir alle kennen die Themen, die an uns herangetragen wurden, die sich auch in der Begründung in der Vorlage wiederfinden. Wir haben einige dieser Themen aufgegriffen, denn das Ziel, das wir alle verfolgen, ist, einen angemessenen Stadtraum zu schaffen, der das aktive Erinnern in den Mittelpunkt stellt. Es geht darum, nicht nur einen Ort des Gedenkens zu schaffen, sondern - das muss man etwas davon abtrennen - über einen städtebaulichen Wettbewerb auch einen Stadtraum. Wir müssen noch einmal überlegen, ob es

richtig ist, die Ergebnisse eins zu eins zu übernehmen, die wir 2012 erarbeitet haben, und dabei künstlerische Aspekte zu integrieren, um das aktive Erinnern an das Unglück zu ermöglichen, aber auch im Georgsquartier in der Südstadt einen attraktiven Stadtraum zu schaffen.

Insofern herzlichen Dank, Herr Charles, herzlichen Dank, Herr Greitemann, für die Vorlage und das sensible Umgehen mit den Initiativen. Kollege Hammer hat den Änderungsantrag im Einzelnen erläutert. Das werde ich jetzt nicht tun. Es ist ein gutes Signal, dass der Änderungsantrag breit getragen wird. - Ich bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Helmis das Wort.

**Maria Helmis (SPD):** Herr Kockerbeck würde zu unserem Änderungsantrag beginnen, das hatten wir so verabredet. Ich hoffe, das ist okay für Sie.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Okay, ja, klar.

**Heiner Kockerbeck (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Maria und ich teilen uns quasi die Vorstellung unseres Änderungsantrags, den wir an die anderen Fraktionen verschickt hatten. Es wird jetzt angesichts der Mehrheitsverhältnisse ein Antrag herauskommen, der uns trotzdem zufriedenstellt. Wir sind froh darüber, dass es hier im Rat so einen großen Konsens gibt. Zunächst bedanken wir uns aber auch bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit; denn die Vorlage, die heute vorliegt, ist wirklich sehr gut gelungen und zeigt, dass in den Workshops und Planungsforen sehr gut gearbeitet wurde.

Unser Änderungsantrag wie auch der des Bündnisses zielt auch darauf ab, Aussagen aus der Begründung in den Beschlusstext aufzunehmen. Wir finden es sehr gut, dass es in der Begründung skizziert wurde; wir möchten es aber gern auch in den Beschlusstext aufgenommen haben. Es geht darum, dass südlich des Waidmarktes am Archiveinsturz ein großer Bereich des, wie schon gesagt, würdigen Gedenkens und für kulturelle



Veranstaltungen entstehen kann, ein lebenswerter Stadtraum - davon spricht die Vorlage -, der Platzcharakter hat. Wir denken: Wenn man das ernst nimmt, muss dieser auch weitgehend verkehrsberuhigt sein. Das ist städtebaulich aber eine sehr große Möglichkeit, die jetzt entstanden ist in der Abkehr von der unterirdischen Halle k3. Wie auch der andere Antrag, muss das natürlich alles unter Federführung des Dezernats für Planen und Bauen und unter Beteiligung der beim Kulturdezernat angesiedelten Planungswerkstatt genau ausgearbeitet werden. Es muss ein neues Qualifizierungs- und Planungsverfahren geben.

Wir sind froh, dass es einen Konsens gibt, dass das Grundstück des früheren Historischen Archivs dauerhaft in städtischem Eigentum bleibt. Dem schließen wir uns natürlich an. Jetzt steht im anderen Antrag die Formulierung:

Es wird geprüft, ob die zwei benachbarten Grundstücke an der Ecke Severinstraße/Georgsplatz angekauft werden können.

Damit können wir uns auch anfreunden, denn sinngemäß wird damit schon übernommen, was wir anstreben.

Zu dem anderen Punkt übergebe ich jetzt an Maria.

(Beifall bei der LINKEN)

**Maria Helmis (SPD):** Perfekt orchestriert! Ich würde kurz vom Platz aus sprechen. Herzlichen Dank, Heiner. - Wir sind alle froh, dass es konsensual hier der Fall zu sein scheint, dass die Anregungen zum ArchivKomplex ernst genommen und aufgenommen werden. Ich war mit Elfi Scho-Antwerpes, Florian Weber war auch dabei, bei der Veranstaltung im Literaturhaus. Dort war sehr eindrucksvoll zu merken, dass es eine jahrelange Arbeit ist, die in die Erarbeitung dieses unterirdischen Ortes geflossen ist, dass es nicht leicht ist, dies aufzugeben und dort kluge Ideen entstanden sind. Deshalb stellt sich für uns die Frage, warum der fast einzige Unterschied - außer dem eben benannten - zwischen den beiden Änderungsanträgen ist, dass nicht aufgenommen wurde, dass die Mittel, die nun weiterverwendet werden sollen, auch ausdrücklich für temporäre ortsbezogene Kulturaktionen und Veranstaltungen unter Regie des Kulturdezernats und der Projektwerkstatt verwendet werden sollen.

Deshalb würde ich gern noch einmal ausdrücklich die Frage stellen: Was spricht aus Eurer Sicht dagegen, die Mittel nach Vorliegen eines entsprechenden Konzepts nicht auch in temporäre Aktionen des Gedenkens und Erinnerns vor Ort fließen zu lassen? Wir haben im Umkreis Schulen und eine lebendige Stadtkultur, und ich denke, wir sollten nicht zu lange warten, dem Erinnern hier wirklich Raum zu geben. Das Geld dafür ist in eurem Änderungsantrag zurückgestellt, insofern das Angebot, dies noch aufzunehmen, und wir könnten es in einen gemeinsamen Änderungsantrag konsensual übergehen lassen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN -  
Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Das müssen wir noch beraten!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich sage jetzt einmal aus meiner Sicht und natürlich nicht mit der Kulturverwaltung abgesprochen, Herr Charles: Wir haben wirklich jede Einzelheit - das war uns auch wichtig - mit „Köln kann auch anders“ und ArchivKomplex besprochen, und ich habe auch großes Verständnis dafür, dass wir die Mittel, die wir im Grunde nicht ausgeben, weil wir das k3 nicht brauchen für diesen Gedenk- und Erinnerungsort - - Wobei ich jedenfalls in meiner Wahrnehmung nie die Vorstellung hatte, dass das nur in, ich sage jetzt einmal, Backsteine fließen kann, sondern ich bin immer davon ausgegangen, dass das auch in irgendwelche Veranstaltungen fließen kann.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Aber das ist nur meine Wahrnehmung. Ich weiß nicht, welche Wahrnehmung ArchivKomplex hat. Deshalb würde ich das gern mitnehmen und mit denen besprechen, wie wir alles andere auch besprochen haben. Ich würde jetzt wirklich ungern meine Wahrnehmung zur Grundlage einer Entscheidung machen. - Herr Charles, wie sehen Sie das?

(Beigeordneter Stefan Charles nickt -  
Maria Helmis [SPD]: Wir haben die Anregung von ArchivKomplex!)

- Ja, das kann ja möglich sein. Ich hätte es nur gern selbst von denen. Wie gesagt, ich habe nichts dagegen. Wir werden gleich überlegen, wie wir das machen können. - Herr Sterck hat das Wort.

**Ralph Sterck (FDP):** Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine



Damen und Herren! Um diese Frage, die jetzt gerade diskutiert worden ist, aufzugreifen: Ich hatte genau die gegenteilige Vorstellung. Ich habe mir gedacht: Das sind investive Ausgaben, die wir machen, dafür wollen wir einen handfesten Gedenkort haben und nicht sozusagen über Jahre konsumtive Ausgaben für irgendwelche Aktionen dort. Das war meine Vorstellung und auch die unserer Fraktion, deshalb waren wir bei der Formulierung, die wir im Änderungsantrag gemeinsam gefunden haben. Das ist etwas anderes. Aber wie gesagt, wenn wir jetzt jedes Jahr von dem Geld etwas abknapsen, dann ist am Ende für den Gedenkort und die Kultur, die wir uns dort vorstellen, vielleicht nichts mehr übrig.

Ich kann mich ansonsten den Worten der Vorredner vollumfänglich anschließen, was die Situation dort am Waidmarkt betrifft. Ich möchte ein Stichwort des Kollegen Kienitz aufgreifen, der von „verlorenem Vertrauen“ im Zusammenhang mit dem Einsturz von 2009 gesprochen hat. Ich muss für mich sagen: Bei dem Beschluss der damaligen Vorlage für den Kulturraum, für den k3, ist bei mir noch einmal zusätzliches Vertrauen in die Verwaltung verloren gegangen. Nämlich die Transparenz, was den Zeitplan betrifft, hat aus meiner Sicht damals nicht in dieser Form nicht stattgefunden. Wenn dem Rat gesagt worden wäre, die Inbetriebnahme der U-Bahn dauere 18 Monate länger, wenn wir den k3 realisieren, dann, könnten Sie sicher sein, hätte ich bis zuletzt dafür gekämpft, den k3 zu verhindern, weil das Allerwichtigste am Waidmarkt ist, dass wir die U-Bahn in Betrieb nehmen, und da können wir uns keine 18 Monate leisten.

(Beifall bei der FDP und bei Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

Jetzt haben wir immerhin von den 18 Monaten zehn Monate zurückbekommen. Hoffentlich lässt sich das dann so realisieren. Acht Monate sind verloren gegangen. Insgesamt harren wir alle, dass wir das Ding möglichst schnell in Betrieb nehmen. Von daher finde ich insbesondere die zehn Monate, die wir damit bekommen haben, noch viel wertvoller als die 4,8 Millionen. Der Gegensatz zu dem verlorenen Vertrauen ist aber ein Lob, das ich heute der Verwaltung aussprechen möchte über den Prozess, der hier gefahren worden ist, in der Diskussion mit den Initiativen.

Wir haben ja alle in unserer politischen Erfahrung eine Ahnung davon, welchen Shitstorm wir erten, wenn wir als Stadt Köln auf die Idee kämen, so eine Idee zu begraben. Wie hier die Verwaltung in den Dialog getreten ist, langfristig Gespräche

geführt hat, Lösungen gesucht und für Verständnis geworben hat, liebe Verwaltung, das muss der Standard sein, wenn ich mir überlege, was wir alle, Verwaltung und Politik, für Probleme haben, mit Vorlagen, die irgendwo vom Himmel fallen, wo du denkst: Hör mal, warum hat denn keiner mal mit den Leuten gesprochen? Wo kommt denn so etwas her? Warum redet man denn nicht? Warum kommt man nicht zusammen? Warum macht man keine Bürgerbeteiligung?

Wir haben dafür geworben, dass bei den Verkehrsversuchen mit den Betroffenen gesprochen wird. Wir haben uns gewundert, dass bei der Werbesatzung niemand mit IHK, Einzelhandelsverband und DEHOGA vorher mal besprochen hat, welche Vorstellungen sie von der Werbesatzung haben, obwohl sie doch die Betroffenen sind. Also bitte, liebe Verwaltung, nehmt euch diesen Standard, den wir hier gefunden haben, am Waidmarkt zum Maßstab für Bürgerbeteiligung, wie man mit Initiativen, mit Interessenvertretern umgeht, dann bekommt man das ganz geräuschlos hin. Da bekommt man viel Verständnis und eine breite Mehrheit hier im Rat. Das muss der Standard werden.

Daher herzlichen Dank, dass das so gut geklappt hat, und die Hoffnung, dass wir die U-Bahn möglichst schnell realisieren. Sie ist ganz wichtig für unseren ÖPNV, für unsere Verkehrswende und für alles Weitere, was wir als Stadt planen. Von daher hoffe ich, dass alle Aktivitäten der Stadt in dieser Richtung gebündelt werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Jeschka das Wort.

**Manuel Uwe Jeschka (Volt):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg\*innen und Zuschauer\*innen, die noch da sind! Ich möchte mich dem Dank an die Verwaltung ganz ausdrücklich anschließen, will es aber nicht unnötig in die Länge ziehen. Die Rede hätte eigentlich Frau Glashagen gehalten, die heute leider verhindert ist. Deshalb danke schön an die Verwaltung für diesen Prozess, dass Sie diesen so eng begleitet haben. Die Rede geben wir zu Protokoll. - Danke schön.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Okay. - Jetzt gibt es einen Antrag zur Geschäftsordnung. Herr Kockerbeck.





**Heiner Kockerbeck (DIE LINKE):** Mein Antrag wäre, dass die Vorlage heute beschlossen werden könnte. Wir haben uns geeinigt: Die Frage zu den Kulturaktionen kann die Verwaltung als Prüfungsauftrag mitnehmen und dann im Kulturausschuss über das Ergebnis der Prüfung berichten.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich würde das sehr gern aufnehmen und gern von Ihnen erfahren, wie dann der Punkt 4 Ihres Antrags lauten soll. Er müsste ja etwas umformuliert werden.

(Maria Helmis [SPD]: Ergänzt!)

- Oder wir machen es als Ergänzung, wie Sie mögen.

**Heiner Kockerbeck (DIE LINKE):** Der Prüfantrag - das ist jetzt natürlich auch eine Frage an die SPD, ob sie das so mitträgt - würde dann lauten:

Die Verwaltung prüft, ob für temporäre ortsbezogene Kulturaktionen und Veranstaltungen unter Regie des Kulturdezernates und der Werkstatt Mittel aus diesem Betrag entnommen werden.

Von den 4,8 Millionen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich sage nur noch einmal, um das zu ergänzen und Sie darüber zu informieren: Die Projektwerkstatt ist für ein Jahr beabsichtigt, und dann sollen die erarbeiteten Ziele und Ideen für Projekte umgesetzt werden. Das können wir auch gar nicht machen, wir können keine dauerhafte Begleitung durch die Projektwerkstatt sicherstellen. Es hat präjudizierende Wirkung. Wir haben das hier gemacht, weil es eine absolute Besonderheit ist: Diese Projektwerkstatt arbeitet nicht rein ehrenamtlich. Deshalb bin ich jetzt noch etwas vorsichtig, wie wir das diskutieren, also müssen wir das noch ein wenig verändern.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das wird geprüft, ja!)

- Prüfen kann man, alles klar.

**Heiner Kockerbeck (DIE LINKE):** Frau Oberbürgermeisterin, wir können die Projektwerkstatt vielleicht auch weglassen, sondern: „Aktionen unter Regie des Kulturdezernates“.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Das wird geprüft. Dann würde ich das aufnehmen wollen, wenn ich erhoffen kann, dafür eine Mehrheit zu bekommen - was schön wäre, wenn wir es heute beschließen würden.

(Niklas Kienitz [CDU]: Ja, genau!)

Herr Kienitz, das wäre dann eine Ergänzung? Sie sagen jetzt einmal, was Sie meinen.

**Niklas Kienitz (CDU):** Frau Oberbürgermeisterin! In der Tat, das wäre eine Ergänzung unseres Antrages, so wie Sie es gerade formuliert haben. Wir würden das in unseren Antrag übernehmen, weil er mit hoher Wahrscheinlichkeit die Mehrheit hat. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Dann würden Sie Ihren Antrag zurückziehen und ich würde über den Änderungsantrag mit der Ergänzung unter Punkt 5 abstimmen lassen, dass die Verwaltung das prüft, was bei Ihnen in Absatz 4 steht, außer Projektwerkstatt. - Gut. Ob Mittel auch für temporäre ortsbezogene Kulturaktionen und Veranstaltungen unter Regie des Kulturdezernates verwendet werden können.

**Maria Helmis (SPD):** Richtig. Dann würde das so übernommen werden, und es wäre ein gemeinsamer Antrag. Das wäre uns noch wichtig. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Okay. Gut.

**Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen):** Genau so hatte ich den Kollegen Kienitz auch verstanden, und ich hoffe, dass dies auch im Sinne der anderen Antragsteller\*innen ist. Wir würden diese Änderung in unseren Änderungsantrag aufnehmen, sodass wir jetzt über den geänderten Änderungsantrag abstimmen könnten.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich denke, damit würden wir heute aus dieser schwierigsten Situation wirklich gut herauskommen. Gut. Dann darf ich jetzt also über den Änderungsantrag auch „SPD und LINKE“ schreiben.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Ja, oben drauf!)



Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Soll ich es noch einmal vortragen, oder weiß jeder, worüber wir abstimmen? - Gut. Dann frage ich jetzt, ob es Gegenstimmen zu diesem Änderungsantrag gibt. - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist der Änderungsantrag so beschlossen.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP und bei der LINKEN)

Wirklich vielen Dank.

Noch einmal die Vorlage in der geänderten Fassung. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist auch diese Vorlage in der soeben geänderten Fassung beschlossen. Danke sehr.

Tagesordnungspunkt

#### **10.33 Verlängerung des Förderprogramms "GRÜN hoch 3 Dächer | Fassaden | Höfe" und Erhöhung des Fördervolumens AN/1424/2022**

Meine Damen und Herren, gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann frage ich, ob es Gegenstimmen gibt. - Wir stimmen ab über Klima- und Umweltausschuss, Anlage 5, und Finanzausschuss, Anlage 6. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die AfD. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### **10.34 Verlängerung (und Reduzierung) des Personals für die medizinische Versorgung der Geflüchteten aus der Ukraine AN/1462/2023**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

#### **10.35 Integrationsbudget 2023 - Mittelverteilung zur Realisierung einer mehrsprachigen Veranstaltungsreihe zu Gesundheitsthemen für Senior\*innen mit internationaler Familiengeschichte durch die Interkulturellen Zentren der Stadt Köln AN/1533/2023**

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Boyens.

**Stephan Boyens** (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und

Herren! Es geht in dieser Vorlage, finanziell gesehen, um einen lächerlich geringen Betrag: 8 403 Euro. Es geht uns daher auch nicht um diese Summe, sondern vielmehr um das Prinzip und die damit einhergehende Anspruchshaltung gewisser migrantischer Kreise in unserer Stadtgesellschaft.

(Güldane Tokyürek [DIE LINKE]: Buh! - Zuruf von der AfD: Hört doch mal zu!)

Wir fragen: Wie kann es sein, dass jemand seit Jahrzehnten hier lebt und dann als Rentner immer noch so wenig Deutsch spricht, dass er oder sie eine Information in der Muttersprache benötigt, um seine Ansprüche gegenüber dem deutschen Gesundheits- und Sozialsystem erklärt zu bekommen? Wie kann das sein?

(Unruhe)

Grotesk ist das Ganze doch ausgerechnet in Zeiten wie heute, wo es beste, kostenlos verfügbare Übersetzungsprogramme von Google & Co. gibt. Ob der deutsch-türkische Verein als verwaltende Stelle eine geeignete Organisation für dieses Programm ist, sei dahingestellt. Diese Vorlage, meine Damen und Herren, fördert wie unter einem Brennglas ein Grundproblem dieser Stadt zutage, nämlich die vielen Parallelgesellschaften, die wir in dieser Stadt, in diesem Land seit Jahrzehnten zulassen. Ich sage Ihnen: Wer nach Jahrzehnten in Deutschland immer noch kein Wort Deutsch spricht, ist in dieser Stadt, ist in diesem Lande nie angekommen.

(Zurufe von der LINKEN)

Wer nach Jahrzehnten in Deutschland zu 80 Prozent Erdoğan wählt, ist in dieser Stadt, ist in unserer Gesellschaft nie angekommen. Und wer nach Jahrzehnten in Deutschland zu 80 Prozent ausschließlich die eigenen Landsleute heiratet, der ist in dieser Stadt, in dieser Gesellschaft nicht angekommen.

(Uschi Röhrig [DIE LINKE]: Buh! - Das ist zum Fremdschämen!)

Diese Menschen sind nie angekommen, und zwar nicht, weil wir sie nicht lassen, sondern weil sie es nicht wollen. Und das, nebenbei bemerkt, ist ja auch ihr gutes Recht. Aber dann müssen sie das alte arabische Sprichwort gegen sich gelten lassen; dann sollten sie die folgenden Worte dieses Sprichwortes beherzigen:

Und weilst du bei einem Volke 40 Tage, so sei einer von ihnen oder wandere weiter.



Viele Menschen, über die wir hier reden, sind nicht seit 40 Tagen, nein, sie sind seit 40 Jahren bei uns. Es müsste also heute heißen: „Und weilst du bei einem Volke 40 Jahre, so sei einer von ihnen oder wandere weiter.“

(Sarah Niknamtavin [DIE LINKE]: Wandern Sie doch weiter!)

Meine Damen und Herren, genau das ist der Grund, warum wir ganz ernsthaft und unaufgeregt über breit angelegte Remigrationsprojekte nachdenken und diskutieren müssen. Die Integration der letzten 40 Jahre ist in vielen Fällen krachend gescheitert - krachend gescheitert -, und diese Vorlage ist ein weiterer Beweis dafür. Wir sagen als AfD: keine staatlichen Hilfsangebote für Integrationsverweigerer.

Meine Damen und Herren, lassen Sie die klare und schnörkellose Sprache des arabischen Sprichwortes einfach mal auf sich wirken: „Und weilst du bei einem Volke 40 Tage, so sei einer von ihnen oder wandere weiter.“ In diesem Sinne: Salam aleikum! - Shukran.

(Beifall bei der AfD - Zurufe von der LINKEN: Buh!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Die AfD. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### **10.36 Bestandsaufnahme und Strategie zur Integrierten Klimafolgenanpassung AN/2352/2022**

Ich gebe Frau Abé das Wort.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Denise Abé** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer\*innen! Wir leben in einer Zeit der Krisen, und eine der zentralen Krisen jetzt und in den nächsten Jahrzehnten ist die Klimakrise. Starkregen und Hitze gehören zu unserem Alltag. Darunter leiden nicht nur wir, sondern vor allem die Natur und die Schwächsten unter uns: Kranke, alte Menschen, kleine Kinder usw. Daher haben wir uns auf den Weg gemacht, die Klimakrise zu stoppen, und kämpfen auf allen

Ebenen für Klimaneutralität. Nichtsdestotrotz müssen wir aber schon heute den nicht aufzuhaltenden Folgen entgegentreten. Wir brauchen Klimafolgenanpassung.

Im Dezember 2021 haben wir auf unsere Initiative hin beschlossen, eine dezernatsübergreifende Strategie für eine integrierte Klimafolgenanpassung und ein Sofortprogramm zu entwickeln. Die Umsetzung hat etwas länger gedauert als geplant, dafür ist das Ergebnis umso besser. Qualität geht vor Schnelligkeit. Mit dem Klimawandelanpassungsmanagement, kurz: KAM, sind wir Vorbild für andere Kommunen. Mit der Vorlage wird Klimafolgenanpassung als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung implementiert und zentral koordiniert. Das ist ein wichtiger Schritt. Klimafolgenanpassung ist in aller Munde und auch auf der Landesebene angekommen. Das verbessert die Förderlandschaft.

Aber auch in Köln fangen wir nicht bei null an. Als Grundlage haben wir die Studie „Klimawandelgerechte Metropole Köln“, und die Bestandsaufnahme in der Anlage 2 zeigt: Wir haben eine Vielzahl von Maßnahmen, zum Beispiel eine klimawandelangepasste Stadtentwicklung, einen Hitzeaktionsplan GRÜN hoch 3, das mir dem heutigen Beschluss ausgeweitet und fortgeschrieben wird, Maßnahmen zur Entseigelung, Baumschutz, Überflutungsvorsorge und, und, und. So wie wir es uns gewünscht haben, werden diese nun gebündelt und fortgeschrieben und in einem weiteren Schritt zu einer Strategie entwickelt. Durch eine zentrale Koordination werden Fördermittel besser akquiriert, die Bevölkerung sensibilisiert, aber vor allem kann schnell und zielgerichtet gehandelt werden. Das ist wichtig und dringend notwendig.

Wenn wir die Vorlage und damit auch die Sofortmaßnahmen heute beschließen, können wir bereits in diesem Jahr die Klimafolgen verstärkt abmildern. Ich habe gerade online eine Schlagzeile gelesen, dass der Sommer noch heißer wird als in den vergangenen Jahren.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich bitte noch auf einen Punkt im Speziellen eingehen. Ich halte es für richtig, dass wir mit diesem Beschluss auch Gelder für die Umsetzung des Masterplans „Stadtgrün“ zur Verfügung stellen. Die Stadt steht vor großen Herausforderungen, wir haben es heute schon aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet: Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum, Schulen und Gewerbesteuerereinnahmen. Dafür brauchen wir Flächen. Diese sind knapp. Aber die



Menschen, die hier wohnen, lernen und arbeiten, brauchen Lebensqualität. Was nützen uns Wohnungen, Schulen und Gewerbe, wenn sich die Stadt aufgrund von Hitze und Überschwemmungen nicht mehr leben lässt?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Daher müssen wir abwägen und schauen, wo wir Grünflächen erhalten, Flächen entsiegeln oder durch Begrünung eine Netto-Null-Neuversiegelung erzielen können. Ich appelliere an Sie alle: Lassen Sie uns Soziales, Wirtschaft und Klima nicht gegeneinander ausspielen. Lassen Sie uns die Herausforderungen für die Zukunft von Köln zusammendenken und nach Lösungen suchen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Lassen Sie uns heute die integrierte Klimafolgenanpassung auf den Weg bringen. Ich bitte um Zustimmung zur Vorlage wie AKUG.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Aengenvoort das Wort.

**Constanze Aengenvoort (CDU):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir heute die Beschlussvorlage zur Klimafolgenanpassung beschließen können, weil sie zeigt, dass wir in der Arbeit für Klima und Umwelt in dieser Stadt vorankommen. Ähnlich wie beim Schulbau liefern wir heute auch Ergebnisse ab. Ende 2022 haben wir die Klimaneutralitätsstrategie beschlossen, jetzt folgt mit den Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung sozusagen die zweite Säule, mit der wir dafür sorgen, dass wir auch in Zukunft in Köln gut leben können. Das eine ist der Schutz des Klimas, das andere ist aber auch das Akzeptieren des Klimawandels und die Anpassung unserer Infrastruktur. Der Vorteil bei der Klimafolgenanpassung ist meiner Meinung nach, dass wir in Köln ganz konkret Maßnahmen ergreifen können, die hier in Köln wirken und den Bürgerinnen und Bürgern und uns allen zugutekommen.

Bei der weiteren Ausarbeitung der Maßnahmen ist es uns wichtig, dass wir auch Pilotprojekte zum Thema Verschattung umsetzen, deshalb haben wir einen Änderungsantrag gestellt. Wir brauchen Ansätze, wie wir zukünftig Spielplätze und öffentliche Plätze in heißen Sommerphasen weiter nutzen können. Die Datenbasis für die integrierte Kli-

mafolgenanpassungsstrategie muss noch aktualisiert werden - daran wird gearbeitet -, damit wir die Veränderungen in Köln besser abschätzen können; denn die bisherige Studie ist über zehn Jahre alt und natürlich hat sich das weiterentwickelt. Wir müssen es jetzt nochmals neu anschauen und eine Basis haben, auf der wir zukünftig Entscheidungen treffen können, auch bezogen auf einzelne Stadtbezirke und Stadtteile. Daher unterstützen wir auch die Schaffung der Stellen im Klimafolgenanpassungsmanagement, hoffen, dass sie schnell besetzt werden und wir mit Tempo weiterarbeiten können. - Danke.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt habe ich eine Wortmeldung von Herrn Achtelik.

**Christian Achtelik (Voll):** Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe. Das wissen Sie, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, das wissen auch die allermeisten hier im Saal und auf der Tribüne und zu Hause. Das klingt wie eine Binse, aber es ist erst in den letzten Jahren und insbesondere über die Stärkung der Koordinationsstelle hier in Köln auch in den Verwaltungsstrukturen so angekommen. Es hat sich also gezeigt, dass auch eine Querschnittsaufgabe Führung und vor allem Koordination und Beratung braucht. Mit diesem guten Beispiel im Hinterkopf begrüßen wir die Schaffung einer ähnlichen Koordinationsstelle für Klimawandelanpassungsmanagement. Denn das ist nicht das gleiche wie Klimaschutz, was man immer wieder betonen muss, und bedeutet andere Aufgaben und andere Herausforderungen. Für diejenigen, die bei der Hauptversammlung des Deutschen Städtetags waren, können sich vielleicht an eine Zahl von Herrn Lewe erinnern: 16 000 Stellen werden in diesem Bereich in Deutschland gebraucht, damit wir die Herausforderungen, die auf uns zukommen, schaffen. Wir machen also auch im deutschen Städtevergleich wichtige Schritte in die richtige Richtung, um diesen Bereich weiter zu stärken. Des Weiteren, wie die Vorrednerinnen schon gesagt haben, erteilen wir eine Mittelfreigabe für Sofortmaßnahmen, die hoffentlich sehr schnell Wirkung zeigen werden. Auch die Brücke zum Masterplan „Stadtgrün“ wird mit dieser Vorlage geschlagen, was wir sehr begrüßen. Wir danken daher der Verwaltung für die Darstellung des bisherigen Standes mit Blick auf unserem Klimadezernenten und freuen uns dann auf die ausgearbeitete Strategie. - Vielen Dank.





(Beifall bei Volt sowie bei Teilen der CDU und des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Röhrig.

**Uschi Röhrig (DIE LINKE):** Ich mache es von hier aus, denn ich wollte eigentlich nicht so lange reden zu der Bestandsaufnahme und Strategie zur integrierten Klimafolgenanpassung. Wir begrüßen die Vorlage und haben ihr im Umweltausschuss auch zugestimmt. Ursprünglich wollten wir einen Änderungsantrag bzw. Ergänzungsantrag stellen, weil uns die zeitliche Abfolge etwas zu lange dauert, bis da überhaupt etwas passiert, denn der Antrag wurde ja auch schon Ende 2021 gestellt und auch da schon in Arbeit war. Nach einem erfolgreichen Informationsgespräch und Austausch mit der Verwaltung haben wir dann davon Abstand genommen und das auch zurückgezogen im Umweltausschuss. Weil: Es sind aktuell viele Maßnahmen in Arbeit, da sind ja auch einige schon genannt worden, und zwar unter anderem das Tagen des Runden Tisches zum Hitzeplan, Einsatz von mehr Personal, Angehen von Entsiegelungen, was ja sehr wichtig ist auch für die Abkühlung für die große Stadt Köln, dann Einsatz eines Monitorings, der hoffentlich auch bald anfängt regelmäßig zu tagen. Und bis Ende des Jahres sollen neue Zahlen des Wetterdienstes vorliegen, die dann auch noch mit in diese Strategie Einfluss nehmen.

Uns fehlt aktuell nach wie vor ein erarbeitetes Klimaanpassungskonzept. Wir sehen aber erst einmal den guten Ansatz vonseiten der Verwaltung, und deswegen werden wir hier auch zustimmen, uns aber vorbehalten, später erneut einen Antrag zu stellen, damit mehr Bewegung gegebenfalls in die Umsetzung kommt.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann würde ich jetzt gerne abstimmen lassen, und zwar wie Klima- und Umweltausschuss, Anlage 3. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Es enthält sich die FDP-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

## **10.37 Institutionelle Förderung des Vereins EIT Culture & Creativity e. V. für die Haushaltsjahre 2023-2030 1093/2023**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

## **10.38 Aufwertung Neumarkt - Arbeitspaket 1 „Mobilität“ Baubeschluss für die attraktivere Verbindung der Platzinnenfläche sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen - hier: Finanzstelle 6601-1201-0-1002, Platzgestaltung (Öffentliche Platzflächen). 1011/2023**

Ich habe laut meiner Rednerliste Frau De Bellis als erste Rednerin.

**Teresa De Bellis-Olinger (CDU):** Vielen Dank, liebe Frau Oberbürgermeisterin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen im Livestream! Ich habe den Wunsch, zu der Vorlage etwas beizutragen. Zunächst mal freut es mich. Ich kann mich nicht erinnern, seitdem ich verkehrspolitische Sprecherin für meine Fraktion bin, dass wir eine Vorlage hatten, die sich tatsächlich nur auf die Fußgänger konzentriert. Das ist toll! Auch möchte ich an der Stelle Lob aussprechen. Und wir, die CDU, werden selbstverständlich der Vorlage zustimmen, wie mit der Anlage 7. Aber nichtsdestotrotz möchte ich mir erlauben, zwei Punkte aufzunehmen, die wir bereits beim Orts-termin besprochen haben. Auch das war ein sehr gut durchgeführter Termin, und auch das schnelle Protokoll. Da gibt es nichts zu mäkeln.

Nichtsdestotrotz, wenn ich mir die Anlage 7 anschau, möchte ich mir heute den Punkt 4 und 5 anschauen. Was mich da ein bisschen stört ist - aber sicherlich kann man da doch das ein oder andere noch optimieren, um tatsächlich den Fußgänger hier auch in den Fokus zu bringen -, dass doch die Konzentration des Fußgängers ein wenig zu weich dargestellt wird. Ich vermisste an der Stelle besonders die Meinung des Fußgängerbeauftragten. Das letzte Mal, als ich etwas von ihm gelesen habe, war kurz nach seinem Beginn, da wollte er Köln zu Fuß erkunden. Ich weiß gar nicht, ob er schon zurück im Rathaus erschienen ist.



(Beifall und Heiterkeit bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wir lachen da vielleicht drüber, aber ich werde ihnen auch erläutern, wieso. Ja, ich meine, Köln ist groß, man braucht ein bisschen Zeit. Und nichtsdestotrotz, Herr Egerer, vielleicht richten Sie ihm meine Grüße an dieser Stelle aus. Wenn ich mir den Plan vom Neumarkt anschau, sehe ich zwei Punkte, und zwar zum einen die Radstellanlagen im Bereich der Zeppelinstraße/Schildergasse. Ich hoffe sehr, dass die so aufgestellt werden, dass genügend Platz ist, damit die Fußgänger, die vielleicht nicht ganz so schnell unterwegs sind oder auch Einschränkungen haben, diese Strecke ohne Gefahren passieren können. Bei Punkt 4 der Anlage 7 schreiben Sie, Sie möchten eine Entschärfung der möglichen Konflikte zwischen Fußgängern und Radfahrenden. Wenn man sich aber die Vorlage anschaut, gerade in der Begründung, wir rechnen ja mit der Aufwertung des Neumarkts mit viel mehr Fußgängern; das wollen wir auch. Wir wollen den Platz beleben. Ich hoffe, dass diese Entschärfung nicht nur auf dem § 1 der Straßenverkehrsordnung beruht, sondern auch tatsächlich ein sicheres Überqueren über den Fahrradweg ermöglicht. Ich bin da auch ganz guter Hoffnung, dass man die Signalanlage dann nicht ganz unten rausfallen lässt, zumal Herr Siggelkow, der Amtsleiter, diese Thematik verstanden hat und diesen Konflikt nicht nur mit gegenseitiger Rücksichtnahme lösen möchte, sondern tatsächlich dort eine Möglichkeit schafft, dass die Fußgänger und auch gerade Menschen mit Behinderungen an dieser Stelle diesen Radweg wirklich gesund und sicher auch überqueren können.

Eine Sache hat mich sehr enttäuscht. Das betrifft nicht die Kollegen im Rat, aber auch nicht die Verwaltung: Ich habe mich letzte Woche mit einem Vertreter eines Radverbandes unterhalten und das spiegelt so ein bisschen die Vorlage der BV 1 wider, auf den Inhalt möchte ich gar nicht eingehen. Man hat versucht, an der einzigen Vorlage, die sich wirklich auf die Fußgänger konzentriert, alles noch reinzupacken, um das Fahrrad nicht auszubremsten. Mit diesen Worten wurde es mir ebenfalls gesagt. Wenn wir diese Kommunikation wirklich weiter so vornehmen und so miteinander sprechen, schafft das kein gutes Klima für die verschiedenen Mobilitätsbewegungen. Und der zweite Satz, der mich auch ein bisschen fast auf die Palme gebracht hat -

(Ralph Sterck [FDP]: Das schafft man doch bei dir gar nicht!)

- Wie bitte? Charmant wie immer, lieber Ralph. -, war, dass man gesagt hat, die Lichtsignalanlage ist viel zu teuer, deswegen darf sie da nicht hinkommen. Ganz ehrlich, die Unversehrtheit eines jeden Menschen ist für mich an der Stelle nicht verhandelbar.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

und die darf auch nicht scheitern, das sichere Überqueren ist erforderlich. Also bitte, liebe Verwaltung, Herr Egerer, lassen Sie sich nicht einschüchtern. Sorgen Sie dafür, dass es tatsächlich eine Vorlage für Fußgänger bleibt. Der Fußgänger soll hier im Fokus stehen. Wir schaffen die Aufwertung des Neumarkts. Das schaffen wir auch zusammen. Ich bin mir sicher, dass Sie diese Thematik nicht aus dem Blick verlieren, auch wenn unser Fußgängerbeauftragter noch den Weg zurück ins Rathaus findet. Haben Sie das im Blick! Und sehen Sie es mir nach, dass ich dazu gerne sprechen wollte. Aber mir ist es ein wichtiges Anliegen und meinen Kolleginnen und Kollegen sicherlich auch. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Gabriel.

**Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE):** Hallo noch einmal! Entschuldigt die Spontaneität, aber ich bringe hiermit noch einen mündlichen Änderungsantrag ein. Der Antragstext liegt Ihnen allerdings schon vor, das ist in Anlage 4 die Bürger-eingabe. Wir möchten beantragen, dass die Vorlage in Anlage 4 den abgedruckten Antragstext, den Ursprungsantrag ergänzt - oder dieser dadurch ergänzt wird. Auch so ein bisschen als Reaktion und Antwort auf meine Vorrednerin: Für besonders relevant halten wir, dass der Radverkehr fortan auf einer eigenen Spur auf der Fahrbahn geführt wird und die zulässige Höchstgeschwindigkeit rund um den Neumarkt auf 30 km/h festgelegt wird.

(Bernd Petelkau [CDU]: Haben wir schon!)

- Okay.

Die vorliegende Planung zur Umbaumaßnahme ist unausgewogen und nicht zeitgemäß. Keine andere Großstadt in Europa käme vermutlich auf die Idee, eine moderne, fuß- und radfreundliche Umgestaltung eines solchen Platzes ausgerechnet mit Ampeln zu planen. Unter anderem, weil dies



deutlich teurer und aufwändiger ist als andere Varianten. Vor allem ist aber diese Umgestaltung nicht dazu geeignet, die Verkehrssicherheit für Fußgängerinnen und Radfahrende herzustellen. Erst vor wenigen Wochen hat der tödliche Unfall einer älteren Dame in der Innenstadt gezeigt, welche dramatischen Folgen es haben kann, wenn Rad- und Fußverkehr ohne Trennung nebeneinander geführt werden. In der aktuellen Planung bleibt diese gefährliche Situation nicht nur an vielen Stellen erhalten, zum Beispiel vor dem Gesundheitsamt, sie wird auch durch den Umbau aktiv neu geschaffen, zum Beispiel entlang des Taxistandes.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Erlauben Sie eine Zwischenfrage?

**Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE):** Ich würde gern aussprechen. Danke.

Für die Radfahrenden verbessert sich auch nichts. Sie müssen entlang des Taxistandes extrem langsam fahren und zudem sich bei der Umrundung ständig neu orientieren, wo sie fahren dürfen. Die Sicherheit der Menschen, die durch die konsequente Radspur so einfach hergestellt werden könnte, wird hier aufs Spiel gesetzt, aus einem einzigen Grund: Um zu verschleiern, dass die oberirdische Variante der Ost-West-Achse die sachlich eindeutig die überlegene Lösung ist. Die Förderung der unterirdischen Variante ist ja nur deshalb durch die Maßnahme gefährdet, weil diese Variante ohnehin so einen schlechten Kosten-Nutzen-Faktor aufweist. Die deutlich effizientere oberirdische Maßnahme hingegen ist in ihrer Förderung nicht gefährdet. Diese Verschleierungstaktik zugunsten des vermeintlichen -

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Würden Sie bitte zur Sache sprechen?

**Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE):** - ich bin gleich fertig - Prestigeprojekt auf Kosten der Sicherheit der Menschen lehnen wir vehement ab. RingFrei ist ein Vorbild für unsere Städte geworden. Der Mut, endlich mal etwas echte Verbesserungen zu schaffen, wird belohnt. Es wäre wichtig, dass die Stadtverwaltung und Politik hier auch am Neumarkt, wo die Situation für alle, die nicht mit dem Auto unterwegs sind, unerträglich ist, Mut beweisen und eine echte Verbesserung herbeiführen würde. Wir werben deshalb um Zustimmung

zu diesem ursprünglichen, als Bürgereingabe eingebrachten Antrag.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt habe ich zwei Fragen, zwei Hände gingen hoch.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Ich würde dazu etwas sagen wollen, ich habe keine Frage! - Lukas Lorenz [SPD]:  
Ich möchte auch nur etwas sagen!)

- Gut, dann.

**Lukas Lorenz (SPD):** Wenn ich die Frage stellen kann: Ist Ihnen bewusst, dass Sie mit diesem Änderungsantrag die Förderfähigkeit der anschließenden Umgestaltung, die ja in Planung ist, gefährden würden und damit praktisch gar nichts erreichen würden? Das ist praktisch der niedrigste Kompromiss, den man finden konnte, um die Förderfähigkeit anschließend nicht zu gefährden.

**Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE):** Ich dachte, ich hatte vorhin dazu schon was gesagt.

Ich würde mich ungern wiederholen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielleicht dann Herr Hammer.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Es ist tatsächlich nur eine Klarstellung,  
ein neuer Redebeitrag!)

- Also gut. Okay, dann vielen Dank. Dann bitte, Herr Hammer.

**Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen):** Vielen Dank für die Worterteilung. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist auch in der Frage von Herrn Lorenz schon angeklungen: Wir hatten einen sehr ausführlichen Ortstermin, der sich genau mit dieser Frage auseinandergesetzt hat. Die Bezirksvertretung Innenstadt hat sich ja auch genau mit dieser Bürger\*inneneingabe beschäftigt, was die Umräumung einer einzelnen Spur letztendlich auch angeht, weswegen der Verkehrsausschuss diese Vorlage damals nicht beraten konnte oder nicht final mit einem Votum versehen konnte, weil die Ergebnisse im Ortstermin zwar schon vorlagen. Vielen Dank an dieser Stelle auch noch mal an die



Verwaltung für die Durchführung dieses Ortstermins, für die Herstellung der Klarheit, was Förderfähigkeiten angeht; wenn ein Ortstermin an einem Brückentag ist und Dienstag ist Ausschuss, dann ist das auch, glaube ich, eine gute Leistung, dass wir die Ergebnisse dort auch entsprechend dahateten. Vielen Dank auch an die Verwaltung für die Darstellung, was es mit dem Beschluss der betroffenen Innenstadt auf sich hat, nämlich dass vieles von dem auch bereits im Ortstermin vorhanden ist. Von daher, glaube ich, können wir alle der Beschlussvorlage, so wie sie ist, inklusive der entsprechenden Anlagen, hier auch zustimmen. In dem Wissen, dass wir dort auch, wenn wir unter anderen Förderbedingungen wären, wenn wir unter anderen Förderkulissen hier wären, durchaus noch andere Maßnahmen ergreifen könnten.

Uns allen ist daran gelegen, die Förderfähigkeit des Gesamtprojektes der Ost-West-Achse sicherzustellen, unabhängig davon, ob es am Ende ein Tunnel wird oder eine oberirdische Lösung. Da gibt es verschiedene Präferenzen in diesem Saal, die sind auch allen bekannt. Nichtsdestotrotz, glaube ich, sollten wir nichts gefährden, was Förderfähigkeiten von diesem Projekt generell angeht. Und da sind sehr klare Aussagen sowohl in der Anlage enthalten als auch bei dem Ortstermin noch mal deutlich gemacht worden. Von daher werden wir so abstimmen, wie es letztendlich die Vorlage ist, inklusive der entsprechenden Anlagen. Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei Teilen der CDU sowie Teilen  
der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Bevor ich abstimmen lasse, würde ich gerne noch mal Frau Gabriel fragen, ob sie ihren Änderungsantrag aufrechterhalten möchte und wie sie ihn formulieren möchte. Frau Gabriel.

**Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE):** Ich würde ihn gern erhalten mit dem Wortlaut, dass der Antragstext durch den Antragstext wie in Anlage 4 ergänzt wird.

(Zurufe: Ergänzt? - Ersetzt ist gemeint!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Dann lasse ich erst über den Änderungsantrag abstimmen. Die Anlage 4 liegt Ihnen allen vor. Der Beschlusstext ist der Text bis zur Begründung. Ja?

Das brauche ich jetzt nicht vorzulesen. Wer wünscht, diesem Antrag zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist Frau Gabriel. Gibt es Enthaltungen? - Es enthält sich Herr Zimmermann. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich jetzt über die Vorlage abstimmen, unter Berücksichtigung des Ergebnisprotokolls des Ortstermins vom 19.05.23., Anlage 7.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Genau! So!)

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen. Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall)

Tagesordnungspunkt

#### **10.39 Mitgliedschaft der Stadt Köln als außerordentliches Mitglied im Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V. (VDV) 1729/2023**

Ich habe jetzt eine Wortmeldung von Herrn Lorenz. - Herr Lorenz, bitte.

**Lukas Lorenz (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Eigentlich gehört so eine Vorlage erst mal in den Verkehrsausschuss, um eine Vorberatung stattfinden zu lassen, damit man sich damit mal intensiv befassen kann. Deswegen habe ich hier jetzt einige Fragen. Warum reicht die Mitgliedschaft der KVB, der HGK und des VRS hier nicht aus? Und welche faktischen Vorteile sind durch den Beitritt möglich? Fühlt sich die Verwaltung zu schlecht im VDV durch die städtischen Gesellschaften und die städtischen Vertreterinnen im Zweckverband VRS vertreten? Frau Haaks, als Vertreterin des VDV frage ich Sie: Gibt es weitere Großstädte, die trotz der VDV-Mitgliedschaft der eigenen Verkehrsunternehmen als Gastmitglieder beim VDV vertreten sind? Ist es nicht gute Sitte, dass Unternehmen in Unternehmensverbänden sitzen und Kommunen in Kommunalverbänden? Wofür wurde eine Gastmitgliedschaft für Kommunen seitens des VDV geschaffen? Welche Kommunen sind Gastmitglieder und zu welchem Zweck? Ist die damalige Begründung zur Gastmitgliedschaft bei der Stadt Köln erfüllt worden? Und: plant die Stadt - davon gehe ich aus, wenn man im VDV, also dem Unternehmensverband der Verkehrsunternehmen Mitglied werden möchte - die Gründung einer neuen Verkehrsgesellschaft?





**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Dann würde ich erst Herrn Eger und dann Frau Haaks bitten, Ihre Frage zu beantworten. Einverstanden? - Herr Egerer.

**Beigeordneter Ascan Egerer:** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Das war jetzt eine ganze Reihe von Fragen. Die Möglichkeit, als Kommune, als außerordentliches Mitglied dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen beizutreten, ist ganz neu geschaffen worden vom Verband. Und deswegen haben wir jetzt überhaupt erst diese Möglichkeit. Es gibt schon eine Kommune, die Stadt Regensburg, die davon schon Gebrauch gemacht hat. Ob es noch ein Verkehrsunternehmen dort gibt, das müsste ich prüfen, das weiß ich auswendig nicht. Uns als Stadt bietet das Vorteile, weil wir selbst auch Stadtbahnanlagen planen und betreiben im Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau und wie Sie wissen, eben auch die Projekte des Stadtbahnausbaus hier dann auch immer verabreden, wer sie federführend betreut, die KVB oder die Stadt. Wir haben ein großes Programm an Ausbauprojekten vor uns, das heißt, der Umfang der Maßnahmen wird deutlich steigen. Wir sind auch Aufgabenträger im ÖPNV für den städtischen ÖPNV, und haben also auch hier einen klaren Bezug. Denn auch die Aufgabenträgerorganisationen sind Mitglied im Verband Deutscher Verkehrsunternehmen. Wir reihen uns da also auch ein, um hier am Erfahrungsaustausch, an den aktuellen Entwicklungen teilzuhaben. Wir werden nicht in die Tiefen der technischen Richtlinienarbeit einsteigen. Das ist nicht unser Ziel. Deswegen bleiben wir eben auch auf diesem Niveau außerordentliches Mitglied. Diese Facharbeiten, die sehen auch wir bei der KVB weiterhin. Aber es geht hier darum, auch das Gesamtsystem ÖPNV plus Bahn und SPNV - SPNV-Ausbau steht ja auch in Köln auf der Agenda - intensiv zu begleiten und deswegen hier, ich sage mal ganz salopp, die „Kräfte zu bündeln“, um gemeinsam schneller zu Lösungen zu kommen. Das ist das letzte Stichwort: „Planungsbeschleunigung“. Hier auch die Ansätze zu nutzen, die es in der Branche gibt und damit auch unmittelbar daran partizipieren zu können. - Danke schön.

**Stefanie Haaks** (Vorstandsvorsitzende KVB): Verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen, das steckt schon im Namen drin, ist gegründet worden für die Verkehrsunternehmen. Verkehrsverbünde und auch Häfen und

Güterverkehre sind ebenfalls Mitglied. Wir haben - das hat Herr Egerer korrekt gesagt - in der letzten Mitgliederversammlung die Option eröffnet, dass auch kommunale Einheiten eine außerordentliche Mitgliedschaft erwerben können. Hintergrund war, dass es eine Stadt gab, Herr Egerer hat sie genannt, die tatsächlich ein Verkehrssystem selbst aufbauen möchte und bisher so etwas nicht hat - weder eine Verkehrsgesellschaft noch sonst irgendwelche Erfahrungswerte. Genau deshalb wurde darum gebeten, eine Mitgliedschaft zu prüfen. Das ist der Hintergrund, dass diese Stadt tatsächlich dann auch außerordentliches Mitglied wurde. Ansonsten gibt es noch keine Kommunen oder Landkreise, die davon Gebrauch gemacht haben.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen?

(Zurufe)

Ja, klar ist das überhaupt nicht. Warum soll das klar sein?

(Jürgen Kircher [SPD]: Für uns ist das schon klar! - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Man muss nicht jede Gefühlsregung aufnehmen, Frau Oberbürgermeisterin!)

- Mir aber nicht! Aber Sie haben das so gesagt, als wäre das jetzt gar nicht anders möglich. Aber es ist ja möglich, wie wir eben gehört haben. Okay.

Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

#### **10.40 Stadtwerke Köln GmbH (SWK): Verwendung des Jahresüberschusses 2022 1841/2023**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### **10.41 Streetwork für die Umgebung Neumarkt / Drogenkonsumraum 1611/2023**

Dazu meldet sich Frau Hoyer.



**Katja Hoyer (FDP):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Mit dem vorgelegten Beschluss soll die Zahl der Streetworker in der Umgebung des Neumarktes und auch von anderen Drogenkonsumräumen aufgestockt werden. Um das klar zu sagen: Die FDP unterstützt dieses Ziel ausdrücklich, und wir erkennen auch an, dass das Bündnis mit seinem politischen Veränderungsnachweis hierfür sowie auch für die Verlängerung der Öffnungszeiten des Drogenkonsumraumes das nötige Geld zur Verfügung gestellt haben. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der FDP)

Nun hoffen wir natürlich alle, dass wir auch diese Aufgaben durch die nötigen Fachkräfte erfüllen können. Wir wissen ja, wie schwierig es ist, diese Fachkräfte in den jetzigen Zeiten zu finden.

In der Vorlage wird auch gesagt, dass mit dem Beschluss am Neumarkt zwei Ziele verfolgt werden sollen. Erstens: Durch die personelle Aufstockung des Streetwork sollen die Drogenkonsumierenden noch gezielter in den Drogenkonsumraum und zu den Hilfsangeboten geleitet werden. Auch dieses Ziel unterstützt die FDP, denn genau wie in der Vorlage beschrieben, sehen auch wir, dass hier noch Handlungsbedarf besteht.

Zweitens: Die Aufenthaltsqualität auf und um den Neumarkt soll für Anwohner, Geschäftsleute sowie Passanten und Passantinnen erhöht werden. Auch dieses Ziel unterstützen wir aus vollem Herzen und wir freuen uns auch, dass Sie, Frau Oberbürgermeisterin, immer wieder betonen, wie wichtig Ihnen dieses Anliegen ist. Ja, und erste Schritte sind ja auch schon gemacht. Der geplante Brunnen, die Fußgängerverbindung, die wir besprochen haben, geplante Kulturveranstaltungen, der Abriss des hässlichen Kiosks, sowie die Errichtung eines Cafés bzw. Gastropavillons an der Westseite.

Meine Damen und Herren, da irritiert es uns umso mehr, in der Vorlage zu lesen, dass in eben jenem Gastropavillon - das steht zwar nicht im Antragstext, aber sehr deutlich in der Begründung, und aus Gesprächen aus der Vergangenheit wissen wir ja auch, dass unsere Bitte, diese Idee doch bitte einmal fallen zu lassen, zwar gehört wurde, aber immer wieder auftauchte - dieses Streetwork angeboten wird. Wir möchten das nicht.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb wollen wir mit unserem heutigen Änderungsantrag hier auch verbindlich Klarheit schaffen. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Gastromiepavillon soll ein Ort werden, den vor allem Passanten und Passantinnen, natürlich auch Familien mit ihren Kindern besuchen und dort einen kleinen Imbiss nehmen, oder sich einfach ein bisschen ausruhen, oder auf Neudeutsch einfach ein bisschen „chillen“. Also, in eben diesen Pavillon sollen Streetworkerinnen und Streetworker als Ansprechpersonen für die Drogenkonsumierenden zur Verfügung stehen. Wir halten das für eine schlechte Idee und bitten, für diese Gespräche zum Beispiel auf das Gesundheitsamt auszuweichen, oder, es gab ja auch diese Stelle der KVB dort, den Raum. Vielleicht wäre auch das eine Möglichkeit.

Wir wissen schon, dass es wichtig ist, in unmittelbarer Nähe des Neumarkts solche Gespräche zu führen, so ein Angebot zu haben, aber doch nicht vielleicht direkt Wand an Wand mit einem Café.

Wir wissen auch oder wir sind davon überzeugt, dass Anwohner und Geschäftsleute bei der Vorstellung der Pläne zur Umgestaltung des Neumarktes durch die Verwaltung bestimmt nicht davon ausgegangen sind, dass das Streetwork und Café unmittelbar Wand an Wand stattfinden.

Nochmals: Die FDP ist für eine Aufstockung des Streetwork und wir wissen, dass diese Beratungsangebote wichtig sind. Es geht nicht um Abschottung, sondern um das nötige Fingerspitzengefühl, um alle - und ich betone wirklich alle - bei den Plänen für die Umgestaltung des Neumarkts mitzunehmen.

Also bitte: das Streetwork nicht Wand an Wand mit einem öffentlichen Café.

Ich weiß, der Beigeordnete Rau ist hier anderer Meinung, aber ich sage Ihnen voraus, wenn Sie weiterhin darauf bestehen, sind die Proteste vorprogrammiert. Wir wissen, wie die BI am Neumarkt sich da auch sehr öffentlichkeitswirksam aufstellen kann. Nicht, weil wir Angst haben vor Protesten, wir halten es einfach in der Sache für eine falsche Entscheidung. Vor allem würde es den oben genannten Zielen - Unterstützung der Drogenkonsumierenden und Erhöhung der Aufenthaltsqualität auf dem Neumarkt - schaden.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, stimmen Sie bitte unserem Antrag, das Streetwork im geplanten Gastropavillon nicht unterzubringen. Wenn Sie mit unserem Änderungsantrag scheitern sollten, würden wir uns bei der Endabstimmung enthalten. Es fiel uns schwer, weil wir den



grundsätzlichen Zielen in dieser Vorlage ja zustimmen. Ich habe allerdings schon gehört, dass es auch Bereitschaft gibt, doch noch mal über diesen Standort zu reden. Dem würden wir uns natürlich überhaupt nicht verschließen. Ich glaube, Sie merken, wir sind mit den Zielen mit Ihnen d'accord. Wir wollen nur einfach über diesen Standort sprechen. Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Lino Hammer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Unserer Wahrnehmung nach gibt es hier ein Missverständnis, in dem, wie tatsächlich dieser Pavillon benutzt werden darf. Ich würde Sie bitten, vielleicht noch mal ganz kurz da zwei, drei Sätze dazu zu sagen, was es genau mit dem Streetwork auf sich hat und ob tatsächlich dieses Szenario, was hier heraufbeschworen wurde, dass dort Streetwork innerhalb dieses Pavillons stattfinden kann, ob dem tatsächlich so ist oder nicht.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Ich fordere nicht einfach Beigeordnete  
auf!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank, Herr Hammer, dass Sie anerkennen, dass die Verwaltung gefragt wird und die Sitzungsleitung darüber entscheidet, wer antwortet.

(Heiterkeit)

Also, ich erinnere mich sehr gut, dass wir dieses Konzept zum Neumarkt im vorigen Jahr den Stakeholdern vorgestellt haben und damit zumindest eine gewisse Beruhigung und Zustimmung zu diesem Verfahren erreicht haben.

Wir haben von Anfang an gesagt, es soll auch eine Beratungsmöglichkeit sein. Die Frage ist: Wer wird da beraten? Und das müsste man dann, nachdem die Vorlage jetzt so gelesen wird - man kann sie tatsächlich so lesen; ich habe es mir noch mal angeguckt, erster Absatz, auf der Seite 3 - klären, was gewollt ist. Es ist sicherlich so, dass wir immer gesagt haben, es findet da auch Beratung statt. Aber beraten kann man auch Menschen, die da nicht als Suchterkrankte hinkommen, sondern die sich da treffen, weil sie eben Gäste auf dem Neumarkt sind. Das wäre jetzt wirklich mit dem zuständigen Dezernenten zu besprechen. Ich würde dann vielleicht, um das aufnehmen zu können, was, was Sie sagen, nach Ihrer Wortmeldung.

**Viola Recktenwald** (SPD): Ich hätte einfach einen Verfahrensvorschlag, um das vielleicht ein bisschen zu vereinfachen, weil ich glaube, wir sind uns ja alle einig, dass die Vorlage im Prinzip sinnvoll ist: dass wir mehr Streetwork am Neumarkt brauchen. Wir freuen uns ja auch, dass das jetzt kommt. Jetzt gibt es gleichzeitig noch das Problem, dass diese Vorlage nicht durch die Fachausschüsse gegangen ist, sodass wir jetzt hier eine relativ detaillierte Diskussion führen über die Details der Begründung der Vorlage, obwohl das aus unserer Sicht eigentlich in den Fachausschuss gehört.

Jetzt wäre vielleicht mein Vorschlag, ob wir einfach im nächsten Gesundheitsausschuss und SoSe noch mal etwas darüber hören können und diese Frage vielleicht einzeln noch mal diskutieren können, und dort auch gefragt werden und beschließen können über diese einzelne Frage, wo das Streetwork jetzt genau hinkommt; auch im Hinblick auf alternative Standorte.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Die Dringlichkeitsbegründung würde das nicht hergeben.

(Viola Recktenwald [SPD]: Wir können  
ja die Gelder freigeben!)

Ich glaube, es entzündet sich an dem kleinen Wörtchen „auch“, oder?

(Ralph Sterck [FDP]: Es ist eine Streetworkvorlage! Das ist ja keine Touristeninformation! - Niklas Kienitz [CDU]: Genau, das ist ein Café!)

Also vielleicht können wir das dann, wenn heute das Geld freigegeben wird, dass es weitergeht, können wir das dann noch mal genau besprechen, wenn über den Pavillon entschieden wird?

(Zurufe)

Nein, da haben wir es nicht drin. Wir können das auch streichen beispielsweise.

(Ulrich Breite [FDP]: Ja, rausstreichen!)

Also, das wäre jetzt mal das Allereinfachste. Ich glaube, wir wollen das Gleiche, es ist nur missverständlich.



**Floris Rudolph** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Wir beschließen ja heute nicht, was das Streetwork macht, sondern wir geben nur die Gelder frei für das Streetwork. Das, worauf sich die FDP bezieht, ist ein Teil der Begründung. Wir beschließen aber nicht die Begründung hier heute mit.

(Niklas Kienitz [CDU]: Nein, nein!)

Ich unterstütze auch das den Verfahrensvorschlag, dass wir im Gesundheitsausschuss, im Sozialausschuss uns noch mal zusammensetzen und überlegen, wie wir tatsächlich den Platz am Neumarkt nutzen wollen, wie wir ihn aufteilen wollen und welche Maßnahmen wir wo ansiedeln wollen. Aber das beschließen wir ja heute nicht in dieser Vorlage. Wir geben nur die Gelder frei, damit wirklich das aufsuchende Sucht-Clearing jetzt aufgestockt werden kann, um den Leuten vor Ort tatsächlich zu helfen. Und ich glaube, wir haben große Einigkeit zwischen allen aus dem Gesundheits- und Sozialausschuss hier, dass wir wirklich mal in Ruhe drüber reden sollten. Aber das ist ja nicht der Ort hier und das ist auch nicht Teil unserer Beschlussvorlage.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Hoyer!

**Katja Hoyer** (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Lieber Herr Rudolph, ich verstehe schon, dass das in der Begründung steht, aber wir haben ja nicht das erste Mal diese Diskussion, und wir haben das nicht das erste Mal in einer Begründung zur Situation am Neumarkt stehen. Wir haben uns aufgrund dieser letzten Diskussion ja sehr intensiv auch unterhalten und ich muss sagen, wenn ich das das nächste Mal dann wieder in der Begründung lese, habe ich da ein Störgefühl, um das mal so auszudrücken. Wenn wir es so machen würden, wie die Frau Oberbürgermeisterin vorschlägt, dass wir in der Begründung den Satz streichen könnten, wären wir damit einverstanden und würden es dann gerne in den Ausschüssen noch mal diskutieren. Und dann würden wir auch unseren Antrag zurückziehen. Aber wie gesagt, wir wollten ja auch nicht in der Begründung streichen, weil das nicht üblich ist. Aber wenn wir so verfahren: wenn wir das streichen in der Begründung und diskutieren es noch mal in den Ausschüssen, so, wie jetzt eben vorgeschlagen, dann ziehen wir auch unseren Antrag zurück.

(Zurufe: Ja!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Also: die Begründung auf Seite 3, erster Absatz, letzter Satz - diesen Satz zu streichen, das kann die Verwaltung mitgehen.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

Dann ziehen Sie Ihren Antrag zurück?

(Ulrich Breite [FDP]: Okay, ziehen wir zurück!)

Dann ziehen Sie Ihren Antrag zurück und ich lasse jetzt beschließen über den Tagesordnungspunkt 10.41, und zwar über die Vorlage mit in der Begründung um diesen Satz veränderten Fassung. Gibt es Gegenstimmen? - AfD ist dagegen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. Vielen Dank.

Dann kann es da nämlich weitergehen.

Tagesordnungspunkt

## **10.42 Wirtschaftsplan 2023 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 1424/2023**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

## **10.43 Zuschuss zum Deutschlandticket als JobTicket 1409/2023**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

10.44 ist zurückgestellt vom Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft.

Tagesordnungspunkt

## **10.45 Errichtung eines Erweiterungsbaus in modularer Bauweise mit Naturwissenschaftsräumen und Rückbau der Naturwissenschaftsräume im Bestand für das Heinrich-Mann-Gymnasium, Fühlinger Weg 4, 50765 Köln-Volkhoven - Erweiterter Planungs- und Baubeschluss 3739/2022**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Ist so beschlossen.





Tagesordnungspunkt

#### **10.46 SBK Sozial-Betriebe Köln gemeinnützige GmbH: Erneute Betrauung 1650/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### **10.47 Einführung eines anonymen Krankenscheins in Köln 1195/2023**

Das war der noch zugesetzte Punkt. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte.

**Dilan Yazicioglu** (Bündnis 90/Die Grünen): Danke, Frau Oberbürgermeisterin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, es ist spät, und ich mache es auch ganz kurz. Wir haben heute viel über die Wichtigkeit von medizinischer Versorgung gesprochen. Genauso wichtig ist es aber auch, dass alle Menschen in Köln, unabhängig von ihrem rechtlichen Status, Zugang zur medizinischen Versorgung kam. Mit unserem Antrag bzw. mit der Beschlussvorlage zum anonymen Krankenschein ermöglichen wir genau das, nämlich dass alle Kölnerinnen und Kölner den Zugang zu medizinischer Versorgung haben. Die Mittel dafür haben wir bereits im Haushalt eingeplant. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Beteiligten bedanken, die vor allem auch an dem Konzept gearbeitet haben. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt abstimmen über 10.47. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

#### **12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen**

Tagesordnungspunkt

#### **12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 67453/23 Arbeitstitel: "Westlich Unter Goldschmied (Laurenz-Carré)" in Köln-Altstadt/Nord 0502/2023**

Herr Hammer hat das Wort.

**Lino Hammer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist dankenswerterweise von der Verwaltung noch eine weitere Anlage - ich glaube, Anlage 13 sind wir inzwischen zu dieser Vorlage - eingegangen, die noch einmal versucht, verschiedene Anlagen miteinander ins Gewicht zu setzen. Wir hatten gerade schon in diversen Gesprächen versucht, die Sachlage etwas aufzudröseln, halten aber den Zeitpunkt, jetzt um zehn vor zehn eine Fachdebatte zu führen, wie welche Anlage zu lesen ist und was welche Anlage letztendlich bedeutet, für den nicht geeigneten Zeitpunkt. Deswegen meine Frage an den zuständigen Beigeordneten bzw. an die Oberbürgermeisterin - vielleicht kann der Beigeordnete diese dann beantworten.

(Ralph Sterck [FDP]: Ich wollte gerade sagen!)

Entschuldigung!

Können wir diese Vorlage in den Hauptausschuss geben, um sie dort final zu beschließen? Verreißen wir da irgendwelche Fristen oder nicht? Weil wenn wir es schieben könnten, würde ich auch direkt beantragen, sie entsprechend zu schieben. - Vielen Dank.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wir haben das geprüft, weil wir schon auf den heutigen Zeitverzug gekommen waren. Ja, der Hauptausschuss kann eine Eilentscheidung nach § 60 Absatz 1 Gemeindeordnung auch für Satzungen treffen. Das gilt, wenn eine Einberufung des Rates nicht rechtzeitig möglich ist, zum Beispiel in den Sommerferien. Herr Greitemann, einverstanden.

**Beigeordneter Markus Greitemann:** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Am 17.07. läuft diese Veränderungssperre aus, das heißt also, wir hätten dann noch zwar wenig Zeit, aber das ist abgestimmt mit den Kollegen und Kolleginnen in der Verwaltung, dass wir das auf den Weg ins Amtsblatt bringen.

**Lino Hammer** (Bündnis 90/Die Grünen): Gut, vielen Dank. Dann würde ich jetzt auch beantragen, dass wir das entsprechend in den Hauptausschuss schieben.



**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vertagen?

**Lino Hammer** (Bündnis 90/Die Grünen): Vertagen. In den Hauptausschuss vertagen. Ich glaube, wir vertagen es jetzt einfach nur - wunderbar. Und dann wissen alle, was damit passiert!

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Joisten.

**Christian Joisten** (SPD): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich will da nur noch einmal jetzt ganz präzise sein, weil das auch fürs Protokoll ganz wichtig ist. Sie haben jetzt gesagt, der 17. ist Fristablauf, am 10. würden wir dann beschließen und die Veröffentlichung - das haben wir ja gelernt im Amtsblatt, ist ja ein ganz wichtiger Schritt dabei - ist in diesem Zeitraum problemlos möglich? Da möchte ich nochmal eine Bestätigung haben. - Danke.

**Beigeordneter Markus Greitemann:** Es ist abgestimmt mit den Kolleginnen und Kollegen, dass es möglich ist.

(Christian Joisten [SPD]: Das wollte ich hören, danke!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Das geht übrigens immer so schnell.

Okay, gut, dann: Gibt es Gegenstimmen gegen diesen Vertagungsantrag? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Die AfD enthält sich.

Ich rufe auf:

## **16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen**

Tagesordnungspunkt

### **16.1 288. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 1225/2023**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

## **17 Gremienbesetzungen**

Tagesordnungspunkt

### **17.1 Neubenennung eines stellv. beratenden Mitglieds des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren 1620/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### **17.2 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss, hier: Vertretung der Schulen 1678/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### **17.3 Entsendung einer stellvertretenden sachkundigen Einwohnerin in den Verkehrsausschuss auf Vorschlag der Seniorenvertretung Köln 1550/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### **17.4 Entsendung von Sachkundigen Einwohner\*innen des Integrationsrates in die Ratsausschüsse - Umbesetzungen 1843/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### **17.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Umbesetzung UA Regionale Zusammenarbeit" AN/1237/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### **17.6 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Entsendung in den Aufsichtsrat Kliniken der Stadt Köln gGmbH" AN/1242/2023**



Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.  
Ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.7 Antrag der SPD-Fraktion betreffend  
"Entsendung in den Aufsichtsrat Sozial-Betriebe-Köln gGmbH (SBK)"  
AN/1241/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.  
Ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.8 Antrag der SPD-Fraktion betreffend  
"Entsendung in den Aufsichtsrat der  
RehaNova Köln neurologische Rehabi-  
litationsklinik gGmbH"  
AN/1244/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.  
Ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.9 Antrag der SPD-Fraktion betreffend  
"Entsendung in das Kuratorium der  
Gerda- und Manfred-Ulbrich-Stiftung"  
AN/1243/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.  
Ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.10 Antrag der Fraktion Die Linke "Umbe-  
setzung im Jugendhilfeausschuss"  
AN/1246/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.  
Ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.11 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "zu  
TOP 17 - Gremienbesetzung Aufsichts-  
rat KölnBäder GmbH"  
AN/0560/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.  
Ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.12 Antrag der CDU-Fraktion betreffend  
"TOP 17 Wahlen: Verkehrsausschuss –  
Benennung einer neuen sachkundigen  
Einwohnerin"  
AN/1249/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.  
Ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.13 Antrag der SPD-Fraktion betreffend  
"Entsendung in den Aufsichtsrat der  
Jugendzentren Köln gGmbH2  
AN/1260/202317**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.  
Ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

**18 Genehmigung von Eil- und Dringlich-  
keitsentscheidungen**

Tagesordnungspunkt

**18.1 Finanzierung des Projektmanagements  
zur Durchführung des Wallraf-Jahres  
2024  
1619/2023**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der  
Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? -  
Keine. Ist so beschlossen.

Ich würde jetzt gerne die Nichtöffentlichkeit her-  
stellen.

(Ende: 21.51 Uhr)